DEUTSCH-FRANZÖSISCHE KRIEGS-CHRONIK:...

Rudolph Müldener

Digitized by Google

Eur. 694 d
(79)
Sammlung

Digitized by Google

<36632179140016

<36632179140016

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

Zur

Vorgeschichte

des

Krieges 1870

von

Dr. Rudolph Müldener.

Halle,
Verlag von C. H. Herrmann.
1871.

15 b 7

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Digitized by Google

Deutsch-Französische
Kriegs-Chronik.

Geschichtliche Darstellung
des
deutschen Nationalkrieges gegen Frankreich.

Zur Erinnerung für Mitstreitende und Mitlebende
von
Rudolph Müldener.

Halle,
Verlag von C. H. Herrmann.
1871.

Digitized by Google

Zur

Vorgeschichte

des

Krieges 1870

von

Dr. Rudolph Müldener.

Halle,
Verlag von C. H. Herrmann.
1871.

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Digitized by Google

Vorwort.

Der eben entbrannte deutsch-französische Krieg ist das wichtigste, folgenschwerste Ereigniß der Neuzeit, dessen Ausgang das Geschick Europas auf Jahrhunderte hinaus bestimmen wird.

Es ist führwahr eine große Zeit, die wir zu schauen gewürdigt sind, eine Zeit, die an Opferwilligkeit und patriotischer Begeisterung selbst von den Tagen der Freiheitskriege nicht übertroffen wird; — sehen wir doch alle Deutschen von den Küsten der Ostsee, den Ufern der Weichsel, bis zum Fuße der Alpen allen Partheihader, ihre Jahrhunderte alte Zersplitterung vergessen, um einmüthig Front zu machen gegen den Erbfeind deutscher Nation, der uns im frechen Uebermuthe selbst das Schwert in die Hand gezwungen zur Vertheidigung der deutschen Erde.

Zwar ist es jetzt, wo die Waffen noch aneinander schlagen und das Blut unserer Söhne noch das Schlachtfeld röthet, noch nicht möglich, eine vollständige Geschichte des Krieges zu schreiben, des heiligsten Kampfes, den das deutsche Volk je gekämpft. Die Möglichkeit dazu wird erst dann gegeben sein, wenn die Mehrzahl der heutigen Mitkämpfer in

Digitized by Google

das Grab hinabgestiegen sind und uns ihre Erinnerungen hinterlassen, die Generalstäbe der kämpfenden Armeen ihre Berichte veröffentlicht haben, und die Zeit den Schleier gelüftet hat, der heute noch gewisse Operationen der Diplomatie, gewisse Verhandlungen der Cabinete bedeckt; dann erst wird es einem nicht mehr mitten im Strome der heute sich überstürzenden Ereignisse stehenden Geschichtsschreiber möglich sein, das bis dahin aufgehäufte Material kritisch zu sichten und wenigstens der kommenden Generation eine Geschichte des großen Kampfes zu bieten, den ihre Väter schlugen.

Verfasser war sich dieser Schwierigkeit, oder, besser, dieser Unmöglichkeit vollkommen bewußt und gab darum seiner Arbeit den Titel einer „Kriegs-Chronik," um nicht durch eine anspruchsvollere Bezeichnung Erwartungen zu erwecken, denen die vorliegende Arbeit so wenig, wie irgend eine andere gleichzeitig erscheinende zu genügen vermag.

Gleichwol wird und soll meine Arbeit mehr sein als ein unpragmatisches Aneinanderreihen der Thatsachen nach chronologischer Ordnung. Ich betrachte es, im Gegentheil, als meine Aufgabe, in einem räumlich zwar beschränkten Rahmen ein möglichst treues und umfassendes Bild unserer großen Zeit zu geben, so weit ein solches sich auf Grund der dem Verfasser bis heute zugänglichen Quellen entwerfen läßt. Der Verfasser wird und kann sich mithin nicht auf die Darstellung der rein militairischen Vorgänge beschränken, — für welche er sich die Mitarbeiterschaft einer anerkannten militairischen Kraft gesichert — sondern wird nicht minder alle sowol auf deutschem, wie französischem Gebiet gelegentlich des

Digitized by Google

Krieges auftretenden Partheibestrebungen, die Haltung der Presse, wie der fremden Cabinete in den Rahmen seiner kritischen Darstellung hineinziehen.

Auf diese Weise wird der Verfasser zwar keine umfassende Geschichte unserer Tage, — dieselbe läßt sich heute eben noch nicht schreiben — wol aber dem spätern Historiker einen hoffentlich nicht werthlosen Baustein zu einer solchen liefern.

Da die Gegenwart ein Product der Vergangenheit, so war es für den Verfasser bei dem einmal von demselben adoptirten Plane unerläßlich, die Zustände, wie sie in Deutschland seit dem 1866er Kriege, in Frankreich seit der Februarrevolution sich entwickelt, einer detaillirteren Beleuchtung zu unterwerfen. Es galt eben, in der Vergangenheit den Keim, respective den Schlüssel zu den Ereignissen zu suchen, welche heute in ihrer welterschütternden Größe die Welt mit Erstaunen erfüllen.

Verfasser hatte auch die Genugthuung wenn, nicht die Nothwendigkeit, doch wenigstens die Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens vor der Kritik anerkannt zu sehen. Einige der ihm bis jetzt zu Gesicht gekommenen Beurtheilungen seiner Arbeit sind, so weit es der beschränkte Raum gestattet, auf dem Umschlage zum Abdrucke gebracht.

Der ersten übrigens auch selbstständig zu verwerthenden Abtheilung seiner Arbeit: „Zur Vorgeschichte des Krieges" wird die zweite: „Des deutschen Volkes Erhebung" und die dritte: „Von Wörth nach Sedan" rasch folgen.

Digitized by Google

In Bezug auf die erwähnte dritte Abtheilung seines Buches bemerkt der eben von einer Reise nach Metz zurückgekehrte Verfasser, daß derselbe, um seine Darstellung durch eigene Eindrücke zu unterstützen, den Kriegsschauplatz seiner ganzen Ausdehnung nach bereisen wird.

Müldener.

Digitized by Google

I.

Die Folgen des Jahres 1866; der Nordbund; Oestreich; die süddeutschen Staaten.

Nach dem glorreichen, in der Geschichte fast beispiellos raschen und glücklichen Feldzuge der preußischen Armee im Sommer des Jahres 1866 und der auf Grund desselben erfolgten politischen Reorganisation unseres deutschen Vaterlandes glich Europa der See nach dem Sturme, deren Wellen noch hoch gehen, obgleich der Sturm bereits vorüber ist.

Preußen hatte durch die Annexion Schleswig's und Holstein's, Hannovers, des Kurfürstenthums Hessen, des Herzogthums Nassau, der freien Stadt Frankfurt und einzelner Baierischer und Hessen-Darmstädtischer Territorien ein Gebiet von 1308 □ Meilen mit 4,285,700 Einwohner gewonnen, und dadurch zugleich alle seine verschiedenen räumlich getrennten Landestheile — mit alleiniger Ausnahme der Hohenzollernschen Länder und einzelner in Thüringen zerstreuter Gebiete — zu einem territorialem Ganzen verschmolzen. Außerdem hatte es die Staaten Norddeutschlands — Sachsen, beide Mecklenburg, Oldenburg, die thüringischen Staaten, Braunschweig, Anhalt, beide Lippe, Waldeck, die drei Hansastädte und Hessen-Darmstadt für die nördlich des Maines gelegene Provinz Oberhessen und die administrativ zu Rheinhessen gehörigen beiden Gemeinden Kastel und Kostheim, also, Preußen inbegriffen, zweiundzwanzig Staaten — unter dem Titel des Norddeutschen Bundes politisch zu einem Ganzen geeinigt.

Die am 1. Juli 1867 in Kraft getretene Verfassung des Norddeutschen Bundes vindicirte dem Könige von Preußen, als Schirmherrn des Bundes, den unbedingten Oberbefehl über die Armee und Flotte, legte die Vertretung des Bundes nach Außen

Digitized by Google

in seine Hand, machte den Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr zur Bundessache und schuf mithin, ohne die einzelnen Bundesstaaten auf anderen Gebieten in ihren berechtigten Lebensäußerungen all zu sehr zu beschränken, doch eine ziemlich straffe Einheit, welche dem Bundesoberſten gestattete, seiner Politik einen ganz anderen Nachdruck zu geben, als es dem weilend römischen Kaisern deutscher Nation, oder dem alten Bundestage jemals möglich gewesen.

Oesterreich hatte in dem am 23. August 1866 unter Frankreichs Vermittelung zu Prag mit Preußen abgeschlossenen Frieden die Annexionen und den Nordbund ausdrücklich, die übrigen Mächte hatten denselben stillschweigend anerkannt, ohne daß jedoch diese ausdrückliche oder stillschweigende Anerkennung genügt hätte, alle Schwierigkeit der Situation zu beseitigen.

In den annectirten Provinzen machte sich unleugbar eine gewisse Unzufriedenheit geltend.

Das im deutschen Volke fast unvertilgbare Gefühl der Pietät erklärt dessen Anhänglichkeit an die Person seiner Fürsten, selbst wenn dieselben sich nicht gerade durch hervorstechende Eigenschaften auszeichnen; mit diesem Gefühle der Pietät verband sich der durch die Annexion verwundete Stolz auf politische Selbstständigkeit. Namentlich in Hannover und Hessen — weniger in Nassau, dessen Gebiet erst funfzig Jahre früher aus allen möglichen Ländersetzen zu einem politischen Ganzen zusammen geschweißt worden war, — war die Dynastie zu innig mit den historischen Erinnerungen des Volkes verbunden, als daß die Liebe zum angestammten Fürstenhause selbst durch lange Jahre erduldeter Mißregierung im Herzen des Volkes hätte erstickt werden können, und der entthronte Kurfürst von Hessen sowol, wie der König von Hannover ließen kein Mittel unversucht, diese Unzufriedenheit unter der Bevölkerung ihrer ehemaligen Staaten zu nähren.

Außerdem verwundete die Annexion einen Theil der Bevölkerung — und nicht blos die Parasiten der Höfe — in ihren materiellen Interessen, theils durch Erhöhung, theils durch andersartige Vertheilung der Steuern; Handwerker und Krämer zitterten vor der Gewerbefreiheit, die Begüterten verwünschten das keine Stellvertretung kennende preußische Militairsystem, während das Beamtenthum sich durch die Zumuthung, sich anderen Nor-

Digitized by Google

men anzubequemen, und durch die Straffheit der altpreußischen Verwaltung oft sehr unangenehm aus einem altgewohnten Schlendrian aufgerüttelt fühlte.

Die Bewohner von Holstein und Schleswig hatten nicht die Anhänglichkeit an eine seit Jahrhunderten mit den Geschicken des Landes verbundene Dynastie zu überwinden, dafür aber hatte sich in der dortigen durch zähes Festhalten am Alten allezeit ausgezeichneten Bevölkerung in Folge der einer vollständigen Unabhängigkeit von Dänemark nahe kommenden Selbstständigkeit, deren die Herzogthümer seit Jahrhunderten sich erfreuet, ein tief eingewurzelter politischer Partikularismus ausgebildet. Der Herzog von Augustenburg war in Holstein und Schleswig persönlich nichts weniger als populair, aber sein Name war das Banner, unter welches der specifisch schleswig-holsteinische Partikularismus und die zähe Anhänglichkeit an das Hergebrachte sich flüchteten.

Dazu kam, daß die dänisch sprechenden Bewohner des nördlichen Schleswigs ihren politischen Schwerpunkt aus Gründen ihrer Nationalität in Kopenhagen suchten, jedem deutschen Regimente principiell widerstrebten, dem preußischen eben so wol, wie sie, eintretenden Falles, dem Regimente des Herzogs von Augustenburg widerstrebt haben würden.

Diese Darstellung möge genügen, um die Schwierigkeiten zu charakterisiren, mit welchen Preußen bei Reorganisation der neuen Provinzen zu kämpfen hatte.

Die Gründe, welche einen großen Theil der nicht preußischen Bevölkerung einem Eintritte in den Nordbund abgeneigt sein ließen, waren dieselben, welche sich der Amalgamirung der annectirten mit den alten Provinzen desselben widersetzten.

Die Einbuße an ihrer in der Praxis zwar bedeutungslosen, darum aber theoretisch nur um so höher geschätzten vollen Souverainität, der Verlust des Oberbefehls über ihre Truppen, welche der Bund den Fürsten der einzelnen Bundesstaaten zu Gunsten des Bundesobersten auferlegen mußte, wurde von einzelnen Bundesfürsten zu schmerzlich empfunden, als daß sie sich der neuen Ordnung der Dinge freudigen Herzens anzuschließen vermocht hätten, und ihre nähere Umgebung war in diesem Falle, wie natürlich, zwar nicht katholischer, als der Papst, wol aber monarchischer, als der Monarch.

Digitized by Google

Allein dieser Particularismus wurzelte nicht blos in Hofkreisen, nicht blos in den Kreisen eines doctrinairen Beamtenthumes, sondern fand in allen Schichten der Bevölkerung seine Vertretung. Die Furcht vor der auf den ganzen Bund ausgedehnten allgemeinen Militairpflicht und vor der mit derselben voraussichtlich verbundenen Steuererhöhung wirkte mit, während Gefühlspolitiker, die nicht begriffen, daß alle Dinge einen Anfang haben müssen und Zeit zur Reife bedürfen, gegen den Nordbund darum eiferten, weil er nur einen Theil der deutschen Staaten und sie nicht sämmtlich umfaßte; — diese Leute schmäheten das schwarz-roth-weiße Banner, weil es nicht das schwarz-roth-goldene war.

Die Schwierigkeiten, auf welche die preußische Regierung sowohl bei der Reorganisation der annectirten Provinzen, als bei der Organisation des Norddeutschen Bundes stieß, wurden im Auslande für bedeutender gehalten, als sie sich in Wirklichkeit heraus stellten. Rascher, als man gedacht, fügten sich die neuen Provinzen als lebendige Glieder in den preußischen Staatsorganismus ein, und das Bewußtsein, einem Großstaate anzugehören, bekämpfte in den Gemüthern der Annectirten den Schmerz über die entschwundene politische Selbstständigkeit. Allmählig fing man in den neuen Provinzen an, zu begreifen, daß schon in der seiner Thätigkeit einen weiteren Spielraum eröffnenden Ausdehnung des Staates, welchem er angehört, für den Einzelnen ein Stück Freiheit liegt. Der Ausfall der Wahlen zum Abgeordnetenhause in den neuen Provinzen bewies, daß — abgesehen von den Dänen Nordschleswigs — die der Annexion principiell widerstrebende Parthei in allen drei Provinzen nur eine verschwindend kleine sei. Auch die Preußen feindlichen Blätter starben — abgesehen von einigen von den depossedirten Fürsten subventionirten, rein dynastische Interessen vertretenden Organen und einzelnen Organen der auf das politische Chaos speculirenden Socialdemokratie — so wohl ihrer eigenen Zahl, als der Anzahl ihrer Abonnenten nach allmählig an der Schwindsucht dahin.

Zugleich zeigten die Wahlen zum Norddeutschen Reichstage, daß der Norddeutsche Bund auch von der Bevölkerung der demselben angehörenden Mittel- und Kleinstaaten als eine ihren Bedürfnissen entsprechende Institution anerkannt werde, und die

Digitized by Google

Art und Weise, in welcher der Reichstag der ihm zugefallenen legislativen Aufgabe durch Votirung eines Freizügigkeits-, Gewerbe- und Eisenbahngesetzes und eines allgemeinen Norddeutschen Strafgesetzbuches genügte, bewies schlagend die Lebensfähigkeit der neuen Schöpfung.

Größere Schwierigkeiten, als die inneren Hindernisse, bot die gespannte Lage der Dinge nach Außen dar.

Waren auch die preußischen Annexionen und der Norddeutsche Bund von allen Mächten anerkannt, so bedurfte es doch keiner Prophetengabe, um zu wissen, daß namentlich die leitenden Kreise Oesterreichs die Niederlage von Sadowa und deren Folgen — neben dem leichter zu verschmerzenden Verluste Venetiens die Reorganisation Deutschlands ohne Oesterreich — nur schwer verwinden würden. Hatte doch das durch Preußens Sieg so zu sagen aus Deutschland hinaus gedrängte österreich'sche Kaiserhaus beinahe sechs Jahrhunderte hindurch fast ein Privilegium gehabt, mit seinen Gliedern den deutschen Kaiserthron zu besetzen, und die Vermuthung lag sehr nahe, daß Kaiser Franz Joseph jede passende Gelegenheit ergreifen würde, die Scharte von Sadowa auszuwetzen und den dominirenden Einfluß, den Oesterreich, Dank des alten Bundestages, bis auf die jüngste Zeit auf Deutschlands Geschick ausgeübt, zurück zu erobern. Indem Franz Joseph den früheren sächsischen Minister von Beust, den Mann, der durch seine so entschieden preußenfeindliche Haltung der Haupturheber des 1866 Krieges gewesen, zum Reichskanzler ernannte, erhob er diese Vermuthung fast zur Gewißheit. Auch unterliegt es wol keinem Zweifel, daß Reichskanzler von Beust zu dem bekannten Ausgleiche mit Ungarn unter dem Gesammtstaate, wie namentlich auch der cisleithanischen Bevölkerung gleich nachtheiligen Bedingungen nur darum die Hand geboten, um, durch Beschwichtigung der Opposition, die Kraft und die Hülfsmittel Ungarns zu Gunsten seiner auswärtigen Politik ausnutzen zu können.

Allein Beust's Berechnung erwieß sich als falsch: das ungarische Ministerium zeigte sich, in richtiger Würdigung der Interessen seines Landes, durchaus nicht geneigt, der von Beust beliebten Politik der Rache Vorschub zu leisten.

Dazu kam, daß die den Ungarn gewährte Autonomie bei den anderen Nationalitäten des vielsprachigen Kaiserreiches nur

Digitized by Google

das Verlangen nach gleicher Selbstständigkeit weckte. Ueberall vernahm man den Schmerzensschrei unterdrückter Nationalitäten und bald bot Cisleithanien das Schauspiel einer politischen Zerfahrenheit dar, die allein schon genügend war, Oestreich's Action nach Außen zu lähmen. War doch die östreichsche Regierung genöthigt, unfähig den Aufstand in der Zuppa mit Waffengewalt nieder zu schlagen, die Unterwerfung von den Aufständischen quasi zu erkaufen.

Diese innere Schwäche des Kaiserreiches war für Preußen eine bessere Bürgschaft für Aufrechthaltung des Friedens von dieser Seite, als die Friedensliebe der leitenden Staatsmänner.

Unglücklicher Weise bot die Fassung des Prager Friedens in zwiefacher Beziehung dem Auslande wenn nicht Grund, doch wenigstens Vorwand zu etwaiger Einmischung dar. Bei Abschluß desselben hatte bekanntlich der französische Gesandte am Berliner Hofe, Benedetti, die Vermittlerrolle übernommen, und in der Fassung des Friedensinstrumentes war — namentlich in den die Integrität Sachsens, die Beziehungen der süddeutschen Staaten zum Nordbunde und die eventuelle Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark betreffenden Paragraphen — der französische Einfluß unverkennbar.

Preußen hatte damals, um nicht durch einen etwaigen Krieg mit Frankreich, während es gleichzeitig noch gegen Oestreich und die süddeutschen Staaten im Felde stand, alle Früchte seines Sieges zu verlieren, diesem Einflusse nothgedrungen Rechnung tragen müssen.

In Dänemark, wo man den Verlust der im Wiener Frieden (30. October 1864) an Oestreich und Preußen gemeinschaftlich abgetretenen Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg allmählig verschmerzt, jeden Falles sich mit dem Gedanken getröstet zu haben schien, daß die abgetretenen Territorien zwischen Oestreich und Preußen zum Erisapfel geworden, erzeugte die durch §. 5*) des Prager Friedens eröffnete Aussicht auf Wie-

*) Sr. Majestät der Kaiser von Oestreich überträgt auf Sr. Majestät dem König von Preußen alle Seine im Wiener Frieden vom 30. October 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig mit der Maaßgabe, daß die Bevölkerung der nördlichen Districte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen.

Digitized by Google

dergewinnung wenigstens des nördlichen, dänisch-sprechenden Schleswig begreiflicher Weise eine große Aufregung, die nicht ermangeln konnte, sich auch den Nordschleswigern dänischer Zunge mitzutheilen. Die Wahlen sowol zum Reichstage, wie zum Abgeordnetenhause, fielen in Nordschleswig auf dänisch gesinnte Candidaten und am 18. März 1867 forderte der Abgeordnete Kryger im Reichstage bei der Debatte über das Bundesgebiet, daß die Rechte derjenigen Nordschleswiger, denen, nach §. 5 des Prager Friedens, die Entscheidung, ob sie zu Deutschland oder zu Dänemark gehören wollten, auf dem Wege freier Abstimmung anheim gegeben sei, in der Verfassungsurkunde vorbehalten werden sollten.

Graf Bismark erwiederte hierauf, daß, nach dem Wortlaute des Prager Friedens, nur der Kaiser von Oestreich, nicht aber der Nordschleswiger, ein Recht habe, in Schleswig eine Abstimmung zu beantragen, und daß einer solchen nothwendig Verhandlung mit Dänemark über die Grenze des eventuell abzutretenden Gebietes, wegen Uebernahme des betreffenden Theils der Schleswig-Holsteinischen Staatsschuld und über den Schutz der in den eventuell abzutretenden Landestheilen wohnhaften Staatsangehörigen deutscher Zunge vorangehen müßten.

Derartige Verhandlungen wurden in der That auf Veranlassung des dänischen Cabinets zwischen Berlin und Kopenhagen gepflogen, zerschlugen sich aber, weil Dänemark einmal die Grenze des eventuell abzutretenden Gebietes weiter südlich gezogen wissen wollte, als Preußen aus strategischen Gründen zugeben mochte, und, zweitens, die geforderten Garantieen zum Schutze der Nationalität der abzutretenden Bewohner deutscher Zunge verweigerte.

Zwar war es, wie Bismark sagte, sehr gleichgültig, ob einige dänisch sprechende Schleswiger mehr oder weniger zu Preußen gehörten, aber Preußen konnte sich nicht der Gefahr aussetzen, Düppel später noch einmal stürmen zu müssen, und bestand darum auf einer strategisch vortheilhaften Grenze, das heißt auf dem Besitze von Düppel und Alsen.

Ingleichen mußte es Preußen, in seiner Eigenschaft als mächtigster deutscher Staat und Vorkämpfer deutscher Interessen, als moralische Pflicht betrachten, die von ihm an eine fremde, nicht deutsche Macht abzutretenden Unterthanen deutscher Zunge in ihrer Nationalität zu schützen. Auf der anderen Seite war es

Digitized by Google

aber auch nicht minder begreiflich, daß Dänemark in dieser Beziehung das Eingehen bestimmter Verpflichtungen von der Hand wieß, weil durch dieselben bei vorkommenden Streitigkeiten eventuell eine fremde Macht — Preußen — zum Schiedsrichter zwischen der dänischen Regierung und ihren eigenen Unterthanen gemacht worden wäre.

Obgleich von Kopenhagen aus um seine Vermittelung angegangen, blieb Oestreich jedoch dem dänisch-preußischen Streite in der schleswigschen Frage fern: Franz Joseph, der Kaiser des vielsprachigen Oestreich, hatte kein Interesse dabei, sich für das allgemeine Stimmrecht, noch für das Nationalitätsprincip zu begeistern und der §. 5 des Prager Friedens blieb also eine dem Nationalitätsprincipe und dem allgemeinen Stimmrechte auf Frankreichs Betrieb dargebrachte theoretische Huldigung ohne praktische Bedeutung [1]).

Je heißer in Dänemark das Verlangen nach der Wiedererlangung Nordschleswigs gewesen, um so bitterer machte sich dort natürlich das Gefühl der Täuschung geltend, für welche die dänische Presse Preußen natürlich allein verantwortlich machte. Die Stimmung im dänischen Volke war in allen Kreisen, nicht blos in denen der Regierung, eine Preußen und seiner Schöpfung entschieden feindliche.

Zwar war Dänemark, obgleich durch keine Zeichen innerer Auflösung beunruhigt, ebensowenig als Oestreich, zu einer selbstständigen Action gegen Preußen befähigt, aber beide konnten als Bundesgenossen einer dritten gegen Preußen etwa Front machenden Macht gefährlich werden.

Der Artikel IV des Prager Friedens [2]) bestimmte, daß die

[1]) Von den Schritten Frankreichs in Sachen der Schleswigschen Frage wird später die Rede sein.

[2]) Der Kaiser von Oestreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und giebt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des östreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht Se. Majestät das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten, in einen Verein zusammen treten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt, und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird.

Digitized by Google

vier Staaten südlich des Main, Baiern, Würtemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, für dessen beide Südprovinzen, Rheinhessen und Starkenburg, sich zunächst zu einem Südbunde constituiren sollten, der dann, als solcher, seine internationalen Beziehungen zum Nordbunde nach seinem Ermessen zu regeln habe.

Es ist unschwer zu erkennen, daß dieser Paragraph des Prager Friedens französischem Einflusse seine Entstehung verdankt. Dieser stipulirte Südbund sollte, nach Napoleons Willen, eine neue Auflage des alten Rheinbundes werden, der, der Kraft zur selbstständigen Existenz ermangelnd, in einer Anlehnung an Frankreich seine Stütze suchen sollte. Aber Napoleon III. vergaß, daß sein Onkel den Rheinbundfürsten bei Stiftung des Rheinbundes als Sieger gegenüberstand und ihnen Gesetze vorschreiben konnte. Jetzt aber hing das Zustandekommen des Südbundes von der freien Zustimmung der Südstaaten ab, und mithin war an ein wirkliches Inslebentreten dieser projectirten Schöpfung nicht zu denken. Da ein Staatenbund einer Executive bedarf und der mit derselben zu betrauende Monarch — welche Rolle in diesem Falle jedenfalls dem Könige von Baiern zugefallen sein würde — doch mit gewissen, eine Schmälerung der Souverainität der übrigen Monarchen voraussetzenden Prärogativen ausgestattet sein muß, so war nicht abzusehen, warum die Monarchen von Baden, Würtemberg und Hessen sich nicht lieber dem Könige von Preußen, als einem Mächtigeren, unterordnen sollten, als dem Könige von Baiern, den sie bisher nur als einen ihnen Coordinirten betrachtet hatten. Dazu kam, daß Baden, welches bereits das preußische Militairsystem plein und pur adoptirt, jede Betheiligung an einem Südbunde von vorn herein von der Hand wieß; die badische Regierung erklärte, in Uebereinstimmung mit der Volksvertretung, vielmehr offen, daß sie Badens baldmöglichsten Eintritt in den Nordbund als das Ziel ihrer Politik betrachte.

Hessen-Darmstadt, welches schon mit der Provinz Oberhessen dem Norddeutschen Bunde angehörte und in einem Separatvertrage Preußen das Besetzungsrecht in seiner wichtigsten Stadt, in Mainz, eingeräumt hatte, auch am 7. April 1867 mit Preußen eine Militairconvention dahin abschloß, daß die gesammten hessischen Truppen, als eine geschlossene Division, dem elften preußischen Armeecorps zugetheilt werden sollten, konnte schon

Digitized by Google

aus diesen Gründen an einem Südbunde nicht füglich Theil nehmen. Die aus einer gleichzeitigen Theilnahme am Nord- und Südbunde sich ergebende Doppelstellung würde in der Praxis zu fast unüberwindlichen Schwierigkeiten geführt haben.

Auch der König von Würtemberg zeigte wenig Eifer, sich die Regeln seines politischen Verhaltens in München dictiren zu lassen, so daß die durch den Südbund bedingte baierische Hegemonie wenig Aussicht zu ihrer Verwirklichung besaß. Außerdem muß man anerkennen, daß die bairische Regierung, obgleich früher die Triasidee das Steckenpferd der baierischen Politik gewesen, in richtiger Erkenntniß der Lage, jetzt gar nicht darauf ausging, sich der in dem von Napoleon projectirtem Südbunde ihr zugedachten Hegemonie wirklich zu bemächtigen.

So blieb der im 4ten Artikel des Prager Friedens vorgesehene Südbund ein todtgeborenes Kind.

Preußen hatte kein Interesse dabei, das Zustandekommen eines Südbundes zu fördern, auch wenn nicht zu fürchten gewesen, daß derselbe sich schließlich als eine neue Auflage des Rheinbundes entpuppen würde. Schon aus den Worten, mit welchem König Wilhelm den constituirenden Norddeutschen Reichstag eröffnete, worin er es als Aufgabe bezeichnete:

„Dem gesammten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Wiederherstellung und seine Wohlfahrt zu pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag“ erhellt, daß das letzte Ziel der preußischen Politik in der Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auch auf den Süden Deutschlands bestand. —

Und während man auf dem Norddeutschen constituirenden Reichstage noch über die Möglichkeit einer Ueberbrückung der Mainlienie debattirte, hatte dieselbe factisch bereits stattgefunden, existirte die Mainlienie bereits nicht mehr, war, mit anderen Worten, das eben angedeutete Ziel der preußischen Politik wenigstens zur Hälfte erreicht.

Am 22. August 1866 hatte Preußen mit Baiern, am 17.

Digitized by Google

August mit Baden, am 13. mit Würtemberg — alle drei gleichlautend — militairische Schutz- und Trutzbündnisse abgeschlossen, zu denen am 11. April 1867 noch ein dergleichen mit Hessen-Darmstadt sich gesellte. In diesen Schutz- und Trutzbündnissen garantirten Preußen und die betreffenden Südstaaten sich gegenseitig ihr Gebiet, und stellten, im Kriegsfalle, einander ihre gesammte Truppenmacht unter Oberbefehl des Königs von Preußen zur Verfügung.

Im Grunde verpflichteten diese Verträge Preußen zu nichts, was es nicht auch ohne dieselbe hätte leisten müssen. Nachdem König Wilhelm sich einmal für den Vertreter der deutschen Einheitsidee erklärt, mußte Preußen, wollte es anders seiner Mission nicht untreu werden, auch süddeutsches Gebiet bei jeder Bedrohung desselben durch einen auswärtigen Feind mit der Schärfe des Schwertes schützen, schützen ohne Anspruch auf Dank, ohne, eventuell, der Gegenleistun gversichert zu sein.

Wollte Preußen die Hegemonie in Deutschland übernehmen, so durfte mit seinem Willen, oder sein Verschulden kein Zoll breit deutschen Bodens an das Ausland verloren gehen. — Die Schutz- und Trutzbündnisse stellten nur in Bezug auf Süddeutschland die Gegenseitigkeit her und schufen eben dadurch, dem Auslande gegenüber, wenigstens in Kriegszeiten die militairische Einheit aller deutschen Staaten unter Preußens anerkannter Führung.

Die wirthschaftliche Einheit Deutschlands war durch den Zollverein gesichert, der mit den süddeutschen Staaten nunmehr unkündbar erneuert wurde, wobei derselbe zugleich eine neue, unserer wirthschaftlichen Entwickelung entsprechendere Organisation erhielt. Das librum veto des einzelnen Zollvereinsstaates wurde aufgehoben*), die Leitung der Zollvereinsangelegenheiten dem durch Delegirte der süddeutschen Regierungen verstärkten Bundesrathe unter Preußens Präsidium übertragen und außerdem im Zollparlament — dem in Zollangelegenheiten durch süddeutsche Abgeordnete verstärktem

*) Nur Preußen behielt, als Präsidialmacht, ein veto, aber auch nur dann wenn es sich für Aufrechthaltung bereits bestehender Einrichtungen erklärte. In jedem anderen Falle war auch Preußen, gleich jedem anderen Vereinsstaate, an die Majoritätsbeschlüsse der beiden beschließenden Körperschaften gebunden.

Digitized by Google

Norddeutschen Reichstage — eine parlamentarische Vertretung geschaffen. Diese Reorganisation des Zollvereins sicherte unserem Handel und unserer Industrie für die Zukunft eine Entwickelung auf gesunder wirthschaftlicher Basis, ganz abgesehen von der ungeheuren moralischen Bedeutung, welche das Tagen einer politischen Körperschaft, in welcher alle deutschen Staaten durch auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes erwählte Abgeordnete vertreten waren, für die weitere Einigung der Deutschen nothwendig haben mußte, selbst wenn die Competenz dieser Körperschaft zunächst nur auf Fragen des Tarifs und der Besteurung einiger Consumartikel beschränkt war.

Nachdem die preußische Regierung durch die Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten für den Kriegsfall die militairische Einheit Deutschlands, durch Reorganisation des Zollvereins dessen wirthschaftliche Einheit gesichert hatte, konnte sie die Dinge ruhig ihrer weiteren Entwicklung überlassen, fest überzeugt, daß diese Entwicklung zu weiterer Einigung auch auf anderen Gebieten von selbst hindrängen würde.

Ist bisher nur von den Beziehungen der süddeutschen Regierungen zu Preußen und dem Norddbunde die Rede gewesen, so müssen wir jetzt untersuchen, wie die Bevölkerung der Südstaaten die durch den preußischen Sieg von 1866 geschaffene Situation auffaßte und welche Stellung sie gegenüber dem für Norddeutschland durch Stiftung des Norddeutschen Bundes bereits thatsächlich vollendeten Einigungswerke einnahm.

Da müssen wir freilich gestehen, daß nur die Bevölkerung Badens in ihrer Majorität die politische Lage richtig begriff und, Hand in Hand mit der Regierung, mit Bewußtsein auf den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund hinarbeitete.

Am 5. September des Jahres 1867 eröffnete der Großherzog von Baden die Ständeversammlung mit folgenden patriotischen Worten, die weit über die Grenzen Badens hinaus drangen:

„Mein Entschluß steht fest, der nationalen Einigung mit dem Norddeutschen Bunde unausgesetzt nach zu streben, und gern werde Ich und wird mit Mir mein getreues Volk die Opfer bringen, die mit dem Eintritte in denselben untrennbar verbunden sind. Sie werden reichlich aufgewogen durch die volle Theilnahme an dem nationalem Leben und die erhöhete Sicherheit für

Digitized by Google

die freudig fortschreitende innere Staatsentwickelung, deren Selbstständigkeit zu wahren stets Pflicht meiner Regierung sein wird. Ist auch die Form der nationalen Einigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde noch nicht gefunden, so sind doch schon bedeutungsvolle Schritte zu diesem Ziele gethan. Dank den Allianzverträgen der süddeutschen Staaten mit Preußen ist die erste und dringendste nationale Forderung erfüllt: Abwehr jedes Angriffes von außen mit den geeinigten Kräften Aller unter einheitlicher Führung. In dem Zollparlament begrüße Ich, wenn auch seine Wirksamkeit eine beschränkte ist, doch freudig eine regulaire Vertretung des gesammten deutschen Volkes."

Diese Thronrede beantwortete die zweite badische Kammer unter dem 16. September mit einer mit allen gegen fünf Stimmen angenommenen Adresse, in welcher folgender Passus Beachtung verdient:

„Wir hegen die zuversichtliche Erwartung, daß die dauernde organische Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde unter der Führung des mächtigsten deutschen Staates bald gefunden und damit die Wiedergeburt Deutschlands in einer Weise vollzogen sein wird, welche unserem Vaterlande die lange vermißte Machtstellung verleihet."

Während also in Baden Regierung und Volk sich im einmüthigen Verlangen nach einem Anschlusse an den Nordbund begegneten, konnte in den drei übrigen süddeutschen Staaten von einem einträchtigem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volk leider nicht die Rede sein.

In Hessen-Darmstadt, wo noch immer der vor 1866 durch seine entschieden preußenfeindliche Haltung bekannte Minister von Dalwigk am Staatsruder saß, stellte der Abgeordnete Goldmann am 3. Juni 1867 in der zweiten Kammer, gelegentlich der Vorlage der Norddeutschen Bundesverfassung, den Antrag auf Anschluß des gesammten Großherzogthums an den Norddeutschen Bund. Obgleich dieser Antrag von der Kammer mit einer Majorität von 32 gegen 15 Stimmen acceptirt wurde, — Beweis genug, daß das hessische Volk in seiner Majorität die Lage der Dinge richtig begriff, — so erklärte doch die Regierung in einer etwas diplomatisch geschraubten Weise, daß Rücksichten auf Preußen sie hinderten, den Antrag in Erwägung zu ziehen.

Digitized by Google

Es war nicht recht ab zu sehen, in wie fern Rücksichten auf Preußen die Hessen-Darmstädtische Regierung hindern konnten, sich dem Norddeutschen Bunde an zu schließen. Näher lag die jeden Falles nicht allzuweit vor der Wahrheit vorbeischießende Vermuthung, daß Minister von Dalwigk seine alte Antipathie gegen Preußen noch nicht vergessen habe und Preußen nur in soweit entgegen zu kommen geneigt sei, als das Gewicht äußerer Umstände ihn dazu zwinge.

Auch in Würtemberg fehlte es eben so wenig, wie in Baiern, an einer auf den Anschluß dieser Staaten an den Norddeutschen Bund hinarbeitenden Partei.

Dieser in beiden Ländern numerisch sogar ziemlich starken Partei stand jedoch eine aus den heterogensten Elementen gemischte Majorität gegenüber: reine Particularisten, denen die Souverainität des eigenen Staates zu hoch stand, als daß sie zu Gunsten irgend einer Centralgewalt auch nur ein Titelchen derselben hätten opfern wollen; Ultramontane, die, gewöhnt ihr Vaterland in Rom zu suchen, Preußen — in welchem doch nahe an acht Millionen Katholiken wohnen und sich in kirchlicher Hinsicht einer größeren Unabhängigkeit von der Staatsgewalt erfreuen, als selbst viele Regierungen rein katholischer Staaten sie zu gewähren pflegen, — als angeblichen Vorkämpfer des Protestantismus haßten, und Großdeutsche mit republikanisch-demokratischer Färbung.

Die Haltung der Partikularisten würde begreiflich gewesen sein, wenn Baiern, oder Würtemberg durch ihre Größe in der Lage gewesen wären, sich selbst zu genügen und ihre Unabhängigkeit gegen etwaige Angriffe zu behaupten. Dies war jedoch nicht der Fall; zwischen die drei größten Militairmächte des Continentes, Frankreich, Preußen und Oestreich, eingekeilt, mußten sie, isolirt, nothwendig das Opfer der ersten besten europäischen Verwickelung werden. Baiern, sowol als Würtemberg, bedurften also einer Stütze. Die Ultramontanen suchten diese Stütze in dem eben in einem Zersetzungsprocesse befindlichem vielsprachigem Oestreich, demselben Oestreich, welches, nach der Niederlage von Sadowa, seine süddeutschen Bundesgenossen rücksichtslos dem Sieger Preis gegeben, ohne in den Verhandlungen von Nikols-

Digitized by Google

burg auch nur eine diplomatische Intervention zu ihren Gunsten zu versuchen.

Die süddeutsche Demokratie, unklar sowol in ihren Zielen, als in den Mitteln, dieselben zu erreichen, bestand zum Theil aus Männern, die seit Jahren für die deutsche Freiheit gekämpft und gestritten, sich aber jetzt von dem in Norddeutschland bereits vollendeten Einigungswerke unwillig abwandten, angeblich weil der Norddeutsche Bund eben nur einen Theil, nicht das gesammte Deutschland umfaßte. Diese Leute sahen in den Folgen von Sadowa nur die Zersplitterung Deutschlands und verstiegen sich sogar, dem alten, von ihnen selbst so oft als lebensunfähig verurtheilten Bundestage ein wehmüthiges Klagelied nach zu singen. Sie begriffen nicht, oder wollten nicht begreifen, daß die Zertrümmerung des deutschen Bundes nothwendig war, um Raum für eine lebensfähige Neuschöpfung zu gewinnen, und daß es ja nur von ihrer Mitwirkung abhing, den norddeutschen Bund, dessen Beschränkung auf Norddeutschland sie so schmerzlich bedauerten, auch auf Süddeutschland auszudehnen, und daß ein Nord- und Süddeutschland umfassender Bund, mit Parlament und mit Preußen als Exekutive, jedenfalls, selbst wenn Oestreich diesem Bunde nicht angehörte, in der Lage war, die deutschen Interessen in ungleich wirksamerer Weise zu fördern, als der alte Bundestag, den schon seine Organisation zur politischen Ohnmacht verdammte.

Jeder mit realen Verhältnissen rechnende und nicht utopistischen Träumereien hingegebene Politiker begriff, daß die Ereignisse des Jahres 1866 den Weg, der allein zur deutschen Einheit führte, mit Deutlichkeit vorgezeichnet hatte. Dieser Weg bestand in der Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf das übrige Deutschland, und wer diesen Weg nicht wollte, war in der Praxis ein Feind der deutschen Einheit, mochten seine Lippen auch vom Preise derselben noch so sehr überfließen.

Aber die süddeutsche Demokratie war dieser einfachen Erkenntniß der Dinge verschlossen; sie perhorescirte das in Norddeutschland geschaffene Einigungswerk, weil es ohne ihre Mitwirkung und auf einem anderen, als dem von ihr gewünschten Wege zu Stande gekommen, erblickte in der durch den Norddeutschen Bund geschaffenen Einheit eine Gefahr für die „berechtigte Ei-

genthümlichkeit" der süddeutschen Staaten und Stämme, in der Einführung des preußischen Militairsystems den Anfang zur Borussificirung Baierns und Würtembergs. Diese Furcht vor Borussificirung spukte in allen Köpfen, ohne daß man darum genau erfahren konnte, welche greifbaren Vorstellungen die Herren eigentlich mit diesem Ausdrucke verbanden.

Statt also die deutsche Einheit auf dem einzigen Wege zu erstreben, auf welchem sich dieselbe überhaupt verwirklichen ließ, — auf dem Wege des Anschlusses an den Norddeutschen Bund — sah man die süddeutschen Demokraten sich theils für den bereits als unausführbar nachgewiesenen Bund der Südstaaten nach Vorschrift des §. IV des Prager Friedens, theils für ein republikanisches Südwestdeutschland mit Anschluß an die Schweiz und andere practisch unausführbare Träume begeistern.

Aus so heterogenen Elementen, reinen Partikularisten, östreichisch gesinnnten Ultramontanen und Demokraten, war die dem Anschlusse Baierns und Würtembergs an den Nordbund wiederstrebende Majorität zusammengesetzt, aus Leuten, die in jeder anderen Frage himmelweit aus einander gingen und sich nur begegneten in der gemeinschaftlichen Abneigung gegen eine Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, oder, mit anderen Worten, in ihrer gemeinschaftlichen Furcht vor der Borussificirung der Baiern und Schwaben.

Die bereits früher erwähnten zwischen Preußen und den Südstaaten im August 1866 abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse wurden erst im März des Jahres 1867 veröffentlicht. Diese Verträge, Seitens der süddeutschen Monarchen ohne jeden Vorbehalt unterzeichnet, bedurften aber in Würtemberg zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern, und natürlich war die oben bezeichnete Majorität entschlossen, dieselbe zu verweigern, da sie in den Vertrage nur den ersten Schritt zu der so gefürchteten Borussificirung Schwabens erblickte. Aber der Eifer der Majorität kühlte sich gewaltig ab, als Preußen erklärte, daß es, bei Verwerfung des Schutz- und Trutzbündnisses, Würtemberg seiner Seits den Zollverein kündigen würde. Da nun Würtemberg den Zollverein nicht entbehren, denselben aber auch ohne das Schutz- und Trutzbündniß nicht haben konnte, so entschloß man sich endlich widerwillig zur Annahme auch dieses Letzteren,

Digitized by Google

die denn auch Seitens der zweiten Würtemberg'schen Kammer am 30. October 1867 mit 57 gegen 38 Stimmen erfolgte.

In Baiern, wo das vom Könige mit Preußen geschlossene Schutz- und Trutzbündniß verfassungsmäßig der Zustimmung des Landtages nicht bedurfte, capricirte sich die Opposition auf die Verwerfung des Zollvereinsvertrages, in der Hoffnung, mit demselben auch das verhaßte Schutz- und Trutzbündniß zum Falle zu bringen. Als jedoch auf diese Weise an Baiern die Gefahr herantrat, sich vom Zollvereine ausgeschlossen zu sehen, da sah sich die erste, wie die zweite Kammer, aus Kreisen der Arbeiterbevölvölkerung, der Industriellen und des Handelsstandes, wie der Gemeindekollegien mit einer solchen Fluth von Petitionen und Adressen bestürmt, den Wohlstand Baierns nicht durch Verwerfung des Zollvereinsvertrages eine unheilbare Wunde zu schlagen, daß die Majorität diesem Sturme nicht gewachsen war und am 22. October 1867 in der zweiten Kammer sich mit 117 gegen 17 Stimmen, in der ersten Kammer am 31. October mit 35 gegen 13 Stimmen zur Annahme des Zollvereins-Vertrages entschloß; in der ersten Kammer stimmten ein Erzbischof und zwei Bischöfe, nebst drei Prinzen des Königlichen Hauses gegen die Vorlage.

Aber diese nur durch die Gewalt der Umstände erzwungene Zustimmung der Majorität erbitterte dieselbe, weit entfernt den Hader zu beendigen, nur noch mehr, und wüthende Ausfälle glänzende Tiraden gegen des ketzerischen Preußens unersättliche Eroberungssucht und die Borussificirung des biedern Baiern und Schwabenlandes, vermischt mit wehmüthigen Klagen über das Hinscheiden des alten Bundestages, unter dessen schirmenden Fittichen die Klein- und Mittelstaaten so lange ein ruhiges Phäakenleben hatten führen und dabei von ihrer politischen Wichtigkeit hatten träumen können, ohne fürchten zu müssen, durch den Ernst der Dinge sehr unsanft aus diesen Träumen aufgerüttelt zu werden, waren sowol in den Kammern Baierns und Würtembergs, als wie in der ultramontanen und specifisch demokratischen Presse dieser Staaten sehr wohlfeil zu haben.

Wenn die dem Anschlusse an den Nordbund feindliche Parthei in Baiern und Würtemberg im Wesentlichen in beiden Staaten aus gleichartigen, höchstens numerisch verschieden gruppirten Ele-

Digitized by Google

menten bestand, so war doch die Haltung der Regierung dieser Majorität gegenüber nicht dieselbe.

In Baiern, wo seit dem 29. December 1866, dem Rücktritte von der Pfordten's, der Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst an der Spitze des Ministeriums stand, gab derselbe ein Programm seiner Politik, welches zwar ziemlich klar aussprach, was er nicht wollte, — Anschluß an Oestreich, einen Südbund, Anlehnung an eine auswärtige Macht — aber die eigentlichen Ziele seiner Politik in ein etwas diplomatischen Dunkel hüllte. Eine nationale Einigung mit dem Norden sei zunächst, gemäß den Bestimmungen des Prager Friedens, nicht möglich, ein bedingungsloser Eintritt in den Norddeutschen Bund für Baiern nicht wünschenswerth, wol aber eine Allianz Baierns mit Preußen unter Preußens Oberbefehl für den Kriegsfall — also gemäß den Bestimmungen des bereits abgeschlossenen, damals aber noch nicht veröffentlichten Schutz- und Trutzbündnisses — bei bestimmter Garantie der Souverainität des Königs.

Diese Erklärung war eine diplomatisch so geschraubte, daß so wol die Freunde, wie die Gegner des Ministers annahmen, daß das letzte, nur aus Rücksicht auf die Elemente der Kammer, der er gegenüberstand, noch nicht ausgesprochene Ziel der Hohenlohe'schen Politik in dem Eintritte Baierns in den Norddeutschen Bund bestehe.

War diese Annahme richtig, so mußte dem Fürsten Hohenlohe die Opposition der Kammermajorität unbequem sein, weil sie ihn an der Erreichung des letzten, noch unausgesprochenen Zieles seiner Politik verhinderte.

In der That, sehen wir auch den Fürsten Hohenlohe aufrichtig bemühet, das Gewicht der partikularistisch-ultramontan-demokratischen Opposition abzuschwächen.

Anders in Würtemberg, wo noch immer der Minister von Varnbüler, der sich vor 1866 durch seine entschieden preußenfeindliche Haltung bemerklich gemacht hatte und Preußen ein Vae victis zugerufen, die Geschäfte führte. Zwar war derselbe mit dem ganzen Gewichte seiner Stellung für die Annahme des Schutz- und Trutzbündnisses und des revidirten Zollvereins-Vertrages der Kammer gegenüber eingetreten, weil er, in richtiger Erkenntniß der Lage, Würtembergs sonst unausbleibliche militairische und wirth-

Digitized by Google

schaftliche Isolirung fürchtete, aber damit waren seine Concessionen auch beendigt, und am 1. December 1867 erklärte er in der Kammer: „Es ist entschiedene Ansicht der Regierung, daß, nachdem sie die beiden Verträge mit Preußen abgeschlossen und dadamit ihre nationale Pflicht erfüllt hat, kein Grund vorhanden ist, über diese Grenzlienie hinaus zu gehen."

Zugleich versichert er, daß er dem Könige vom Anschlusse an den Nordbund abrathen würde, selbst wenn derselbe ihn wünschen sollte.

Dies war deutlich, und mithin mußte dem Minister von Varnbüler die Haltung der Kammermajorität willkommen sein, weil sie ihn in den Stand setzte, etwaigen Zumuthungen Preußens nach weiterer Einigung — die übrigens nicht an ihn gestellt wurden — mit Hinweis auf die Kammermajorität ablehnend zu begegnen.

Daher sehen wir Varnbüler bei den Wahlen zum Zollparlament mit dem ganzen Gewichte seiner politischen Stellung, im Bunde mit Demokraten und Ultramontanen, Front machen gegen die deutsche Parthei. Als deutsche Parthei bezeichneten sich die Anhänger eines Eintrittes der Südstaaten in den Nordbund und wir werden diesen Namen, der Kürze wegen, für sie adoptiren.

Man hätte denken sollen, daß es sich bei den Wahlen zu einem Zollparlamente, dessen Competenz vertragsmäßig auf Tarifffragen beschränkt war, nicht um politische, sondern um wirthschaftliche Gegensätze handelte, nicht um Ultramontane oder Demokraten, sondern um Schutz- und Differenzzöllner, oder Freihändler.

Da man aber annahm, daß das Zollparlament, einmal versammelt, sich zu einer Anerkennung, einer Huldigung der Einheitsbestrebungen hinreißen lassen könnte, deren moralischen Eindruck man fürchtete, selbst wenn dieselbe zunächst ohne practische Consequenzen blieb, so machte man in Baiern und Würtemberg aus den Wahlen zum Zollparlament eine politische Frage, und nicht Schutzzöllner oder Freihändler, nein Preußen und Baiern oder Würtemberger war das Feldgeschrei, und die ultramontanen Blätter Baierns, wie die würtembergische Localpresse, ließen es an den wüthendsten Ausfällen, ja geradezu pöbelhaftesten Schimpfereien auf Preußen nicht fehlen.

Digitized by Google

Die baierische Regierung beobachtete diesem Treiben gegenüber eine anständige Zurückhaltung, während Varnbüler, wie erwähnt, im Bunde mit Ultramontanen und Demokraten Front machte gegen die deutsche Parthei.

Dank des Zusammenwirkens der Ultramontanen und Demokraten Würtembergs mit der Ministerialparthei gelang es der deutschen Parthei nicht, auch nur einen einzigen ihrer Candidaten durchzubringen, obgleich dieselbe unter circa 200,000 Stimmen, die im ganzen Lande abgegeben worden waren, 46,000 für sich gehabt, also jedenfalls so stark war, als jede einzelne der drei gemeinschaftlich gegen sie verbündeten Partheien.

Die Ministerialparthei hatte bei diesen Wahlagitationen einen solchen Eifer entwickelt, daß bei dem Zollparlamente diverse Beschwerden über Verletzung des Wahlgesetzes und Wahlbeeinträchtigung einliefen, die die Versammlung, nach einer vernichtenden Kritik würtembergischer Zustände durch den Abgeordneten Braun, dadurch erledigte, daß sie den Zollbundesrath aufforderte, „dahin zu wirken, daß hinfort im Königreich Würtemberg eine dem Sinne des Vertrages vom 8. Juli 1867 und des Reichswahlgesetzes homogenere Ausführung der Wahlen veranstaltet werde."

Eine andere Folge der Art und Weise, in welcher die süddeutschen Abgeordneten nicht auf Grund ihrer Sachkenntniß, sondern auf Grund ihrer antipreußischen Gesinnungstüchtigkeit gewählt worden waren, war, daß dieselben in ihrer Majorität bei technischen Fragen nicht gerade durch Sachkenntnisse glänzten: — bei diesen Debatten über Linnen, Wein und Eisen waren ein großer Theil der Herren so wenig orientirt, als wenn es sich um Verhandlungen über China, oder Japan gehandelt hätte.

Um unsere Revue über die Zustände der süddeutschen Staaten zu beendigen, erwähnen wir, daß die erste Bairische Kammer am 26. April 1869 ein von der zweiten Kammer angenommenes Schulgesetz, welches den Zweck hatte, den Einfluß des Clerus auf die Schule zu beschränken, mit 28 gegen 13 Stimmen — Prinz Otto, Bruder des Königs, stimmte mit der Majorität — verwarf. —

Die auf den 20. Mai in Baiern ausgeschriebenen Neuwah-

Digitized by Google

len erzeugten einen wahren Sturm im Lande, und namentlich rüsteten sich die Ultramontanen mit ganzer Energie zum Kampfe gegen das liberale, verpreußte Ministerium.

„Die Rache für Sadowa ist im Anzuge!" schrie der Volksbote, das Hauptorgan der baierischen Ultramontanen. „Wir wollen Ruhe und Frieden im Hause, im Staate, im alten Europa; aber dazu müssen die Götzen brutaler Gewalt, politischer Lüge und Heuchelei, frecher Verhöhnung vom göttlichen und menschlichem Recht und Gesetz von ihren Altären gestoßen werden. Die Verkörperung von alle dem, das ist das brutale Borussenthum, das muß gebeugt, das muß gebrochen werden, ehe es wieder Friede wird, in Europa."

Auf die Frage ihrer Gegner, was aus Baiern werden solle, wenn, dem Wunsche der Ultramontanen gemäß, das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen und der Zollvereinsvertrag zerrissen und damit Baierns militairische und wirthschaftliche Isolirung gegeben sei? war die ultramontane Presse schamlos genug, mit einem offenen Hinweise auf „das ritterliche Frankreich, welchem Baiern seit 1866 seine staatliche Existenz zu verdanken habe, und welches allein Baiern von der Eroberung retten könne und werde", zu antworten.

Wir werden später sehen, wie uneigennützig die Vermittelung Frankreichs zu Gunsten der Südstaaten im Jahre 1866 gewesen.

Der Hinweis auf Frankreich Seitens der Ultramontanen erklärt sich einmal durch den Schutz, den Napoleon III. aus sehr egoistischen Gründen der weltlichen Herrschaft des Papstes angedeihen ließ, und dem durch eine in diesen Kreisen gegen Oestreich eingetretene Verstimmung, die nicht blos durch den jetzt erst bekannt gewordenen Versuch Oestreichs, sich 1866 durch baierisches Gebiet, also das Gebiet seines Bundesgenossen, für den Verlust Venetiens, zu entschädigen, sondern hauptsächlich durch die den Tendenzen der Ultramontanen keineswegs entsprechende Haltung der östreich'schen Regierung in der Concredtsfrage ihrer Entstehung verdankte.

Dank dem ungeheuern Einflusse, den der bairische Clerus auf die Landbevölkerung namentlich der altbairischen Provinzen ausübt, gelang es demselben, von 154 Abgeordneten 78 seiner

Digitized by Google

Farbe durchzubringen; die übrigen 76 Abgeordnete gehörten — darunter auch die Abgeordneten Münchens — größten Theils der deutschen Partei an.

Während der Clerus, der bei diesem Wahlkampfe die Parole: „Ketzerisch-preußisch oder gut baierisch-katholisch" ausgegeben, Kanzel und Beichtstuhl für seine Wahlagitationen in Bewegung gesetzt und in manchen Bezirken die Wähler gemeindeweise direct von der Kirche zur Wahlurne geführt hatte, hatte die Regierung in diesem Wahlkampfe eine stricte Neutralität beobachtet.

Als die Kammer zur Präsidentenwahl schritt, erhielten die Candidaten der ultramontanen Partei — Weis — und der liberalen — Edel — je 71 Stimmen und dieses Stimmenverhältniß blieb, trotz eines siebenmaligen Scrutiniums, dasselbe. Unter diesen Umständen konnte keine Präsidentenwahl stattfinden, und die Kammer sich nicht constituiren, so daß nichts anderes übrig blieb, als die Wahlen zu annulliren und Neuwahlen auszuschreiben und dieselben ergaben — Dank der Zerfahrenheit der deutschen- und der Ministerial- oder Mittelparthei — für die Ultramontanen eine Majorität von 80 Stimmen. Die übrigen Stimmen vertheilten sich auf 63 Anhänger der deutschen und 11 Glieder der Ministerialparthei.

Dieses Wahlresultat veranlaßte das Ministerium, dem Könige unter dem 26. November seine Entlassung anzubieten. Der König wußte jedoch den Fürsten Hohenlohe und den Kriegsminister von Prankh zu bewegen, ihre Portefeuilles zu behalten; nur der Minister des Innern, Hörmann von Hörbach, und der Kultusminister, von Greßer, beharrten auf ihrer Demission. Ersterer wurde durch Braun ersetzt und der im Geruche des Ultramontanismus stehende Justizminister von Lutz übernahm vorläufig zugleich das Portefeuille des Kultusministeriums.

Diese Ministerveränderung schien anzudeuten, daß die Krone geneigt sei, der ultramontanen Kammermajorität in inneren Fragen Concessionen zu machen, dahingegen aber an ihrer bisher befolgten auswärtigen Politik, an dem Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen und am Zollverein, mit Consequenz festhalten wolle.

Der König eröffnete die Kammer am 3. Januar 1870 mit einer sehr versöhnlich klingenden, zur Eintracht mahnenden, die Selbstständigkeit Baierns ebenso wie die Nothwendigkeit eines

Digitized by Google

treuen Festhaltens an geschlossenen Verträgen betonenden Rede, die beide Kammern durch die Annahme einer Adresse — in der zweiten Kammer stimmten 79 für, 62 Abgeordnete gegen dieselbe — beantworteten, welche ein klar und bündig ausgedrücktes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium enthielt.

In Folge dessen erbat und erhielt Fürst Hohenlohe seine Entlassung.

Der Rücktritt Hohenlohe's versetzte die Krone in eine peinliche Verlegenheit. Nach constitutionellem Gebrauch hätte der König ein neues Ministerium aus der Kammermajorität bilden müssen, aber diese Majorität war in sich selbst gespalten und nur einig in ihrem Hasse gegen die Borussificirung Baierns. Eine aber nur in einem Punkte einige, in allen übrigen Beziehungen himmelweit auseinandergehende Majorität kann zwar durch ihr Votum ein ihr mißliebiges Ministerium zum Falle bringen, ist aber selbst nicht im Stande, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Ganz abgesehen davon, daß König Ludwig II. persönlich keine Lust verspürte, die Interessen des Staates der Hierarchie zu opfern, wußte er auch, daß die drei fränkischen Provinzen und die Rheinpfalz eine zweite Auflage eines Ministeriums Abel nimmer ertragen hätten. Die erste Handlung eines entschieden ultramontanen Ministeriums würde in der Kündigung des mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses bestanden, diese würde preußischer Seits eine Kündigung des Zollvereines nach sich gezogen und Baierns militairische und wirthschaftliche Isolirung vollendet haben. Außerdem war zu erwarten, daß Preußen für diesen Vertragsbruch früh oder spät eine vielleicht die Existenz des ganzen Staates bedrohende Rache genommen haben würde.

Der König zog sich aus der Verlegenheit, indem er, an Stelle des Fürsten Hohenlohe, den Grafen Bray mit dem Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten betraute. Graf Bray war zwar eine den Ultramontanen angenehmere Persönlichkeit, als Fürst Hohenlohe, da er aber nicht minder, als sein Vorgänger, die Nothwendigkeit des Festhaltens an dem mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse betonte, so besaß seine Ernennung zwar die Bedeutung eines Personen-, nicht aber die eines Principienwechsels.

Digitized by Google

Da die Ultramontanen Baierns begriffen, daß ihr Votum nicht genüge, das ihnen verhaßte Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen zu zerreißen, so schlugen sie, dasselbe zum Falle zu bringen, einen anderen Weg ein, indem sie dem Kriegsminister die zur Durchführung der Heeresorganisation erforderlichen Mittel verweigerten.

Ein Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen hatte naturgemäß eine der preußischen möglichst entsprechende Organisation des Baierischen Heeres zur nothwendigen Voraussetzung, da nur unter dieser Bedingung für den Kriegsfall an ein erfolgreiches Zusammenwirken der preußischen und baierischen Armee zu denken war; außerdem mußte Preußen von einem Staate, dessen Existenz es, nöthigen Falles mit seiner ganzen Kraft schützen mußte, nothwendig eine der seinigen relativ gleiche militairische Leistungsfähigkeit vorausetzen.

Der Plan der Ultramontanen war also, durch Verweigerung der vom Kriegsministerium geforderten Mittel die Armee zu desorganisiren, damit Preußen das Schutz- und Trutzbündniß selbst fallen lassen solle, weil ihm ein Bündniß mit einem militairisch vertheidigungslosen Staate nichts nützen könne. Was, im Falle des Gelingens dieses Planes, aus dem militairisch und wirthschaftlich isolirten und durch Desorganisation seiner Armee auch vertheidigungslosen Baiern bei der ersten besten europäischen Verwickelung werden solle, das kümmerte die edeln „Patrioten" Baierns nicht; für alle Fälle war der edle Cäsar an der Seine da, der, trotz seines starken Appetits nach der Rheingrenze, allezeit wegen seiner politischen Uneigennützigkeit bekannt und gewiß gern bereit war, das Baierland vor etwaigen Folgen seiner militairischen Unfähigkeit zu schützen.

Am 10. Juni acceptirte der Finanzausschuß der zweiten Kammer Anträge, denen zufolge die Präsenszeit der Infanterie auf acht Monate herabgesetzt, beide Curassierregimenter und zwei weitere Reiterregimenter ganz aufgehoben, die Regimentsverbände abgeschafft und damit zugleich sämmtliche Oberst- und Oberstlieutenantstellen eingezogen werden sollten.

Mit einer Kammer, deren Finanzausschuß solche Resolutionen empfehlen konnte, ließ sich nicht regieren, es sei denn, daß der König Lust hatte, sein Land, einem mast- und steuerlosen

Digitized by Google

steuerlosen Schiffe auf empörten Wegen gleich, dem Zufalle zu überlassen, oder Frankreichs Protectorat nachzusuchen, mit andern Worten Frankreichs Vasall zu werden.

Wenn der König von Baiern dies nicht wollte, so blieb ihm nichts anderes übrig, als sich auf einen Verfassungsconflict vorzubereiten, wie er einige Jahre früher in Preußen stattgefunden, auf die Nothwendigkeit, die Regierung im Widerspruche mit der Kammermajorität und eventuell ohne ein verfassungsmäßig votirtes Budget fortzuführen.

Dem Würtemberg'schen Minister von Varnbüler brachte sein gelegentlich der Zollparlamentswahlen mit Demokraten und Ultramontanen gegenüber der deutschen Parthei eingegangenes Bündniß gleichfalls keinen sonderlichen Gewinn. Konnte dies Bündniß dem Ministerium bei den Zollparlamentswahlen willkommen sein, weil es sich hier, nach ministerieller Auffassung, nur um Durchsetzung „anti-preußischer" Candidaten handelte, mochte ihre sonstige Partheistellung sein, welche sie wollte, so mußte diese Allianz doch sofort Schiffbruch leiden, als es sich nicht mehr um Zollparlamentswahlen, sondern um würtemberg'sche Kammerwahlen drehete; ein Sieg der demokratischen Candidaten mußte in diesem Falle sein Portefeuille selbst gefährden, an welches sich Herr von Varnbüler mit gußeiserner Zähigkeit festklammerte. Daher bot auch das Ministerium durch seine Organe alles auf, dieselben Leute jetzt zu bekämpfen, die es wenig Wochen früher selbst auf den Schild gehoben. Aber das in die Mysterien Varnbüler'scher Politik nicht eingeweihete Landvolk begriff nicht, warum die gestern noch von den Beamten so warm empfohlenen Leute heute nichts taugen sollten. Daher fielen die Kammerwahlen durchgängig zu Ungunsten des Ministeriums aus, so daß dasselbe unter den 70 zu wählenden Abgeordneten nur über 8 Stimmen verfügte; die äußerste Linke hatte 25, das linke Centrum — Großdeutsche mit theils ultramontaner, theils demokratischer Färbung — 20, die deutsche Parthei 14 Candidaten durchgesetzt.

Aehnlich wie in Baiern, hatten Demokraten und Ultramontanen gemeinschaftlich gegen die deutsche und die Ministerialparthei Front gemacht und diesem Zusammenwirken verdankten sie ihren Sieg. Es circulirte unter der demokratischen Parthei als

Digitized by Google

Wahlparole ein geflügeltes Wort, welches den Standpunkt der würtemberg'schen Demokratie zur Genüge charakterisirt: „Gegen Preußen mit dem Schwarzen und den Schwarzen."

Wie in Baiern, so richtete sich auch in Würtemberg der Angriff der Opposition in der Hoffnung, mit demselben zugleich das Schutz- und Trutzbündniß zu Falle zu bringen, hauptsächlich gegen das Kriegsdienstgesetz. Aber in der zweiten bairischen Kammer bildeten die Ultramontanen die Majorität der Opposition und diese waren keineswegs principielle Gegner der stehenden Heere; sie stimmten nur gegen die Reorganisation der baierischen Armee, weil diese Armee im Kriegsfalle unter dem Oberbefehle des Königs von Preußen stehen sollte, anderen Falles würden sie, namentlich wenn es ihnen gelungen, Baiern in einen deutschen Kirchenstaat zu verwandeln, sich in der Bewilligung für die Armee nicht karg gezeigt haben. In Würtemberg hingegen bildeten die Demokraten die Majorität der Opposition und diese schwärmten, ungewarnt durch die kläglichen Resultate der süddeutschen Kriegsführung im Jahre 1866, in militairischer Hinsicht für ein Milizsystem, — welches zwar ein Heer schafft, welches im Frieden nicht viel kostet, dafür aber auch im Kriege nicht viel nützt, — für allgemeine Volksbewaffnung, Jugendwehr und andere heut' zu Tage ziemlich unpraktische Dinge mehr.

Von diesem Standpunkte aus mußte die demokratische Parthei Würtembergs das Kriegsdienstgesetz bekämpfen, selbst wenn das dem würtemberg'schen Demokraten nicht minder als den baierischen Ultramontanen verhaßte Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen auch nicht existirt hätte.

Die vom Kriegsminister von Wagner eingebrachten Gesetz- und Budgetvorlagen stießen daher in der zweiten Kammer auf den lebhaftesten und leidenschaftlichsten Widerspruch Seitens der demokratischen Majorität. Im April 1870 brachten fünf und vierzig Abgeordnete einen Antrag auf Ermäßigung der Dienstzeit für Infanterie und Artillerie auf ein, für Cavallerie auf zwei Jahre ein.

Die Annahme dieses Antrages hieß die Armee desorganisiren und zugleich die Aufrechthaltung des mit Preußen geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses unmöglich machen; — der Kriegsminister legte sein Portefeuille nieder.

Digitized by Google

Nun war die Situation in Würtemberg dieselbe, wie in Baiern; auch hier stand die Krone vor der Alternative, entweder, Hand in Hand mit der Kammermajorität, das mit Preußen geschlossene Bündniß zu brechen und dadurch Würtemberg militairisch und wirthschaftlich zu isoliren, oder die Regierung im Widerspruche mit der Kammermajorität, nöthigen Falles ohne verfassungsmäßig votirtes Budget, fortzuführen.

Daß die Krone eventuell zu Letzterem entschlossen war, bewies die Wahl des neuen Kriegsministers, von Suckow, der als ein entschiedener Anhänger des preußischen Militairsystems bekannt war.

Wir haben die Partheiverhältnisse der süddeutschen Staaten darum ausführlicher besprochen, weil die Zerfahrenheit derselben auf die Haltung, welche Napoleon III. der Entwickelung der deutschen Angelegenheiten gegenüber einnahm, von wesentlichstem Einflusse war.

Zum Schlusse unseres Artikels bleibt uns nur noch übrig, einen flüchtigen Blick auf diejenigen deutschen Territorien zu werfen, welche weder dem süddeutschen Staatencomplexe angehörten, noch Aufnahme im Norddeutschen Bunde gefunden haben, nämlich, Liechtenstein, Limburg und Luxemburg.

Liechtenstein acceptirte in der Sitzung des Bundestages vom 14. Juni 1866 den bekannten österreich'schen Antrag und nahm hierauf Antheil am Kriege gegen Preußen, freilich nicht activ, da der Krieg früher als die Ausrüstung der siebzig Mann starken fürstlich Liechtenstein'schen Armee beendigt war. Merkwürdiger Weise ist zwischen Preußen und Liechtenstein kein Friede geschlossen worden, so daß sich also Preußen seit dem Jahre 1866 mit demselben rechtlich noch immer im Kriege befindet. Seine Kleinheit und seine zwischen Oesterreich und die Schweiz eingeklammerte Lage schützten das Ländchen vor den Folgen seiner kriegerischen Begeisterung, und Fürst Johann II. kann in dem stolzen Bewußtsein sich wiegen, der einzige zu sein, den Preußen unter der großen Zahl seiner Feinde, die ihm 1866 bewaffnet gegenüber standen, weder zu depossediren noch zum Frieden zu zwingen vermochte.

Limburg — mit Ausnahme der Kreise Venloo und Maastricht — wurde 1839, laut Beschluß der Londoner Conferenz, dem deutschen Bunde zugetheilt als Entschädigung für den an

Digitized by Google

Belgien abgetretenen Theil des Großherzogthums Luxemburg. Uebrigens blieb Limburg, nach wie vor, ein integrierender Theil des Königreiches der Niederlande und seine Zugehörigkeit zum deutschen Bunde war eine rein nominelle. Nie hat es ein Limburg'sches Bundeskontignent gegeben, nie ist ein vom Bunde erlassenes Gesetz, nie eine Bundesverordnung in Limburg publicirt worden, und auch die auf Limburg entfallenden Bundesmatrikularbeiträge sind nie aus einer specifisch Limburg'schen Kasse, sondern stets aus der Niederländischen Staatskasse bezahlt worden. Man muß sich die ganze Lebensunfähigkeit des alten Bundestages vergegenwärtigen, um diese Verhältnisse zu begreifen, zu begreifen daß der Bundestag auch nicht einmal einen Versuch machte, seine Autorität in einem, laut Verträge, zweifellosem Bundeslande zu wahren. — Um nicht Limburg's wegen in den bevorstehenden Kampf der beiden größten Bundesmächte hineingezogen zu werden, stellte die Niederländische Regierung bei dem Bundestage am 19. Mai des Jahres 1866 den Antrag, Limburg aus dem Bunde zu entlassen. Ehe jedoch der Bundestag sich über diesen nach der Bundesacte, die den Bund ausdrücklich als einen unkündbaren und unauflöslichen bezeichnet, überhaupt unzulässigen Antrag schlüssig machen konnte, war derselbe selbst in das Grab gelegt, so daß also die Limburger Frage vor den Forum, vor welchem sie anhängig gemacht worden war, nicht mehr entschieden werden konnte.

Preußen hatte erkannt, daß einer der Hauptgründe, welcher dem Bundestage die Möglichkeit einer gedeihlichen Wirksamkeit abschnitt, in dem Umstande zu suchen war, daß der Bund unter seinen Gliedern vier Staaten zählte, die nur mit einem Theile ihres Gebietes, nicht mit dem Ganzen, dem Bunde angehörten, also, außer dem Bundesinteresse, noch andere Interessen zu wahren hatten, die dem Bundesinteresse nicht selten widersprachen.

Daher war Preußen auch entschlossen, in dem von ihm neu zu gründenden Bunde diesen Uebelstand zu beseitigen; schon das am 10. Juni 1866 dem Bundestage preußischer Seits überreichte Bundesreformproject schloß ausdrücklich Oesterreich und die Niederländischen Landestheile von der Theilnahme an dem neu zu gründenden Bunde aus.

Als daher Preußen die Gründung des Nordbundes in die Hand nahm, konnte es nicht daran denken, Limburg demselben

Digitized by Google

einzuverleiben, ja es hätte den Eintritt desselben principiell ablehnen müssen, selbst wenn Limburg ihn gewünscht. Unter diesen Umständen wurde das freilich nur auf dem Papiere existirende Band, welches zwischen Limburg und Deutschland durch dessen nominelle Zugehörigkeit zum deutschen Bunde bestanden hatte, zerrissen; Limburg blieb, was es bisher gewesen, nämlich ein integrirender Theil des Königreiches der Niederlande, und die Niederländische Staatskasse ersparte die bisher für Limburg in die Bundeskasse bezahlten Matrikularbeiträge.

Anders stand es um Luxemburg. Luxemburg war kein „Niederländischer Landestheil," sondern ein selbstständiges Großherzogthum mit eigener Verfassung und Verwaltung, welches mit den Niederlanden Nichts weiter, als die Person des Herrschers, gemeinsam hatte. Gelegentlich der bekannten Abstimmung am Bundestage am 14. Juni 1865 stimmte der Luxemburgische Bundestagsgesandte gegen den österreichischen Antrag, also zu Gunsten Preußens, und während des nunmehr entbrennenden Krieges gestand Preußen Luxemburg stillschweigend Neutralität zu, die von Letzterem um so lieber acceptirt wurde, als ja die Hauptstadt des Luxemburger Landes sich in preußischen Händen befand.

Als Luxemburg später keine Neigung zeigte, sich am Nordbunde zu betheiligen, versuchte Preußen keinen Druck, es zum Eintritte zu nöthigen, auf dasselbe auszuüben. Ein in dieser Hinsicht auf die Luxemburger Regierung ausgeübter Druck würde den König der Niederlande getroffen und vielleicht europäische Verwickelungen erzeugt haben, die Preußen, im Interesse seiner eigenen Sicherheit, damals vermeiden mußte. Unter diesen Umständen gestand Preußen Luxemburg eine unabhängige Existenz außerhalb des deutschen Bundes zu, hielt jedoch, gestützt auf europäische Verträge, auf welche wir später wieder zurückkommen werden, sein Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg zunächst aufrecht. So war das nationale Band zwischen dem Großherzogthume Luxemburg und dem übrigen Deutschland auf die Theilnahme des Ersteren am Zollvereine reducirt.

Digitized by Google

II.

Deutschland und das Ausland.

Es konnte nicht fehlen, daß die ungeheuren militairischen Erfolge, welche Preußen in einem kaum dreiwöchentlichen Feldzuge errungen, das Ausland nicht minder, als die Bevölkerung Deutschlands selbst überraschten. Als Ersteres sich von seinem Erstaunen allmählig erholt hatte, hatten diese militairischen Erfolge bereits auf politischem Gebiete ihre Früchte getragen: — die Annexionen waren erfolgt und außerdem die ersten Schritte zur Bildung des Norddeutschen Bundes gethan. Beides waren Ereignisse von ungeheurer politischer Tragweite, vollständig geeignet, die politische Physiognomie Europa's total zu verändern. Zwanzig Jahre früher würde die Durchführung dessen, was Preußen gewagt und gethan, ohne einen ganz Europa bis in die tiefste Tiefe erschütternden Krieg nicht möglich gewesen sein. Allein seitdem waren die europäischen Verträge so vielfach durchlöchert worden, war so manche vom Wiener Congresse für die Ewigkeit gegründete Schöpfung hinfällig geworden und in sich zusammengesunken, daß man sich zuletzt auch die Veränderung gefallen ließ, welche Preußens siegreichem Schwerte ihren Ursprung verdankte, zumal man nicht in der Lage war, dieselbe hindern zu können! Oestreich war durch die Schlacht von Sadowa fast bis auf den Tod verwundet und keine der anderen Großmächte genugsam gerüstet, um einen Kampf mit dem in Waffen starrenden und durch den eben errungenen Sieg in seinem Selbstbewußtsein mächtig gehobenen jugendkräftigem Preußen unternehmen zu können.

Rußland hatte noch genug zu thun, die Wunden zu heilen, die der Orientkrieg ihm geschlagen, und die durch die Niederwerfung Polens erschöpfte Kraft wieder zu sammeln; Frankreich war noch in Mexico engagirt, außerdem regten sich in Algier die Kabylen, die Kriegsvorräthe waren durch den mexicanischen Feldzug aufgezehrt und — vor allen Dingen — es fehlte an Hinterladern; dieser letztere Umstand war jedenfalls die kräftigste Bürgschaft für die vorläufige Aufrechthaltung des Friedens.

Am raschesten nahm Rußland gegenüber den preußischen Erfolgen seine Position. Kaiser Alexander II. hatte im Jahre

Digitized by Google

1866 zu Gunsten des Großherzogs von Hessen zu vermitteln versucht, ohne indessen der Neugestaltung Deutschlands hindernd in den Weg zu treten.

Ueberhaupt war Alexander, durch den Ausgang des Krimkrieges belehrt, weit entfernt, die Politik seines Vaters, Nikolaus, fortzusetzen, der Rußland im Dienste des Absolutismus zum Gensdarmen Europas und eben darum überall verhaßt gemacht hatte. Polen bildete, obgleich bei den raschen Fortschritten der Germanisirung in Preußens beiden Ostprovinzen eine „polnische Frage" für Preußen eigentlich nicht mehr existirte, zwischen Rußland und Preußen noch immer ein Band gemeinschaftlichen Interesses; Preußen hatte nie versucht, die russische Politik im Orient zu durchkreuzen, während, seitdem die russische Regierung die panslawistische Idee offen auf ihr Panier geschrieben, ein kriegerischer Zusammenstoß Rußlands mit dem halbslawischen Oestreich, früh oder spät, in sicherer Aussicht stand. Unter diesen Umständen konnten die Oestreich durch Preußen beigebrachten Schläge, namentlich Oestreichs Verdrängung aus dem deutschen Bunde, der russischen Politik nur willkommen sein, und zwischen den Cabineten von Berlin und Petersburg entwickelten sich bald so intime Beziehungen, daß dieselben wol eine Bürgschaft dafür gaben, daß die weitere Einigung Deutschlands — wenigstens so lange Kaiser Alexander lebte — von Osten her nicht gestört werden würde. Zwar erhob die panslawistische Moskauer Presse über die Erfolge Preußens ein großes Geschrei, erblickte in der Concentration der Deutschen zu einem politischen Ganzen eine Gefahr für die russischen Interessen und weissagte einen nahen Abfall der zum Theil deutschen Ostseeprovinzen. Selbst ein deutscher Minister — von Dalwigk — denuncirte dem Kaiser Alexander in einer in Jugenheim stattgefundenen Audienz die angeblichen auf eine Verschmelzung der russischen Ostseeprovinzen mit Preußen gerichteten Agitationen der preußischen Regierung unter dem livländischen Adel.

Allein die Moskauer Zeitungen sind nicht die russische Regierung; ihr Geschrei und Dalwigk's perfide Denunciation hatten nur das Resultat, daß die russische Regierung jetzt mit unbeugsamer Energie die Russificirung der Ostseeprovinzen in die Hand nahm. Wol verhallte der Schmerzensschrei der Deutschen

Digitized by Google

an der russischen Ostseeküste in Deutschland nicht ungehört; allein die preußische Regierung hatte zu viel im eigenen Lande zu thun, als daß sie sich gegenüber der einzigen Macht, auf deren Beistand sie im Falle europäischer Verwicklungen mit ziemlicher Sicherheit zählen konnte, hätte zu einer Don Quixote-Politik hinreißen lassen sollen.

Die englische Regierung, die sich gegenüber allen europäischen Verwicklungen die Bewahrung möglichster Neutralität zur Richtschnur genommen hatte und ihren Einfluß stets nur zur Aufrechthaltung des Friedens benutzte, des Friedens um jeden Preis, nahm die politische Umgestaltung Deutschlands mit demselben Gleichmuthe hin, mit welchem sie auch die Niederlage Preußens, statt seines Sieges, hingenommen haben würde. Allein aus der Haltung der englischen Presse, die in keinem Lande der Welt in höherem Maaße, denn in England, als der Ausdruck der öffentlichen Meinung zu betrachten ist, erhellte, daß das englische Volk im Norddeutschen Bunde, dessen Ausdehnung auf Südeutschland man nur als eine Frage der Zeit betrachtete, eine lebensfähige, nicht nur den Interessen und Bedürfnissen des deutschen Volkes Rechnung tragende Neuschöpfung, sondern auch ein Pfand des europäischen Friedens erblickte.

Dieser Umschwung in der öffentlichen Meinung Englands war um so bemerkenswerther, als die Sympathien der englischen Presse zur Zeit des deutsch-dänischen Conflictes wahrlich nicht auf deutscher Seite standen.

Gelegentlich der bereits auf Seite 12 erwähnten Rede, womit König Wilhelm am 24. Februar 1867 den deutschen Reichstag eröffnete, äußerte sich Daily News: „Der Kaiser Napoleon verlangte in Nikolsburg, daß der neue Bund sich nicht über die Mainlienie hinaus erstrecke, der König von Preußen aber erklärte am Sonntage in Berlin, daß die Wiederherstellung und Einigung Deutschlands eine Pflicht des neuen Parlamentes sei. Mit des Königs Worten vor uns, können wir über die Bahn, welche Preußen, als Haupt des Norddeutschen Bundes, verfolgen wird, nicht im Unklaren sein! Was Preußen verlangt, ist unbestreitbar zum Vortheile Deutschlands. Wir, oder unsere Kinder, werden als Resultat dieser Politik nicht einen Staatenbund, nicht ein

Digitized by Google

vergrößertes Preußen, sondern ein großes und mächtiges deutsches Reich erschauen."

Aehnlich drückte sich der „Daily-Telegraph" aus: „Es ist nicht minder der Vortheil, als der Wunsch Englands, daß Deutschland einig, mächtig und frei dastehe, und ob Freiheit durch Einheit, oder Einheit durch Freiheit errungen werde, so haben wir Engländer doch kein Recht, über die eingeschlagene Bahn mit denjenigen zu streiten, welche selbst am besten ihre Mittel und ihre Zwecke kennen."

Die Times, welche schon früher den Grafen Bismarck den „größten, jetzt lebenden Deutschen" genannt, sprach sich bei dieser Gelegenheit in einer Weise über den erlauchten Staatsmann aus, der noch in diesem Augenblicke die Geschicke Preußens leitet, die zu charakteristisch ist, als daß sie hier nicht eine Stelle finden sollte:

„Ein Deutschland" — sagt die Times — „konnte nur durch Preußen geschaffen werden; Preußen mußte so gestärkt werden, daß es jeden Widerstand überwältigen konnte. Bismarck's nationale Wünsche mögen schrankenlos sein, aber vorsichtig und allmählig sind nothwendiger Weise die Schritte, die er zu ihrer Verwirklichung thut. Er bindet sich an keinen Plan, ist keines Systems Sklave, beschwert sich nicht mit Skrupeln oder Grundsätzen. Aber er weiß sehr wohl, was er will, sieht ganz klar, worauf er hinarbeitet, und hat nichts dagegen, daß die ganze Welt es sehe und wisse."

Die persönlichen Beziehungen des preußischen Königshauses zu der nahe verwandten belgischen Regentenfamilie blieben, nach wie vor, intimer Natur. Doch dies ist auch Alles, was sich sagen läßt. Die belgischen Staatsmänner, stets von der Befürchtung gepeinigt, daß die dem jungen Königreiche bei seiner Gründung Seitens der Großmächte garantirte ewige Neutralität im Falle eines europäischen Krieges demselben nur eine sehr zweifelhafte Sicherheit gewähren möchte, und fühlend, daß jede Verletzung dieser Neutralität mit Belgiens Untergange gleichbedeutend sei, betrachteten jede Aenderung der Karte Europa's stets mit mißtrauischen Auge und namentlich erschien ihnen die Zertrümmerung des deutschen Bundes und die Entwickelung Preußens als Militairmacht ersten Ranges keineswegs als ein glückverhei-

Digitized by Google

ßendes Factum. Die größtentheils in französischer Sprache erscheinende und auch französischen Einflüssen zugängliche Presse theilte die Befürchtungen der Regierung, und es dauerte lange, sehr lange, bis die Presse und das belgische Volk begriff, daß die die belgische Neutralität bedrohende Gefahr nicht von Osten, sondern von Süden komme, und daß der Sieg von Sadowa für die Integrität Belgiens eine bessere Bürgschaft war, als alle Verträge, die unter Umständen nicht mehr werth waren, als das Papier, auf welchen sie geschrieben.

In den Niederlanden segelte der König mit seinen persönlichen Sympathieen aus Gründen, die wir später zu entwickeln Gelegenheit finden werden, stets im Fahrwässer der französischen Politik, und auch die Niederländische Regierung erinnerte sich plötzlich, daß die Holländer eigentlich deutsch sprächen und daß die Niederlande Jahrhunderte lang integrirende Theile des deutschen Reiches gewesen, und schien mithin zu fürchten, daß Preußen seine nationale Aufgabe dahin auffasse, alle einst mit dem weiland heiligen römischen Reich deutscher Nation verbundene Gebiete unter seinem Scepter zu vereinigen. Es mag dahin gestellt sein ob diese Furcht eine wirkliche, oder nur fingirt war, um die im Geldbewilligen etwas zähen Niederländischen Kammern den Anforderungen des Kriegsministers gegenüber etwas geschmeidiger zu machen; aber die Regierung steckte mit dieser Furcht Volk und Presse an, in den Erfolgen Preußens eine Gefahr für die Integrität des eigenen Landes zu sehen. Die Furcht vor Preußens Eroberungspolitik spukte in allen Organen der sonst so nüchternen Niederländischen Presse.

Italien verdankte dem Siege Preußens bei Sadowa den Besitz Venetiens; außerdem hatten die Italiener selbst für die politische Einigung ihres Vaterlandes gekämpft und geblutet, und so lange man ihnen den Besitz Rom's vorenthielt, war diese Einheit noch nicht als vollendet zu betrachten.

Es ist daher leicht erklärlich, daß die ungeheure Mehrzahl der Italiener dem von Preußen in Deutschland begonnenen Einigungswerke ihre wärmsten Sympathieen entgegen trug, die namentlich bei der Reise des Kronprinzen von Preußen ihren lebendigen Ausdruck fanden. Wohin er auch kam, überall gestaltete sich die Ankunft des Kronprinzen zu einer Ovation, während Prinz Na-

Digitized by Google

poleon, trotz seiner Eigenschaft als Schwiegersohn des Königs von Italien, überall mit einer Kälte empfangen wurde, die deutlich zeigte, auf welcher Seite die Sympathieen der Italiener standen, und den Courrier Francais zu der Bemerkung veranlaßte, die Italiener schienen mehr Dankbarkeit für Sadowa, denn für Solferino zu besitzen. Diese Bemerkung des Courrier rief eine Antwort zweier in Paris lebender Römer hervor, die als der Ausdruck der Meinung von Neunzehnteln aller Italiener zu betrachten war:

„Sadowa" — sagten sie — „hat für uns nicht, wie Solferino, ein Mentana zur Folge gehabt. Die preußische Fahne weht nicht auf italienischem Boden, um unserem Volke ein ihm gehöriges Gebiet vorzuenthalten. Darum gehören unsere Sympathieen mehr Preußen, als der französischen Regierung, die wir indessen von deren großmüthigen Volke wohl zu unterscheiden wissen."

Dies war die Ansicht des italienischen Volkes; allein die Sympathieen des Volkes sind nicht immer die seiner Regierung. Italien hatte sich, um zur Einheit zu gelangen, der französischen Hülfe bedienen müssen, die ihm Savoyen und Nizza gekostet und ihm die Bevormundung Frankreichs eingetragen. Nachdem Italien in Cavour seinen bedeutendsten Staatsmann verloren, den Einzigen, der es verstanden hatte, die italienischen Einheitsbestrebungen, trotz Napoleons, im Flusse zu erhalten und ihrem Ziele näher zu führen, besaß keiner der leitenden Staatsmänner Muth, Energie und Geschicklichkeit genug, die französische Vormundschaft abzuschütteln. Italien konnte seine Einigung nicht als vollendet erachten, so lange nicht Rom in seinen Händen war, Rom, das wegen der an diese ehemalige Herrscherin der Welt sich anknüpfenden historischen Traditionen in den Augen der Italiener außer seiner politischen Wichtigkeit noch eine unendlich höhere ideale Bedeutung besaß. Napoleon hatte Rom besetzt, und in seiner Hand lag es, dasselbe den Italienern zu überlassen, oder nicht. Dieser Umstand machte Napoleon zum Herrn der italienischen Politik. Italien war nur dem Namen nach ein unabhängiges Reich, in Wirklichkeit aber ein französischer Vasallenstaat, dessen Minister nicht in Florenz, sondern in Paris ihre Parole empfingen.

Digitized by Google

Obgleich das Nationalgefühl der Italiener diese Abhängigkeit von Frankreich nur mit tiefster Erbitterung ertrug und ein glühender Haß gegen den dritten Napoleon und seine zweideutige Politik die Herzen fast aller Italiener erfüllte, so war doch, wie die Dinge nun einmal lagen, für den Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen fast mit Sicherheit anzunehmen, daß Italien, wenn auch widerwillig, in eine Allianz mit Frankreich hineingezogen werden würde. Neutralität wäre das höchste gewesen, was Preußen im glücklichsten Falle zu erreichen vermocht haben würde, es sei denn, daß unter den italienischen Staatsmännern sich ein Cavour gefunden, der es verstanden hätte, im Bunde mit Preußen Rom zu gewinnen und sein Vaterland gleichzeitig für immer von der französischen Bevormundung zu befreien. — Aber Cavour war gestorben, und sein Geist war nicht auf seine Nachfolger übergegangen.

Da die Haltung Frankreichs Preußen und dessen Einheitsbestrebungen gegenüber in einem besondern Capitel ihre Beleuchtung finden soll, so bleibt uns nur noch übrig, einen Blick auf einen Bundesstaat jenseits des Oceans zu werfen, dessen Einfluß auf die Geschicke Europas von Tag zu Tag im Wachsen begriffen ist, auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Es bedarf nur eines flüchtigen Blickes auf die Haltung der amerikanischen Presse — der deutschen sowol, als der englischen, — um zu erkennen, daß die Bewohner der Union in der Sprengung des alten deutschen und der Gründung des Norddeutschen Bundes nicht nur ein politisches Ereigniß von eminenter Tragweite erkannten, sondern dasselbe auch als den verheißungsvollen Keim einer lebensfähigen Neuschöpfung mit ihren wärmsten Sympathieen begrüßten. Letzteres zeigte sich namentlich auch bei Ankunft des ersten General-Consuls des Norddeutschen Bundes in New-York. Die amerikanische Presse sprach es offen aus, daß die Union eines Bundesgenossen auf dem alten Continente bedürfe und deshalb ihre Blicke auf Rußland gerichtet habe, da ein Bündniß mit dem durch seine Theilnahme am deutschen Bunde in seiner Aktion gelähmten Preußen der Union Nichts hätte nützen können. Jetzt aber, wo Preußen seine Grenzen arrondirt, die lähmenden Fesseln des deutschen Bundes zersprengt und ganz Norddeutschland unter seiner Führung vereinigt

Digitized by Google

habe, würde Preußen der für die Union werthvollste Bundesgenosse sein, den dieselbe finden könne. Auch die Deutschen der Union hatten — und dies ist bemerkenswerth — der politischen Neugestaltung des Mutterlandes gegenüber rasch ihre Position genommen. Während die süddeutsche Demokratie, die, in Folge der Kleinlichkeiten ihrer heimathlichen Zustände, jeden Sinn, jedes Verständniß für das Wesen und die Bedeutung eines Großstaates verloren und, kurzsichtig genug, nur eine Kirchthurmspolitik trieb, den Untergang der Freiheit, die Borussificirung Deutschlands bejammerten, erkannten die Deutschen in Amerika mit ihrem durch die Theilnahme an den politischen Parteileben eines Großstaates für reale politische Bedürfnisse geschärften Blicke in der Stiftung des Norddeutschen Bundes den Anfang der politischen Einheit ihres Heimathlandes und Männer, wie z. B. Hecker, die das Scheitern der Einheitsbestrebungen im Jahre 1848 aus dem Vaterlande getrieben, erhoben ihre Stimme, um ihre alten Gesinnungsgenossen aufzufordern, die Einheit, Größe und Freiheit ihres Vaterlandes auf dem einzigen Wege zu erstreben, auf welche sich dieselbe erzielen lasse, auf dem Wege des Anschlusses an den Norddeutschen Bund.

III.

Frankreich und Deutschland.

Frankreich, obgleich dem Namen nach ein constitutionelles Kaiserthum, ist in Wahrheit eine absolute Monarchie. Napoleon III., der heute noch die französische Kaiserkrone trägt, regiert unter dem trügerischen Schimmer demokratischer Formen factisch als Selbstherrscher; daher wurde auch die Haltung Frankreichs gegenüber dem Auslande weniger durch die Interessen des französischen Volkes, als durch die persönlichen Interessen seines Kaisers bestimmt.

Werfen wir daher zunächst, zum bessern Verständnisse des Folgenden, einen wenn auch flüchtigen Blick auf die

Digitized by Google

Jugendgeschichte des Mannes, dem es, Dank der Erbschaft eines großen Namens, gelang, sich vom heimathlosem Abenteurer erst zum Präsidenten der französischen Republik, dann zum Kaiser Frankreichs empor zu schwingen und fast zwei Jahrzehnte hindurch einen dominirenden, fast diktatorischen Einfluß in Europa auszuüben.

Da jedes Ding allezeit unauslöschlich den Stempel seines Ursprunges trägt, so werden wir im Ursprunge des zweiten Kaiserreiches den Schlüssel zur Politik des dritten Napoleon finden.

Charles Louis — den Namen Napoleon nahm er erst später an, gemäß einer Bestimmung seines Onkels, daß das Haupt der Familie stets diesen Namen führen solle, — ist der dritte am 20. April 1808 geborene Sohn Louis Buonapartes, eines Bruders, und der Hortense Beauharnais, einer Stieftochter Napoleons I.*) Letzterer hatte seinen Bruder zum Könige von Holland gemacht, entriß ihm aber das neugeschaffene Reich nach kurzem Regimente wieder, um dasselbe unmittelbar mit Frankreich zu vereinigen.

Als die Herrschaft des ersten Napoleon von dem gegen ihn verbündeten Europa gebrochen und die Familie Buonaparte für ewige Zeiten aus Frankreich verbannt wurde, folgte der junge Charles Louis seiner von ihrem Gemahl getrennt lebenden Mutter, die den Titel einer Gräfin Saint-Leu angenommen, nach Deutschland — Augsburg, später nach Arenenberg im Canton Thurgau — in das Exil. —

Nachdem Louis Napoleon durch den Tod des Herzogs von Reichsstadt und seines älteren Bruders, Louis Napoleon, Graf von Saint-Leu, Haupt der Buonapartistischen Familie und Erbe ihrer auf den französischen Kaiserthron gerichteten Ansprüche geworden, beherrschte ihn nur der eine Gedanke, diese Ansprüche zur Geltung zu bringen, oder, wie er es nannte, seine Mission zu erfüllen.

Da die Buonapartistische Familie von dem Wiener Congresse für ewige Zeiten von der Anwartschaft auf jeden europäischen Thron ausgeschlossen war, so konnte Louis Napoleon nur auf dem Wege der Revolution hoffen, das Ziel zu erreichen, welches er sich vorgesteckt. Daher sah man ihn, den Prätendenten einer

*) Der älteste Sohn war schon 1806 gestorben.

Digitized by Google

Krone, einen glühenden Republikanismus zur Schau tragen; — er ließ sich aufnehmen unter die Carbonari, die Glieder eines Geheimbundes, der die politische Einigung Italiens unter republikanischer Form erstrebte und in Italien jene republikanischen Schilderhebungen veranlaßte, welche Oestreich in den Jahren 1830 —32 mit Waffengewalt niederzuschlagen sich genöthigt sah.

Der Eintritt Louis Napoleons in den Bund der Carbonari enthüllt uns einen Charakterzug desselben, den er als Kaiser Frankreichs so wenig, wie als heimathsloser Abenteurer, verleugnete: nemlich das Streben, Ziele eines rein persönlichen Ehrgeizes unter dem Deckmantel politischer Principien zu erreichen. Dieser Charakterzug politischer Heuchelei zieht sich als leitender Faden durch das ganze Leben des zweiten Napoleon hin.

Nachdem er im Jahre 1832, gleich seinem Bruder, an dem von Monetti geleiteten Aufstande im nördlichen Italien Theil genommen und durch den aufopfernden Beistand seiner Mutter, der Gefangennahme durch die Oestreicher glücklich entgangen war, — sein Bruder erkrankte und starb zu Forli auf der Flucht — finden wir Louis Napoleon im Jahre 1836 in Straßburg wieder, wo er, im Einverständnisse mit einigen unbedeutenden Abenteurern, die ihr Geschick an das seinige geknüpft hatten, und unterstützt durch Verbindungen mit einigen Officieren der Garnison den wahnsinnigen, seinen Urheber dem Gelächter Europas preisgebenden Versuch machte, Straßburg zu nehmen und sich zum Kaiser zu proclamiren.

Verhaftet, ließ ihn die Regierung Louis Philippe's, welche bei dem Zauber, welchen der Name Napoleons noch immer auf einen großen Theil des französischen Volkes ausübte, nicht wagte, den Neffen desselben nach der ganzen Strenge des Gesetzes zu bestrafen, zu Schiff nach Amerika bringen; seine Mitschuldigen wurden vor die Geschworenen gestellt, aber sämmtlich freigesprochen, weil die Regierung den Hauptschuldigen selbst der Untersuchung entzogen.

Von Amerika nach der Schweiz zurückgekehrt, dann, da Frankreich von der Schweiz seine Ausweisung forderte, nach England übergesiedelt, erneuerte Louis Napoleon von dort aus sein in Straßburg verunglücktes Unternehmen durch eine nicht minder

Digitized by Google

lächerliche, in theatralischer Weise in Scene gesetzte Expedition nach Boulogne, die seine abermalige Verhaftung zur Folge hatte. Die Pairskammer verurtheilte ihn zu lebenslänglicher Einschließung in Ham.

Schon früher hatte Louis Napoleon einige Schriften veröffentlicht: — Reveries politiques (politische Träume), in denen er aussprach, daß nur ein Buonaparte Frankreich zu regieren und gleichzeitig das Bedürfniß des französischen Volkes nach Freiheit und kriegerischem Ruhme zu befriedigen vermöge; Betrachtungen über die politischen und militairischen Einrichtungen der Schweiz; ein Handbuch der Artillerie; Napoleonische Ideen, in welchen er den gewagten Versuch machte, seinen großen Onkel als einen Beglücker der Welt darzustellen. Jetzt benutzte er die ihm in Ham gewährte Muße zu ziemlich gründlichen Studien und zur Abfassung einiger anderer Schriften, unter denen namentlich eine Abhandlung über den Pauperismus (Extinction du pauperisme), in welcher er die Anlage von Ackerbaukolonieen vorschlägt, als ein Versuch, die Aufmerksamkeit und die Theilnahme der Arbeiterwelt auf seine Person zu lenken, Erwähnung verdient.

Im Jahre 1846 aus Ham glücklich entkommen, lebte er bis 1848, wo die Pariser Februarrevolution ihm die Rückkehr nach Frankreich ermöglichte, in London. Er trat, unter Betheurung seiner republikanischen Gesinnung, als Candidat für die Nationalversammlung und — nachdem für diese gewählt — als Candidat für die Präsidentschaft auf und siegte bei der Präsidentenwahl mit ungeheurer Majorität.*)

Dieses Wahlresultat erklärte sich nur durch das Zusammenwirken verschiedener Umstände. Handel, Gewerbe und Industrie lagen in Frankreich furchtbar darnieder; dies war eine Folge der Revolution, nicht aber eine Folge der durch dieselbe geschaffenen Republik. Die große Masse begriff dies nicht und machte, Ursache und Wirkung verwechselnd, die Republik verantwortlich für das, was die Revolution verschuldet, und wählte also einen Candidaten, von dem sie annahm, daß er dieser Republik bald möglichst ein Ende machen werde. Dazu kam noch der Zauber, den der Name Napoleon noch immer auf das politisch ungebildete

*) Von 7 327,345 abgegebenen Stimmen erhielt er 6,045,872.

Digitized by Google

Landvolk ausübte; außerdem stimmten ein Theil der Arbeiter aus Abneigung gegen Cavaignac, der im Juni die Arbeiterbewegung mit Waffengewalt unterdrückt, für dessen Gegenkandidaten und auch ein Theil der orleanistischen und der legitimistischen Parthei gaben Louis Napoleon ihre Stimme, weil sie in ihm die geeignetste Persönlichkeit erblickten, die Bevölkerung mit dem Gedanken einer Rückkehr zur Monarchie vertraut zu machen und sich Kraft genug zutraueten, den ohnedies nur auf vier Jahre gewählten Präsidenten, den man auf Grund seiner wahnwitzigen Putsche von Straßburg und Boulogne für politisch unfähiger hielt, als er wirklich war, im geeigneten Momente zur Seite schieben zu können.

Durch das Zusammenwirken dieser verschiedenen Factoren wurde Louis Napoleon Präsident der Republik und leistete am 20ten December 1848 den Eid auf die Verfassung.

Von seiner so oft und feierlich betheuerten republikanischen Gesinnung gab der Präsident eine etwas eigenthümliche Probe, als er unter Oudinot ein französisches Heer nach Rom schickte, der dortigen Republik ein Ende zu machen.

Diese Expedition verfeindete den Präsidenten zwar auf immer mit den Republikanern, verschaffte ihm dafür indessen die Sympathieen der Ultramontanen und sicherte Frankreich zugleich einen wesentlichen Einfluß auf das Geschick Italiens, dessen Fürsten, mit Ausnahme des Königs von Sardinien, ihren politischen Stützpunkt stets in Oestreich gesucht hatten.

Doch so wesentlich auch bisher alle monarchischen Elemente die Politik des Präsidenten unterstützt hatten, so mußte er sich doch rasch genug sagen, daß er mit Hülfe derselben den Thron nie gewinnen würde. Hätte er sich in dieser Beziehung irgend einer Täuschung hingegeben, so mußte dieselbe schwinden durch die Abstimmung vom 19. Juli 1851, wo der Antrag auf Verfassungsrevision, welcher namentlich den Paragraphen der Verfassung, welcher einen abtretenden Präsidenten erst nach Ablauf einer vierjährigen Zwischenperiode für wieder wählbar erklärte, beseitigen sollte, nicht die erforderliche Majorität fand.

Die orleanistische und legitimistische Parthei, die den Präsidenten in allen gegen die republikanisch-demokratische Linke gerichteten Maaßnahmen bereitwillig unterstützt hatte, konnte der

Digitized by Google

in Anregung gebrachten Verfassungsrevision darum nicht zustimmen, weil dieselbe eine Vernichtung ihrer eigenen Pläne in sich schloß. Beiden mußte die Fortdauer der Republik, die ihnen wenigstens die Möglichkeit ließ, zu gelegener Stunde für ihre specifischen Partheizwecke zu wirken, lieber sein, als die gesicherte Herrschaft eines Buonaparte, die eine Realisirung ihr Hoffnungen in das Bereich der Unmöglichkeit verwieß.

Daher vereinigten sich Orleanisten und Legitimisten bei der Abstimmung vom 19. Juli mit den aufrichtigen Republikanern zur Verwerfung des Antrags.

Wenn wir früher gesagt, daß die Wahl Louis Napoleons zum Präsidenten die Bedeutung eines Protestes der Bevölkerung gegen die Republik besaß, so müssen wir jetzt auch einen mittler Weile eingetretenen Umschwung der öffentlichen Meinung constatiren.

Seit der Präsidentenwahl waren drei Jahre verflossen. Handel, Gewerbe, Industrie hatten einen neuen Aufschwung genommen und dieselben Leute, welche, durch ihre Abstimmung vom 12. December 1848 gegen die Republik protestirt hatten, hatten mittler Weile begriffen, daß geordnete, die Entwicklung materiellen Wohlstandes garantirende Zustände auch unter der Republik möglich seien, und waren, befreiet von der Furcht vor dem rothen Gespenst, jetzt entschlossen, die Verfassung aufrecht zu erhalten, da jede Veränderung derselben neue, die materiellen Interessen schädigende revolutionäre Stürme in Aussicht stellten.

Aus diesem Umschwunge der öffentlichen Meinung erklärt es sich, daß fast alle seit dem Juni 1849, für die Legislative (Assemblée nationale legislative), nothwendig gewordenen Ergänzungswahlen auf aufrichtige Anhänger der bestehenden Verfassung gefallen, erklärt sich auch die Abstimmung vom 19. Juli.

Nach derselben blieb Louis Napoleon nichts weiter als der Staatsstreich, oder die Aussicht auf ein Zurücksinken in jenes Dunkel des Abenteurers übrig, aus welchem ihn das Glück und der Zauber seines Namens gehoben. Natürlich entschied er sich für den Staatsstreich.

Er hatte Sorge getragen, sich mit ihm ergebenen Ministern zu umgeben; alle wichtigeren Commandos waren, gleich den höheren Chargen der Verwaltung, mit seinen Creaturen besetzt,

Digitized by Google

Männern, die zum Theil weder durch Fleckenlosigkeit des Charakters, noch durch Geschäftskenntniß glänzten, dafür aber entschlossen waren, ihr persönliches Geschick an seinen Stern zu knüpfen. Auf diese Weise hatte er sich eine zwar wenig zahlreiche, aber einflußreiche Parthei geschaffen, wie es jedem über Titel, Orden, Aemter und Sinecuren verfügenden Gewalthaber möglich sein wird. Die römische Expedition hatte ihm die Sympathieen des Clerus verschafft, während er die große Masse des Heeres, speziell die Garnison von Paris, durch Festlichkeiten zu gewinnen suchte, die er, der Reihe nach, den einzelnen Truppentheilen gab. Von ihm subventionirte Journale bearbeiteten die öffentliche Meinung, und außerdem versuchte er die Arbeitermassen in sein Interesse zu ziehen, indem er die Legislative als den Stein des Anstoßes bezeichnete, der ihn hindere, seine auf das Wohl der arbeitenden Klassen abzielenden großen Pläne in Ausführung zu bringen. Die Legislative hatte dadurch, daß sie die Ausübung des allgemeinen Stimmrechtes an einen sechsmonatlichen Aufenthalt innerhalb der Gemeinde, in welcher das Stimmrecht geltend gemacht werden sollte, knüpfte, circa drei Millionen Wähler factisch ihres Stimmrechtes beraubt; Louis Napoleon verhieß Wiederherstellung desselben im früheren Umfange.

Es gelang ihm in der That, sich mit einigen Arbeiterführern zu verständigen, sei es, daß sich dieselben durch seine Versprechungen gewinnen ließen, oder hofften, sich bei einem Zusammenstoße zwischen Louis Napoleon und der in der Legislative vertretenen Bourgeoisie Beider entledigen zu können.

Gleichzeitig ließ er in seinen Journalen, in Flugschriften und Brochuren die Möglichkeit und die wahrscheinlichen Folgen eines Staatsstreiches diskutiren. Er hatte durch diese für den ersten Blick etwas überraschende Taktik den Vortheil, die Bevölkerung allmählig mit dem Gedanken an einen Staatsstreich vertrauet zu machen, ohne, da die Wahl des Zeitpunktes, in welchem er einen Schlag gegen die von ihm feierlich beschworene Verfassung zu führen gedachte, von ihm abhing, den Vortheil der Ueberraschung zu verlieren.

Im Besitze der Militairmacht, hatte er um so mehr Aussicht auf das Gelingen seines Vorhabens, als seine Gegner in drei Heerlager: Orleanisten, Legitimisten und Republikaner ge-

Digitized by Google

spalten waren, die, höchstens wenn es sich um eine Abstimmung handelte, Hand in Hand zu gehen vermochten, deren gemeinschaftliches Handeln in jeder anderen Beziehung indessen undenkbar war.

Der Staatsstreich erfolgte am 2ten December 1851, indem an diesem Tage Morgens vier Uhr Truppen das Palais Bourbon, worin die Nationalversammlung ihre Sitzungen hielt, besetzten, während gleichzeitig die Policey sechzig Abgeordnete in ihren Wohnungen verhaftete. Eine Versammlung von circa 200 Deputirten, die sich in der Wohnung des Vicepräsidenten der Legislative, Daru, zusammen gefunden, wurde durch Militair gesprengt, nachdem sie zuvor die Gewalt des Präsidenten wegen Verfassungsbruches für erloschen erklärt und den hohen Staatsgerichtshof einberufen hatte. Gleichzeitig veröffentlichte der aufgelöste Staatsrath eine Rechtsverwahrung, deren Verbreitung jedoch polizeilich unterdrückt wurde.

Als Antwort auf die Schritte der Nationalversammlung veröffentlichte Louis Napoleon vier Proklamationen, worin er den Staatsstreich als zur Rettung Frankreichs nothwendig hinstellte, das allgemeine Stimmrecht, an dasselbe gleichzeitig appellirend, wiederherstellte, die Armee zur Treue gegen sich ermahnte und gleichzeitig Paris in Belagerungszustand erklärte.

Paris, überrascht, bedurfte Zeit, um sich zu sammeln; — am 3ten December brach der Aufstand aus, der bis zum 5ten von der durch Geld bestochenen und vom Wein des Präsidenten berauschten Soldateska darnieder geschlagen wurde.

Der Staatsgerichtshof lud den Präsidenten wegen Verfassungsbruch und Hochverrath vor seine Schranken: dies war die letzte Mahnung des unterdrückten öffentlichen Gewissens; — Louis Napoleon hatte seinen Zweck erreicht.

Wir haben bereits Napoleons Bestreben gedacht; seinen persönlichen Ehrgeiz unter dem Mantel politischer Principien, oder dem Aushängeschilde politischer Zwecke zu decken. Seine Proklamationen, seine Journale erklärten den Staatsstreich für eine sogenannte rettende That, für eine Nothwendigkeit zur Rettung der französischen Gesellschaft vor Anarchie und politischem Zerfall.

Dies war eine Lüge, und zwar eine bewußte Lüge. Wir

Digitized by Google

leugnen nicht, daß in der Geschichte aller Völker Momente eintreten, wo sogenannte rettende Thaten am Platze sind. In Perioden, in denen die Ideen und Anforderungen einer neuen Zeit mit den Ueberlieferungen der Vergangenheit im Kampfe liegen, kann oft die Nothwendigkeit sich herausstellen, dem Neuen durch gewaltsame Beseitigung des Alten — gleichviel ob dieselbe durch Gewalt von unten, Revolution, oder von oben, Staatsstreich, erfolgt — zu seiner Entwickelung Licht und Luft zu verschaffen. Den Männern, die diese Nothwendigkeit begriffen und danach gehandelt, reicht die Geschichte oft eine Lorbeerkrone für eine That, die der Richter, dem die positive Gesetzgebung als alleinige Richtschnur dienen muß, hätte mit dem Tode bestrafen müssen.

Aber die Lage Frankreichs war für eine rettende That durchaus nicht angethan. Im Lande herrschte Ruhe und Ordnung; die Autorität des Gesetzes war in keiner Weise bedrohet, und die Legislative hatte alle zur Aufrechthaltung derselben erforderlichen Maaßregeln bereitwillig sanktionirt, ja sie hatte vielleicht noch mehr gethan, als dieses*); Handel und Industrie erholten sich von der durch die Revolution erlittenen Erschütterung, ein sprechender Beweis des Vertrauens der Bevölkerung in die Lebensfähigkeit und die Stätigkeit der staatlichen Institutionen.

Unter diesen Umständen fehlte dem Staatsstreiche jede Berechtigung; er war und blieb die ruchlose That eines persönlichen Ehrgeizes, und die Geschichte wird das Verdammungsurtheil, welches seine Zeitgenossen über den Mann des zweiten December ausgesprochen, für immer bestätigen.

Weit entfernt die Gesellschaft zu retten, das heißt die sittlichen Principien derselben zur Geltung zu bringen, konnte dieser Bruch eines feierlich beschworenen Eides, dieser neue Triumpf roher Gewalt über Verfassung und Gesetz, dieser Sieg des Einzelnen über den sittlichen Geist der Gesammtheit für Frankreich nur die traurigsten Folgen haben, indem er das durch so viele Revolutionen bereits erschütterte Rechtsbewußtsein des französischen Volkes nur noch tiefer corrumpirte.

Da Gewalt nie ein Recht erzeugen kann, so empfand Louis Napoleon das Bedürfniß seine „Rettung der Gesellschaft," das

*) Preßgesetz vom 27sten Juni 1849; Beschränkung des Vereinsrechtes, Einschränkung des Stimmrechtes.

Digitized by Google

heißt seinen Eid- und Verfassungsbruch, durch einen Appell an die Masse des Volkes von dieser sanktioniren zu lassen, und dadurch seiner Herrschaft jene sittliche Grundlage zu geben, ohne welche keine Gewalt heut zu Tage in Europa auf dauernde Geltung Anspruch machen kann.

Er verfügte über den ganzen in einem so centralisirten Lande wie Frankreich ungeheuren Einfluß der Regierungsorgane, über den Einfluß des Clerus, dem er sofort das Pantheon zu Cultuszwecken zurückgegeben, über die Armee, die Flotte, rechnete auf die Stimmen aller Derer, die, weil revolutionaire Erschütterungen die materiellen Interessen schädigen, Ruhe und Ordnung um jeden Preis verlangten, wäre selbst diese Ruhe die Ruhe des Kirchhofes, diese Ordnung die Ordnung des Despotismus gewesen, und die große politisch unzurechnungsfähige Masse, die stets dem Erfolge zujauchzt und stets demjenigen gehört, der die Gewalt besitzt.

Louis Napoleon hatte sich in seiner Berechnung nicht getäuscht; bei der Abstimmung sanktionirten 7,481,231 bejahende, gegen 647,292 verneinende Stimmen den Staatsstreich; 37,107 der abgegebenen Stimmen waren ungültig.

Zu bemerken ist, daß die Oppositionspresse die mit der Leitung der Wahlen betrauten Commissarien offen der Wahlfälschung beschuldigte, ohne daß diese Beschuldigung eine Widerlegung erfuhr. Wie dem auch sein möge, jeden Falles wirft diese Abstimmung ein grelles Schlaglicht auf die Ueberzeugungstreue und die viel gerühmte politische Durchbildung des französischen Volkes.

Am 14. Januar octroirte Louis Napoleon dem Lande eine von ihm selbst entworfene Verfassung, nach welcher zwar die Republik nominell noch fortbestand, er selbst nur für den Zeitraum von zehn Jahren als Präsident fungirte; allein schon am 7. November ließ er sich von dem von ihm selbst ernannten Senate zum Kaiser proclamiren und diesen Senatsbeschluß durch eine neue, in ihrem Resultate leicht vorauszusehende Volksabstimmung bestätigen; — am 2. December, dem Tage des Staatsstreiches, im Jahre 1852 fand die Proclamation des zweiten Kaiserreiches statt.*)

*) Wir können es uns nicht versagen, hier ein treffendes Urtheil Alexis de Tocqueville's über seine Landsleute zum Abdrucke zu bringen. Eine genaue

Untersuchen wir nun, welche Folgerungen für die Politik des dritten Napoleon sich aus dem Ursprunge des zweiten Kaiserreiches mit Nothwendigkeit ergeben.

Napoleon III. konnte nur absolut regieren.

Eine durch Gewalt und Eidbruch, also durch ein Attentat auf die Sittlichkeit des Volksgeistes, begründete Herrschaft mußte nothwendig alle sittlichen Elemente im Volke gegen sich haben; diese Elemente ließen sich zwar gewaltsam niederhalten, aber sie ließen sich nicht gewinnen. Eine Versöhnung des zweiten Kaiserreiches mit dem sittlichen Volksbewußtsein war unmöglich. Daher mußte Napoleons Herrschaft sofort zusammenbrechen, sobald der Arm erlahmte, mit welchem er die ihm feindlichen Elemente unterdrückte.

Wohl mochte im Geiste Napoleons, im Interesse der Siche-

Kenntniß des französischen Nationalcharakters erklärt manche Züge der französischen Geschichte, welche dem Fremden sonst immer unverständlich bleiben dürften.

„Die Franzosen" — sagt Tocqueville — „sind ein Volk so reich an Gegensätzen, so leicht von einem Extreme in das andere geworfen, so häufig durch die Eindrücke des Augenblickes, so selten durch feste Grundsätze bestimmt. Ein Volk bald unter dem allgemeinen Niveau der Menschheit, bald hoch darüber; so unveränderlich in seinen Grundzügen, daß noch heute die vor zwei Jahrtausenden von ihm entworfenen Schilderungen auf dasselbe passen, und doch so beweglich in seinem Fühlen und Denken, daß es zuweilen sich selber zu einem unerwarteten Schauspiele wird. Ein Volk, welches an Herd und Gewohnheit mehr als jedes andere hängt, so lange es sich selbst überlassen bleibt, und welches doch, einmal seiner Heimath entrissen, bis an das Ende der Welt zu marschiren und alles zu wagen im Stande ist. Ein Volk, welches seinem Temperamente nach widerwillig gehorcht, aber der willkürlichen, selbst tyrannischen Gewalt eines Monarchen lieber sich fügt als der geregelten und freiheitlichen Regierung seiner besten Bürger; heute allem Gehorchen feind, morgen mit einer Leidenschaft dienend, welche von den für die Knechtschaft begabtesten Völkern lange nicht erreicht wird. Ein Volk, an einem Fädchen führbar, so lange das Signal des Widerstandes nicht gegeben ist, aber unlenksam in diesem Falle. Darum seine Gebieter, sei es, daß sie es zu sehr, oder zu wenig fürchten, immer täuschend; niemals frei in dem Maaße, daß man seine Knechtung unterlassen dürfte, und niemals so geknechtet, daß es seine Fesseln nicht zu sprengen vermöchte. Ein Volk für alles begabt, aber nur im Kriege ausgezeichnet; dem Zufalle, der Gewalt, dem Erfolge, dem Glanze und Geräusch mehr als dem wahren und echten Ruhme zugethan, mehr mit Heroismus, als mit Tugend, mehr mit Genie, als mit gesundem Menschenverstande ausgestattet."

Tocqueville, l'ancien regime et la revolution. Par. 1856.

Digitized by Google

rung und Befestigung seiner Herrschaft, häufig der Wunsch nach einer Versöhnung der durch den Staatsstreich geschaffenen politischen Gegensätze aufsteigen: — daher seine vielgebrauchte Phrase von der Krönung des Gebäudes durch die Freiheit nach Herstellung der Ordnung. Aber diese so oft verheißene Krönung des Gebäudes konnte nie eine Wahrheit werden. Wie hätte Napoleon III., selbst wenn er den aufrichtigen Willen dazu besessen, dem Verlangen des französischen Volkes nach politischer Freiheit Concessionen machen können, wenn jedes, selbst das kleinste Zugeständniß dieser Art sich nothwendig gegen ihn selbst kehren mußte?

Hätte er, zum Beispiel, die Presse entfesselt, mußte eine freie Presse nicht nothwendig die Rechtmäßigkeit der Gewalt untersuchen, welche dem Eidbruche und dem Staatsstreiche vom 2ten December ihre Entstehung verdankte, und der Verbannung der ausgezeichnetsten Geister der Nation, der Deportation ihrer besten Bürger zu ihrer Befestigung bedurfte? Konnte er eine Kritik über irgend eine seiner Handlungen dulden, wenn jede derartige Kritik mit einem Verdammungsurtheile des Staatsstreiches endigen mußte, in dem alle seine Handlungen ihren Ursprung und ihre Erklärung fanden? Das war unmöglich; — Napoleon III. konnte nur absolut regieren, oder gar nicht; ein drittes war nicht denkbar.

Aber ein absolutes Regiment ist in Frankreich unmöglich; Napoleon mußte daher das Kaiserthum mit Scheingarantieen der Freiheit umgeben, welche, ohne denselben im Mindesten zu beeinträchtigen, doch geeignet waren, die große Masse der politisch Unmündigen über den Absolutismus der Staatsgewalt zu täuschen. Daher die Proclamation des demokratischen Kaiserthums, demokratisch, weil auf dem allgemeinen Stimmrechte beruhend.

Aber das Gebäude, dem das auf dem Wege des allgemeinen Stimmrechtes geschaffene demokratische Fundament als Unterlage dienen mußte, war weit entfernt auch nur den bescheidensten Ansprüchen eines civilisirten Volkes auf politische Freiheit zu genügen.

Nach der Verfassung vom 14. Januar 1852, modificirt durch die Senatsconsulte vom 7. November und dem 23. November desselben Jahres, besitzt der Kaiser nicht nur alle auch in anderen constitutionellen Staaten mit der Krone verbundenen Prä-

Digitized by Google

rogative, sondern auch das alleinige Recht der Initiative neuer Gesetze, das Recht, Handelsverträge zu schließen und durch dieselben Tarifänderungen einzuführen, Actiengesellschaften, so weit dieselben keine Staatsunterstützung verlangen, zu concessioniren und ihnen das Expropriationsrecht zu verleihen, ohne daß es dabei der Mitwirkung des Senates, oder der Legislative bedarf; das Recht, öffentliche Bauten auszuführen, ohne daß eine Geldbewilligung dazu erforderlich ist, und endlich das in der Geschichte des Constitutionalismus gewiß beispiellose Recht, die Beziehungen der großen Staatsgewalten unter einander und zur Executive durch einfache Decrete regeln, respective verändern zu können.

Die vom Kaiser zu ernennenden Minister sind nur diesem, und zwar einzeln, verantwortlich; eine Solidarität des Ministeriums existirt nicht.

Der Senat — erste Kammer — besteht aus den französischen Cardinälen, den Marschallen und den Admirälen und aus höchstens 150 vom Kaiser auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern. Jeder Senator erhält einen Jahrgehalt von 30,000 Francs (8000 Thaler). Der Senat regelt die Verhältnisse Algiers und der übrigen Colonieen — die keine Vertreter haben — durch einfache Consulte und alle sonstigen Dinge, welche in der Constitution keine Erwähnung gefunden; interpretirt, in zweifelhaften Fällen, die Paragraphen der Verfassung und hat das Recht, in einem Berichte an den Kaiser Grundlagen zu Gesetzen von großem Nationalinteresse — nicht das Gesetz selbst — in Vorschlag zu bringen. Die Oeffentlichkeit ist von den Sitzungen des Senates ausgeschlossen.

Auf den flüchtigsten Blick erhellt, daß die Rolle der aus dem allgemeinen Stimmrechte hervorgehenden Legislative, — zweiten Kammer — gegenüber einem mit solchen Befugnissen ausgestatteten Monarchen, gegenüber einem vom Kaiser ernannten Senate, der eben deswegen nichts weiter als das Echo des kaiserlichen Willens war, nur eine vollkommen bedeutungslose sein konnte.

Wähler zur Legislative (Corps législatif) ist jeder 21 Jahre alte, im Besitze der bürgerlichen Rechte befindliche Franzose; die Wählbarkeit ist an ein Alter von 25 Jahren geknüpft, doch sind Beamte — die in die Kadres der Reserve eingetragenen Officiere

Digitized by Google

und Generäle ausgenommen — von der Wählbarkeit ausgeschlossen.

Aber diese auf Grund eines so demokratischen Wahlgesetzes geschaffene Kammer hat weder das Recht ihren Präsidenten oder Vicepräsidenten zu wählen, — Beide ernannte der Kaiser — noch das Recht, Petitionen entgegen zu nehmen, — dieselben sind an den Senat zu richten — noch das Recht der Initiative, das heißt, sie kann nur die ihr von der Regierung gemachten Vorlagen berathen, nicht aber eigene Gesetze in Vorschlag bringen. Werden zu einer Regierungsvorlage in der Kammer Amendements gestellt, so gehen dieselben zunächst an den Staatsrath, dessen absetzbare Mitglieder vom Kaiser ernannt werden. Der Staatsrath entscheidet über die Zulässigkeit der betreffenden Amendements, bevor dieselben in der Legislative zur Diskussion gelangen können. Die Oeffentlichkeit der Kammersitzungen kann durch Antrag von fünf Mitgliedern beseitigt werden.

Der Präsident der Kammer redigirt die zu veröffentlichenden Kammerberichte; kein Deputirter hat das Recht, seine Reden ohne Genehmigung der Kammer drucken zu lassen.

Daher durften auch die Zeitungen keine Referate aus den Kammersitzungen, keine Auszüge aus den officiellen Kammerberichten bringen, sondern konnten dieselben nur wörtlich abdrucken, was für die Mehrzahl der Journale, schon des Raumes wegen, unmöglich war. Bedenkt man ferner, daß die Kammerberichte immer so spät veröffentlicht wurden, daß die in der Kammer zu erledigenden Fragen, an denen die Bevölkerung Interesse nehmen konnte, bereits vor Publikation der auf dieselben bezüglichen Verhandlungen meist wieder der Vergessenheit anheim gefallen waren, so begreift man leicht, daß von einem lebendigen Contact zwischen der Nation und ihren Vertretern, von einer Fühlung zwischen dem einzelnen Deputirten und seinen Wählern nicht die Rede sein konnte. Dieser Umstand würde allein schon genügt haben, ganz abgesehen von dem Mangel an constitutionellen Befugnissen, die Legislative zur politischen Bedeutungslosigkeit zu verurtheilen.

Aus diesen Bestimmungen der Verfassung erhellt mit handgreiflicher Evidenz, daß die ganze durch dieselbe geschaffene Volksvertretung, weit entfernt eine Garantie der Volksfreiheit zu sein,

Digitized by Google

nichts weiter war als ein kostspieliger*) Apparat, die politisch unzurechnungsfähige Masse über den Absolutismus des kaiserlichen Regimentes zu täuschen.

Ein Dekret vom 17ten Februar 1852 gab die Presse der Willkür der Administrativgewalt Preis.

Die Kneblung der Presse machte die Gegner des zweiten Kaiserthumes zwar mundtodt, beraubte Napoleon indessen auch der einzigen Möglichkeit, die Ansichten, Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung, die in der dem Lande octroirten Vertretung ihren Ausdruck nicht zu finden vermochten, kennen zu lernen. Ein englisches Journal charakterisirte die Lage durch die treffende Bemerkung: „Nachdem Napoleon III. durch Kneblung der Presse dem Hahne der öffentlichen Meinung den Hals umgedrehet hat, damit er nicht krähen möge, ist er jetzt genöthigt, sich den Kopf zu zerbrechen, um zu errathen, wie derselbe gekrähet haben würde, wenn er noch lebte."

Preßvergehen wurden der Competenz der Geschworenen entzogen und den Zuchtpolizeigerichten überwiesen, deren Competenz noch dadurch erweitert wurde, daß sie bis zu zehn Jahren Gefängniß zu erkennen vermochten.

Am furchtbarsten aber wirkte das berüchtigte Sicherheitsgesetz vom 2ten März 1858, welches, eine neue Auflage der alten lettres de cachet, die Administrativgewalt ermächtigte, Jeden, der zu einem gegen das Staatsoberhaupt feindlichen Zwecke mit In- oder Ausländern Einverständnisse unterhält, oder zu Hause oder öffentlich der Aufreizung zu Haß und Verachtung gegen die Regierung sich schuldig macht, durch Verfügung der Verwaltung, ohne Urtel und Recht, im Gefängnisse zu halten, an irgend einem Orte der Departements (außerhalb Paris) zu internirеn, oder nach Cayenne und Lambessa zu verbannen, wo ein fast sicherer Tod — die trockene Guillotine — ihrer wartete.

Der Senat und die Legislative waren feige genug, dem Sicherheitsgesetze, welches, weil es die Freiheit jedes Franzosen

*) Die Kosten dieser Volksvertretung — Senat und Legislative — belaufen sich auf 9,000,000 Francs; das Doppelte dessen, was Pairs- und Deputirtenkammer unter Louis Philipp für sich in Anspruch nahmen.

Digitized by Google

unter dem erbärmlichsten Vorwande, auf die vagste Anschuldigung hin, ohne Urtheil und Recht der Willkür der Administrativbehörden Preis gab, ganz Frankreich mit Schrecken schlug, ihre Zustimmung zu geben.*)

In einem so straff centralisirten Lande, wie Frankreich, ist natürlich der Einfluß der Beamten ein ungeheurer, und deren Absetzbarkeit stempelt jeden Einzelnen derselben zum willenlosen Werkzeuge seiner Vorgesetzten. Bedenkt man nun, wie trefflich die Regierung den Einfluß des Beamtenthumes — und auch des Clerus — bei den Wahlen zu verwenden wußte — Aufstellung officieller Candidaturen; selbst die Vertheilung von Candidatenlisten bei den Wahlen war ohne Specialerlaubniß der Präfecten untersagt — so ist es leicht erklärlich, daß auch die Wahlen zur Legislative fast stets im Sinne der Regierung ausfallen mußten. Seit Erlaß des Sicherheitsgesetzes war es ohnedies für Jeden, der nicht für den Aufenhalt in Cayenne oder Lambessa schwärmte, gefährlich, für einen anderen, als den officiellen Candidaten zu agitiren, oder ihm seine Stimme zu geben. Die wenigen unabhängigen Charaktere, welche, trotz des Seitens des Beamtenthumes und des Clerus auf die Masse der Wähler ausgeübten Druckes, hier und da — namentlich in Paris — aus der Wahlurne hervorgingen, verweigerten größten Theils den Eid auf die Verfassung und konnten darum in die Kammer nicht eintreten.

*) Hier eine kurze Notiz über die Zahl der politisch Verfolgten in Frankreich, soweit sich dieselbe statistisch hat ermitteln lassen.

In Folge des Juniaufstandes von 1848 wurden deportirt 11003 Personen.

Louis Napoleon krönte den Staatsstreich vom 2ten December durch die immerwährende Verbannung von 67 Abgeordneten der gesprengten Legislative aus Frankreich und seinen Colonieen, bei Strafe der Deportation im Falle der Rückkehr; 18 weitere Deputirte wurden auf Zeit verwiesen; die Abgeordneten Miot, Mathé, Marc-Dufraisse, Greppo und Richardet wurden nach Cayenne deportirt.

Diese Maßregeln erfolgten auf einfaches Decret des Präsidenten hin.

Die Zahl derer, welche von den vom Präsidenten, auf Grund des Staatsstreiches, eingesetzten, aus Militair- und Civilpersonen gemischten Ausnahmegerichten zur Deportation verurtheilt wurden, belief sich auf 26,884 Köpfe.

Die Zahl der auf Grund des Sicherheitsgesetzes vom 2ten März 1858 durch bloße Verfügung der Administrativbehörden nach Algier und Cayenne Deportirten wird — jeden Falles zu niedrig — officiell auf 428 angegeben.

Digitized by Google

Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß auch die aus directen Wahlen hervorgegangene Legislative, — ganz abgesehen davon, daß schon die Beschränktheit ihrer Befugnisse dieselbe unfähig machen mußte, einen wirksamen Einfluß auf den Gang der Politik auszuüben, — in ihrer Majorität, gleich dem vom Kaiser ernannten Senat, nichts weiter als das gefügige Werkzeug der kaiserlichen Allmacht sein konnte.

Erwägt man ferner, daß das kaiserliche Frankreich, ebenso wenig wie eine freie Presse, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht besaß*), so wird man einräumen, daß in neuerer Zeit nie der Monarch eines civilisirten Staates eine absolutere Gewalt besaß, als der Mann des zweiten Kaiserreiches und, fügen wir hinzu, diese Gewalt in schamloserer Weise mißbrauchte.**)

---

*) Wir erinnern uns noch, gelegentlich des ersten Eisenacher Journalistentages, der naiven Verwunderung Pariser Journale darüber, daß sich in Deutschland Journalisten aller Farben ungehindert versammeln durften, um sich über ihre Interessen zu berathen, leitende Principien aufzustellen und Beschlüsse zu fassen. — Im kaiserlichen Frankreich würde so etwas allerdings nicht möglich gewesen sein. Sah man doch selbst landwirthschaftliche Vereine ihre Versammlungen in der Schweiz abhalten, um unbehelligt von der polizeilichen Surveillance kaiserlicher Präfecten, über Dünger und Stallfütterung zu berathen.

**) Der Absolutismus war, wie schon angedeutet, der unveränderliche, durch dessen Ursprung bedingte Charakterzug des zweiten Kaiserreiches, und wenn derselbe zuweilen weniger schroff hervortrat, so lag das nicht in einer Aenderung des Systemes, sondern im Erlahmen der Hand, die das Ruder führte. Daher mußten alle von Napoleon dem Freiheitsbedürfnisse seines Volkes gemachten Concessionen als Scheinconsessionen sich herausstellen, und außerdem besaß der neue Cäsar die Gewohnheit, stets mit der einen Hand das wieder zu nehmen, was er mit der andern gab.

Durch Dekret vom 24sten November 1860 verlieh er Senat und Legislative das Recht, die Thronrede einzeln durch eine Adresse zu beantworten und sich in derselben über die innere und äußere Politik auszusprechen. Aber durch ein an den Minister Rouher gerichtetes Dekret vom 9ten Januar 1867 sah er sich veranlaßt, den Kammern das Recht der Adresse wieder zu nehmen, um ihr dafür das Interpellationsrecht einzuräumen. Aber was für ein Interpellationsrecht! Denn eine an einen Minister gerichtete Interpellation mußte in der Legislative erst von vier, im Senat von zwei Commissionen gebilligt werden, ehe sie officiell eingebracht werden konnte. Dasselbe Dekret schaffte für die Presse die administrativen Verwarnungen ab, erhöhte dafür aber die Cautionen der Zeitungen und verfügte die Unterdrückung eines jeden Blattes bei zweimaliger Verurtheilung. Ingleichen hob das Dekret bei Preßvergehen die

Digitized by Google

Durch Unterdrückung der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechtes jedes Mittels, sich in anderer Weise zu äußeren, beraubt, war nichts natürlicher, als daß die Feinde des Kaiserthumes sich in geheimen Gesellschaften zusammen fanden; auch an Attentaten gegen die Person des Kaisers fehlte es nicht. Letzterer wußte aus diesen Attentaten politisches Capitel zu machen und Frankreich zu überreden, daß alle Garantieen für Ruhe und Ordnung nur in seiner Person beruheten, — die unwillkürliche und jeden Falles härteste Kritik des ganzen Systemes, welche sich denken läßt, — und daß mit der Beseitigung derselben nothwendig das politische Chaos über Frankreich hereinbrechen müsse.

Diese Ueberredung gelang dem Manne des zweiten December so gut, daß in Frankreich die Rente fiel, wenn sein kaiserlicher Gebieter sich einen Schnupfen geholt.

Aber die Regierung des zweiten Kaiserreiches war nicht nur eine absolute, sie mußte zugleich eine persönliche sein, aber nicht in dem Sinne persönlich, wie zum Beispiel die Regierung Friedrich des Großen dies gewesen. Friedrich der Große, mit seinem Volke durch die Geschichte und durch das Band gegenseitiger Zuneigung verbunden, im Besitze der Herrschaft, weder von der Revolution, noch vom Dolche des Meuchelmörders bedrohet, vermochte sein persönliches Interesse mit dem des Staates zu identificiren, oder, besser, das Erstere dem Letzteren allezeit unterzuordnen, so daß sein persönliches Regiment stets nur durch das Staatsinteresse geleitet und bestimmt wurde.

Anders lagen die Dinge bei Napoleon III, der seine Herrschaft dem Staatsstreiche, das heißt einem direkten Attentate auf das Volksinteresse, verdankte, der im Besitze derselben durch Partheien beunruhigt war, die in seinem Sturze ihre Aufgabe erblicken mußten, dessen Weg an Höllenmaschinen und Orsinibomben vorüber führte.

Im Ursprunge seiner Macht lag es, daß Napoleon III. das Volk, dem er zum Herrscher sich aufgeworfen, ohngefähr mit demselben Auge betrachten mußte, wie ein Thierbändiger die Be-

---

Verurtheilung zu Gefängnißstrafe auf, — wozu auch Gefängnißstrafe bei Preßvergehen? hatte man doch das Sicherheitsgesetz! — erhöhte aber das Maximum der Geldstrafe von 4000 auf 40,000 Francs.

Doch diese Probe genüge zur Charakteristik kaiserlicher Concessionen.

Digitized by Google

stie, die er bändigt, oder welcher er, je nach Umständen, schmeichelt, von welcher zerrissen zu werden er jedoch immerdar fürchten muß. Daher war es auch nicht möglich, daß Napoleon sein persönliches Interesse mit dem Staatsinteresse hätte identificiren können; wo beide in Conflict geriethen, mußte das Erstere nothwendig das für ihn allein maßgebende sein.

In diesem Sinne bezeichneten wir Napoleons Politik als eine persönliche.

Angesichts dieser persönlichen Politik war ein Ministerwechsel in Frankreich das gleichgültigste Ding von der Welt.

Vertrat doch kein Minister ein Princip, sondern nur den persönlichen Willen seines Herrschers; das Kommen und Gehen der Ministerien war unter diesen Umständen nur ein Wechsel der Staffage, der höchstens einen unsicheren Schluß gestattete, ob friedliche oder kriegerische Intentionen den Geist des modernen Cäsar beschäftigten.

In der persönlichen Politik Napoleons III. lag zugleich ihre Unberechenbarkeit. Die Interessen eines Volkes sind, so weit sie individuell und nicht allen Völkern gemeinsam sind, das Product einer Jahrhunderte langen Geschichte und mithin stätig, nicht leicht dem Wechsel unterworfen, also berechenbar; der persönliche Wille aber ist, weil von unvorhergesehenen Zufälligkeiten beeinflußt, unberechenbar. So klar das Wesen der napoleonischen Politik auch vor Jedermann's Augen lag, — der Schlüssel zu derselben war in der Entstehung des zweiten Kaiserreiches gegeben — so unmöglich war es auf der anderen Seite, zu bestimmen, wie dieselbe in einem gegebenen Falle, unter dem Eindrucke irgend eines unvorhergesehenen Ereignisses, oder bestimmt vielleicht von Einflüssen, die jeder Berechnung sich entzogen, sich äußeren würde.

Daß die Unberechenbarkeit dieser rein persönlichen Politik, der die Kraft eines Volkes von vierzig Millionen als Werkzeug diente, an und für sich für das übrige Europa ein Moment der Unruhe abgeben mußte, liegt auf der Hand.

Aber die Herrschaft des zweiten Kaiserreiches mußte nicht nur eine absolute, sie mußte auch — dies ergab sich mit innerster Nothwendigkeit aus ihrem Ursprunge — eine die Finanzen Frankreichs ruinirende sein.

Digitized by Google

Ein Monarch, der den Thron als Erbe seiner Väter überkommen, bedarf des äußeren Glanzes nicht zur Aufrechthaltung einer Herrschaft, die Niemand ihm streitig macht; dahingegen war derselbe einem Emporkömmlinge unentbehrlich. Napoleon III., der sich selbst zum Mittelpunkte des gesammten Staatslebens gemacht, bedurfte des Glanzes, um vermittelst desselben die Bedeutung seiner Person auch äußerlich hervorzuheben, um durch denselben die Masse zu blenden, damit sie im Anblicke des Glanzes, der die Person des Staatsoberhauptes umgab, den Verlust ihrer Freiheit vergesse.

Ein erblicher, von allen Seiten anerkannter Monarch nimmt die Dienste seiner Unterthanen sei es für seine Person, sei es für den Staat, als ein Recht in Anspruch, fordert sie als eine Pflicht. Napoleon hingegen, der die Hülfe seiner Satelliten für den Staatsstreich, das heißt für ein Verbrechen forderte, welches, im Falle des Mißlingens, seinen Theilnehmern den Kopf gekostet, sah sich genöthigt, diese Dienste zu erkaufen.

Und seine Anhänger, meist Leute mit sehr weitem Gewissen und noch weiteren Taschen, betrachteten die Herrschaft über Frankreich, welche Napoleon III. im Staatsstreiche durch ihre Hülfe gewonnen, als eine Beute, von welcher sie naturgemäß in Gestalt von Dotationen und hohen Gehältern ihren Antheil forderten. Daher jene unter dem zweiten Kaiserreiche eingerissene bodenlose Verschleuderung des Nationaleinkommens, dem keine nur durch eine wirkliche Volksvertretung zu schaffende wirksame Controlle einen Halt gebot*).

---

*) Möge hier eine Stelle aus der Rede, mit welcher der Advokat, Abgeordnete Gambetta, am 14ten November 1868 die wegen republikanischer Kundgebungen an den Gräbern Cavaignac's und Bandin's Angeklagten vor dem Zuchtpolizeigericht vertheidigte, ihren Platz finden:

„Ist es nicht genug" — rief Gambetta aus — „daß man die Republikaner aus der Republik vertreibt, will man sie auch aus der menschlichen Natur verjagen? Sie wissen, was am 2ten December 1851 geschehen ist, Sie wissen, welche Störung dieser Akt in das Gewissen des Landes gebracht. Um jene Zeit bemächtigte sich Frankreichs ein unbedeutender Mensch ohne Halt mit Hülfe von Leuten, von denen man nur wiederholen kann, was Sallust von dem Schwarme sagt, welcher Katilina umgab, was Caesar selbst von seinen Mitschuldigen wiederholt: — der Auswurf der Bevölkerung. Die Anklage will nichts weniger, als Ihnen das Urtheil entreißen, daß der Staats-

Digitized by Google

Der Kaiser bedurfte zur Ausführung großer Bauten verfassungsmäßig keiner Geldbewilligung Seitens der Kammern, besaß außerdem das Recht, den Ministern, wenn die Kammern nicht versammelt waren, Supplementarkredite von beliebiger Höhe zu eröffnen, verfügte mit anderen Worten über die Finanzen des Staates mit derselben Unbeschränktheit, wie, Dank dem Sicherheitsgesetze, über die Freiheit des einzelnen Bürgers.

Erwägt man ferner, daß Napoleon III. die Armee, wenn nicht als einzige, doch als Hauptstütze seiner Macht betrachten, also fortdauernd auf deren Erhöhung sein Augenmerk richten mußte, welche indessen wiederum ohne Anspannung der Staatsfinanzen nicht durchführbar war, so begreift man leicht, daß die Finanzwirthschaft des zweiten Kaiserreiches, auch abgesehen von den verschiedenen, von demselben geführten Kriegen, früh oder spät Frankreich dem Staatsbankerotte entgegen führen mußte.

Gegen diese Gefahr konnte kein Einsichtiger die Augen verschließen; Fould, der den Kaiser zuerst auf den drohenden finanziellen Ruin aufmerksam machte, erlangte einen Senatsconsult vom 31sten December 1860, welcher bestimmte, daß Supplementarkredite künftig nicht mehr durch kaiserliche Dekrete, sondern nur durch Gesetze bewilligt werden sollten.

Allein diese Bestimmung, berechnet darauf, die Staatsausgaben künftig einer Controle der Kammern zu unterwerfen, konnte bei der Zusammensetzung dieser Letzteren und bei dem Geiste, der dieselben beseelte, das Uebel nicht beseitigen.

Der deutsche Nationalökonom Horn unterwarf die Finanzwirthschaft des zweiten Kaiserreiches in einer deutsch und französisch geschriebenen Brochüre einer vernichtenden Kritik; in Folge dessen untersagte ihm die Regierung die Fortsetzung seiner nationalokonomischen Vorträge im Amphitheater der Ecole de medicine. Selbst die Pariser waren der Meinung, daß dies zwar der Kritik den Mund stopfen heiße, aber die Lage der Finanzen nicht besser mache.

Vergegenwärtigen wir uns die Finanzlage des zweiten Kaiserreiches durch einige Zahlen.

---

streich vom 2ten December eine sittliche That, und daß die Männer, welche auf den Barrikaden gefallen, mit Recht getroffen worden sind. Aber dieser Proceß des 2ten December wird so lange unaufhörlich plaidirt werden, bis das allgemeine Rechtsbewußtsein seine äußerste Genugthuung bekommen haben wird."

Digitized by Google

Die durchschnittlichen Staatsausgaben beliefen sich

unter der Restauration	1816—1829 auf jährlich	960	Millionen Frcs.
„ Louis Philippe	1830—48 „	1279	
„ der Revolution	1848	1770,9	
	1849	1646	

wobei wir bemerken, daß diesen Berechnungen die Staatsausgaben, nicht wie sie im Budget figuriren, sondern wie sie sich in Wirklichkeit herausgestellt, zu Grunde gelegt sind. Alle französischen Budgets haben nemlich die Eigenthümlichkeit, daß sie stets mit einem Ueberschusse der Einnahmen über die Ausgaben veranschlagt werden, in der Wirklichkeit aber ebenso regelmäßig ein Deficit hinterlassen. Die Ursache liegt in den nach Feststellung des Budgets von den Ministern geforderten ordentlichen und Supplementarkrediten, in deren Bewilligung die Kammern oft einen für Jeden, bei welchem, mit Hansemann, in Geldangelegenheiten die Gemüthlichkeit aufhört, unbegreiflichen Leichtsinn entwickelten.

Unter dem Kaiserreiche stellten sich die Staatsausgaben in folgender Weise heraus:

Jahr	Ansatz im Budget.	Wirkliche Ausgabe.
1855	1,562,030,308.	2,375,342,590.
1856	1,598,286,528.	2,211,703,054.
1857	1,698,904,664.	1,872,526,216.
1858	1,716,989,496.	1,868,128,434.
1859	1,765,780,877.	2,216,710,764.
1860	1,824,957,778.	2,084,091,354.
1861	1,840,121,858.	2,177,836,308.
1862	1,969,769,031.	2,212,839,327.
	Sa. 13,976,840,540.	17,019,178,047.

in acht Jahren also eine Etatsüberschreitung in der ungeheuren Höhe von 3,042,337,507 Francs; 380,292,188 Frcs. im Durchschnitt, eine Summe doppelt so groß als die gesammten Staatsausgaben des Königreichs Belgien.

Allerdings übertrafen auch die Einnahmen in etwas die Voranschläge, aber keineswegs in einer derartigen Etatsüberschreitungen nur annähernd entsprechenden Höhe. — Die Differenz zwischen den wirklichen Ausgaben und den wirklichen Einnahmen

wird ersichtlich durch das Anwachsen der Staatsschuld, über welche später einige Angaben folgen werden.

Die Ausgaben betrugen nach den Budgetansätzen — über die wirklichen Ausgaben fehlen uns für diese Periode zuverlässige Angaben — in

den Jahren	1863 . .	2,157,618,257.
	1864 . .	2,205,139,828.
	1865 . .	2,203,303,772.
	1866 . .	2,186,668,132.
	1867 . .	2,086,343,674.
	1868 . .	2,139,374,599.
also in sechs Jahren		12,978,448,262 Francs,
das heißt im Durchschnitt jährlich		2,163,074,710⅔ Francs.

Gleichviel unterliegt es, wie die während dieser Zeit gemachten Anleihen beweisen, keinem Zweifel, daß auch die vorstehenden ungeheuren Ansätze in Wirklichkeit noch überschritten sind. —

Während also die Staatsausgaben unter Louis Philippe, wie S. 58 erwähnt, sich im Durchschnitt auf jährlich 1279 Mill. Francs beliefen, waren sie unter dem zweiten Kaiserreiche in den den Jahren 1855—62 auf durchschnittlich 2,127,397,255, in den Jahren 1863—68 — die in Wirklichkeit bedeutend überschrittenen Budgetansätze zu Grunde gelegt, — auf 2,163,074,710 Francs gestiegen, hatten mithin eine **durchschnittliche Vermehrung** von in runder Summe 850 Millionen Francs erfahren, welche Summe bedeutend größer, als das **gesammte preußische Budget.**

An und für sich würde diese Steigerung der Staatsausgaben nicht beunruhigend gewesen sein, wenn dieselbe nemlich mit den Mehrerträgen hätte bestritten werden können, welche die Steuern bei wachsender Bevölkerung und deren wachsenden Wohlstande nothwendig abwerfen mußten. Dies war aber nicht der Fall; selbst Steuererhöhungen und die Creirung neuer Steuern*), welche

*) Einführung eines zweiten Decime de guerre (1855); Erhöhung des Salzpreises von 10 auf 20 Centimes pro Kilo (1862); Erhöhung des Tabackspreises (Cigarren ausgenommen) um 25 Procent (1860); Steuer auf Werthpapiere (1857); Eisenbahnsteuer und Erhöhung des Zolles und der Steuer auf Spirituosen (1855). — Die einzige Finanzmaßregel, für welche Frankreich dem Kaiser zum Danke verpflichtet ist, ist die aus seiner persönlichen

Digitized by Google

bei der schon hochgesteigerten Anspannung der Steuerkraft des Landes an und für sich etwas Bedenkliches hatten, reichten nicht aus, den Staatsbedürfnissen gerecht zu werden. Daher ein chronisches Deficit, in Folge dessen Anwachsen der schwebenden Schuld, — dieses Erzfeindes einer jeden geordneten Finanzverwaltung — die natürlich zuletzt, vermittelst einer Anleihe, in eine consolidirte verwandelt werden mußte. Da nun aber Anleihen einmal nicht ohne Zinsen zu haben sind, so konnten sie natürlich, statt den kranken Staatsfinanzen auf die Beine zu helfen, das Uebel nur schlimmer machen.

Die Finanzverwaltung des zweiten Kaiserreiches wird also charakterisirt durch eine exorbitante Vermehrung der Staatsschuld, deren Anwachsen folgende Zahlen vergegenwärtigen mögen.

Am 1sten Januar des Jahres 1851 betrug die consolidirte Schuld 5,345,637,360 Francs; 1855 — immer am 1sten Januar — war dieselbe bereits auf 6,082,877,852, 1860 auf 9,334,012,006; 1865 auf 13,026,510,614 Francs, die Zinsenlast von 219,929,486 Francs im Jahre 1853, trotz der Rentenconvertirung, auf 403,962,035 Francs im Jahre 1865 gestiegen.

Das also ist der financielle Segen des Kaiserreiches: ein gegen das Julikönigthum um jährlich 850 Millionen Francs erhöhetes Budget, eine binnen funfzehn Jahren um acht und eine halbe Milliarde vermehrte Staatsschuld mit einer um 184 Millionen vermehrten Zinsenlast.

Doch diese Summen bezeichnen die Lage noch keineswegs erschöpfend; man muß zu ihnen noch die Summen hinzuzählen, um welche durch Verkauf von Staatswaldungen, — von 1852—1866 für 34,498,502 Francs — Domainen*), Staatseisenbahnen, — für 242,828,476 Francs — und außerordentliche Holzfällungen das Nationalvermögen vermindert ist, um einen richtigen Ueberblick über die finanzielle Verschleuderung des zweiten Kaiserreiches zu gewinnen.

Die von oben ausgehende Vergeudung des Staatsvermögens wirkte ansteckend auf die Departements und die Gemein-

Initiative hervorgegangene Ermäßigung der Zölle und der durch dieselben bewirkte Bruch mit dem Schutzzollsysteme.

*) Im Jahre 1864 wurde der Erlös aus den während des Kaiserreiches verkauften Staatsdomainen officiell auf 2½ Mill. Francs angegeben.

Digitized by Google

den. In den zehn Jahren von 1852—1861 wurden, nach einer nicht einmal vollständigen Zusammenstellung Labarre's, Seitens der Städte und Departements 643,989,000 Francs Schulden contrahirt*).

*) Diese Schulden sind theilweise durch die Bauten hervorgerufen, zu denen die Regierung die der Selbstverwaltung entbehrenden Gemeinden und Departements zwang, um in Jahren der Theuerung und Geschäftsstockung die Arbeiter zu beschäftigen.

Am meisten überschuldet erscheint Paris.

Nach dem Rechnungsabschlusse vom Jahre 1867 beliefen sich die Ausgaben der Stadt in runder Summe auf 245 Millionen Francs; die Gemeindeausgaben einer einzigen Stadt größer als die Staatsausgaben des gesammten Königreichs Belgien.

Die Einwohnerzahl von Paris, welche im Jahre 1866: 1,825,247 Köpfe betrug, in runder Summe zu 1,800,000 angenommen, würde obige Summe wenn nur durch Steuern aufzubringen, den Kopf jährlich mit 136 Francs belasten. Eine solche Besteurung, abgesehen von den gleichfalls ungeheuer hoch geschraubten Staatssteuern, lediglich zu Gemeindezwecken aber ist materiell unmöglich, obgleich die Pariser Commune fast alle nur denkbaren Gegenstände: Wein, Bier, Cieder, Essig, Oel, Branntwein, Fleisch, Fisch, Butter, Eier, Coaks, Kohlen, Holz, Mehl, Getreide, Kalk, Cement, Gips, Bruch- und Brandsteine, Schiefer, Ziegeln, Pflastersteine, Marmor, Granit, Schmiede- und Gußeisen, Wachs, Talg und Salz zum Object der Gemeindebesteurung gemacht hat. Daher chronisches Deficit und ungeheures Anwachsen der städtischen Schuld, die gegenwärtig Paris allein mit einer Zinsenlast von 46 Millionen Francs — 25½ Francs pro Kopf — belastet.

Der vom Präfecten Haußmann veranstaltete Umbau der Stadt, welcher derselben von 1853 bis 1868 allein 1865 Millionen Francs gekostet, wovon nur 865 Millionen auf dem Wege des ordentlichen Budgets, der Rest durch Anleihen aufgebracht worden ist, trägt die Hauptschuld an diesem finanziellen Verfall. Angeblich unternommen, um Paris Luft und Licht zu verschaffen, unterliegt es doch keinem Zweifel, daß der Hauptgrund dieser Demolition im großartigsten Maaßstabe ein militairischer war: — man wollte durch Anlage großer Plätze, Macadamisirung und Verbreiterung der Straßen eine Verbarricadirung der Letzteren verhindern, um einen etwaigen Aufstand mit Leichtigkeit unterdrücken zu können.

Den anderen größeren Städten Frankreichs ging es nicht besser, als der Hauptstadt: — auch sie sahen ihr Vermögen schwinden und ihre Schulden wachsen. Marseille belastete sich in den 10 Jahren von 1854—64 mit 79 Mill. Schulden; Lyon mit 40 Mill. und veräußerte nebenbei seinen gesammten nutzbaren Grundbesitz im Werthe von 15 Mill.

Außer der Geldverschwendung hatten die Luxusbauten, zu denen die Regierung die Communen zur Beschäftigung der Arbeitermassen zwang, den noch ungleich schwerer in das Gewicht fallenden wirthschaftlichen Nachtheil,

Digitized by Google

Seit dem Jahre 1865 hat man eine Aenderung in der Aufstellung des Budgets beliebt, welche die Staatsschuld dem Auge des Unkundigen geringer erscheinen läßt, als dieselbe wirklich ist. Bekanntlich haben die Budgets des zweiten Kaiserreiches mit ihren Unterabtheilungen in ein ordentliches Budget, Budget für Specialzwecke, Spezialbudget der Amortisationskasse, Ordnungsbudget, außerordentliches Budget und Supplementarbudget sich nicht gerade durch eine hervorstechende lichtvolle Klarheit ausgezeichnet, so daß die Vermuthung nahe liegt, daß man diese Gruppirung gewählt hat, nicht um die Finanzlage klar zu legen, sondern um sie zu verhüllen.

Man hat nun durch Neugestaltung der Amortisationskasse viele Millionen Rente dadurch scheinbar amortisirt, daß man sie vom Hauptbudget auf das Spezialbudget übertragen hat. Auf diese Weise brachte man im Budget von 1866 eine Verminderung der jährlich zu zahlenden Renten im Betrage von 60,410,560 Francs zu Stande, sah sich aber genöthigt dafür die Amortisationskasse mit 79,146,000 Francs zu dotiren.

Die Verminderung ist also eine rein fictive; schon im Jahre 1868 schritt man zu einer neuen Anleihe von 440 Millionen Francs.

Aber wohin mußte eine solche Finanzwirthschaft führen? Die Antwort konnte nicht zweifelhaft sein: — zum Staatsbankerotte. —

Auch erreichte die dreiprocentige Rente, der eigentliche Gradmesser des französischen Staatskredites, während des zweiten

---

daß sie die Arbeiter künstlich in die Städte zogen und dadurch das platte Land entvölkerten. Zwar wird in Handel- und industriereichen Staaten die städtische Bevölkerung sich stets rascher, als die ländliche, vermehren, wenn aber bei raschem Steigen der städtischen Bevölkerung, die ländliche, wie es hier und da in Frankreich der Fall, sogar abnimmt, so constatirt dies jeden Falles eine Ungesundheit des wirthschaftlichen Lebens der Nation. Nach der Zählung von 1866 hatte die Bevölkerung Frankreichs in 31 Departements abgenommen. -- Ein rechtlicher Unterschied zwischen Dorf und Stadt existirt zwar in Frankreich nicht, nimmt man jedoch alle Orte über 2000 Einwohner als Städte an und weist die übrigen dem Lande zu, so wohnten 1856: $24_{,72}$% der Bevölkerung in den Städten, 1866 hingegen $27_{,31}$%, was, selbst bei Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme, nicht nur eine relative, sondern eine absolute Verminderung der Landbevölkerung ergeben würde.

Digitized by Google

Kaiserthumes, selbst in den Tagen seines höchsten Glanzes, nie die Höhe, welche sie in den letzten Jahren der Regierung Louis Philippe's gehabt, wo sie auf 84 gestiegen, während sie unter dem Kaiserreiche nur ausnahmsweise die Höhe von 70 überschritt*).

Aber, abgesehen vom drohenden Staatsbankerotte, bot die Finanzwirthschaft des zweiten Kaiserreiches noch eine andere Gefahr. Der Anblick des Luxus, womit der Kaiser und seine Satelliten sich umgeben, reizte in anderen Schichten der Bevölkerung zur Nachahmung, entzündete das Verlangen, rasch und ohne Mühe reich zu werden, erzeugte eine ungezügelte Speculationswuth, trieb, mit anderen Worten, die Bevölkerung zu dem jedem soliden Erwerbe feindlichen Börsenspiel.

Jede Contrahirung von Staatsschulden schädigt die Industrie, indem sie derselben das zu ihrem Gedeihen erforderliche Kapital entziehet, und eine massenhafte Emission von Staatspapieren weckt nebenbei das Börsenspiel. Die kaiserliche Finanzverwaltung begünstigte dasselbe auf jede Weise.

Der Staat hatte unter Louis Philippe die verschiedenen

*) Nehmen wir, ohne die späteren Anleihen zu berücksichtigen, die oben für 1865 angegebene Ziffer in runder Summe mit 13 Milliarden, die Zinslast mit 400 Millionen Francs als maßgebend an und bringen wir die Einwohnerzahl Frankreichs nach der Zählung von 1866 mit 38 Millionen — genau 38,067,94 — in Rechnung, so repartirt sich die Staatsschuld mit 342, die Zinslast mit 10½ Francs auf den Kopf der Bevölkerung. — In Preußen stellte sich die Staatsschuld 1867 in runder Summe auf 430 Millionen Thaler heraus, worunter etwas über 17 Millionen Thaler Papiergeld. Nehmen wir die Einwohnerzahl Preußens in runder Summe für 1867 — zu niedrig — mit 23½ Millionen an, so ergiebt sich für den Kopf ein Antheil von 18,3 Thalern, oder circa 71 Francs, das heißt nur ohngefähr den fünften Theil der auf den Kopf eines jeden Franzosen entfallenden Quote. — Das Verhältniß ist ein für Frankreich um so ungünstigeres, da in Preußen der Staatsschuld ein nutzbares Staatsvermögen zur Seite stehet, dessen Reinertrag die zur Verzinsung der Staatsschuld erforderliche Summe — 1868 excl. Tilgungsfond 17,190,896 Thlr. — weit aus übersteigt, während in Frankreich, trotz der während der Revolution erfolgten Confiscation der Güter der Geistlichen und Emigranten, ein nutzbares Staatsvermögen nur im bescheidensten Maaße noch vorhanden ist, dessen Reinertrag nur ohngefähr den neunten Theil der zur Verzinsung der Staatsschuld erforderlichen Summe zu decken vermag. — Den Gesammtwerth der französischen Domainen, im weitesten Sinne des Wortes, schätzte man im Jahre 1856 auf nur 1293,173,804 Francs, doch haben seitdem bedeutende Veräußerungen stattgefunden.

Digitized by Google

Eisenbahngesellschaften bedeutend subventionirt unter der einzigen Bedingung, daß das Eigenthum derselben nach 45 Jahren an den Staat übergehen solle; nach dem Staatsstreiche erlangten diese Gesellschaften durch ein einfaches Dekret des Präsidenten die Prolongation ihres Genußrechtes auf 99 Jahre; dies Dekret war der Antheil an der Beute des Staatsstreiches, den Louis Napoleon der Börse, das heißt der hohen Finanz, hinwarf.

Später genehmigte die Regierung die „Fusionen", welche die französischen Eisenbahnen in wenig Händen concentrirten, und dieselben zu den theuersten und am schlechtesten verwalteten in Europa machten. Den neu angelegten Eisenbahnlinien, — dem sogenannten zweiten Netze — gewährte die Regierung eine Zinsgarantie von 4½% auf 50 Jahre ohne andere Gegenleistung Seitens der Gesellschaften, als Rückzahlung des empfangenen Vorschusses, falls die betreffenden Bahnen später eine höhere Rente gewähren sollten. Eine solche Finanzverwaltung schlug allen Grundsätzen einer gesunden Volkswirthschaft in das Gesicht und verleitete Jedermann, den Staatssäckel als einen Brunnen zu betrachten, aus welchem nach Belieben zu schöpfen es nur der Geschicklichkeit bedürfe. Die Börse florirte; zahllose Unternehmungen tauchten auf, bei denen es sich nicht um Ausbeutung des Unternehmens durch die Actionaire, sondern um Ausbeutung des Publikums und — falls eine Staatsunterstützung zu erlangen war — auch des Staatssäckels durch das Gründungscomité handelte. Besonders verderblich wirkte in dieser Beziehung der Crédit mobilier, der, unter dem Vorwande die Industrie zu unterstützen, sich allein der Börse zuwandte und eine ganze Reihe industrieller Unternehmungen hervorrief, nicht um dieselben mit seinem Capitale zu unterstützen, sondern, um, auf die Leichtgläubigkeit des Publikums speculirend, die Actien derselben mit Nutzen an der Börse zu verwerthen. Obscure Persönlichkeiten gewannen im Handumdrehen ein mehr als fürstliches Vermögen, dafür aber verloren, als der Rückschlag erfolgte, der nicht ausbleiben konnte, als die überreizte Speculation haltlos in sich zusammenbrach, Tausende ihr mühsam erspartes kleines Eigenthum. Frankreich sah sich in den Jahren 1856 und 1857 von Börsen und Handelskrisen heimgesucht, die den auswärtigen Credit des französischen Handelsstandes tief erschütterten.

Digitized by Google

Dies waren die Segnungen der napoleonischen Finanzwirthschaft.

Ist schon jedes absolute Regiment geeignet, ein Volk zu demoralisiren, so wird dies doppelt der Fall sein, wenn dieses Regiment aus einem schreieenden Rechtsbruche hervorgegangen ist und, gleich dem zweiten Kaiserreiche, den Absolutismus unter dem trügerischen Schimmer freiheitlicher Formen verbirgt. Ruinirt eine solche Regierung zugleich noch die Finanzen, sucht sie zugleich ihre innere Schwäche durch erhöheten Luxus, durch die Entfaltung äußeren Glanzes zu verdecken, so ist die gesellschaftliche Corruption fertig*).

*) In Frankreich hat man von jeher die ungeheuersten Luxusausgaben mit einem uns Deutschen schwer begreiflichen Leichtsinne bewilligt.

Hier einige Beispiele:

Die Kosten der Reise, welche der Hof 1858 nach der Bretagne unternahm, berechnet man auf 15 Millionen Francs; Napoleons Grabmal kostete 865,000 Francs; die Bauten im Louvre und den Tuilerien verschlangen 62½ Mill. Francs; im Justizpalaste waren, bis 1865, 32 Mill. verbauet und neue Credite waren nöthig. Für den Bau der neuen Oper waren 23 Mill. Frcs. ausgeworfen. Graf Morny verzichtete bei seiner Reise zur Krönung des Kaisers Alexander von Rußland auf jeden Gehalt und behielt sich nur die Erstattung seiner Auslagen vor, bezifferte Letztere aber für 2 Monate zu 1,422,618 Francs. Einzelne Günstlinge des Kaisers brachten es, durch Vereinigung mehrerer hochbesoldeter Aemter in einer Hand, zu für deutsche Begriffe wahrhaft fabelhaften Gehalten. — So belief sich, um nur ein Beispiel anzuführen, das Diensteinkommen des Marschalls Vaillant, Ministers des kaiserlichen Hauses, auf 400,000 Francs.

Die Civilliste, die unter Louis Philippe nur 12 Mill. Francs betrug, ward unter dem Kaiserreiche auf 25 Mill. erhöhet; dazu kommen die Dotationen der kaiserlichen Prinzen (1½ Mill. pro Kopf) und Prinzessinnen.

Außer dem Fixum von 25 Mill. Francs kommen der Civilliste noch die Erträge der Krondomainen, — darunter einige der confiscirten Orleansschen Güter — der Porzellanfabrik von Sevres, der Gobelinsmanufactur ꝛc. zu Gute, welche man auf circa 10—12 Mill. Francs veranschlagt. — Das ordentliche Einkommen der kaiserlichen Civilliste, der höchsten in Europa, bezifferte sich demgemäß, ungerechnet zeitweilige außerordentliche Bezüge, auf mindestens 35 Mill. Francs. Allein selbst diese ungeheure Summe genügte den Bedürfnissen des neuen Cäsar nicht, dessen jährliche Ausgaben Unterrichtete auf mindestens 60 Mill. Francs veranschlagten, und in Paris war es für Niemand ein Geheimniß, daß die Civilliste überschuldet sei, obgleich Napoleon III. es verstand, seinem ewigen Geldbedürfnisse gelegentlich durch Börsenoperationen zu Hülfe zu kommen. Jetzt bringt die gewöhnliche gut unterrichtete Daily News eine Correspondenz,

Digitized by Google

Der Proceß Mirés enthüllte tiefe Spuren socialer Fäulniß, und dem zweiten Kaiserthume war es vorbehalten, nicht nur die Demi-monde als neues Sujet in die Literatur einzuführen, sondern auch die Prostitution zu einer gesellschaftlichen Macht heranreifen zu sehen. Diese Corruption, diese sociale Fäulniß kommt wesentlich auf Rechnung des persönlichen und absolutistischen Regimentes im zweiten Kaiserreich.

Nicht minder lag es im Ursprunge seiner Herrschaft, daß Napoleons Politik nothwendig eine zweideutige sein mußte. Genöthigt allen Interessen Rechnung zu tragen, heute also, wenn es galt, die ungeheuren Kosten der Armee und Flotte vor der unter dem Steuerdrucke fast erliegenden Bevölkerung zu rechtfertigen, die politische Situation in's Schwarze malend und an den kriegerischen Geist der Nation appellirend, ohne jedoch die Börse mit einer Panik zu schlagen und die Interessen des auf den Frieden hingewiesenen Handels, der Industrie und des Ackerbaues zu schädigen, morgen, wo es galt, auf den Ausfall der Wahlen zu wirken oder die Börse für eine neue Anleihe günstig zu stimmen, von Friedensbetheurungen überfließend, ohne jedoch zu unterlassen durch einen Hinweis auf die Schlagfertigkeit der Armee und die dominirende Stellung Frankreichs in Europa dem Nationalstolze zu schmeicheln, mußten alle Reden Napoleons, alle seine

---

welche uns zeigt, daß die kaiserliche Verschwendung Dimensionen angenommen habe, welche selbst die äußere Sicherheit des Staates gefährdet haben.

„Seit Jahren" berichtet Daily News, „reichte Napoleons Civilliste nicht hin für die verschwenderischen Ausgaben des Hofes, für die Geschenke an seine Anhänger und für den geheimen Fond, der erforderlich war, die Liebe für den Imperialismus unter seinen Unterthanen warm zu halten. Das Kriegsministerium mußte daher jährlich mit 50 Mill. Francs herhalten. Diese Vermuthung verheimlichte man durch Vorräthe, welche auf den Staatsrechnungen figurirten, ohne je angekauft worden zu sein, und indem man die Gelder, welche von Soldaten, die sich vom Militärdienst loskauften, in die Militärkasse flossen, mißbrauchte, anstatt dafür Stellvertreter anzuwerben. — In Folge dessen hatten Regimenter, die nominell 2000 Mann stark waren, eine Effectivstärke von nur 1500 Mann, während das Geld für die Substituten und die angeblichen jährlichen Kosten für letztere der Civilliste überwiesen wurden. — Marschall Leboeuf, die Finanzminister Fould und Magne und einige andere persönliche Anhänger des Kaisers, die fühlten, daß sie mit ihrem Herrn und Meister schwimmen, oder sinken mußten, waren in das Geheimniß eingeweihet."

Digitized by Google

Erklärungen sich nothwendig durch eine orakelhafte Dunkelheit, eine die verschiedenste Auslegung gestattende Zweideutigkeit auszeichnen. Charakteristisch ist in dieser Beziehung eine Aeußerung, die wir aus diesem Grunde hier mitzutheilen nicht unterlassen.

Als Napoleon am 11ten September des Jahres 1868 das Lager von Chalons, in welchem er einige Tage verweilt, verließ, äußerte er gegen die ihn zum Bahnhofe begleitenden Generale: „Ich war sehr glücklich, während der acht Tage, die ich unter Ihnen zugebracht. Ich sage Ihnen nichts weiter, weil die Zeitungen nicht verfehlen würden, aus meinen noch so gemäßigten Worten Kriegsaussichten abzuleiten, und beschränke mich darauf, Ihnen meine Befriedigung für Ihren Eifer und Ihre Ergebenheit auszudrücken."

Der Figaro beantwortete diese Aeußerung mit der sehr richtigen Bemerkung: „Wenn der Kaiser gesagt hätte: es wird keinen Krieg geben, weil wir keinen vernünftigen Grund dazu haben, so würden die Blätter in dieser freimüthigen Erklärung kein kriegerisches Anzeichen erblickt haben."

So lange freilich Napoleons Friedensbetheurungen stets von einem Hinweise auf Frankreichs Schlagfertigkeit begleitet und mit dem obligatem höchst elastischem Zusatze: „So lange die Ehre und Interessen Frankreichs nicht verletzt sind — oder das Gegentheil gebieten," verbrämt waren, konnte er sich nicht wundern, wenn dieselben wenig Glauben fanden, und noch weniger Vertrauen erregten.

Aber diese Zweideutigkeit war in der Stellung begründet, welche Napoleon, Dank dem Staatsstreiche, gegenüber der Nation einnahm, war ein natürlicher Ausfluß des absoluten und persönlichen Regimentes.

Napoleon hat ein geflügeltes Wort ausgesprochen: l'empire c'est la paix, das Kaiserreich ist der Friede, welchen Ausspruch indessen die Pariser schon damals in l'empire c'est l'épée oder in l'empire c'est la paye verwandelten*).

Für jeden mit gesunden Sinnen Ausgerüsteten konnte es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß das zweite Kaiserreich

*) Das Kaiserreich ist der Degen; das Kaiserreich ist die Löhnung.

Digitized by Google

nimmer den Frieden bedeuten konnte. Und wenn Napoleon III. persönlich die friedlichsten Neigungen von der Welt gehabt hätte, so mußten ihn doch die an seinen Namen sich anknüpfenden Traditionen, wie seine eigene Vergangenheit, mit innerster Nothwendigkeit auf den Kriegspfad führen. Mit dem Namen Napoleons waren in den Augen des Franzosen Ideen von kriegerischen Ruhme und von der Suprematie Frankreichs in Europa so untrennbar verbunden, daß Napoleon diesen an seinen Namen sich knüpfenden Erwartungen gerecht werden mußte, wenn er anders regieren wollte.

Die Liebe zum Kriege war für Napoleon I. eine aus seiner individuellen Organisation entspringende Leidenschaft, die er zu befriedigen suchte, gleichviel ob er dabei die öffentliche Meinung Europa's, das sittliche Gefühl der ganzen civilisirten Welt in das Gesicht schlug, oder nicht. Für den Neffen hingegen, dem sowohl die militairische Befähigung, wie die kriegerische Neigung des Onkels abging, war der Krieg einfach eine ihm durch seine Stellung auferlegte Nothwendigkeit, die er selbst innerlich wol oft genug verwünschte.

Der Krieg war nothwendig für ihn, weil er nur dadurch, daß er das Verlangen der Nation nach kriegerischen Ruhme befriedigte und dadurch die Nationaleitelkeit bestach, hoffen konnte, seine Herrschaft zu befestigen, weil er durch kriegerische Erfolge das Auge der Franzosen blenden mußte, um ihnen den Verlust ihrer bürgerlichen Freiheit, die das absolute und persönliche Regiment ihnen geraubt, vergessen zu machen; der Krieg war, mit anderen Worten, für Napoleon III. ein Sicherheitsventil, welches er öffnete, wenn die durch das absolute und persönliche Regiment erhitzten Dämpfe der öffentlichen Meinung den Kessel der Staatsmaschine zu sprengen droheten, ein Mittel um die Aufmerksamkeit der Nation von den verrotteten inneren Zuständen nach Außen abzulenken.

Treu seiner Methode, die Ziele persönlichen Ehrgeizes hinter dem Schilde politischer Principien zu decken, erfand er den Krieg für Ideen, das heißt er suchte dadurch, daß er ein Princip auf seine Fahne schrieb, die öffentliche Meinung Europa's für einen Krieg zu gewinnen, zu dem nur ein rein persönliches Interesse ihn trieb, ohne daß jedoch diese Bundesgenossen-

Digitized by Google

schaft mit der öffentlichen Meinung ihn abhielt, sich auch nach anderweitigen, materiell mehr in das Gewicht fallenden Bundesgenossen umzusehen, oder der Kampf für die Idee ihn hinderte, außer dem Siege der Idee auch noch andere sehr materielle Vortheile zu erstreben.

Die Unterdrückung der römischen Republik und einige Streifzüge in Algier gegen einzelne Araberstämme waren gerade keine Heldenthaten und keineswegs geeignet, das zweite Kaiserthum mit jenem kriegerischen Nimbus zu umgeben, der für dessen Bestand eine Lebensfrage war.

Da bot die orientalische Frage Napoleon III. eine erwünschte Gelegenheit dar, den französischen Einfluß in einer seine Stellung befestigenden Weise Geltung zu verschaffen. England hatte ein entschiedenes Interesse dabei, den Uebergriffen Rußlands im Orient einen Damm entgegen zu setzen, Frankreichs Interesse war in diesem Falle kaum minder betheiligt, und so ergab sich ein Bündniß zwischen Frankreich und England, mit welchem Napoleon schon als Präsident freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten sich bemühet hatte, fast von selbst. Ein offen ausgesprochenes Bündniß mit England mußte an und für sich schon Napoleons Stellung auch in Frankreich befestigen, und Frankreich riß England zum Kriege fort, zu welchem sich dasselbe, trotz der starken Engagirung seiner Interessen, ohne Frankreichs Beistand vielleicht nicht entschlossen haben würde.

Diesmal war die Rettung Europa's vor russischer Vergewaltigung die officielle Parole.

Der Erfolg des Krieges ist bekannt. Trotz der siegreichen Erstürmung Sebastopols drängte jedoch Napoleon jetzt eben so heftig wider den Willen Englands, dem die errungenen Resultate nicht genügten, zum Frieden, wie er vorher bemüht gewesen war, England in den Krieg hinein zu ziehen. Zwar war der Krieg in Frankreich keineswegs unpopulair, aber er war, als Kampf der europäischen Civilisation gegen russische Barbarei, für Frankreich doch enorm kostspielig, zumal da er keine Gebietserwerbungen, oder sonstige Vortheile in Aussicht stellte. Und Frankreich litt furchtbar unter dem dreifachen Drucke des Krieges, der Mißernte und dadurch erzeugten Theurung, und einer Börsen-

Digitized by Google

Geld- und Handelskrisis, an welch letzterer die Regierung durch ihre systematische Begünstigung der Ueberspeculation und des Börsenschwindels selbst einen Theil der Schuld trug.

In verschiedenen Städten brachen Brotkrawalle aus, die gefährlich werden konnten, wenn die politischen Partheien es verstanden, die erregte Stimmung der Massen für ihre Zwecke auszubeuten.

Unter diesen Umständen hielt es Napoleon für angemessener, seine Truppen im Lande zu haben, statt sie in der Krim zu wissen, und drängte zum Frieden, zumal da für die Waffenehre Frankreichs und die Befestigung seiner eigenen Stellung genug geschehen war.

Die Zeit des dritten Pariser Friedens (31sten März 1856) war für Napoleon III. die Zeit des höchsten Glanzes. Der Krieg hatte Frankreich nach officiellem Bericht, die auf 4849 Mann veranschlagten Verluste der Marine ungerechnet, 82,133 Mann*), 32,974 Pferde und 470,836 Tonnen Material und 1,721,861,000 Francs, von denen 1500 Millionen durch Anleihen und 221 Millionen durch Steuerhöhungen aufgebracht worden waren, gekostet, aber „Frankreich war" — um eine Phrase seines kaiserlichen Gebieters zu gebrauchen — „reich genug, um seinen Ruhm zu bezahlen." Die französische Armee hatte neuen Ruhm erworben, wovon mehr als ein bloßer Reflex auf die Person ihres Oberhauptes zurückfallen mußte, und die französische Kriegsführung hatte sich der englischen entschieden überlegen gezeigt. Rußland, dieser Koloß auf thönernen Füßen, war zwar nicht so geschwächt, um nicht in späteren Zeiten und unter günstigeren Auspicien die Angriffe gegen die Türkei mit mehr Erfolg wiederholen zu können, hatte aber doch durch französische Waffen eine schwere und furchtbare Niederlage erlitten. Indem Napoleon III. Europa für immer von der Russenfurcht befreiete, die namentlich auf deutschen Politikern gleich einem Alpe lastete, erwies er der Welt einen reellen Dienst.

Fast alle Monarchen Europa's beeilten sich entweder persönlich, oder vertreten durch Prinzen ihres Hauses, dem Manne

*) Ein späterer Bericht Chenu's giebt den Verlust an Mannschaften auf 95,615 Köpfe an.

des zweiten December ihre Huldigungen darzubringen; das besiegte Rußland bewarb sich mit einem in diplomatischen Kreisen auffälligen Eifer um die Freundschaft Frankreichs, das heißt die seines Herrschers, und selbst die Monarchen von Persien, Birma und Siam beeilten sich, dem Cäsar an der Seine durch eigene Gesandschaften den Tribut ihrer Bewunderung zu Füßen zu legen.

Für den ächten Franzosen giebt es zwei Glaubensartikel, daß nemlich Frankreich die grande nation, das heißt diejenige sei, der in militairischer Beziehung Niemand gewachsen sei, und daß diese Nation — obgleich 39 Procent der Bevölkerung nicht lesen können — stets und immerdar an der Spitze der Civilisation marschire.

Man kann denken, wie die gegen den Koloß des Nordens errungenen militairischen Vortheile die Nationaleitelkeit der Franzosen bis zur Unerträglichkeit aufbläheten. Für den Franzosen war es fortan eine ausgemachte Sache, daß die ganze übrige Welt sich nur um Frankreich drehe, und daß Frankreich eine Suprematie in Europa von Rechtswegen gebühre. Indem die kaiserliche Regierung dieser Nationaleitelkeit im eigenen Interesse in jeder Weise schmeichelte und die militairischen Erfolge übertrieb, erzeugte sie zuletzt selbst jenen nur noch Eroberungen schreienden Chauvinismus, der an und für sich für Europa eine beständige Drohung war und zuletzt der Regierung selbst gefährlich werden mußte.

Frankreichs Einflusse war es gelungen, Sardinien zu einer activen Theilnahme an dem Kriege gegen Rußland zu veranlassen. Ein derartiger Schritt würde Seitens einer Macht dritten Ranges, die im Orient keine besonders in das Gewicht fallende Interessen zu wahren hatte, ein Don Quixoteſtreich gewesen sein, wenn er nicht die Einleitung für andere zunächst noch geheim gehaltene Pläne war, die indessen ihrer Natur nach nur gegen Oestreich gerichtet sein konnten.

Die intimen Beziehungen, welche durch den Krimkrieg zwischen den Cabinetten von Turin, Paris und London angeknüpft worden waren, zeigten daß Sardinien bei diesen seinen Plänen auf die Billigung Englands und auf den materiellen Beistand Frankreichs, ohne welchen ein Vorgehen Sardiniens gegen Oest-

Digitized by Google

reich undenkbar gewesen sein würde, zu rechnen habe. Auf der zum Friedensschlusse mit Rußland in Paris versammelten Conferenz überreichte Graf Cavour, der größte Staatsmann, den Italien in neuerer Zeit hervorgebracht, der, in Gemeinschaft mit Villamarina, Sardinien auf der Conferenz vertrat, den englischen und französischen Gesandten eine Note, die in einer in den Annalen der Diplomatie bis dahin unerhörten Sprache Anklage gegen Oestreich's Mißregierung in Italien erhob, die Besetzung der päpstlichen Legationen durch östreich'sche Truppen, und die von Oestreich mit den durch östreich'sche Waffen im Jahre 1849 in ihre Staaten zurückgeführten Monarchen von Toskana, Modena und Parma geschlossenen Militairconventionen als dem Geiste der europäischen Verträge widersprechend bezeichnete, und den vielbesprochenen „Schmerzensschrei" Italiens auf diese Weise officiell zur Kunde Europas brachte.

Für Jeden mit offenen Augen Ausgerüsteten unterlag es noch dieser Note, deren Uebergabe Sardinien, ohne des Beistandes Frankreichs sicher zu sein, nicht wagen konnte, keinem Zweifel, daß Napoleon III. sich mit einem neuen, diesmal gegen Oestreich gerichteten Kriege beschäftige. Gleichwol brach der Krieg erst drei Jahre später, im Jahre 1859 aus, denn Frankreich war doch durch die Folgen des Orientkrieges zu sehr entkräftet, als daß es sich sofort in einen neuen Krieg hätte stürzen können. Es verdient nur bemerkt zu werden, daß derselbe Mann, der da laut verkündete, daß sein Reich der Friede sei, bereits einen zweiten Krieg vorbereitete, noch bevor der erste zu Ende war.

Als Zweck des Krieges bezeichnete Napoleon III. Italien bis zur Adria von östreichischer Herrschaft frei zu machen und Italien den Italienern zurückzugeben; — mit anderen Worten, er proclamirte das Nationalitätsprincip. Das Princip war richtig, da die Volksfreiheit nur im Nationalstaate ihre praktische Verwirklichung finden kann. Indem Napoleon III. das Nationalitätsprincip auf sein Banner schrieb, gewann er in Voraus die Meinung und die Sympathien des liberalen Europa für den Krieg, zu welchem sein persönliches Interesse ihn drängte.

Man konnte der östreichischen Regierung in der Lombardei und in Venedig nicht vorwerfen, daß sie die die Interessen dieser beiden Provinzen nicht in jeder mit dem Begriffe des österreichischen

Gesammtstaates irgend verträglichen Weise zu fördern sich bemühe; — wenigstens war es um Verwaltung und Justiz unter der östreichischen Regierung besser bestellt, als unter der späteren italienischen, — aber die Fremdherrschaft an sich ist ein Fluch, kein Wunder, daß ein geistig so begabtes Volk, wie das italienische, dieselbe nur mit tiefster Erbitterung ertrug. Die häufigen Aufstände der Italiener versetzten die östreichische Regierung in die Nothwendigkeit, ihre Autorität mit eiserner Härte aufrecht zu erhalten und zuletzt jede Regung des italienischen Volksgeistes mit unerbittlicher Härte zu unterdrücken, so daß die östreichische Herrschaft direct und indirect zuletzt einem Alpe gleich auf dem italienischen Volke lastete. Indem Napoleon III. seinen Willen, diesem abnormen Zustande der Dinge ein Ende zu machen, verkündete, jauchzte ihm halb Europa zu.

Weniger begreiflich indessen ist es, daß selbst denkende Persönlichkeiten an die Uneigennützigkeit Napoleons, wenn auch nur momentan, zu glauben vermochten, glauben, daß der Mann des zweiten December einen Krieg führen könne, lediglich um dem italienischen Volke das Recht der Selbstbestimmung zu retten und ihm die Freiheit zu bringen, die er im eigenen Lande mit eiserner Faust unterdrückte. — Die Enttäuschung sollte für diese vertrauensseligen Gemüther nicht lange auf sich warten lassen.

Oestreich war, von seinem Bündnisse mit den Monarchen von Modena, Parma und Toskana abgesehen, Bündnissen, welche, angesichts der Stimmung der Bevölkerung dieser Staaten, keineswegs als ein besonderer Machtzuwachs zu betrachten waren, isolirt. Mit Rußland war es seit dem Krimkriege verfeindet, und die seit dem Tage von Olmütz zwischen ihm und Preußen herrschende Spannung war noch nicht gehoben. Durch seine Erklärung, das deutsche Bundesgebiet Oestreich's unter allen Umständen respectiren zu wollen, hatte Napoleon III. sich die Neutralität des ohnedies zum activen Handeln wenig befähigten deutschen Bundes gesichert. Zwar fehlte es, namentlich in Süddeutschland, nicht an Stimmen, welche in diesen Falle ein Eintreten für Oestreich als Pflicht Deutschlands betrachteten, und auch einzelne Regierungen, zum Beispiel die Hannöversche, theilten diese Anschauung. Preußen stellte sogar eine Beobachtungscorps an der Rheingrenze auf, während der Bund die Mobilisirung der Bundesfe-

Digitized by Google

stungen beschloß. Gleichwol war es nicht wahrscheinlich, daß Preußen, ohne welches der Bund nichts vermochte, sich zu einem activen Einschreiten hätte bewegen lassen, so lange die Sicherheit des Bundes und dessen Territorialbestand nicht effectiv bedrohet gewesen. Bei der zwischen Oestreich und Preußen herrschenden Spannung konnte der letzteren Macht eine Schwächung Oestreichs nur willkommen sein; jeden Falles war man in Preußen zu klug, um für Oestreich die Kastanien aus dem Feuer holen zu wollen.

Napoleon III., der, wenigstens nominell, den Oberbefehl über die französisch-sardinischen Streitkräfte führte, erfocht über die Oestreicher bei Magenta und Solferino zwei blutige Siege, schloß jedoch trotzdem unerwartet einen raschen Frieden, ohne das von ihm proclamirte Ziel „Befreiung Italiens bis zum adriatischen Meere" erreicht zu haben. Der Züricher Frieden gab Sardinien blos die Lombardei, während Venetien, nach wie vor, in Oestreichs Händen blieb.

Ueber den Grund dieses unerwarteten Friedensschlusses kann heute wol kein Zweifel mehr obwalten; jedenfalls war die Ursache nicht in der drohenden Haltung Preußens zu suchen, obgleich es Napoleon III. gefiel, dieselbe officiell als Motiv zu bezeichnen. Napoleon III. Plan hatte mit der Befreiung Italiens nichts zu thun, sondern lief einfach auf eine directe Vergrößerung Frankreichs und auf den Versuch hinaus, an Stelle des von ihm als freiheitsfeindlich bekämpften östreichschen Einflusses den der Freiheit Italiens nicht minder gefährlichen französischen zu setzen. Zur Erreichung und zugleich zur Maskirung seiner Pläne suchte Napoleon das Bündniß mit Sardinien, dessen materielle Macht zwar nicht stark in das Gewicht fiel, auf welches indessen seit Jahren die Augen aller Italiener gerichtet waren, die von Sardinien die politische Einigung Italiens erwarteten.

Politische Einheit aber war für das italienische Volk nicht minder ein unabweisbares Bedürfniß, wie für das deutsche, und indem man die Realisirung dieser Einheit gerade von Sardinien erwartete, gewann dieser Staat einen weit über die Grenzen seines Gebietes hinausreichenden Einfluß und eine seine materiellen Mittel unendlich übersteigende Bedeutung. Ein Bündniß

Digitized by Google

mit Sardinien zu dem ausgesprochenen Zwecke, die östreichsche Herrschaft in Italien zu vernichten und Italien den Italienern zurückzugeben, mit anderen Worten das Schicksal des Landes vom Willen seiner Bevölkerung abhängig zu machen, mußte Napoleon von vorn herein die Sympathieen des gesammten italienischen Volkes gewinnen.

Was die von Napoleon erstrebte Gebietsvergrößerung anbetrifft, so hatte er sie bei Ausbruch des Krieges bereits so zu sagen in der Tasche. Es unterliegt wol keinem Zweifel, daß schon im Jahre 1858 — wenn nicht noch früher — in Plombieres, zwischen Napoleon und dem Grafen Cavour Stipulationen getroffen worden sind, welche Frankreich, als Preis seines Beistandes, Savoyen und Nizza sicherten.

Graf Cavour war der Ueberzeugung, daß diese Gebietsabtretung durch die Einheit Italiens unter dem Scepter Victor Emanuels reichlich aufgewogen sein würde. Letztere, nemlich die politische Einheit Italiens, lag aber keineswegs in Napoleons Plänen, die vielmehr, wie bereits erwähnt, nur auf Verdrängung des östreichschen Einflusses durch den französischen gerichtet waren.

Zu diesem Zwecke wollte Napoleon III. allerdings Sardinien durch die Lombardei und Venedig vergrößern und, Savoyen und Nizza in Abzug gebracht, auf diese Weise einen Staat von circa 2000 □Meilen mit circa $9^3/_4$ Millionen Einwohnern schaffen, der, zu schwach eine selbstständige Politik festzuhalten, namentlich etwaigen Versuchen Oestreichs, den alten Einfluß in Italien wieder zu gewinnen, gegenüber der Anlehnung an eine Großmacht, die in diesem Falle eben nur Frankreich sein konnte, nicht zu entbehren vermochte. Diesen Staat gedachte er, wenn wir anders die Ideen der Brochüre de la Guérronière's: „Napoleon et l'Italie" und die Stipulationen von Villafranca als den Ausdruck des persönlichen Willens des Kaisers betrachten können, mit den übrigen Staaten Italiens durch ein föderatives Band nach Muster des deutschen Bundes, oder, noch besser, des alten Rheinbundes, zu verbinden. Mit diesem Plane ließ sich ein weiterer, die Errichtung eines Thrones zu Neapel für den Prinzen Murat, vortrefflich vereinigen.

Auf diese Weise würde Napoleon III. ganz Italien, wenn

Digitized by Google

nicht direct, doch wenigstens indirect seiner Herrschaft unterworfen, Italien zum Werkzeuge seiner Politik gemacht haben.

Aber der Plan scheiterte, scheiterte an der Haltung des italienischen Volkes, welches überall in Toskana, in Parma, in Modena, in Umbrien und den Marken den Anschluß an Sardinien dekretirte und Victor Emanuel die Dictatur dieser Länder anbot. Da erkannte Napoleon, daß er die Rechnung ohne den Wirth, in diesem Falle ohne das italienische Volk gemacht habe, daß die nationale Bewegung, die er zu egoistischen Zwecke hervorgerufen, seinen Händen entschlüpft sei, daß es nur noch eines einzigen weiteren Schrittes auf der eingeschlagenen Bahn bedürfe, um die politische Einheit Italiens zu einer unumstößlichen Thatsache zu machen. Da er aber ein einheitliches Italien, welches in sich geschlossen und darum stark genug, der französischen Stütze nicht zu bedürfen und mithin auch den französischen Einfluß abzuschütteln, nicht wollte, von seinem Standpunkte aus nicht wollen konnte, so entschloß er sich, auf halben Wege stehen zu bleiben und den Waffenstillstand von Villafranca zu schließen.

Die Bedingungen desselben legen für die politische Einsicht Napoleons ein keineswegs glänzendes Zeugniß ab. Ein großer und nicht der unwichtigste Theil seiner Stipulationen waren, worüber sich kein nur mit einer bescheidenen Dosis politischer Einsicht Ausgerüsteter auch nur einen Augenblick täuschen konnte, in der Praxis unausführbar. Nach den Bestimmungen desselben trat Oestreich die Lombardei an Frankreich ab, welches sich hinwiederum verpflichtete, dieselbe an Sardinien zu überlassen. Die vertriebenen Monarchen von Toskana und Modena — des Herzogs von Parma, der sich in gleicher Lage befand, war in den Stipulationen nicht gedacht, — sollten wieder in ihre Staaten zurückkehren. Wenn aber, wie wirklich geschah, die Bewohner von Toskana und Modena, die eben ihre Dynastieen des Thrones für verlustig erklärt und den Anschluß an Sardinien proklamirt hatten, die vertriebenen Fürsten nicht zurück verlangten, wer sollte denn die Stipulationen von Villafranca ausführen und die vertriebenen Potentaten mit Waffengewalt ihren widerstrebenden Völkern aufdringen? Dem Könige Victor Emanuel konnte man doch unmöglich zumuthen, daß er zu Gunsten zweier Fürsten, die eben noch mit ihm im Kriege begriffen ge-

Digitized by Google

wesen, Henker- oder Bütteldienste verrichte gegenüber Völkern, die ihn selbst eben erst zu ihrem Souveraine erwählt. Ebenso wenig konnte Napoleon die vertriebenen Fürsten selbst wieder einsetzen, oder dies Oestreich gestatten. Abgesehen davon, daß ein solcher Schritt von der öffentlichen Meinung Italiens auf das härteste hätte verurtheilt werden müssen, würde derselbe einen flagranten Angriff gegen das allgemeine Stimmrecht enthalten haben, das heißt gegen den Boden, auf welchem Napoleon mit seiner Dynastie fußte.

Außerdem würde eine Zurückführung der vertriebenen Herzöge durch Oestreich gegen den Willen des Volkes, gegen den Willen Sardiniens ohne neuen Krieg nicht möglich gewesen sein und, wenn mit Hülfe eines solchen, den kaum geschwächten Einfluß Oestreichs eher gesteigert, denn vermindert, und mithin Napoleon alle Früchte seines Sieges geraubt haben.

So erwies sich diese die Wiedereinsetzung der Herzöge von Toskana und Modena betreffende Stipulation practisch unausführbar; dasselbe war mit den auf die Bildung eines italienischen Bundes bezüglichen Bestimmungen der Fall.

Der Bund sollte unter dem Vorsitze des Papstes, den der doppelte, zugleich weltliche und geistliche Charakter seiner Herrschaft von vorn herein zu der ihm zugedachten Rolle wenig geschickt erscheinen ließ, zusammentreten und neben Sardinien und den Staaten der depossedirten Fürsten auch Sardiniens erbitterten Gegner, Oestreich, umfassen. Der letztere Umstand, die Theilnahme Oestreich's, dessen Schwerpunkt keineswegs in seinen italienischen Provinzen lag und welches, in Folge dessen, ganz andere, als specifisch italienische Interessen zu vertreten hatte, machte den Bund, ganz abgesehen von der nicht erfolgten Wiedereinsetzung der depossedirten Fürsten, von vorn herein zur Unmöglichkeit. Indem aber Napoleon das Gewicht seiner Stellung für Bedingungen, deren practische Undurchführbarkeit zu begreifen es gerade keiner besonderen politischen Weisheit bedurfte, in die Wagschale warf, erhöhete er nicht gerade den Glauben der Welt an seinen politischen Scharfblick. —

Der italienische Krieg kostete Frankreich, nach officieller Angabe, 447 Mill. Francs und — die Verwundeten nicht gerechnet — 10,205 Todte; dagegen erwarb es, gegen Uebernahme von

Digitized by Google

150 Mill. Francs der sardinischen Schuld, Savoyen und Nizza, das heißt ein Territorium von circa 217 □Meilen mit, in runder Summe, 670,000 Einwohnern.

Ohne Zweifel war der italienische Feldzug ein glänzender Erfolg der französischen Waffen, gestaltete sich aber, da er den Anstoß zur politischen Einheit Italiens gab, die entschieden nicht in Napoleons Plänen lag, zu einer Niederlage der kaiserlichen Politik, die der Welt zu verbergen Napoleon nicht einmal Geschicklichkeit genug besaß.

Während England und Amerika den Anschluß der italienischen Staaten an Sardinien sofort anerkannten, hielt Napoleon seine Anerkennung zurück und zeigte dadurch der Welt, daß das was in Italien geschah, seine Pläne durchkreuze, daß, mit anderen Worten, seine pomphafte Versicherung, daß er den Krieg nur führe, um der Fremdherrschaft in Italien ein Ende und die Italiener zu Herren ihres eigenen Geschickes zu machen, eine Lüge war, unter welcher sich sehr egoistische Absichten verbergen.

Die Klugheit würde Napoleon eine sofortige Anerkennung der von Sardinien bewirkten Annexionen um so mehr geboten haben, da er dieselbe der Natur der Sache noch schließlich nicht zurückhalten konnte, ohne dadurch die Legitimität seiner eigenen Herrschaft in Frage zu stellen.

Die Annexionen waren sowol von den sardinischen Kammern, als durch eine allgemeine Volksabstimmung in den annectirten Staaten sanctionirt, und Napoleon III., dessen Herrschaft lediglich auf dem allgemeinen Stimmrechte ruhete, konnte dem Resultate einer allgemeinen Volksabstimmung seine Anerkennung nicht versagen, ohne damit zugleich die Rechtmäßigkeit seiner eigenen Herrschaft anzugreifen. Während sein Zögern in der Anerkennung der Neugestaltung Italiens zu einer Zeit, wo seine Truppen noch auf italienischem Boden standen, Italien also genöthigt war, dem Willen Frankreichs Rechnung zu tragen, eine gewisse Unsicherheit in den politischen Verhältnissen hervorrief, die auf die rasche Consolidirung des jungen italienischen Staates vom nachtheiligsten Einflusse war, die Italiener erbitterte und gegen die kaiserliche Regierung das Mißtrauen ganz Europa's erweckte, würde eine rasche und unumwundene Anerkennung der vom Volkswillen sanktionirten territorialen Umwälzung Napo-

Digitized by Google

leon nicht nur die anfangs so glühenden Sympathien der Italiener erhalten, sondern auch Europa das Geheimniß verborgen haben, daß die Entwickelung der Dinge in Italien weder Napoleons Plänen, noch seinen Erwartungen entsprach.

Die Erbitterung der Italiener verwandelte sich in Haß, das Mißtrauen Europa's gewann eine Rechtfertigung, als die Annexion Savoyens und Nizza's die Uneigennützigkeit der napoleonischen Politik auch dem blödesten Auge bloslegte. Eine Annexion blos der französisch sprechenden Theile Savoyens hätte sich aus dem proclamirten Nationalitätsprincipe rechtfertigen lassen; indem Napoleon indessen auch die Hand nach den italienisch sprechenden Theilen von Savoyen, und nach Nizza ausstreckte, bewies er klar, daß ihm das Nationalitätsprincip nur als Deckmantel zur Erlangung von Gebietserwerbungen diene, und daß es ihm nicht darauf ankam, die von ihm selbst verkündeten Grundsätze seiner Politik jeden Augenblick mit Füßen zu treten, sobald sein Vortheil dies zu erheischen schien.

Die Annexion war jedenfalls ein politischer Fehler. Abgesehen davon, daß sie Napoleon der Sympathieen des Italiener und des gesammten liberalen Europa's beraubte, ihn mit der Schweiz in directen Conflict brachte*), isolirte sie Frankreich, indem sie

*) Auf dem Wiener Congresse waren einzelne Theile von Savoyen in der Absicht, der Schweiz auf diese Weise eine militairische Sicherheitslinie zu verschaffen, für neutral erklärt werden, und die Schweiz besaß in diesen Districten bei ausbrechendem Kriege ein Besetzungsrecht. Der schweizerische Bundesrath bestritt nun Sardinien das Recht, die neutralen Districte, ohne Zustimmung der Schweiz, an Frankreich abzutreten. Napoleon nahm anfangs auch die Miene an, als sei er gewillt, die neutralen Districte der Schweiz zu überlassen, ließ aber während der Verhandlungen unter Leitung französischer Beamter — die sardinischen Beamten waren bereits abberufen worden — eine Volksabstimmung vornehmen, welche natürlich, da der gesammte Clerus für denselben agitirte, ein Votum zu Gunsten des Anschlusses an Frankreich ergab. — Auf diese Abstimmung gestützt, verweigerte Napoleon nun die Herausgabe der neutralen Districte; die Schweiz erhob bei allen Unterzeichnern der Wiener Verträge gegen die Einverleibung des neutralen Gebietes in Frankreich Protest und Beschwerde, die indessen, obgleich Jedermann das verletzte Recht der Schweiz anerkannte, wirkungslos blieb, weil eben keine der fremden Mächte sich um der Schweiz Willen der Gefahr eines Krieges mit Frankreich aussetzen wollte.

Digitized by Google

demselben den einzigen Bundesgenossen kostete, welchen dasselbe überhaupt besaß, England, auf dessen leitende Staatsmänner die Annexion sehr erkältend wirkte.

In dieser Isolirung, im Mißtrauen des gesammten Europa's lag für das zweite Kaiserreich eine Gefahr, welche durch die erzielte Gebietserweiterung keineswegs aufgewogen wurde.

Dieses Mißtrauen Europa's und Frankreichs Isolirung legten Napoleon in Bezug auf sein Verhalten in der auswärtigen Politik die äußerste Vorsicht auf. Der Kaiser und seine Organe flossen damals über von Friedensversicherungen, und das Studium europäischer Fragen, in der Absicht politisches Capital daraus zu machen, schien Napoleon III. auf längere Zeit verleidet zu sein. Er wandte seine Aufmerksamkeit mehr außereuropäischen Ländern zu, und es ist anzunehmen, daß ihm die Gelegenheit, sich England dadurch zu nähern, daß er sich mit demselben zu einer neuen Expedition nach China verband, die mit der Eroberung Peking's endigte, sehr willkommen war.

Aber die Bundesgenossenschaft zwischen Frankreich und England am Peiho beruhigte Englands einmal geweckes Mißtrauen nicht.

Im Jahre 1860 hatten, wie früher schon oft, neue Angriffe der Druſen auf die christlichen Maroniten des Libanon stattgefunden. Dies war eine specifisch türkische Angelegenheit; gleichwol entschloß sich Napoleon, obgleich er das Nichtinterventionsprincip nicht nur anerkannt, sondern feierlich als Richtschnur seiner Politik proclamirt hatte, in diesem Falle zu interveniren, da die Maroniten seit Jahrhunderten unter dem Schutze der französischen Könige gestanden.

Napoleon erklärte, wie Erbe der Rechte der französischen Könige, so auch Erbe ihrer Pflichten zu sein, und betheuerte, daß bei dieser Expedition nicht politische Motive, sondern nur die Interessen der Menschlichkeit ihn leiteten.

Die Züchtigung der Druſen war eine nicht gerade schwierige Arbeit; als aber Napoleon Miene machte, zur Erweiterung seines Einflusses im Orient, die Besetzung Syriens zu einer dauernden zu machen, da zeigte die Energie, womit England auf der Conferenz zu Bairut die Anträge der Pforte auf ungesäumte Räumung des Landes unterstützte, Napoleon, daß es für ihn

Digitized by Google

Zeit sei, in der syrischen Frage die Segel zu streichen. Er rief 1861 das Expeditionscorps zurück und zwar, eingestandener Maßen „früher als es das französische Cabinet zur Herstellung der Ordnung für nützlich erachtet hatte."

Noch ehe das syrische Expeditionscorps nach Frankreich zurückgekehrt, traf Napoleon Anstalten zu einer in Gemeinschaft mit England und Spanien vorzunehmenden Expedition nach Mexiko, die wir hier mit Stillschweigen übergehen würden, wenn nicht die Mexikanische Angelegenheit auf die Haltung der kaiserlichen Regierung gegenüber der Entwickelung der deutschen Verhältnisse vom entschiedensten Einflusse gewesen wäre.

Die Veranlassung zur Expedition war folgende:

Mexiko war im Jahre 1847 Verpflichtungen gegen spanische Gläubiger eingegangen, die 1853 in einer besonderen Convention bestätigt wurden, deren Erfüllung aber trotzdem auf sich warten ließ, was bei den zerfahrenen Zuständen des Landes, wo Liberale und Clerikale sich wüthend befehdeten, jeden Augenblick ein anerkannter Präsident von einem Gegenkandidaten gestürzt wurde und Pronunciamentos unzufriedener Generäle zu den täglich vorkommenden Ereignissen gehörten, kein Wunder war. Als nun am 17ten Juli 1861 der Mexikanische Congreß ein Gesetz annahm, welches die Auszahlung der in Folge diplomatischer Conventionen an fremde Compagnieen oder Individuen zu entrichtenden Zinsen auf zwei Jahre suspendirte, wurden auch die Interessen englischer und französischer Staatsangehörigen in flagrantester Weise verletzt, und die französischen und englischen Gesandten brachen, in Folge dessen, jede diplomatische Verbindung mit der Regierung des Präsidenten Juarez ab. Dazu kam noch ein gegen die Person des französischen Gesandten gerichteter Mordversuch, der die Mexicanischen Behörden nicht einmal zur Einleitung einer Untersuchung gegen den Mörder veranlaßte.

Unter diesen Umständen schlossen die Regierungen von England, Frankreich und Spanien unter dem 31sten October 1861 ein Bündniß, die Interessen ihrer Staatsangehörigen in Mexico mit Gewalt zu schützen.

Die Spanier eröffneten die Feindseligkeiten, indem schon am 8ten December eine spanische Flotte unter Rubalcava in Begleitung eines Expeditionscorps unter Gasset vor Veracruz er-

Digitized by Google

schien. Der Mexikanische General räumte die Stadt mit sammt dem dieselbe beherrschenden Fort San Juan d'Ulloa, worauf die Spanier Stadt und Fort besetzten. Bald darauf fand auch die französische Flotte unter Jurien de la Gravière und die englische unter Commodore Dunlop sich ein. Aber sofort erhoben sich Zwistigkeiten zwischen den Verbündeten; Spanien und England fanden, als es sich um Feststellung der gemeinschaftlichen Entschädigungsansprüche handelte, die Forderungen Frankreichs theils zu hoch, theils der nöthigen Belege entbehrend, und als sich nun gar herausstellte, daß Frankreich, obgleich in der Convention vom 31sten October ausdrücklich stipulirt war, daß die Contrahenten auf jede Einmischung in Mexiko's innere Angelegenheiten Verzicht leisteten, mit dem Plane umging, in Mexiko, um auf diese Weise einen dauernden Einfluß auf die Angelegenheiten Amerika's ausüben zu können, die Monarchie zu errichten, da hatten weder Spanien, noch England Lust, die kaiserliche Politik in diesem abenteuerlichen Plane zu unterstützen und zogen sich von der Expedition zurück, während Frankreich den Krieg nun für sich allein auf- und mit Anspannung aller Kräfte in Angriff nahm.

Zum künftigen Kaiser von Mexico hatte sich Napoleon den Erzherzog Maximilian von Oestreich, den Bruder des Kaisers Franz Joseph, ausersehen, den ein gewisser ihm eigener romantischer Sinn und politischer Ehrgeiz dem gefährlichen Projecte, sich mit französischer Hülfe unter Creolen, Indianern, Negern, Mestizen und Zambo's einen Kaiserthron zu errichten, geneigt machte. Indem Napoleons Wahl gerade auf diesen Prinzen fiel, suchte er sich Oestreich zu näheren und dessen Politik an die seinige zu fesseln, was ihm zugleich die Möglichkeit bot, einen fortdauernden Druck auf Italien auszuüben.

Der Plan Napoleons, durch Begründung einer festen und von ihm abhängigen Regierung in Mexico die Amerikanischen Völker lateinischer Race gegen die Gefahr einer Ueberflügelung und Absorption durch die Vereinigten Staaten zu schützen und auf diese Weise Frankreich zum Chorführer aller lateinischen Völker nicht nur in der alten, sondern auch in der neuen Welt zu machen, besaß nur im Falle der Sprengung der Union der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Aussicht auf Verwirklichung. In den Vereinigten Staaten wüthete damals be-

Digitized by Google

kanntlich jener blutige Bürgerkrieg zwischen den sklavenfreien Staaten des Nordens und den sogenannten Palmettostaaten, den Sklavenstaaten des Südens. Napoleon speculirte bei seiner mexikanischen Expedition auf den Sieg der Südstaaten; wenn diese Voraussetzung hinfällig wurde, mußte die mexicanische Expedition für Frankreich nothwendig mit einer schweren Niederlage enden

Während Frankreich in Mexico alle Hände voll zu thun hatte, starb am 15ten November 1863 Friedrich VII. von Dänemark, und sein Tod drängte zu einer endgültigen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage.

Wir setzen die schleswig-holsteinische Angelegenheit als bekannt voraus und bemerken nur, daß die Sympathieen des englischen Cabinetes in dieser Frage entschieden auf dänischer Seite standen. Unter dem 31sten December 1863 schlug England Frankreich eine Conferenz zur Regelung der schleswig-holsteinischen Frage vor; Frankreich lehnte diesen Vorschlag ab und eröffnete der dänischen Regierung unter dem 13ten Februar 1864, als der Krieg zwischen Oestreich einer- und Dänemark anderer Seits bereits begonnen hatte, daß die im Jahre 1720 französischer Seits Dänemark gegenüber übernommene Garantie Schleswigs auf diesen Fall keine Anwendung finden könne.

Nicht minder wieß Frankreich einen zweiten ihm unter dem 10ten Juni 1864 englischer Seits gemachten Vorschlag, Dänemark, in Gemeinschaft mit England, mit Waffengewalt zu schützen, von der Hand. Diese Zurückhaltung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ist Napoleon III. später als einen Beweis der Sympathie für Deutschland hoch in Anrechnung gebracht worden. Zwar hat die Zeit den Schleier, der die Entschließungen des Herrschers an der Seine bedeckt, noch nicht gelüftet, gleichwol unterliegt es jedoch keinem Zweifel, daß dessen Haltung durch wesentlich andere Factoren, als die einer besonderen Rücksicht auf deutsche Interessen bedingt worden ist. Einmal mochte es Napoleon angenehm sein, jetzt seinerseits die Pläne Englands zu durchkreuzen, nachdem dasselbe früher einen von Frankreich ausgehenden Vorschlag zu einem europäischen Congresse verworfen, die französische Besatzung in Rom als eine Verletzung des Nichtinterventionsprincipes bezeichnet und Frankreich aufgefordert hatte, Rom den Römern zu überlassen. Außerdem mochte er, in

Digitized by Google

Mexico stärker, als er selbst vorausgesehen, engagirt, gerechte Bedenken tragen, sich mit Preußen und Oestreich, denen, gut oder übel, auch der gesammte deutsche Bund hätte folgen müssen, gleichzeitig in einen Krieg zu stürzen, dessen Ausgang nicht abzusehen war. Und endlich mochte die Erwägung entscheidend sein, daß der schleswig-holsteinische Krieg jeden Falles weitere politische Verwickelungen hervorrufen würde, die ihn in den Stand setzen mußten, die Interessen Frankreichs, sei es als Schiedsrichter zwischen den kämpfenden Partheien, sei es als Bundesgenosse einer derselben, in wirksamster Weise zur Geltung zu bringen. Da das allgemeine Mißtrauen der europäischen Cabinete gegen seine Politik ihn hinderte, eigenmächtig politische Verwickelungen hervorzurufen, welcher Versuch leicht eine Coalition halb Europa's gegen ihn in die Waffen rufen konnte, so mußte es Napoleon nur erwünscht sein, wenn derartige Verwickelungen ohne sein Zuthun entstanden. Napoleon wollte den Krieg, weil derselbe ihm Gelegenheit bieten mußte, so zu sagen im Trüben zu fischen, und konnte sich darum den Versuchen Englands, durch entschiedene Partheinahme für Dänemark den Krieg zu vermeiden, nicht anschließen*).

Napoleons Calcul, daß der schleswig-holsteinische Krieg den Anstoß zu weiteren Verwickelungen geben werde, bewährte sich als richtig; was einsichtsvolle Politiker schon beim Abschlusse des Wiener Friedens vorausgesagt, geschah: Oestreich und Preußen geriethen wegen der gemeinschaftlich errungenen Beute in Streit.

Die Haltung Frankreichs gegenüber den Ereignissen des Jahres 1866 möge in einem neuen Capitel ihre Beleuchtung finden.

IV.

Frankreich und der deutsche Krieg; die Luxemburger Frage; die spanische Revolution.

Zur Beurtheilung der Haltung, welche Napoleon III. im Jahre 1866 gegenüber der Entwickelung der Dinge in Deutsch-

*) Schon im December 1863 äußerte Napoleon gegen den Grafen Pasolini: „Die Stunde der Eroberung Venetiens werde für Italien bald schlagen denn aus der gemeinschaftlichen Action Preußens und Oestreichs müsse sich nothwendig zwischen Beiden ein Krieg entwickeln."

land eingenommen, haben gewisse Enthüllungen Lamarmora's und Jacini's im italienischen Parlament und eine vom Grafen Bismark an die auswärtigen Vertreter des Norddeutschen Bundes gerichtete Cirkulardepesche vom 29sten Juli 1870*) der Welt ein unschätzbares Material geliefert.

Als das durch den Vertrag von Gastein nur vertagte, nicht gehobene Zerwürfniß zwischen Oestreich und Preußen solche Dimensionen angenommen hatte, daß der Austrag desselben durch Waffengewalt unvermeidlich erschien, bot Frankreich zunächst Preußen, welches vermöge seiner geographischen Lage eine Arrondirung seines Gebietes als eine Bedingung seiner Existenz betrachten mußte, seine Alliance. Hatte, nach der erwähnten Depesche des Grafen Bismark, Frankreich schon seit dem Jahre 1862 sich Preußen mit Vorschlägen zu beidseitiger Vergrößerung genähert, so nahmen diese Vorschläge jetzt eine bestimmte Gestalt an. Frankreich versprach Preußen seinen Beistand mit 300,000 Mann und eine Vergrößerung von 7—8 Millionen Seelen neben einer den Wünschen Preußens entsprechenden Reform des deutschen Bundes gegen das deutsche Gebiet zwischen Rhein und Mosel, das heißt also die auf dem rechten Moselufer belegenen Districte der Regierungsbezirke Trier und Coblenz, das oldenburgische Fürstenthum Birkenfeld, die Hessen-Homburg'sche Grafschaft Meisenheim, die bairische Pfalz und Rheinhessen, jedoch mit Ausnahme der Städte Coblenz und Mainz. Der König von Italien sollte in das Bündniß hinein gezogen werden und für seinen Beistand Venetien erhalten.

Wie man siehet, beabsichtigte Napoleon mit Preußen ein ähnliches Geschäft zu machen, wie einst mit Sardinien, welches ihm seinen Beistand mit Savoyen und Nizza bezahlt hatte, und seitdem gänzlich dem französischen Einflusse unterworfen war. Abgesehen davon, daß die Analogie mit Italien für einen preußischen Staatsmann unter diesen Umständen nichts Verführerisches haben konnte, so war die Annahme des französischen Vorschlages für Preußen darum eine positive Unmöglichkeit, weil dasselbe die Neugestaltung Deutschlands nicht damit beginnen konnte, daß es circa zwei Millionen Deutsche der französischen

*) Diese Depesche werden wir mit anderen Actenstücken am Schlusse des Werkes vollständig mittheilen.

Digitized by Google

Herrschaft überlieferte. Eine solche Handlungsweise würde Seitens des gesammten Deutschen Volkes mit Recht als ein an ihm begangener Verrath gebrandmarkt worden sein, der Preußen die Erfüllung seiner nationalen Aufgabe, die ja nicht in der Unterdrückung, sondern in der Assimilation der deutschen Stämme bestand, von vorn herein zur Unmöglichkeit gemacht haben würde. Als Preußen mithin, selbstverständlich, die französischen Propositionen von der Hand gewiesen, speculirte Frankreich nunmehr auf Preußens Niederlage. Oestreich hatte den größten Theil der deutschen Klein- und Mittelstaaten in sein Interesse gezogen; daher sah sich Preußen in die Nothwendigkeit versetzt, seiner Seits sich nach Allianzen umzusehen, warf dabei indessen seine Augen nicht auf Frankreich, sondern auf Italien.

Auf Seite 35 haben wir bereits die Ursachen angedeutet, welche Napoleon einen dominirenden Einfluß auf das italienische Cabinet verschafft hatten. Da die italienischen Staatsmänner nicht verstanden, das unter Victor Emanuels Scepter vereinigte Gebiet zu einem organischen und lebensfähigen Ganzen zu verschmelzen und damit zugleich dem jungen Staate die ihm gebührende Geltung nach Außen zu sichern, so segelten sie in ihrer Unfähigkeit einfach im Fahrwasser der französischen Politik; sie klammerten sich, sammt ihrem königlichen Gebieter, an Napoleon an, um nicht von den Wogen der Revolution hinweggeschwemmt zu werden.

Unter diesen Verhältnissen konnte ein Bündniß zwischen Preußen und Italien ohne Napoleons Zustimmung überhaupt nicht zu Stande kommen.

Napoleon fürchtete aber, daß Preußen sich allein, ohne Italiens Beistand, zu schwach fühlen würde, den Kampf mit Oestreich und den deutschen Mittelstaaten gleichzeitig aufzunehmen.

In diesem Falle wäre Preußen freilich nichts anderes übrig geblieben, als, wie in den Tagen von Olmütz, vor den Ansprüchen Oestreichs die Segel zu streichen. In diesem Falle wäre es aber nicht zum Kriege gekommen und Napoleon wollte den Krieg, weil nur dieser ihm die gewünschte Gebietserwerbung am Rhein verschaffen konnte. Um also den Krieg zu ermöglichen, legte Napoleon dem Zustandekommen des preußisch-italienischen Bündnisses kein Hinderniß in den Weg, trug aber, um Preußen die Nie-

Digitized by Google

derlage zuzuziehen, auf welche er rechnete, Sorge, das italienische Bündniß im letzten Momente, wenn Preußen zu weit vorgeschritten sei, um noch zurückweichen zu können, für dasselbe unwirksam zu machen.

Zu diesem Zwecke knüpfte Napoleon mit Oestreich Unterhandlungen an.

Bekanntlich hatte Oestreich früher einen ihm von Italien vorgeschlagenen Verkauf Venetiens, als mit seiner Ehre unverträglich, von der Hand gewiesen. Jetzt wußte Napoleon die östreichsche Regierung zu veranlassen, Venetien am 5ten Mai 1866 — das heißt vier Wochen nach Abschluß des preußisch-italienischen Allianzvertrages, circa sechs Wochen vor dem wirklichen Ausbruche des Krieges — Italien freiwillig, gegen Rücktritt vom preußischen Bündnisse, anzubieten.

Gemäß eines zwischen Frankreich und Oestreich geschlossenen Abkommens sollte Oestreich für den Verlust Venetiens durch Schlesien entschädigt werden, Preußen, welches total zu schwächen nicht in Napoleons Plänen liegen konnte, sollte für Schlesien die Elbherzogthümer und vielleicht auch Mecklenburg bekommen, während Frankreich eine nicht näher bezeichnete Compensation auf dem linken Rheinufer erhalten sollte.

Wurde die Angelegenheit in der hier angedeuteten Weise regulirt, so machte Oestreich allerdings kein schlechtes Geschäft. Schlesien ist mehr werth, als Venetien, und außerdem gewann Oestreich, welches in Italien, wo seine eigenen Unterthanen nach Befreiung von der östreichschen Herrschaft verlangten, keinen Einfluß zu verlieren hatte, dafür nothwendig eine dominirende Stellung in Deutschland, sobald ihm dort nur ein geschlagenes und verkleinertes Preußen gegenüber stand. Und Frankreich gewann, wahrscheinlich ohne das Schwert zu ziehen, ein respectables Stück deutschen Bodens und konnte dabei, wenn anders das Geheimniß über die mit Oestreich getroffenen Arrangements gewahrt blieb, beim Friedensschlusse Preußen gegenüber noch die Rolle eines wohlwollenden Freundes spielen.

Wir würden diese Thatsachen hier nicht erwähnen, wenn nicht unsere Aufgabe, die Haltung Frankreichs gegenüber den preußisch-deutschen Einheitsbestrebungen zu charakterisiren, uns dazu zwänge, und es nicht nothwendig wäre hier, gerade Süd-

Digitized by Google

deutschland gegenüber, zu constatiren, daß, während das preußische Cabinet, in richtiger Würdigung der ihm obliegenden nationalen Pflichten, sich weigerte, auch nur ein deutsches Dorf an Frankreich abzutreten, daß, wenn Graf Bismark selbst nicht einmal die italienisch sprechenden, aber zum deutschen Bunde gehörigen Theile Tyrols an Italien überlassen mochte, die östreichische Diplomatie viel weniger scrupulös sich zeigte. Dieselbe war nicht nur bereit, deutsches Gebiet an Frankreich abzutreten, sondern auch, falls, wie wahrscheinlich, die Frankreich ausgeworfene Gebietscompensation Rheinhessen und die Pfalz mit umfaßte, bereit, den Beistand oder die Neutralität Frankreichs auf Kosten der eigenen Bundesgenossen zu erkaufen.

Doch dem schönen oben angedeuteten Plane fehlte eben nur das Gelingen. Wohl war es für das italienische Cabinet eine schwere Versuchung, als ihm jetzt, freilich um den Preis eines Wortbruches, Venetien auf dem Präsentirteller geboten wurde, welches es sonst nur als Preis des Sieges nach einem schweren Kampfe zu gewinnen hoffen durfte. Aber diesmal trug die Ehrlichkeit den Sieg davon; Italien lehnte den östreichischen Vorschlag ab und blieb dem Bündnisse mit Preußen treu. Es verdient bemerkt zu werden, daß angeblich der König Victor Emanuel in dem in der Nacht vom 5ten zum 6ten Mai im Palezzo vechio zu Florenz gehaltenen Ministerrathe für das Festhalten am preußischen Bündnisse den Ausschlag gab. Wenn dem so ist, so gab Victor Emanuel, eine dem Wein, der Jagd und den Frauen ergebene, im Uebrigen aber sowol der militairischen Befähigung, wie des staatsmännischen Scharfblickes ermangelnde und darum fremden Einflüssen leicht zugängliche Natur, in diesem Falle einen glänzenden Beweis jener ritterlichen Gesinnung, welche sein eigenes Volk an ihm rühmt.

Oestreich hatte sich Frankreich gegenüber verpflichtet, selbst im Falle des Krieges den Mincio nicht zu überschreiten, und das italienische Cabinet wußte dies. Ja der Krieg mochte ausfallen, wie er wollte, so war der Besitz Venetiens Italien so ziemlich gewiß. Gerade nach einem Siege konnte Oestreich ohne Gefährdung seiner Ehre Venetien, eine sich dem übrigen Staatsganzen ohnedies nie assimilirende Provinz, um so leichter abtreten, als ihm dieses Opfer Ansprüche auf Entschädigung in Deutschland

Digitized by Google

erwarb. Daher äußerte auch Lamarmora, der General en chef der italienischen Armee, er rücke in's Feld, Venetien in der Tasche.

Dieses Bewußtsein übte auf die italienische Kriegsführung einen lähmenden Einfluß aus. Wohl mußte man in Italien einen mit Kraft geführten und darum siegreichen Krieg schon um der Nationalehre Willen wünschen; allein Lamarmora, dem französischen Interesse gänzlich ergeben, wußte, daß Napoleon mit einer energischen Kriegsführung wenig gedient sei. Derselbe hielt sich darum nicht an den vom preußischen Generalstab ausgearbeiteten, von den Generälen Cialdini, Fanti und Durando gebilligten Kriegsplan, der dem italienischen Heere Bologna als Sammelplatz bezeichnete und ihm, mit Umgehung des venetianischen Festungsviereckes, ein Vordringen direkt auf die Donau in Verbindung mit einer von Garibaldi auszuführenden Diversion in Dalmatien vorschrieb. Lamarmora schickte statt dessen Garibaldi nach Tyrol, wo demselben keine Lorbeeren erblühen konnten, ging selbst auf das Festungsviereck los, ließ sich bei Custozza schlagen und verharrte dann, französischen Einflüsterungen folgend, in einer Unthätigkeit, welche Oestreich erlaubte den größten Theil seiner in Italien stehenden Truppen den Preußen in Böhmen entgegen zu werfen.

Der Erfolg des Krieges ist bekannt. Die Schlacht von Sadowa war nicht nur ein Sieg Preußens über Oestreich, sondern auch ein Sieg Preußens nicht über Frankreich, — denn dasselbe hatte bei Sadowa nicht gekämpft — wol aber über die napoleonische Politik, die auf die Niederlage Preußens speculirt hatte. In den Kreisen der leitenden französischen Staatsmänner war man sich dieser Niederlage wol bewußt, wie dieses pressentiment patriotique, diese patriotische Beklemmung beweist, welche, wie Rouher in der Sitzung der Legislative vom 16ten März 1867 es aussprach, bei der Nachricht von „diesem unwahrscheinlichen und unerwarteten Ereignisse die Herzen aller Männer der Regierung ergriff."

Gleich nach der Schlacht von Sadowa begann Napoleon, dessen Intervention bekanntlich von Oestreich direct angerufen worden war, seinen Einfluß in doppelter Richtung geltend zu machen, einmal um die preußischen Siege wenigstens in ihren Resultaten abzuschwächen und, zweitens, eine Gebietscompensa-

Digitized by Google

tion für Frankreich selbst zu erlangen. In ersterer Beziehung haben wir bereits im ersten Capitel unseres Buches den französischen Einfluß in der Abfassung der Paragraphen 4 und 5 des Prager Friedens nachgewiesen. In Betreff seiner Forderung einer Gebietsvergrößerung für Frankreich auf Grund eines Sieges, den dasselbe nicht nur nicht errungen, sondern vielmehr aus allen Kräften in sein Gegentheil zu verwandeln bemühet gewesen war, war Napoleon minder glücklich. König Wilhelm ertheilte auf diese Zumuthung eine Antwort zwar in französischer Sprache, gleichwol aber in echt deutschem Geiste: „Pas une cheminée allemande!“ — nicht einen deutschen Schornstein.

Eine Gebietscompensation blieb also für Frankreich zunächst ein frommer Wunsch; die bloße Forderung einer solchen bereitete sogar der Napoleonischen Politik eine neue und sehr empfindliche Niederlage, indem sie nemlich die süddeutschen Staaten zum Abschlusse der schon erwähnten Schutz- und Trutzbündnisse veranlaßte.

Preußen hatte nemlich die Absicht, mit der Mainlinie zunächst vollen Ernst zu machen, und also ganz Oberhessen und den rechts vom Main gelegenen Theil von Baiern zu annectiren. Damit aber Baden und Würtemberg nicht allein ungestraft davon kämen, sollte hinwiederum durch diese Baiern und Hessen entschädigt werden. Um diese höchst unerwünschten Gebietsabtretungen abzuwälzen oder doch auf ein bescheidenes Maaß zurückzuführen, wandten sich die Minister der Südstaaten, mit Ausnahme des badischen, an das französische Cabinet, und baten dasselbe um seine Fürsprache in Berlin. Was konnte in Paris willkommener sein, als bei einem solchen Anlasse Preußen entgegen zu arbeiten, die Südstaaten durch Bande der Dankbarkeit an sich zu fesseln und dann vor Europa sich mit der Behauptung groß zu machen, „Frankreich habe den Sieger aufgehalten, als er Baiern 900,000 Seelen wegnehmen wollte und die Abfindung mit Würtemberg und anderen Mächten gemildert,“ wie dies Rouher am 16ten März (1867) verkündigte. Drouyn de L'huys, (damals französischer Minister des Auswärtigen) gab also dem Gesandten in Berlin, Benedetti, die Anweisung, im Namen Frankreichs bei der preußischen Regierung ein gut Wort für die Südstaaten einzulegen. Graf Bismark hörte die Fürsprache des Gesandten an

Digitized by Google

und machte bei den Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Ministern diese darauf aufmerksam, wie unrecht sie daran gethan, lieber der französischen Gnade, als der preußischen, sich in die Arme zu werfen, denn das nemliche Frankreich, welches jetzt für die Integrität ihres Gebietes einzutreten vorgebe, habe von ihm die Abtretung Luxemburgs, Rheinhessens und Rheinbaierns mit den Festungen Mainz und Landau als den Preis verlangt, um welchen Frankreich in die preußischen Annexionen und in die Gründung des Nordbundes einwillige. Nun erst merkten die Minister, daß sie sich mit ihrem Hülfegesuch an eine falsche Adresse gewandt hatten, und daß es besser, vielleicht auch nationaler sei, mit einer deutschen als mit einer welschen Macht zu verkehren. Sie trugen daher dem Grafen Bismark ein Schutz- und Trutzbündniß an. Diesem kam ein so rascher Temperaturwechsel anfangs etwas verdächtig vor, er fürchtete, die Sache sei durchaus nicht nachhaltig. Doch ließ er sich endlich von dem Ernste und der Ehrlichkeit ihres Anerbietens überzeugen, erkannte aber auch zugleich, daß jetzt, wo es sich um Bundesgenossen handle, von größeren Gebietsabtretungen keine Rede sein könne, dadurch solche die Gemüther entfremdet, nicht gewonnen würden.*)

Auf diese Weise kamen die Schutz- und Trutzbündnisse zu Stande.

Jedenfalles war es einer der feinsten Schachzüge der Bismark'schen Politik, daß er die Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten gerade in dem Momente zu Stande zu bringen wußte, wo Frankreich die letzteren bereits in sein Interesse gezogen, mit anderen Worten für einen neuen Rheinbund reif gemacht zu haben glaubte. Den Partikularisten Süddeutschlands aber kann die Thatsache nicht oft genug in das Gedächtniß zurück gerufen werden, daß der Vorschlag zu den Schutz- und Trutzbündnissen, die in den süddeutschen Kammern so viel Lärm gemacht, einmal von den Südstaaten selbst ausging, und daß Frankreich in dem Momente, wo es denselben gegenüber die Rolle des wohlwollenden Vermittlers spielte, gleichwol die Hand nach ihrem Gebiet ausstreckte.

*) Müller (W.), Politische Geschichte der Gegenwart des Jahres 1867. Berl. 1868.

Digitized by Google

Der erste Eindruck des Sieges war in Frankreich ein paralysirender, dann erhob der von der kaiserlichen Regierung selbst großgesäugte Chauvinismus*) von allen Seiten ein wildes Kriegsgeschrei. Frankreich war die grande nation, also durfte es keine andere Größe dulden neben sich. Die Nationaleitelkeit der Franzosen empfand den Sieg Preußens über Oestreich als eine ihnen selbst zugefügte Niederlage und von allen Seiten erscholl der Ruf: Rache für Sadowa! Die Organe des Chauvinismus schlugen gegen Preußen den Ton einer wahrhaft unverschämten Insolenz an**).

Der Pariser Correspondent der Times machte damals eine

*) Der Ausdruck Chauvinismus bedarf vielleicht einer Erklärung. Als im Jahre 1840 Thiers in Frankreich den Ruf nach der Rheingrenze erschallen ließ, bediente er sich, um kriegerische Artikel in die Welt zu schleudern, eines Schriftstellers, Namens Chauvin. Nach ihm nennt man die ewig mit dem Säbel rasselnde, stets nach Krieg schreiende Parthei die der Chauvinisten.

**) Hier einige Proben dieser Insolenz.

Paul de Cassagnac schrie im Pays: „Die Preußen sind stolz auf ihre Militairorganisation, auf ihr erstes und zweites Aufgebot. Sie sehen aber nicht, daß sie nur eine Armee von 200,000 Soldaten haben, und daß der Rest, aus dem sie so viel Geschrei machen, aus Schustern und Bierbrauern bestehet. Unsere Zuaven, unsere Garde und unsere Chasseurs brauchen nur in die erste Menschenmauer ein Loch zu brechen; alles Uebrige verschwindet alsdann wie im Jahre 1806. — Sie sollen also schweigen, diese Biertrinker und Sauerkrautesser."

Clement Duvernois wagte es im Peuple folgende Apostrophe an das preußische Volk zu richten, welche ihrer Unverschämtheit wegen hier nothwendig eine Stelle finden muß:

„O Enkel der Besiegten von Jena, welche Thorheit von Euch uns zu reizen! Habt Ihr denn vergessen, daß der tausendjährige Haß gegen die Engländer sich verwandelt hat in den Haß gegen die Preußen? 1815 und Waterloo klingen noch in unseren Ohren wie eine Todtenglocke, und die Stunde der Rache wird ungeduldig erwartet von den französischen Patrioten."

Allerdings kann man die Regierung eines Landes für Meinungsäußerungen einer freien Presse nicht verantwortlich machen. Aber in Frankreich konnte eben von einer freien Presse nicht die Rede sein; der „Pays" speciell stand zur Kaiserin in den intimsten Beziehungen und der „Peuple" war das Leiborgan des Kaisers. Die Redacteure beider Blätter erhielten, wie aus der von der provisorischen Regierung veröffentlichten geheimen Correspondenz Napoleons hervorgehet, Subsidien aus den geheimen Fonds. Man ist daher vollkommen berechtigt, die kaiserliche Regierung für die Insolenz einer von ihr subventionirten Presse verantwortlich zu machen.

Digitized by Google

zwar nicht salonfähige, aber treffende Bemerkung, indem er sagte: Frankreich komme ihm wie ein ungezogener Junge vor, dem es in den Fingern juckt, über seinen Kameraden herzufallen, weil er siehet, daß derselbe ein fast ebenso großes Messer besitze, als er selbst.

Das Kriegsgeschrei verdoppelte sich, als man erfuhr, daß Napoleon Gebietscompensation gefordert, aber nicht erlangt hatte.

Die napoleonische Regierung hatte die Franzosen gelehrt, Frankreich nicht nur als den Schiedsrichter, sondern als den Vormund Europa's und es als selbstverständlich zu betrachten, daß wenn ein anderer Staat sein Gebiet vergrößere, Frankreich für sein gnädiges Zulassen einen Anspruch auf einen Antheil an der Beute habe und in der Verweigerung derselben eine Nationalbeleidigung zu erblicken.

Republikaner, Orleanisten und Legitimisten vereinigten sich mit den Chauvinisten in wüthenden Angriffen gegen die kaiserliche Politik, daß sie die Consolidirung Norddeutschlands unter preußischer Führung nicht zu verhindern gewußt habe. Selbst Heinrich V., der Verbannte von Froschdorf, erhob seine Stimme, um die kaiserliche Regierung anzuklagen, die Sicherheit Frankreichs compromittirt zu haben, indem sie zugegeben, daß Preußen sich an Frankreichs Ostgrenze zu einer Großmacht entwickele; der Herzog von Aumale versicherte, daß wenn Deutschland sich unter der Regierung der Orleans als Einheit hätte constituiren wollen, es die Orleans'schen Prinzen als ihre Aufgabe betrachtet haben würden, im Kampfe gegen diese Einheit zu sterben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Napoleon III. Preußen damals gern mit Krieg überzogen haben würde, wenn er sich dieser Aufgabe derzeit gewachsen gehalten. Aber einmal stand ein bedeutender Theil der Armee noch immer in Mexico, die Staatskassen waren leer, wie immer, und wenn sich dieselben auch durch das schon oft erprobte Mittel einer neuen Anleihe rasch genug hätten füllen lassen, so waren die durch den Mexikanischen Krieg vollständig aufgezehrten Kriegsvorräthe nicht ebenso leicht ergänzt. Außerdem konnte man sich in Frankreich, wie im übrigen Europa, die Erfolge Preußens nur durch die Ueberlegenheit des Zündnadelgewehres erklären. Daß diese Ansicht wesentlich auf Uebertreibung beruhete, erhellt aus der gerin-

Digitized by Google

gen Masse der von der preußischen Infanterie im 1866er Feldzuge verschossenen Patronen. Aber gleichviel, diese Ansicht war einmal vorhanden, und Frankreich besaß keine Hinterlader. Die Furcht vor dem Dreyse'schen Zündnadelgewehre erhielt den Frieden, freilich nur so lange — als Frankreich keine Chassepots besaß. —

Unter diesen Umständen ließ Napoleon in Deutschland geschehen, was er nicht hindern konnte. Auch jede andere Regierung hätte, wenn sie am Ruder gewesen, nicht anders handeln können, weshalb die Angriffe der Republikaner, Legitimisten und Orleanisten nur aus dem Bestreben, der kaiserlichen Regierung Opposition zu machen, hervorgehen konnte, nicht aber aus der Erkenntniß, daß nach der Schlacht bei Sadowa eine andere Haltung möglich gewesen sei.

Die Regierung vertheidigte ihre Politik sehr ungeschickt. Rouhers Rede in der Legislative war so kraftlos, als wenn die patriotische Beklemmung, welche ihn bei der Nachricht von der Schlacht von Sadowa ergriffen, ihn auch am 16ten März 1867 noch nicht verlassen.

Wenn die Regierung aufrichtig den Frieden wollte, so mußte sie, statt ihre Politik in geschraubter Weise zu entschuldigen, und damit einzuräumen, daß dieselbe einer Entschuldigung bedürfe, an das Gerechtigkeitsgefühl des französischen Volkes appelliren und ausführen, daß die Sprengung und Reorganisation des deutschen Bundes eine innere deutsche Angelegenheit sei, in welche Frankreich sich ebensowenig einmischen dürfe, wie es selbst eine fremde Einmischung in seine inneren Angelegenheiten dulden würde, und daß es einer großen Nation unwürdig sei, ihre Stärke, statt in der eigenen Kraft, in der Schwäche ihrer Nachbaren zu suchen. Eine solche Sprache, verbunden mit einem Hinweise auf den schon durch die allgemeine Wehrpflicht bedingten rein defensiven Charakter der preußischen Politik, würde man auch in Frankreich verstanden haben, wo die Bevölkerung keineswegs aus lauter Chauvinisten bestehet, wenn dieselben auch am lautesten schreien, sondern vielmehr, wie überall, der Mehrzahl nach aus Leuten, die nichts Besseres verlangen, als in Ruhe ihren Geschäften nachzugehen und in Frieden ihr Brot zu essen.

Digitized by Google

Statt dessen legte Rouher, ohne des Rechtsstandpunktes im mindesten zu gedenken, das Hauptgewicht auf den Nachweis, daß die Sicherheit Frankreichs durch die Entwickelung der Ereignisse in Deutschland, die das Gebiet des alten deutschen Bundes in drei verschiedene, durch kein internationales Band verbundene Complexe, Preußen mit dem Norddbunde, Oestreich und die Südstaaten, gespalten, eher gewonnen, denn verloren habe.

Unter diesen Umständen kann man die Aufregung leicht ermessen, welche die, nur drei Tage nach Rouhers Rede, am 19ten März 1867 erfolgte Veröffentlichung der bis dahin geheim gehaltenen, zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten abgeschlossenen militairischen Schutz- und Trutzbündnisse in Paris hervorrief. Die Aufregung war so groß, daß man in England der Meinung war, die Dynastie werde diese Niederlage ihrer Politik nicht überleben.

Wenn Napoleon die Gründung des norddeutschen Bundes auch nicht zu hindern vermochte, so war er doch entschlossen, aus der Ausdehnung desselben auf die Südstaaten einen Kriegsfall zu machen*). In Berlin wußte man das sehr wohl, und daraus erklärt sich auch die mehr abweisende, als entgegenkommende Haltung des Norddeutschen Bundeskanzlers gegenüber dem in Baden auftauchenden Verlangen nach Eintritt in den Bund. Man be-

*) In manchen Kreisen hat sich die irrige Meinung verbreitet, als gebe der Prager Frieden Frankreich, oder Oestreich ein Recht, sich dem Anschlusse aller oder eines der Südstaaten an den Norddeutschen Bund zu widersetzen. Da der Prager Frieden weder mit Frankreich geschlossen, noch auch von Frankreich mit unterzeichnet ist, so kann Frankreich aus demselben für sich überhaupt kein Recht ableiten. Aber auch Oestreich hat kein Recht sich dem Eintritte der süddeutschen Staaten in den Norddbund auf Grund des Prager Friedens zu widersetzen. Was sagt der betreffende auf Seite 8 mitgetheilte §. VI des Prager Friedens? Er besagt, daß die Staaten südlich des Main in einen Verein zusammentreten können — wenn sie wollen. Wenn sie aber nicht wollen? Wenn der Südbund nicht zu Stande kommt, so behalten die Südstaaten ihre durch Sprengung des deutschen Bundes erlangte volle Souverainität und können als souveraine Staaten, mit anderen Staaten, also auch mit dem Norddbunde, ihren Interessen entsprechend Verträge schließen; Frankreich und Oestreich können, gleich jeder anderen Macht, aus dem Eintritte der Süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund einen Kriegsfall machen; ein Recht, sich demselben zu widersetzen, giebt ihnen der Prager Frieden nicht.

Digitized by Google

durfte eben in Preußen zur Consolidirung der neuen Schöpfung dringend des Friedens und vermied darum sorgfältig Alles, was Frankreich einen Vorwand hätte bieten können, denselben zu stören.

Frankreich verlor übrigens keine Zeit, seine Armee mit Hinterladern zu versehen und auch dieselbe in jeder anderen Hinsicht in einen achtunggebietenden Stand zu setzen. An und für sich lag darin kein Moment der Beunruhigung; im Gegentheil hätte man die französische Regierung des Leichtsinnes beschuldigen müssen, wenn sie es unterlassen, die Armee in einer den Anforderungen der Neuzeit entsprechenden Weise zu bewaffnen, resp. neu zu organisiren. Bedenklicher war, daß das Kriegsgeschrei der chauvinistischen, größten Theils von der Regierung abhängigen Blätter nicht aufhörte, und die kaiserliche Regierung, trotz vielfacher Friedensversicherungen, doch keine Gelegenheit verlor, Preußen Verlegenheit zu bereiten, wozu namentlich die Schleswig'sche und die Luxemburgische Frage ihr eine Handhabe bot.

Was die Schleswig'sche Frage betrifft, so haben wir bereits auf Seite 6—8 das dahin Einschlägige mitgetheilt, so daß uns hier nur eine kurze Erwähnung der französischer Seits in dieser Angelegenheit gethanen Schritte übrig bleibt.

Am 23sten Juli 1867 las Lefebre, als Vertreter Benedettis, des französischen Botschafters in Berlin, dem Unterstaatssekretair Thile, der, in Abwesenheit des Grafen Bismark, dessen Geschäfte versah, eine übrigens keineswegs in aufreizendem Tone gehaltene Depesche des damaligen französischen Ministers des Auswärtigen, Marquis de Moustier, vor, worin Frankreich in der schleswigschen Frage, auf Grund seiner Mitwirkung beim Prager Frieden, das Recht der Einmischung für sich in Anspruch nahm und dann sich auf den dänischen Standpunkt stellte und für Dänemark die Unmöglichkeit betonte, die von Preußen zum Schutz der abzutretenden Nordschleswiger deutscher Nationalität geforderten Garantieen zu gewähren. Preußen begnügte sich damit, Frankreichs angebliches Recht der Einmischung in die schleswig'sche Frage als unbegründet zurückzuweisen und das französische Cabinet ließ die Angelegenheit fallen, wahrscheinlich, wie wenigstens aus einer Aeußerung des Lord Stanley im Unterhause erhellt,

weil dasselbe bei diesem Interventionsversuche Seitens der anderen Mächte keine Unterstützung gefunden.

Indessen war dieser mißglückte Interventionsversuch dennoch ruchbar geworden, weshalb das französische Cabinet sich veranlaßt sah, denselben einfach abzuleugnen. Am 27ten Juli brachte der kleine Moniteur eine Notiz: „Dem Berliner Cabinet ist keine Note übergeben worden, weder in der Schleswig'schen, noch in einer anderen Angelegenheit."

In der Form hatte der Moniteur allerdings Recht, denn es handelte sich nicht um eine Note, sondern um eine Depesche, auch war dieselbe Seitens Lefebres weder im Original, noch in Abschrift übergeben, sondern einfach vorgelesen worden.

Ernster war die Luxemburger Angelegenheit. Preußens Annexionen ließen den alten Napoleon nicht schlafen. Um den etwa im Schwinden begriffenen Glanz seiner Dynastie wieder aufzufrischen, wollte auch er Gebietsvergrößerungen haben, koste es, was es wolle. Zu diesem Zwecke knüpfte er durch Vermittelung der Madame Musard, einer demselben sehr nahe stehenden Dame, mit Wilhelm III., dem Könige der Niederlande und Großherzog von Luxemburg, Unterhandlungen wegen des Ankaufs von Luxemburg an.

Angeblich soll Madame Musard, um ihren königlichen Geliebten zum Abschlusse dieses Länderschachers zu bewegen, eine Million Francs aus der kaiserlichen Chatoulle erhalten haben. Und Wilhelm III., der Nachkomme jenes anderen Wilhelm III. von Oranien, der in der Bekämpfung des französischen Einflusses in Europa seine Lebensaufgabe erblickt, der Enkel jenes Wilhelm I., den der erste Napoleon aus dem Lande seiner Väter in die Verbannung getrieben, war, ewig geldbedürftig, ehr- und pflichtvergessen genug, seine nationalen und Regentenpflichten mit Füßen zu treten und das deutsche Land für zwölf Millionen Francs an Napoleon zu verhandeln. Daß das saubere Ländergeschäft ohne flagrante Verletzung der Luxemburger Verfassung — §. 37 derselben sagt ausdrücklich: „Keine Abtretung, kein Tausch, kein Ausschluß von Gebiet kann anders stattfinden, als kraft des Gesetzes" — nicht ratificirbar war, machte den beiden gekrönten Contrahenten, Napoleon, dem Manne des zweiten December, und Wilhelm III., der bereits schon einmal — im Jahre 1856 —

Digitized by Google

die von ihm feierlich beschworene, in vollster Wirksamkeit befindliche Luxemburger Verfassung durch einen unerhörten Gewaltact über den Haufen geworfen, begreiflicherweise wenig Kummer; über solche Kleinigkeiten wußte man sich hinwegzusetzen.

Der Länderschacher würde jeden Falles vollzogen sein, wenn nicht Preußen ein Besatzungsrecht in Luxemburg gehabt; aus diesem Grunde bedurfte es zum Verkauf Luxemburgs der preußischen Zustimmung.

An letzterer glaubte Napoleon übrigens nicht zweifeln zu dürfen; warum sollte Preußen, was selbst so viel annectirt, Frankreich eine wenn auch strategisch wichtige, doch aber in Bezug auf Größe und Umfang ziemlich unbedeutende Erwerbung mißgönnen, um dadurch der erregten öffentlichen Meinung in Frankreich das Pfand eines vielleicht dauernden Friedens zu bieten. Gleich allen Despoten, begriff Napoleon, für den Principien nur Masken waren, hinter welchen er seine persönlichen Pläne verbarg, der heute also, je nach Bedürfniß, die Volkssouverainität, morgen das Nationalitätsprincip, übermorgen die Idee des europäischen Gleichgewichtes auf sein Banner schrieb, die Gewalt des Volksgeistes nicht, den er ja selbst im eigenen Lande unterdrückt, begriff darum auch nicht, daß jede Frankreich auf Kosten deutschen Gebietes zu machende Concession für Preußen eine Unmöglichkeit sei.

Napoleon hatte sich zunächst Geheimhaltung der Angelegenheit ausbedungen, wahrscheinlich um, wenn Preußens Zustimmung zum Kauf Luxemburgs nicht zu erlangen war, sich ohne Geräusch, ohne Aufsehen und ohne Demüthigung von dem Geschäft zurückziehen zu können.

Allein Wilhelm III. hatte von seinem großen Ahnen, Wilhelm I. von Oranien, nicht die Tugend des Schweigens geerbt; wahrscheinlich aus Furcht vor Preußens etwaiger Rache ob des hinter dessen Rücken abgeschlossenen Verkaufsgeschäftes, entdeckte er die ganze Angelegenheit dem preußischen Gesandten. Dadurch drang dieselbe in die Oeffentlichkeit. Schon am 25sten März 1867 theilte die preußische Regierung dem Könige der Niederlande mit, daß sie zu dem angegebenen Verkauf Luxemburgs ein ihre Zustimmung geben würde, weshalb der Handel nicht ratificirt wurde.

In diesem abermaligen Scheitern eines von ihm ausgegangenen Planes konnte Napoleon III., und mit ihm ganz Frankreich, natürlich nur eine neue Niederlage erblicken, und um diese Niederlage wenigstens einiger Maßen zu maskiren, forderte er jetzt, in Uebereinstimmung mit dem Könige der Niederlande, die Räumung der Festung Luxemburg Seitens der preußischen Besatzung, da Preußens Besatzungsrecht durch die Auflösung des deutschen Bundes hinfällig geworden sei. Dies Letztere war richtig: durch Sprengung des deutschen Bundes hatte Luxemburg, wie jeder andere Staat, seine volle Souverainität zurück erhalten. Daher konnte auch Preußen wider den Willen des König-Großherzogs ferner keine Besatzung in Luxemburg halten, falls nemlich Preußens Besatzungsrecht nur auf Bundesverträgen beruhete. Allein Preußens Besatzungsrecht basirte nicht blos auf Bundes-, sondern auf internationaler Verträgen, die durch die Auflösung des Norddeutschen Bundes nicht alterirt worden waren: nemlich auf dem nicht vom deutschen Bunde, der ja erst am 5ten November 1816 eröffnet wurde und Luxemburg als Bundesfestung erst 1826 übernahm, sondern von England, Oestreich, Preußen, Rußland und den Niederlanden unterzeichneten, einen wesentlich internationalen Charakter tragenden Protokolle vom 3ten November 1815, dessen Inhalt später in den zwischen den Niederlanden einerseits und Rußland, England, Oestreich anderer Seits geschlossenen Seperatverträgen und im Frankfurter Territorialreceß vom 20sten Juni 1819 wiederholt und bestätigt worden war.

Preußens Besatzungsrecht in Luxemburg stand also, gestützt nicht auf Bundes-, sondern von denselben ganz unabhängige internationale Verträge, fest.

Was sollte Preußen der französischen Forderung gegenüber thun? Ein Aufgeben des Besatzungsrechtes war ohne Verletzung der nationalen Ehre nicht möglich, ganz abgesehen davon, daß Luxemburg für die Vertheidigung der preußischen Westgrenze ein Stützpunkt von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Auf der anderen Seite war die Weigerung, Luxemburg zu räumen, mit einem Kriege gegen Frankreich gleichbedeutend.

Die Stimmung war in Deutschland getheilt; die Mehrzahl neigte sich zu der Ansicht, es auf einen Krieg mit Frankreich ankommen zu lassen, den man bei dessen herausfordernden Haltung

Digitized by Google

früh oder spät, doch nicht entgehe und den man jetzt, ehe noch Frankreich seine Armee reorganisirt und die Bewaffnung derselben mit Hinterladern vollendet habe, mit mehr Aussicht auf Erfolg zu führen im Stande sei, als später. Auch der hochverdiente Chef des preußischen Generalstabes, General von Moltke, vertrat diese Richtung, und in Baiern unterzeichneten 118 Abgeordnete, also über drei Viertheile aller Kammernmitglieder, eine an den Ministerpräsidenten, Fürsten Hohenlohe, gerichtete Erklärung, worin sie es „als eine erste Frucht des Allianzvertrages vom 23sten August 1866 freudig begrüßten, wenn Baiern keinen Zweifel darüber bestehen lasse, daß es mit allen seinen Kräften für das bedrohte deutsche Land einstehen werde."

Auf der anderen Seite aber bedurfte Preußen, wie wir bereits an anderer Stelle ausgeführt, zur Consolidirung der neugeschaffenen Zustände, dringend des Friedens; außerdem mochte Graf Bismarck bedenken, daß der Krieg, gleichviel welchen Ausgang derselbe haben möchte, auf Jahrhunderte hinaus eine blutige Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland entzünden würde, und daß der Frieden doch vielleicht auf die Dauer zu erhalten sei, falls es nur gelinge, den gegenwärtigen Anlaß des Krieges zu beseitigen. Daher erklärte Graf Bismarck, daß die Luxemburger Besatzungsfrage, weil Preußens Recht, eine Besatzung in Luxemburg zu halten, auf internationalen Verträgen beruhe, nicht von Frankreich, oder Preußen einseitig in Angriff genommen werden könne, sondern vielmehr vor das Forum der europäischen Großmächte, der Unterzeichner des Londoner Vertrages von 1839, gehöre.

Ein Appell an die Großmächte bot den einzigen zur Erhaltung des europäischen Friedens möglichen Ausweg dar; konnte Preußen ohne Schädigung seiner nationalen Ehre den Ansprüchen Frankreichs nicht weichen, so konnten Beide, Frankreich und Preußen, dem Ausspruche eines Areopag's der europäischen Großmächte sich fügen.

Am 7ten Mai traten also die Gesandten von Frankreich, Oestreich, Preußen, Rußland, Italien, welches als sechste Großmacht hinzugezogen wurde, Belgien, der Niederlande und Luxemburgs in London unter dem Präsidium des Lord Stanley, Staatssekretair des Auswärtigen, zu einer Conferenz zusammen. Die

Digitized by Google

Conferenz entschied sich für Wegfall des preußischen Besatzungsrechtes in Luxemburg gegen Neutralisirung des gesammten Großherzogthums Luxemburg unter Garantie sämmtlicher den Vertrag vom 11ten Mai unterzeichnenden Mächte, mit Ausnahme des gleichfalls neutralen Belgiens; Luxemburgs Recht, am Zollvereine Theil zu nehmen, wurde auf Antrag Preußens, während der französische Gesandte dasselbe auch aus dem Zollvereine ausgeschieden wissen wollte, Seitens der Conferenz ausdrücklich gewahrt *).

So wurde der Friede erhalten; aber die Art und Weise, in welcher derselbe gesichert worden war, war weit entfernt, in Deutschland oder in Frankreich eine ungetheilte Befriedigung zu erregen. Immerhin hatte Preußen durch Aufgabe seines Besatzungsrechtes dem Frieden ein großes Opfer gebracht, und es fehlte nicht an Leuten, welche in dieser Lösung des Conflictes eine halbe Niederlage Preußens erblickten. Namentlich den süddeutschen Partikularisten gab der Luxemburger Handel einen bequemen Vorwand, auf's Neue das Hinscheiden des seligen Bundestages zu bejammern, unter dessen schützenden Flügeln so etwas nie vorgekommen. Die Herren vergaßen, daß der deutsche Bund in die Abtretung des größern Theils desselben Großherzogthums Luxemburg an Belgien gegen eine nur nominelle Entschädigung — Limburg — hatte willigen müssen.

---

*) Bei dieser Gelegenheit brachte die „Schlesische Zeitung" eine Enthüllung, welche wir hier mitzutheilen nicht unterlassen wollen:

„Am 8ten Mai in später Abendstunde ließ sich der franz. Gesandte, Benedetti, bei Graf Bismarck melden und erging sich bei diesem in ziemlich hochfahrenden Phrasen über die Situation. Nachdem ihn der Graf lange ruhig angehört, erwiederte dieser, daß, wenn die Conferenz für die Erhaltung des Friedens nicht günstig ausfallen sollte, Preußen an Frankreich sofort ein Ultimatum richten würde, und daß, wenn Frankreich nicht genügende Zusicherung wegen der Abrüstung geben würde, eine Allerhöchste Kabinetsordre sofort 900,000 Mann und zwar von Preußen 650,000, Norddeutsche 150,000, Süddeutsche 100,000 in's Feld rufen würde. Hierauf schlug Herr Benedetti einen anderen Ton an. Erst nach Mitternacht verließ er den Grafen Bismarck. Der Telegraph arbeitete die ganze Nacht nach Paris und nach London und der gestrige Ausfall der Conferenz ergab sich von selbst. Auch erzählt man, daß Baiern aus freien Stücken allein zwei vollständige Armeecorps zu unserer Disposition gestellt habe."

Digitized by Google

Auch in Frankreich betrachtete man das Ergebniß der Londoner Conferenz keineswegs als einen Sieg der kaiserlichen Politik. Napoleon hatte Land beansprucht und mit Mühe die Räumung und Schleifung der Festung Luxemburg durchgesetzt und dies unter Bedingungen, welche darauf berechnet waren, der Annexion des Landes auch für alle späteren Zeiten einen Riegel vorzuschieben. Grund genug, diese Lösung der Frage nichts weniger als befriedigend zu finden.

Wir haben bereits der französischen Rüstungen gedacht; die Bewaffnung der Armee mit Chassepots wurde mit fieberhaftem Eifer betrieben. Die nördlichen und östlichen Festungen wurden in Vertheidigungszustand versetzt und gegen Ende des Jahres 1868 hielt sich Napoleon für stark genug, um den Krieg gegen Preußen, durch welchen er das etwas gesunkene Prestige seiner Regierung wieder herzustellen gedachte, wenn nicht sofort in Angriff zu nehmen, doch wenigstens vorzubereiten.

Schon seit Jahren hatte Napoleon sich bemüht, innigere Beziehungen mit Spanien herzustellen, wo die vom Papste mit einer goldenen Rose beschenkte Königin Isabella das Land von den Jesuiten regieren ließ und für ihre eigene Person ihren Unterthanen kein gerade erbauliches Beispiel gab.

Napoleons Plan war, die französische Besatzung in Rom durch eine spanische zu ersetzen, und zur Ausführung dieses Planes hatte er mit der Königin Isabella eine Zusammenkunft in Biarritz verabredet. Aber noch ehe diese Zusammenkunft Statt fand, brach — am 18ten September 1868 — in Cadix jene Revolution aus, welche, sich rasch über das ganze Land verbreitend, die Königin Isabella in die Verbannung trieb und der Herrschaft der Bourbons in Spanien ein Ende machte.

Der Plan, an Stelle der französischen Besatzung in Rom eine spanische treten zu lassen, war im Wesentlichen gegen Preußen gerichtet. Napoleon konnte nemlich den Beistand des katholischen Clerus im eigenen Lande, namentlich bei den Wahlen, nicht entbehren; die Wärme dieses Beistandes richtete sich aber stets nach dem Eifer, welchen der Kaiser selbst in der Vertretung der Interessen des Papstthumes entwickelte. Aus diesem Grunde konnte Napoleon seine Truppen nicht aus Rom zurückziehen, weil deren Entfernung dort jeden Falles das Signal zu einer Revolution

gegeben haben würde, die, aller Wahrscheinlichkeit nach, der weltlichen Herrschaft des Papstes ein Ende bereiten mußte. Wußte hingegen Napoleon die weltliche Herrschaft des Papstes unter dem Schutze einer spanischen Besatzung gesichert, so konnte er seine Truppen aus Rom ziehen und gegen Preußen verwenden, ohne fürchten zu müssen, sich mit dem so einflußreichen Clerus des eigenen Landes zu überwerfen.

Aus diesen Verhältnissen erklärt sich ein Ausspruch des Grafen Bismarck, der bei der Nachricht vom Ausbruche der spanischen Revolution ausgerufen: C'est ma planche de salut! Aus diesen Verhältnissen erklärt sich ferner, daß die dem kaiserlichen Interesse ergebenen Journale den Grafen Bismarck für den Ausbruch der spanischen Revolution verantwortlich machten und ihn beschuldigten, die Führer derselben mit Geldmitteln unterstützt zu haben.

Ohne in die Geheimnisse des preußischen Cabinets eingeweiht zu sein, glauben wir doch den Buonapartistischen Journalen die bestimmte Versicherung geben zu können, daß man in Preußen das Geld zu anderen Dingen nöthig hat, als um damit die Pronunciamento's spanischer Generale zu ermuthigen.

V.

Das Ministerium Ollivier; das Plebiscit; die Thronandidatur des Prinzen von Hohenzollern.

Die spanische Revolution zwang Napoleon, seine gegen Preußen gerichteten Pläne einstweilen zu vertagen und seine Aufmerksamkeit zunächst fast ausschließlich den Ereignissen auf der pyrenäischen Halbinsel und den inneren Zuständen seines Reiches zuzuwenden.

Mochte in Spanien die Republik, oder die Monarchie unter Montpensier triumphiren, so waren dies zwei Eventualitäten, welche Napoleon gleich unangenehm. Außerdem konnte das Beispiel Spaniens leicht ansteckend auf Frankreich wirken, wo es an oppositionellen Elementen und an revolutionairem Zündstoffe wahrlich nicht fehlte. Napoleon konnte es sich nicht verhehlen, daß sein Prestige gewaltig gelitten und daß der Glaube an die

Digitized by Google

Weisheit, um nicht zu sagen, an die Unfehlbarkeit seiner Politik, im In- und Ausland gewaltig erschüttert worden sei. Neben der Entwickelung Preußens als Großmacht war es namentlich die Niederlage der kaiserlichen Politik in Mexico, welche die Gemüther erbitterte.

Wie Napoleon während des preußisch-östreichschen Krieges auf die Niederlage Preußens speculirt hatte, so hatte er, wie schon erwähnt, bei seiner Expedition nach Mexico auf den Sieg der Palmettostaaten gerechnet und sah sich in dem einen, wie in dem anderen Falle getäuscht. Sobald die Autorität der Unionsregierung in den Palmettostaaten wieder hergestellt worden war, sah sich Napoleon genöthigt, seine Truppen vor den Drohungen der Union aus Mexico zurück zu ziehen, und Kaiser Maximilian büßte am 19ten Juni 1867 in Queretaro seinen Ehrgeiz und sein leichtgläubiges Vertrauen auf die Versprechungen des dritten Napoleon mit dem Leben.

Die mexicanische Expedition kostete Frankreich nach officieller Angabe 365,155,000 Francs, nach anderweitiger Angabe indeß weit über 600,000,000 Francs; — die Zahl der vor dem Feinde Gebliebenen, oder den Strapazen und dem Klima Erlegenen ist bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden. —

Wenn Napoleon noch daran hätte zweifeln können, daß der Glaube an die Unfehlbarkeit seiner Politik in Frankreich stark gelitten, so hätte die Haltung der Oppositionspresse, die, obgleich geknebelt, wie sie war, doch täglich kühner wurde, und der Ausfall der Wahlen ihm in dieser Beziehung die Augen öffnen müssen. Die Republikaner veranstalteten an den Gräbern Cavaignac's und des gelegentlich des Staatsstreiches auf den Barrikaden gefallenen Deputirten Baudin Demonstrationen, (siehe Seite 56, Anmerkung), gegen welche die Polizei ihren gesammten Apparat zu entwickeln für nöthig fand, und die Journale eröffneten Subscriptionen zur Errichtung eines Denkmals für Baudin, während gleichzeitig der Schriftsteller Rochefort die Person des Kaisers in seiner „Laterne" mit dem beißendsten Witze verfolgte.

Was die Wahlen zur Legislative betrifft, so hatte die Regierung die ungeheuersten Anstrengungen gemacht, um durch den Einfluß des Beamtenthumes, des Clerus und der Regierungspresse auf dieselben in ihrem Sinne einzuwirken. Die Wahl-

maschine that allerdings auch diesmal ihre Schuldigkeit; 199 Wahlen waren auf Regierungscandidaten, 93 auf Candidaten der Opposition gefallen. Wenn also auch die Regierung noch immer über eine Majorität von mehr als zwei Drittel sämmtlicher Kammermitglieder verfügte, so bezeichnete der Ausfall der Wahlen, verglichen mit dem des Jahres 1857, in welcher die Opposition nur fünf ihrer Candidaten durchzusetzen vermocht hatte, nichts destoweniger eine ungeheure Verstärkung der dem persönlichen Regiment des Kaisers feindlichen Elemente. Die Bedeutung der Oppositionswahlen wurde noch dadurch erhöhet, daß alle größeren Städte Frankreichs sich an denselben betheiligt; in Paris namentlich waren die Wahlen sämmtlich oppositionell ausgefallen. Die Städte, das heißt die Intelligenz des Landes, hatte also durch ihre Wahlen Protest erhoben gegen das persönliche Regiment des Kaisers; nur das von den Präfekten und dem Clerus gegängelte Landvolk war dem alten Banner treu geblieben.*)

Angesichts dieser Thatsachen begriff Napoleon, daß ihm, wie ein Deputirter in der Legislative ihm zurief, nur zwischen Freiheit oder Krieg die Wahl bleibe. Der Krieg mußte die Aufmerksamkeit aller Partheien von den inneren Zuständen nach Außen ablenken; allein eine einzige Niederlage konnte die Herrschaft der Dynastie auf immer vernichten. Daher entschloß sich Napoleon, den drohenden Sturm durch der Freiheit zu machende Concessionen zu beschwichtigen, obgleich dieses Unternehmen aus von uns bereits früher entwickelten Gründen für ihn gleichfalls nicht ohne Gefahr. Unter dem 27ten December 1869 entließ der Kaiser daher sein bisheriges Ministerium und beauftragte den Abgeordneten Ollivier, einen gewandten Advokaten, aber, wie

*) Eine kurze Statistik der Wahlen ist hier vielleicht nicht ohne Interesse. Während im Jahre 1863 die Regierung noch über mehr als 5 Millionen, die Opposition nur über 2 Millionen Stimmen verfügte, stimmten im Jahre 1869 nur noch 4 Millionen Wähler für die Regierung, 3 Millionen für die Opposition. Im Jahre 1857 besaß die Regierung in Paris noch 110,000, die Opposition 101,000 Stimmen; im Jahre 1863 stimmten 83,000 für, 149,000 gegen die Regierung; im Jahre 1869 fielen nur 55,000 Stimmen auf Regierungscandidaten, 210,000 auf Candidaten der Opposition.

Digitized by Google

die Folge zeigte, eben so schwachen Charakter, wie unfähigen Politiker, mit der Bildung eines neuen.*)

In Deutschland mußte man in jeder in Frankreich der Volksfreiheit gemachten Concession an und für sich ein Friedenspfand erblicken; — je freier ein Volk ist, je mehr wird es auch geneigt sein, die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht seiner Nachbarn zu achten. Und obgleich man wußte, daß einem französischen Ministerwechsel eine prinzipielle Bedeutung in der Regel nicht beizulegen sei, begrüßte man doch gerade Olliviers Berufung zur Bildung eines neuen Kabinets in ganz Deutschland mit ungeheuchelter Befriedigung.

Ollivier hatte sich nemlich wiederholt gegen jede französische Intervention in deutschen Angelegenheiten ausgesprochen, daher erblickte man in seiner Berufung zum Ministerpräsidenten einen Beweis dafür, daß es Napoleon darum zu thun sei, in seinen alten Tagen mit Deutschland ein friedliches Verhältniß herzustellen.**)

---

*) Emile Ollivier, am 2ten März 1825 in Marseille geboren, erhielt 1848 durch den Einfluß seines Vaters, welcher Mitglied der Constituante war, die Stellung eines Generalcommissars der Republik, zuerst in Marseille, dann in Chaumont und zuletzt in Langres. Allein schon im Jahre 1849 verzichtete Ollivier auf den Staatsdienst und widmete sich in Paris mit bedeutendem Erfolge der Advokatur. Im Jahre 1857 von der republikanischen Majorität des dritten Pariser Wahlbezirks in die Legislative gewählt, leistete er, abweichend von der Taktik der Mehrzahl seiner damaligen Gesinnungsgenossen, den Eid auf die Verfassung. Er näherte sich der Regierung mehr und mehr; seine Absicht war: zu Gunsten eines liberalen Kaiserthums eine Mittelpartei zu bilden. Bei den Wahlen im Jahre 1869 erlag er in Paris seinem republikanischen Gegencandidaten, Bancel, wurde jedoch im Departement Var, wo er Grundbesitzer ist, gewählt.

**) Theilen wir hier einige Aussprüche Ollivier's mit, in denen er seine spätere Politik gleichsam anticipando verurtheilt.

Rede in der Legislative (15ten März 1867).

„Frankreich darf sich nicht von der Idee der natürlichen Grenzen leiten lassen. Weder Belgien, noch die Rheinprovinz wollen französisch werden. Soll Frankreich sich durch den Neid auf die wachsende Größe der Anderen bestimmen lassen? Schlechte Politik das, die, Frankreichs Suprematie auf die Zersplitterung der übrigen Völker bauend, diesem Uebergewicht ein unausbleibliches nahes Ende bereitet. Die Selbstbestimmung und der freie Wille der Völker muß der oberste Grundsatz der Staatspolitik sein. Man will dieses Prinzip durch die Rücksicht auf das europäische Gleichgewicht beschränken. Mit anderen

Das neue Ministerium übernahm am 2ten Januar 1870 seine Functionen. Außer Ollivier, der sich darin das Justizministerium vorbehalten, bestand dasselbe aus dem Grafen Daru für das Auswärtige; Buffet für die Finanzen; Segris für den

---

Worten, man sagt den Völkern: Ihr könnt thun, was Ihr wollt, denn Ihr seid unabhängig, aber nur unter der Bedingung, daß Ihr das thut, was uns convenirt. Es ist dies dieselbe Sprache, welche der Absolutismus auch im Innern führt, und welche in der auswärtigen Politik nicht minder bekämpft werden muß. Herr Garnier Pagès glaubt, das Werk des Herrn von Bismarck werde nicht dauern. Er irrt sich, es wird nicht nur dauern, sondern sich weiter entwickeln. Früh oder spät, aber unfehlbar, wird der Tag kommen, wo der Süden, nachdem er nach dem preußischen System militärisch organisirt sein wird, und der Norddund, wenn derselbe definitiv constituirt, sich, trotz des Prager Friedens, über den Main hinüber die Hände reichen werden. Was Frankreich dann zu thun habe, ist das größte Problem der Gegenwart. Die einzig würdige, weise und vernünftige Haltung besteht darin, ohne Rückgedanken, ohne Kleinmuth und ohne Unruhe ein Werk hin zu nehmen, welches nicht gegen Frankreich gerichtet ist."

Und am 15ten Mai 1868 sprach Ollivier in der Kammer:

„Was ich der Regierung vorwerfe, das ist, nicht begriffen zu haben, daß die nothwendige Folge des Freihandels der Friede sein muß. Anstatt mit Entschiedenheit diese Lage anzunehmen, — und dies ist gerade die gerechte Beschwerde der Industrie — anstatt den größeren Theil der Resourcen des Budgets zur Entwickelung der inneren Wohlfahrt zu verwenden, anstatt eine Politik des Friedens und der Entwaffnung zu ergreifen, verfolgt die Regierung eine Politik, die nicht der Krieg, aber auch nicht der Frieden ist. Es giebt nur zwei Wege, aus dieser Lage heraus zu kommen. Der erste ist der Krieg. Viele Leute glauben, der Krieg sei nothwendig; es sei eine Ehrensache zwischen Frankreich und Deutschland zu erledigen. Dies wird gesagt, geschrieben und verbreitet. Aber meiner Ansicht nach wäre der Krieg ein Unglück. Ich spreche nicht im Namen der Brüderlichkeit, im Namen der Gefühle, welche mit der Politik nichts zu thun haben; ich spreche im Namen der Interessen. Die Erfahrung hat jenes Wort Montesquieu's bestätigt: „Die Männer des Krieges sind es, die Europa ruiniren werden." Der Krieg hat nie etwas genützt, nie eine Frage gelöst. Vergeblich würdet Ihr siegreich sein, vergeblich hättet Ihr Deutschland zurückgedrängt, den Rhein erobert. Nach dem Siege würdet Ihr weniger leicht entwaffnen können, als vor dem Kriege. Ihr würdet genöthigt sein, Eure Armee zu vergrößern, und die Unzufriedenheit der Welt würde nicht aufhören. Mithin erscheint der Krieg, meiner Meinung nach, als eine unpraktische, verderbliche Lösung, als ein unsicherer Ausweg. Die wahre Lösung ist der Friede, aber der Friede mit der Entwaffnung, der Friede mit der Freiheit, ohne welche der Friede weder glorreich, noch sicher ist."

In ähnlichem Sinne sprach er sich in seinem Buche: „le 19 Janvier" Paris 1867 aus:

Digitized by Google

Unterricht; Chevandier de Valdrome für das Innere; Louvet, Handel; Richard, schöne Künste; Talhouet, öffentliche Arbeiten; Marschall Le Boeuf, Krieg; Rigault, de Genouilly, Marine; Parieu, Minister-Präsident des Staatsrathes; Vaillant, Minister des kaiserlichen Hauses.

Als Programm des neuen Ministeriums bezeichnete Ollivier in seiner am 15ten Januar im Senat gehaltenen Rede: „Verschmelzung des Autoritätsprincips mit der Freiheit auf breitester Grundlage" und Daru erläuterte diese der Erläuterung allerdings bedürftige Phrase durch: „Nach Außen vollsten Frieden, nach Innen liberalen Fortschritt, gleichzeitig aber energischer Widerstand gegen Reactions- und Revolutionsgelüste und revolutionaire Tendenzen."

Das neue Ministerium wurde im In- und Auslande allseitig mit Befriedigung aufgenommen: — im Auslande, weil es den Frieden, im Inlande, weil es die Freiheit verhieß. Am 18ten Januar ertheilte die Legislative dem Ministerium mit 222 gegen 34 Stimmen ein Vertrauensvotum und bei der sanguinischen Natur der Franzosen konnte es nicht fehlen, daß man bereits in enthusiastischer Weise von einer neuen Aera des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes declamirte, die mit dem neuen Ministerium für Frankreich angebrochen sei.

Kältere Naturen erkannten freilich, daß, eine Versöhnung des Kaiserreiches mit der Freiheit unmöglich sei, und prophezeieten darum, daß auch diese neue mit soviel Eclat in Scene gesetzte „Krönung des Gebäudes," gleich allen früheren, im Sande verlaufen werde und daß die neue Aera höchstens nur zu einigen das Wesen des absoluten Regimentes nicht tangirenden Scheinconcessionen führen würde.

Offenbar hatte nicht Liebe zur Freiheit, sondern nur die Rücksicht auf seinen Sohn, Napoleon zu dem Entschlusse, ein mehr constitutionelles Regiment einzuführen, veranlaßt: — dasselbe

---

„Ich betrachte die deutsche Einheit als eine unwiderrufliche, vom Schicksal verhängte Thatsache, welche Frankreich ohne Gefahr und ohne Schwächung seiner selbst hinnehmen kann. Alles, was man gegen Preußen unternimmt, wird dessen Aufgabe, statt sie zu hindern, nur erleichtern; selbst ein neues Jena würde darin nichts ändern. Der Friede ohne jeden Hintergedanken, das ist die einzige gegenwärtige Politik, welche ich unterstützen kann."

sollte, für den Todtesfall, den Uebergang der Krone auf seinen Sohn erleichtern.

Die Sceptiker behielten Recht. Das aus Mitgliedern des rechten und linken Centrums zusammengesetzte Ministerium näherte sich mehr und mehr den Anschauungen der dynastischen Majorität, und namentlich legte Ollivier das die Welt überraschende und seinen Standpunkt bezeichnende naive Geständniß ab: „Mehr als die Freiheit, liebe ich den Kaiser!"

Einige Personalveränderungen in den Kreisen der höheren Verwaltung — z. B. des Seinepräsidenten Haußmann — und andere auf dem Administrativwege zu bewirkende Concessionen — Gestattung des Verkaufs der Journale auf den Straßen, Zulassung auswärtiger Zeitungen, Aufhebung der Censur der Telegramme, Aufhebung des Decrets vom 8ten December 1851, welches der Regierung das Recht gab, Personen, welche wegen Theilnahme an geheimen Gesellschaften verurtheilt worden, nach Cayenne oder Algier zu deportiren — waren darauf berechnet, den angekündigten constitutionellen Reformen in der öffentlichen Meinung einen günstigen Boden zu bereiten.

Der Zweck der Reformen war nach einem vom Kaiser unter dem 21sten März an Ollivier gerichteten Briefe: „die gesetzgebende Gewalt zwischen den beiden Kammern zu theilen und der Nation den Theil der constitutionellen Gewalt zurück zu geben, den sie dem Kaiser übertragen."

Zu diesem Zweck wurden das Ausnahmegesetz vom Jun 1852 und das berüchtigte Sicherheitsgesetz, deren Existenz mit der Idee eines constitutionellen Regimentes im schneidendsten Widerspruche stand, aufgehoben und dem Senat am 28sten März ein Beschluß unterbreitet, wonach die Artikel 19, 26—33, 35, 40, 41, 52, 57 und Paragraph 2 des Artikels 25 der Verfassung abgeschafft und durch Bestimmungen ersetzt wurden, welche darauf berechnet waren, die hervorragende Rolle, welche dem Senat in der Verfassung zugetheilt war, zu beschränken und denselben, die Befugnisse der Legislative gleichzeitig erweiternd, in die Stellung, welche in andern Ländern die erste Kammer einzunehmen pflegt, zu versetzen. Der Senat verlor seine Stellung als alleiniger Interpret der Verfassung und alleiniger Gesetzgeber Algeriens und der Colonien und büßte durch Aufhebung des

Digitized by Google

Art. 33 das in der Geschichte des Constitutionalismus gerade zu exorbitante Recht ein, „im Fall der Auflösung der Legislative und bei einer neuen Einberufung auf den Vorschlag des Staatsoberhauptes durch Maßregeln der Dringlichkeit Vorkehrung für alles zu treffen, was zum Gange der Regierung nothwendig ist,“ — also nicht blos Gesetze, sondern, unter Umständen, auch das Budget zu votiren. In Bezug auf die Verhandlungen des Senates wurde die Oeffentlichkeit hergestellt, falls dieselbe nicht durch den Antrag von mindestens fünf Mitgliedern ausgeschlossen wurde; den Präsidenten und Vicepräsidenten des Senates ernannte, nach wie vor, der Kaiser.

Der Legislativen wurde Mitwirkung bei allen Acten der Gesetzgebung zugestanden; sie gewann das Recht der Initiative, die eigene Wahl ihres Bureaus. Das Petitionsrecht konnte künftig sowol in Bezug auf die Legislative, wie in Bezug auf den Senat geltend gemacht werden.

Der aufgehobene Artikel 57 der Verfassung von 1852 bestimmte, daß die Maires von der obersten Staatsgewalt ernannt werden sollten; künftig sollte deren Ernennung zwar durch denselben Factor, aber nur aus der Zahl der Gemeindevertreter statt finden. Dies war der erste, wenn auch kleine Schritt zur Decentralisation.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese Verfassungsmodificationen einen wesentlichen Fortschritt bezeichneten, den man wenig Monate früher unter dem Kaiserthume geradezu für unmöglich gehalten haben würde. Gleichwol fand das Senatskonsult keineswegs jene enthusiastische Aufnahme, welche man hätte erwarten sollen. Die Bestimmungen der revidirten Verfassung über die Zusammensetzung des Senates und über das Plebiscit kühlten die anfängliche Begeisterung bis zum Gefrierpunkte ab.

Abgesehen von den Cardinälen, Marschallen und Admiralen, denen ihre Stellung ein Anrecht auf die Mitgliedschaft des Senates verlieh, wurden die Senatoren, nach wie vor, auf Lebenszeit vom Kaiser ernannt und zwar konnte die Zahl der Senatoren, die die Verfassung von 1852 auf höchstens 150 beschränkte, die Höhe von Zweidrittel der Zahl der Mitglieder der Legislative erreichen. Dank dieser seiner Zusammensetzung war also der eine Factor der Gesetzgebung, der Senat, nach wie vor,

ein willenloses Werkzeug in der Hand des Kaisers: — mit anderen Worten, die revidirte Verfassung machte Concessionen, ließ aber die absolute Gewalt des Kaisers ihrem Wesen nach unberührt.

Außerdem hielt die neue Verfassung das Recht des Kaisers, von den beiden constitutionellen Körperschaften, dem Senat und der Legislativen, jeden Augenblick an das Volk zu appelliren, aufrecht. Mithin konnte der Kaiser auf diesem Wege die Concessionen, die er gemacht, auch wieder zurück ziehen, und diese Gefahr erschien, wenn man sich anders des Gebrauches erinnerte, den das französische Volk bei früheren Abstimmungen von seiner Souverainität gemacht, keineswegs illusorisch; neue Verfassungsänderungen konnten ohne dies nur auf Antrag des Kaisers und auf dem Wege des Plebiscits durchgeführt werden.

Der Senat nahm das Consult am 20sten April mit einigen größten Theils nur redactionellen Modificationen an: — nur die Bestimmung, daß die Zahl der etwa neu zu ernennenden Senatoren in einem Jahre zwanzig nicht übersteige und daß die Wahl derselben auf entweder der Armee, der Justiz, der Verwaltung, der Diplomatie, der Legislative, oder einer Classe des Instituts angehörige Persönlichkeiten beschränkt wurde, war neu und von principieller Bedeutung.

Einer Genehmignng des Senatsconsultes durch die Legislative bedurfte es nicht, da, nach der Verfassung von 1852, der Senat bei Modificationen der Verfassung allein competent war.

Der Kaiser wollte die beschlossenen Verfassungsänderungen durch ein allgemeines Plebiscit sanktioniren lassen. Es liegt außer dem Zwecke unserer Arbeit, hier zu untersuchen, ob, wie die Einen behaupteten, das Plebiscit eine sich aus der Geschichte und der Verfassung des zweiten Kaiserreiches ergebende rechtliche Nothwendigkeit, oder vielmehr, wie die Anderen wollten, ein gegen die Legislative gerichtetes Attentat war: — da die Mitglieder der Legislative auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes gewählt worden waren, so waren sie die gesetzlichen Bevollmächtigten der Wähler; ein directer Appel an die Wähler erschien in diesem Sinne mithin als eine Mißachtung sowol der Bevollmächtigten, wie der ihnen ertheilten Vollmacht.

Die Plebiscitfrage erregte nicht nur Spaltungen im Cabinet, — Daru, Talhouet und Buffet, die liberalsten Mitglieder

Digitized by Google

desselben, reichten ihre Entlassung ein — sondern auch leidenschaftliche Debatten im gesetzgebenden Körper und eine tief einschneidende Aufregung in allen Schichten der Bevölkerung.

Für Napoleon war das Plebiscit zugleich ein Fühler und eine Waffe. Ein Fühler, indem derselbe ihm über die Stärke seines Anhanges Auskunft verschaffen und ihn demgemäß in den Stand setzen mußte, seine Position zu nehmen. Fiel das Plebiscit, wie kaum zu zweifeln war, wenn anders Präfecten und Maires, Gendarmen und Policei, die subventionirten Journale und der Clerus die auf sie gesetzten Erwartungen erfüllten, für ihn günstig aus, so war dasselbe allerdings eine Verstärkung nicht nur seiner persönlichen Stellung, sondern, für den Fall seines Todes, auch seiner Dynastie, und wurde außerdem für ihn zur Waffe, womit er dem Drängen nach weiteren Concessionen begegnen und dadurch vom absoluten Regiment so viel retten konnte, wie möglich.

Natürlich machte die Regierung gegenüber dem Plebiscit die ungeheuersten Anstrengungen, die Bevölkerung in ihrem Sinne zu bearbeiten. Alle Präfekten wurden nach Paris beschieden, um sich von Herrn Conti, dem Privatsekretair des Kaisers, Instructionen zu holen, wie sie ihrer Seits auf ihre Unterbeamten einzuwirken hätten. Alle Beamte, die Schulmeister mit einbegriffen, wurden zu kaiserlichen Wahlagitatoren gepreßt; die in Rom auf dem Concil weilenden Bischöfe ermahnten die ihnen untergebenen Pfarrer, sich — natürlich im Sinne der Regierung — an den Wahlen zu betheiligen. Die Policei entdeckte ein — ob wirkliches, ob fingirtes, mag dahin gestellt sein, — gegen das Leben des Kaisers gerichtetes Complott, was die Regierungspresse trefflich auszubeuten verstand, um dem Bon Bourgeois einen heilsamen Schrecken vor dem rothen Gespenst einzuflößen, was die kaiserliche Regierung bisher zu beschwören verstanden. Aus Algier wurden neue Siege über schon zwanzigmal unterworfene Stämme gemeldet, damit es ja dem Kaiserthume auch bei dieser Gelegenheit an der nöthigen „Gloire" nicht fehle. Zum Ueberfluß erhielt jeder einzelne Wähler in ganz Frankreich noch folgenden mit der autographirten Unterschrift des Kaisers versehenen Brief:

„Franzosen!

Die Verfassung von 1852, welche kraft der Gewalt, welche Ihr mir verliehen hattet, erlassen und mit 8 Millionen Stimmen, durch welche das

Kaiserreich wieder hergestellt wurde, ratificirt wurde, hat Frankreich achtzehn Jahre der Ruhe und des Gedeihens verschafft, welche nicht ohne Ruhm waren. Je mehr die öffentliche Sicherheit sich befestigte, ein desto größerer Spielraum wurde der Freiheit gewährt. Aber die nach und nach eingetretenen Veränderungen haben die auf dem Plebiscit beruhenden Grundlagen der Verfassung berührt, welche nicht ohne Berufung an die Nation modificirt werden können. Es wird daher unerläßlich sein, daß das neue constitutionelle Uebereinkommen ebenso vom Volke gebilligt werde, wie es früher bei den Verfassungen der Republik und des Kaiserreiches geschehen ist. In diesen beiden Zeitpunkten glaubte man, so wie ich selbst es heute glaube, daß Alles, was ohne Euch geschiehet, ungesetzlich sei. Die Verfassung des kaiserlichen und demokratischen Frankreichs hat die Fundamentalbestimmungen auf eine kleine Anzahl zurückgeführt, welche nicht ohne Eure Zustimmung geändert werden können. Ich wende mich an Euch Alle, die Ihr seit dem 10ten December 1848 alle Schwierigkeiten überwunden, mich an Eure Spitze zu stellen, an Euch, die Ihr mich seit 22 Jahren ohne Unterlaß durch Eure Abstimmungen stark gemacht, durch Euren Beistand gestützt, durch Eure Liebe belohnt habt. Gebt mir einen neuen Beweis Eures Vertrauens. Wenn Ihr bei der Abstimmung Euer bejahendes Votum abgeben werdet, so werdet Ihr die Drohungen der Revolution beschwören. Ihr werdet Ordnung und Freiheit auf eine sichere Grundlage stellen und Ihr werdet für die Zukunft die Uebertragung der Krone an meinen Sohn erleichtern. Ihr habt mir vor achtzehn Jahren fast einstimmig die ausgedehnteste Gewalt übertragen, vereinigt Euch heute eben so zahlreich, um der Umgestaltung der kaiserlichen Regierung zuzustimmen. Eine große Nation kann nur dann ihre volle Entwickelung erlangen, wenn sie sich auf Einrichtungen stützt, welche zugleich die Dauerhaftigkeit und den Fortschritt verbürgen. Man hat gefordert, daß ich mich an Euch wende, um die in den letzten Jahren vollzogenen liberalen Reformen von Euch genehmigen zu lassen; antwortet mit Ja!

Ich werde im Glauben an mich selbst in Eure Gedanken eindringen, mich an Eurem Willen stärken und, auf die Vorsehung vertrauend, nicht aufhören, unermüdlich an dem Wohlstande und der Größe Frankreichs zu arbeiten.

Paris, den 23ten April 1870. Napoleon."

Ein ganzes Corps von Unterofficieren war in Paris mit dem Schreiben der acht Millionen Adressen dieser kaiserlichen Briefe beschäftigt. *)

*) Als Pendant zu dem kaiserlichen Briefe folge hier das Manifest der Linken:

„Mitbürger!"

„Der zweite December hat Frankreich unter das Joch eines einzigen Mannes gebeugt. Heute ist das persönliche Regiment durch seine Früchte gerichtet. Die Erfahrung hat es verurtheilt und die Nation verabscheuet es.

Digitized by Google

Die durch das Plebiscit zu entscheidende Frage lautete: „Genehmigt das französische Volk die seit 1860 durch den Kaiser unter Mitwirkung der großen Staatskörper bewerkstelligten liberalen Reformen und den Senatusconsult vom 20sten April 1870?“

Bei den letzten Wahlen gab das französische Volk laut seinen souverainen Willen kund, daß es das persönliche Regiment durch die Regierung des Landes durch das Land ersetzt wissen will. Verwirklicht die neue Verfassung, über welche die Gewalt Euch zur Abstimmung beruft, diesen nationalen Wunsch? Nein, die neue Verfassung stellt die Regierung des Landes durch das Land nicht her. Sie bietet uns nur den Schein davon. Das persönliche Regiment ist nicht vernichtet. Es behält seine furchtbarsten Vorrechte in alter Weise. Es existirt, nach wie vor, nach Außen hin durch das Recht, Verträge abzuschließen und Krieg zu erklären, ein Recht, von welchem es in den letzten funfzehn Jahren ein dem Vaterlande so verhängnißvollen Gebrauch gemacht hat; nach Innen hin durch das persönliche Regiment des Staatsoberhauptes, mit Hülfe von Ministern, die es ernennt, eines Staatsrathes, den es ernennt, eines Senates, den es ernennt, eines gesetzgebenden Körpers, den es durch die officiellen Candidaturen und durch den Druck der Administrativbehörden ernennen läßt, durch den Oberbefehl über die bewaffnete Macht, durch die Ernennungen für alle Staatsämter, durch eine übermäßige Centralisation, die alle organisirten Kräfte des Landes ihm zur Verfügung stellt, welche die Autonomie der Gemeinden confiscirt und welche der Bevölkerung nicht einmal das Recht läßt, ihre städtischen Behörden zu wählen.

Schließlich, um dieses Gebäude kaiserlicher Allgewalt gleichsam zu krönen, überläßt die neue Verfassung der ausschließlichen Initiative des Staatsoberhauptes das Recht, welches wesentlich jedem freien Volke inne wohnt, seine Verfassungs-Grundlagen, wenn ihm dies nöthig erscheint, umzugestalten. Gleichzeitig überläßt sie der Regierungsgewalt allein das cäsarische Recht, an die Nation zu appelliren, was nicht anders ist als eine beständige Drohung des Staatsstreiches. Das ist die Constitution, die man Euch vorschlägt. Es ist Eure Abdankung, die man verlangt. Wollt Ihr sie unterschreiben? Wollt Ihr die unbeschränkten Vollmachten des Kaiserthumes erneuen? Wollt Ihr das persönliche Regiment unter dem lügnerischen Schilde des parlamentarischen Systemes stärken? Wenn Ihr das wollt, so stimmt mit „Ja.“ Doch wenn Ihr der Lehren der Geschichte eingedenk, wenn Ihr weder die achtzehn Jahre der Unterdrückung, der Schmähung der Freiheit, noch Mexico, noch Sadowa, noch die um fünf Milliarden angewachsene Schuld, noch die zwei Milliarden übersteigenden Budgets, noch die Aushebung, noch die hohen Steuern, noch die hohen Altersklassen vergessen habt, so könnt Ihr nicht mit „Ja“ abstimmen. Denn alle diese Leiden, welche Frankreich lange Zeit hindurch nicht verwinden wird, sind vor achtzehn Jahren aus zwei Volksabstimmungen entsprungen, gleich der, zu welcher man Euch heute aufruft. Denn heute, wie damals, ist es eine Vollmacht, die man Euch abverlangt, ist es die Entäußerung Eurer Souverainität, die Auslieferung des Volksrechtes in die Hände

Da Napoleon in seinem oben mitgetheilten Schreiben das „Ja" als ein persönliches Vertrauensvotum forderte, so mußte das „Nein" selbstverständlich die Bedeutung eines persönlichen Mißtrauensvotums haben. Kein Wunder daher, daß die Agitation in der Plebiscitfrage von allen Partheien mit einer bis dahin unerhörten Leidenschaftlichkeit und Schärfe geführt wurde.

Der als gründlicher Kenner der deutschen Sprache und Literatur auch in Deutschland bekannte Nefftzer kritisirte das kaiserliche Schreiben im „Temps" und erklärte, daß, wenn er sich entschließen könnte, das Plebiscit als ein ernsthaftes Unternehmen zu betrachten, das Schreiben ihn bestimmen würde, nein zu sagen, zehn, hundertmal nein, wenn er könnte. „Das Schreiben ist die Rückforderung der persönlichen Gewalt, bescheiden in der Form, aber absolut dem Wesen nach."

Crampon, Redacteur der „Finance", eine sonst im Rufe politischer Mäßigung stehende Persönlichkeit, sandte dem Agitations-Comité der Linken 5000 Francs mit einem vom „Rappel" abgedruckten Schreiben, worin er sagt: „Diejenigen, welche das Ende der achtzehnjährigen Schande wollen, sind keine Patagonier; das „Ja" bedeutet nichts weiter als die Zustimmung zu achtzehn Jahren Despotismus, zu achtzehn Jahren blutiger und burlesker Phantasieen eines Träumers im Kaisermantel, zu achtzehn Jahren Verschwendung der Finanzen, die einen Abgrund gegraben, dessen ganze Tiefe man erst später erkennen wird."

---

eines Mannes und einer Familie, die Confiscation der unveräußerlichen Rechte, der künftigen Generation. Im Namen der Volkssouverainität und der nationalen Würde, im Namen der Ordnung und des socialen Friedens, die sich allein im Schooße einer freien Demokratie durch die Versöhnung der verschiedenen Interessen und Gesellschaftsklassen herstellen lassen, verwerfet durch Euer Votum die neue Verfassung. Protestirt durch Abstimmung mit „Nein," durch das Votum mit unbeschriebenem Zettel und selbst durch die gänzliche Enthaltung; alle diese Arten des Protestes nützen der Freiheit. Wir stimmen, was uns betrifft, entschlossen mit „Nein" und wir rathen Allen, das Gleiche zu thuen.

Unterzeichnet: Arago, Bancel, Cremieux, Dessaux, Dorian, Esquiros, J. Ferry, Gagneur, Gambetta, Garnier-Pagès, Girault, Glais-Bizoin, Grevy, Magnin, Ordinaire, Pelletan, Simon, sämmtlich Mitglieder der Legislativen, und Delescluze, Duportal, Jourdan, Lavertujon, Lefranc, Peyrat, Ulbach, E. Veron, Delegirte der demokratischen Presse in Paris und den Departements.

Digitized by Google

Der Italiener Cernuschi stellte dem eben erwähnten Comité 100,000 Francs zu und wurde dafür polizeilich ausgewiesen, was ihn veranlaßte, das Comité nochmals mit einer gleichen Summe zu beschenken. Die Mitglieder des Comités der Linken, darunter Favre, erhoben gegen Cernuschi's Ausweisung Protest.

Nicht nur die Republikaner, nein auch die Orleanisten und Legitimisten erhoben sich und agitirten entweder für Abstimmung mit „Nein," oder Abgabe weißer Stimmzettel resp. Enthaltung, von der Wahl. Preßprocesse waren an der Tagesordnung, eben so Auflösung politischer Versammlungen. Die Aufregung führte zu Tumulten, nicht nur in Paris, — wo allein 558 Personen verhaftet wurden, — sondern auch in allen größeren Städten Frankreichs: Havre, Bordeaux, Marseille, Toulouse 2c.

Der 8te Mai war der Tag der Abstimmung.

Und das Resultat?

Es stimmten	mit Ja	— mit Nein
in Frankreich Civilpersonen . . .	7,016,227	1,495,144.
Armee von Frankreich	249,492	40,181.
Marine	23,759	5,874.
Civilbevölkerung Algeriens	10,791	13,481.
Armee von Algier	30,165	6,029.
	Sa. 7,330,434	1,560,709.

Die Zahl der ungültigen Stimmtettel belief sich auf 112,975.

Das Ergebniß des Plebiscits war allerdings ein Sieg des Kaisers, der aber zugleich, verglichen mit dem Ausfall der früheren Abstimmungen, ein bedenkliches Wachsen der dem Kaiserthume feindlichen Elemente constatirte. Wie bei den Wahlen zur Legislative, so hatten auch jetzt das platte Land für, die größeren Städte gegen die Regierung gestimmt. In Paris stimmten 111,363 mit ja, 156,377 mit nein; im ganzen Seine-Departement 139,598 mit ja, 184,946 mit nein; in Toulouse 9112 mit ja, 12,534 mit nein; in Bordeaux 10,127 mit ja, 18,469 mit nein; in Nantes 6,463 mit ja, 10,185 mit nein; in Lyon 22,294 mit ja, 35,769 mit nein; Lille 8,495 mit ja, 8,793 mit nein; Brest 2,436 mit ja, 5,595 mit nein 2c.

Am bedenklichsten aber war es, daß 52,084 Soldaten des Heeres und der Marine, das heißt fast der sechste Theil der gesammten bewaffneten Macht Frankreichs, mit nein gestimmt hatten.*)

Nach dem Plebiscit legte sich die Aufregung, ohne daß jedoch darum die Zufriedenheit in die Gemüther einkehrte.

---

*) Den Unterofftzieren und Soldaten, welche im Kreise ihrer Kameraden für Abstimmung mit „Nein" agitirt hatten, bekam die Sache übrigens ziemlich übel: — sie wurden theils degradirt, theils nach Algier versetzt. —

Nicht minder bedenklich als das Resultat der Abstimmung der Armee war die Abstimmung der Pariser Bevölkerung. Paris, was so viele Regierungen gestürzt, beherrscht Frankreich. Darum hatte Napoleon III. auch stets gesucht, die Sympathieen der Masse der Pariser Bevölkerung für sich zu gewinnen und zu diesem Zwecke selbst Maßregeln nicht gescheuet, welche allen wirthschaftlichen Gesetzen in das Gesicht schlugen.

Hier nur ein Beispiel: — Durch Dekret vom 27sten December 1853 wurde in Paris, um den Arbeitern billiges Brot zu verschaffen, eine Caisse de la Boulangerie (Bäckerkasse) in das Leben gerufen. Durch Zuschüsse aus dieser Kasse sollten die Bäcker in den Stand gesetzt werden, das Brot billiger zu verkaufen, als es den Getreidepreisen nach sein würde, um dann die Vorschüsse in der Weise zu decken, daß sie in billigen Zeiten umgekehrt das Brot theurer verkauften, als die Getreidepreise erforderten. Bei Lichte besehen war die Gründung dieser Casse seitens der kaiserlichen Gewalthaber nichts als der alberne, weil unmögliche Versuch, das wirthschaftliche Gesetz, wonach das Verhältniß zwischen Angebot und Nachfrage den Preis aller Dinge bestimmt, für Paris aufzuheben und dort den Preis des Brotes polizeilich zu fixiren. — Und wenn diese Maßregel gut, wenn sie ausführbar war, warum beschränkte sie sich nur auf Paris? Warum wurde sie nicht auf Gesammt-Frankreich ausgedehnt? Hatten die feiernden Arbeiter von Sedan oder Mühlhausen geringere Ansprüche auf die Fürsorge der Staatsgewalt, geringere Ansprüche auf billiges Brot als die Arbeiter von Paris? — Diese Maßregel war einfach ein Produkt der Furcht. Die kaiserlichen Gewalthaber fürchteten, daß die in Folge der Geschäftsstockung feiernden und in Folge der Theurung hungernden Arbeiter von Paris eines schönen Tages in die Straßen hinabsteigen, dieselben verbarrikadiren und dem Kaiserthume mit allen seinen Satelliten ein Ende bereiten könnten. Um dieser Eventualität zu begegnen, suchte man in Paris, allen wirthschaftlichen Gesetzen zum Hohn, durch die Caisse de la Boulangerie eine künstliche Billigkeit des Brotes zu erzeugen, war dabei aber klug genug, der Stadt Paris, welche die Bäckerkasse dotiren mußte, die Kosten dieser Furcht bezahlen zu lassen. Die Kasse zahlte den Bäckern aus dem Stadtsäckel monatlich zwischen 4 und 5 Mill. Francs, bis der Fond erschöpft war. Der Plan, die Kasse später durch Erhöhung der Brodpreise über deren normale Höhe wieder zu füllen, erwies sich, wie vorauszusehen, als unausführbar.

Digitized by Google

Den Bonapartisten pur sang gingen die gemachten Concessionen zu weit und sie weissagten daraus den Sturz des Kaiserthumes; den Liberalen aller Schattirungen erschienen dieselben ungenügend.

„Ein Mann," klagt das „Siècle", „bemächtigt sich am 2ten December 1851 der Dictatur: zuerst denkt er an sich selbst, das ist sehr einfach; er ist Präsident einer Scheinrepublik, er will mehr oder weniger sein, er wird Kaiser mit einem Hofe, mit Kammerherren, Stallmeistern. Sehr gut! An 20 Jahre vergehen; dieser Mann, der Alles konnte, hat nichts gethan. Alle geistigen und materiellen Interessen liegen darnieder, das Elend ist groß, die Unwissenheit noch größer; 1869 erwachte Frankreich, es sagt sich, daß man mit der Hälfte der Millionen, die thöricht durch die Expedition nach Mexico verschlungen wurden, in jeder Gemeinde eine Schule hätte gründen können, es fordert die ihm entrissenen Freiheiten zurück. Es protestirt gegen ein persönliches Regiment, welches sein Werk ist. Die Plebiscitfrage wird gestellt und 7,300,000 Stimmen geben dem Kaiserthum eine Wiedergeburt. Ist dieses Votum, das durch die Mittel, die man kennt, erlangt wurde, ein Anreiz geworden, geht das Kaiserthum aus dieser neuen Lage so hervor, das es die verlorne Zeit einholt? . . . Nein! Ob sie durch Ollivier oder durch Rouher vertreten ist, die persönliche Gewalt bleibt stabil . . . In der auswärtigen Politik ballen sich die drohendsten Fragen auf. Das Einverständniß Preußens und Italiens für den Bau der Gotthardbahn schafft Schwierigkeiten, die unsere Nationalehre und unsere Handelsinteressen aufs Spiel setzen. Dann kommt Rom, „dessen Concil selber das Concordat zerreißt." Kurz, wohin sich die Blicke wenden, im Innern und im Auslande, Alles ist düster und die Regierung zieht uns ohne Compaß, ohne Idee, ohne ein anderes System, als das der Unterdrückung und der Furcht, auf einem stürmischen Meere hinter sich her."

Am 15ten Mai fand eine theilweise Erneuerung des Ministeriums statt, indem, an Stelle der ausgeschiedenen Daru, Buffet und Talhouet, für das Auswärtige Grammont, für die öffentlichen Arbeiten Plichon, Mège für den Unterricht in das Ministerium traten; — Segris vertauschte das Portefeuille des Unterrichtes mit dem der Finanzen.

Digitized by Google

Die einzige Persönlichkeit, deren Eintritt in das Ministerium man eine politische Bedeutung beizulegen geneigt war, war der Herzog von Grammont — der neue Minister des Auswärtigen. Im Jahre 1819 geboren und mit dem nur ein Jahr jüngeren Herzoge von Bordeaux erzogen, trat Alfred Antoine Agenor Herzog von Grammont — bei Lebenszeiten seines Vaters Herzogs von Guiche genannt — zuerst in den Militairdienst, widmete sich indessen später der diplomatischen Laufbahn. Nach der Februarrevolution schloß er sich, den empfangene Wohlthaten persönlich an den älteren Zweig der Bourbons hätten fesseln müssen, mit Ostentation an Louis Napoleon an und fungirte als französischer Gesandter erst in Kassel, dann in Stuttgart, endlich in Turin. In gleicher Eigenschaft nach Rom versetzt, hatte er die nicht gerade beneidenswerthe Aufgabe, alle Tergiversationen der Napoleonischen Politik in der römischen Frage zu vertreten, bis 1861 seine Versetzung auf den Gesandtschaftsposten in Wien seine in Rom geleisteten Dienste belohnte. Im Jahre 1866 hatte er zu denen gehört, welche eine französische Intervention zu Gunsten Oestreich's gefordert, und man wußte, daß er auch seitdem dem östreichischen Interesse ergeben geblieben. Wenn sich daher an den Eintritt des Herzogs von Grammont in das Ministerium naturgemäß die Befürchtung knüpfte, das reconstituirte Cabinet möchte eine Preußen feindliche Politik verfolgen, so beeilte sich die officieuse französische Presse diese Befürchtung zu widerlegen.

„Die Vorliebe für eine antipreußische Politik" — erläuterte „La France" — „ist heute eben so wenig zu besorgen, als am 2ten Januar eine Vorliebe für eine antiöstreichische Politik mit einem Cabinetschef wie Ollivier, dessen der deutschen Einheit günstige Ansichten genügend bekannt sind. Der Herzog von Grammont tritt mit der ganzen Erfahrung eines Mannes, der seit zehn Jahren bei den wichtigsten Ereignissen der Politik betheiligt gewesen, an die Geschäfte heran und weiß sehr wohl, daß gegenwärtig weder der östreichische, noch der preußische Standpunkt die Leitung unserer Politik bestimmen darf, sondern einzig und allein der französische. Der französische Standpunkt aber ist die Aufrechthaltung des Friedens und sogleich die Aufrechthaltung der Bedingungen des Friedens. Freimüthig und ent-

Digitized by Google

schieden liberal im Innern, ist unsere Politik nach Außen hin wesentlich conservativ; ja sie vermeidet selbst den Schein alles dessen, was geeignet wäre, die Interessen, um deren Aufrechthaltung es sich handelt, nicht zu gefährden, sondern selbst nur zu stören. Der Herzog von Grammont ist, mehr als Jemand, von dieser Nothwendigkeit durchdrungen, und die Richtung, die er den Geschäften aufdrücken wird, läuft nicht Gefahr, sich durch besondere Bewegung, sei es nach Wien, sei es nach Berlin hin, zu verirren."

Wenn nun auch auf Friedensversicherungen officieuser französischer Journale wenig Gewicht zu legen war, so erhielt doch die Aussicht auf den Frieden eine neue Bürgschaft durch die Art und Weise, in welcher Ollivier sich am 30ten Juni gelegentlich der Debatten über das Budget des Kriegsministeriums aussprach:

„Wohin man auch blickt," sagte er, „nirgends kann man eine Frage entdecken, die eine Gefahr bergen könnte; überall haben die Regierungen begriffen, daß die Verträge geachtet werden müssen, namentlich die beiden Verträge, auf denen der Friede Europa's ruhet: nemlich der Pariser Vertrag von 1856, der für den Orient, und der Prager Vertrag von 1866, der für Deutschland den Frieden sichert."

Auch der Kriegsminister, Le Boeuf, sprach sich im friedlichen Sinne aus, und — was mehr werth war — beantragte eine Herabsetzung des Jahrescontingentes von 100,000 auf 90,000 Mann.

Das seit Jahren mit fortwährenden Kriegsbefürchtungen geängstigte Europa athmete hoch auf und überließ sich dem leider nur kurzen Traume eines gesicherten Friedens.

Wer hätte nach dieser friedlichen Versicherung des französischen Premier an einen Krieg glauben sollen? Und doch stand er vor der Thür, und zwar sollte dasselbe Spanien, dessen Revolution kaum achtzehn Monat früher als Ableiter eines schon damals von Frankreich gegen Preußen geplanten Krieges gedient, jetzt zwar nicht die Veranlassung, sondern den Vorwand dazu geben

Spanien hatte sich nemlich nach Verjagung der Königin Isabella für Beibehaltung der Monarchie entschieden, und die spanischen Staatsmänner sahen sich nun für den verwaisten Thron der Bourbons nach einem Könige um. Der alte General Espartero,

der während der Minderjährigkeit Isabella's an der Spitze der Regentschaft gestanden, lehnte ab; ebenso wenig waren Don Fernando, der Vater des regierenden Königs von Portugal, so wie dieser Letztere selbst, geneigt, die Erbschaft der Bourbons anzutreten. Der Herzog von Montpensier, Sohn des früheren Königs Louis Philippe von Frankreich und Schwager der vertriebenen Königin Isabella, speculirte zwar stark auf den Thron, hatte aber doch persönlich zu wenig Sympathieen unter der Masse der Bevölkerung, außerdem wußte man, daß Napoleon III. sich der Thronbesteigung eines Orleans aus allen Kräften widersetzen würde. Die provisorische Regierung faßte daher zunächst den Herzog von Aosta, den zweiten Sohn Victor Emanuels, später den Herzog Thomas von Genua, den erst sechszehnjährigen Neffen Victor Emanuels und Enkel des Königs von Sachsen, in das Auge. Da indessen die dieser Candidaturen wegen mit der italienischen Königsfamilie angeknüpften Unterhandlungen sich zerschlugen, so ernannten die Cortes einstweilen den Marschall Serrano zum provisorischen Regenten Spaniens, ohne daß jedoch die spanische Regierung, namentlich Prim, der Kriegsminister und Generalcapitain der gesammten spanischen Armee, das Suchen nach einem Könige für die spanische Nation aufgaben.

Da lud Prim unter dem 28sten Mai 1870 die Mitglieder der Cortes zum 11ten Juni durch Circularschreiben zu einer Versammlung ein, in welcher derselbe den Cortes eröffnete, daß er jetzt einen zur Annahme des spanischen Thrones bereiten Candidaten gefunden, der katholisch und von königlicher Abstammung und in seiner Person alle Eigenschaften vereinige, seine Wahl für Spanien wünschenswerth zu machen.

Wenn Prim seinen Candidaten auch nicht nannte, so wußte doch alle Welt, daß darunter nur der Prinz Leopold von Hohenzollern, ältester Sohn des als preußischer General in Düsseldorf lebenden Prinzen Anton von Hohenzollern-Sigmaringen und Bruder des Prinzen Carl von Rumänien, gemeint sein könne. Deutsche, englische und auch französische Journale hatten schon vor Monaten von der Throncandidatur des Prinzen von Hohenzollern gesprochen und Otway, Unterstaatssecretair des Auswärtigen, erklärte im Unterhause, daß dieselbe in diplomatischen Kreisen für Niemand ein Geheimniß gewesen. Nur die franzö-

Digitized by Google

fische Regierung nahm, um die Welt zu dem Glauben zu veranlassen, daß es sich in dieser Angelegenheit um eine gegen Frankreich gerichtete preußische Intrigue handle, die Miene an, als sei sie von den zwischen dem Marschall Prim und dem Prinzen Leopold gepflogenen Verhandlungen nicht unterrichtet gewesen und habe von denselben erst durch die Madrider Journale „El Tiempo“ und „Epoca“ Kunde erhalten.

Im ganzen übrigen Europa nahm man die Nachricht von der Throncandidatur des Prinzen von Hohenzollern mit größtem Gleichmuthe auf; — nur in Frankreich schlug man Lärm.

Am 4ten Juli brachte der als officiös bekannte „Constitutionnel“ einen Artikel, der, in alle Zeitungen übergehend, in ganz Europa ein ungeheures Aufsehen machte:

„Aus Mittheilungen, welche uns vertrauenswürdig scheinen, erhellt, daß Agenten des Marschalls Prim sich jüngst nach Preußen zu dem Prinzen von Hohenzollern begeben haben, um ihm die spanische Krone anzutragen, die Se. Hoheit angenommen habe. Wir wissen noch nicht, ob der Marschall Prim bei diesem Schritte in seinem persönlichen Namen handelte, oder ob er von den spanischen Cortes, oder dem Regenten irgend ein Mandat erhalten hatte. Auch wollen wir weitere Nachrichten abwarten, um ein Ereigniß zu würdigen, dessen Bedeutung Niemand entgehen kann. Wenn der Marschall, wie Alles vermuthen läßt, ohne Mandat gehandelt hat, so beschränkt sich dieser Zwischenfall auf die Verhältnisse einer Intrigue; wenn dagegen die spanische Nation diesen Schritt bestätigt, oder anräth, so müssen wir ihn vor Allem mit der Achtung in's Auge fassen, welche der Wille einer ihre Geschicke regelnden Nation einflößt Aber bei aller Hochachtung vor der Souverainetät des spanischen Volkes, welches in diesem Falle der einzig competente Richter ist, könnten wir ein Gefühl des Erstaunens nicht unterdrücken, wenn wir das Scepter Carl's V. einem preußischen Prinzen, dem Enkel einer Prinzessin aus der Familie Murat, deren Namen nur durch traurige Erinnerungen an Spanien geknüpft ist, anvertraut sähen.“ *)

*) Ueber die Entstehung dieses Artikels cursirte in Paris, daß der Herzog von Grammont am 3ten Juli Nachmittags plötzlich einen der im Preßbureau arbeitenden Publicisten requirirt. Da es Sonntag, so war keiner derselben im Bureau anwesend und Giraudeau, der Chef des Preßbureaus, mußte von einer Landpartie nach dem Ministerium des Auswärtigen per Telegraph beschieden werden, worauf dann der Herzog in Gemeinschaft mit Giraudeau den obigen Artikel verfaßte. Obwol Giraudeau und einer der unterdessen gleichfalls herbeigerufenen Redacteure des Constitutionnel den Herzog von Grammont aufmerksam machten, daß die Erwähnung der Verwandtschaft des Prinzen Leopold mit dem Hause Murat das Nationalgefühl

Neben dem „Constitutionnel“ beschäftigten sich auch andere der Regierung mehr oder weniger nahestehende Journale, wie die „Patrie“, die „Opinion nationale“, die „France“, mit der Angelegenheit, und alle waren einig, in der fraglichen Throncandidatur ein direct gegen Frankreich gerichtetes Attentat, einen Versuch der preußischen Regierung zur Herstellung der Monarchie Carl's V. unter Hohenzollernschem Scepter zu sehen, dem Frankreich mit allen Kräften sich widersetzen müsse.

Am 5ten Juli kündigte der Abgeordnete Cochery im Corps legislatif eine Interpellation in der „spanischen Frage“ an, und diese Interpellation wurde schon für den folgenden Tag auf die Tagesordnung gesetzt; — Beweis genug, daß dieselbe Seitens des Herzogs von Grammont bestellt worden war: kaiserliche Minister pflegten es sonst mit der Beantwortung von Interpellationen nicht so eilig zu haben.

„Allerdings ist es richtig,“ beantwortete Grammont am 6ten Juli die Interpellation Cochery's, „daß der Marschall Prim dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone Spaniens angeboten und letzterer sie auch angenommen hat; aber das spanische Volk hat sich noch nicht ausgesprochen, und wir wissen auch noch nichts von den wirklichen Einzelheiten einer Unterhandlung, die uns bis jetzt verborgen war. Auch eine Diskussion würde jetzt kein praktisches Resultat haben. Wir bitten Sie, dieselbe zu vertagen. Wir haben nicht aufgehört, der spanischen Nation unsere Sympathieen zu bezeigen und alles zu vermeiden, was den Schein hätte haben können, als wollten wir uns irgendwie in die inneren Angelegenheiten einer edlen und großen Nation einmischen, die in voller Ausübung ihrer Souveränetät ist. In Bezug auf die verschiedenen Kronprätendenten sind wir nicht aus der strengsten Neutralität hinausgegangen und haben für keinen derselben jemals weder Vorliebe noch Abneigung bezeigt. Wir werden dieses Benehmen auch ferner beobachten; aber wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht einen

der Spanier nicht nur gegen den neuen Throncandidaten, sondern in noch stärkerem Maaße gegen Frankreich und die Napoleoniden erregen müsse, so bestand doch der Herzog von Grammont ausdrücklich auf Beibehaltung des betreffenden Passus.

Digitized by Google

ihrer Prinzen auf den Thron Karl's V. setzt und dadurch zu unserem Schaden das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas in Unordnung bringen (stürmischer Beifall) und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte (neuer Beifallssturm). Dieser Fall wird nicht eintreten; dessen sind wir ganz gewiß. Damit er nicht eintrete, zählen wir zugleich auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Sollte es anders kommen, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung, meine Herren, und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben."

Der Beifall, der dieser Erklärung Grammont's folgte, war ungeheuer, und die Aufregung so groß, daß die Sitzung eine halbe Stunde unterbrochen werden mußte.

Nur einige der Abgeordneten schienen zu begreifen, daß ein Minister sich vor den Kammern seines Landes nicht in dieser Weise äußern werde, wenn er anders nicht entschlossen sei, einen Krieg zu provociren.

Schneider, der Präsident der Kammer, wollte nach dieser Unterbrechung die auf der Tagesordnung stehende Budgetberathung wieder aufnehmen. Aber der Abgeordnete Picard protestirte gegen die Vertagung der Discussion über die Interpellation und verlangte vielmehr Vorlage aller auf die Throncandidatur des Prinzen Leopold bezüglichen Actenstücke, damit das Land nicht ohne Zustimmung der Kammer in neue Verwickelungen gerissen werde.

Hierauf erwiederte Chevandier, der Minister des Innern, daß die Regierung in dieser Angelegenheit weder weitere Erklärungen abzugeben noch auch darauf bezügliche Actenstücke mitzutheilen habe, worauf der alte Cremieux sich erhob und erklärte: Man müsse wissen, ob die wahre Lage Frankreichs der Friede, oder der Krieg sei; man könne Frankreich nicht engagiren, ohne seine Zustimmung, indessen sei zu befürchten, daß nach dieser Erklärung der Krieg sofort seinen Anfang nehmen würde. Er sehe nicht ein, wie man heute die Lage des Budgets kaltblütig ansehen könne und verlange, daß die Budgetkommission zusammentrete und daß derselben alle Dokumente über die Lage mitgetheilt werde, damit man wisse, ob das Kaiserreich im Frieden

bleibe, oder, trotz allen Friedensbetheuerungen, aufs neue in einen Krieg gerathen werde, und zwar in Krieg mit ganz Europa. Dagegen protestire er in seinem Namen und im Namen seiner Freunde. Er wolle den Frieden, freilich unter der Bedingung, daß der Krieg nicht erfordert werde durch die Ehre und Würde Frankreichs.

Auf diese Auslassung Cremieux hin ergriff Ollivier das Wort und erklärte, die Eröffnung des Herzogs von Grammont lasse keinen Zweifel darüber zu, ob die Regierung den Frieden wolle, oder den Krieg. Dieselbe wolle den Frieden, sie wünsche eifrigst den Frieden, aber mit Ehre. Ollivier ist überzeugt, daß die Erklärung Grammont's zum Frieden führen werde, weil jedesmal, wenn Frankreich sich fest in Recht und Gerechtigkeit ausspricht, man dem nicht widerspricht, was Frankreich ohne Uebertreibung und in den Grenzen seines Rechtes fordere. Die Kammer dürfe überzeugt sein, daß die Regierung nicht auf krummen Wegen auf ihr Ziel zusteuere; wenn dieselbe den Krieg wollte, so würde sie es frei heraus sagen. Sie wolle aber nicht den Krieg, wie sie laut erklärt, und werde Frankreich nicht engagiren, ohne den gesetzgebenden Körper in loyaler und directer Weise zu befragen. Die Kammer werde selbst beurtheilen, was sie zu thun habe, und falls das Ministerium das Vertrauen der Kammer nicht besitzen sollte, so werde die Kammer dasselbe stürzen und die Wahrung der Interessen Frankreichs werde dann Händen anvertraut werden, die die Kammer für würdiger halte.

Nachdem Ollivier unter lautem Beifall der Majorität geendigt, erhob sich Emanuel Arago und erklärte, er sei ganz der Ansicht Cremieux. Die Erklärung Grammont's enthalte, gelind gesagt, eine Unvorsichtigkeit. . . . .

Hier aber sah sich Arago durch lautes Geschrei der getreuen Majorität in seinen Auslassungen unterbrochen und eine Stimme rief ihm zu: „Sie haben also große Furcht?"

Arago: „Ich sage Ihnen nur, daß die Kammer gegenwärtig das Budget nicht wieder aufnehmen kann, nachdem der Minister soeben zwei Dinge gethan, nemlich den Prinzen von Hohenzollern zum Könige von Spanien ernannt und den Krieg erklärt hat."

In Preußen erregte der eben mitgetheilte Artikel des „Constitutionnel" und die Verhandlungen in der französischen Kammer

Digitized by Google

das Gefühl eines fast seltsamen Erstaunens; die Throncandidatur des Prinzen Leopold war in Preußen, den betreffenden Candidaten selbst und dessen Angehörige vielleicht ausgenommen, Jedermann sehr gleichgültig, und darum begriff Niemand, wie diese Angelegenheit ganz Frankreich in eine solche Aufregung versetzen könne; nur Wenige ahnten, daß hinter diesem Säbelgerassel der französischen Presse, an welches man sich im Laufe der Zeit bereits gewöhnt, der Krieg einherschreite, der Krieg in seiner furchtbarsten Gestalt.

Am 4ten Juli, also an demselben Tage, an welchem der bewußte Artikel im „Constitutionel" erschien, fand Le Sourd, der in Abwesenheit des in Wildbad weilenden Botschafters, Grafen Benedetti, die französische Gesandtschaft in Berlin vertrat, auf dem dortigen Ministerium des Auswärtigen sich ein, um den peinlichen Empfindungen Ausdruck zu geben, welche die Annahme der spanischen Throncandidatur Seitens des Prinzen Leopold in Paris erregt habe. Der Staatssecretair von Thile ertheilte dem französischen Geschäftsträger die Antwort, daß die Candidatur des Prinzen Leopold für die preußische Regierung nicht existire.

Staatssecretair Thile sprach die Wahrheit: die Throncandidatur des Prinzen Leopold existirte für die preußische Regierung wirklich nicht. Aus einer Brochure „El Candidato Oficial" des spanischen Staatsmannes Don Eusebio Salazar y Mazarredo, der bei den zwischen Prim und dem Prinzen Leopold gepflogenen Unterhandlungen als Vermittler gedient, erhellt, daß die preußische Regierung diesen Verhandlungen vollständig fern blieb, was durch eine Seitens des spanischen Ministers des Auswärtigen, Praxedos M. Sagasta, unter dem 7ten Juli an die auswärtigen Vertreter Spaniens gerichtete Depesche bestätigt wird. In dieser Depesche, in welcher Sagasta die spanischen Gesandten, zum Zwecke der Mittheilung an die Höfe, bei denen dieselben beglaubigt sind, davon in Kenntniß setzt, daß die spanische Regierung beschlossen, den Cortes die Wahl des Prinzen Leopold zum Könige vorzuschlagen, sagt derselbe ausdrücklich:

„Deshalb hat die Regierung Sr. Hoheit — des Regenten, des Marschalls Serrano — allein auf eigene Verantwortung gehandelt und sich direkt mit dem Prinzen Leopold in's Vernehmen gesetzt, ohne einen einzigen Augenblick daran zu denken, daß ihre

Ehre ihr gestatte, mit dem geringsten Einflusse eines fremden Cabinetes zu transigiren."

„Ich lenke ganz besonders die Aufmerksamkeit Ew. Excellenz auf diesen Punkt, weil viel darauf ankommt, zu constatiren, daß die Regierung des Regenten in dieser Angelegenheit nur ihren eigenen Regungen gefolgt ist, und daß kein nationales Interesse im Auslande und noch weniger ein ausländisches Interesse ihren Vorsitzenden im Verlaufe dieser Unterhandlung geleitet hat. Nur der Wunsch, den Willen der Nation ..... zu erfüllen, hat ihn bewogen, zur Bewerbung um den Thron Spaniens einen großjährigen Prinzen aufzufordern, der, freier Herr seines Handelns, durch verwandtschaftliche Beziehungen zu den meisten regierenden Häusern, ohne bei irgend einem derselben zur Thronfolge berechtigt zu sein, in dieser Stellung jeden Gedanken einer Feindseligkeit gegen irgend welche Macht ausschloß."

„Somit berührt die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen in keiner Weise die freundschaftlichen Beziehungen Spaniens mit den andern Mächten und kann und darf noch weniger die Beziehungen, welche dieselben unter sich haben können, berühren." .....

Daß Prim bei seiner Jagd auf einen König gerade auf den Prinzen von Hohenzollern seine Augen geworfen, hat derselbe wahrscheinlich seinen Familienverbindungen zu danken. Derselbe, am 22ten September 1835 geboren, Oberst à la suite des ersten preußischen Garderegimentes zu Fuß, ist nemlich seit dem 12ten September 1861 mit der Prinzessin Antonie von Portugal vermählt, also der Schwiegersohn Don Fernando's und der Schwager des regierenden Königs von Portugal, denen Beiden, wie bereits erwähnt, früher die spanische Krone geboten worden war. Nachdem nun auch die Verhandlungen mit dem italienischen Königshause sich zerschlagen, so war nichts natürlicher, als daß man jetzt sein Augenmerk auf den Schwiegersohn und Schwager der beiden ersten Throncandidaten richtete, da man diese selbst nicht zur Annahme bewegen konnte. Da Prinz Leopold, dessen Verwandtschaft mit dem preußischen Königshause sich auf eine angebliche Abstammung von einem gemeinschaftlichen, mehr der Sage als der Geschichte angehörigen Stammvater beschränkt, außerdem mit Napoleon III. in doppelter Beziehung blutsver-

Digitized by Google

wandt *), so zweifelte in Spanien Niemand daran, daß Leopold außerdem ein Napoleon sehr genehmer Throncandidat sein würde.

Die ersten Verhandlungen zwischen Prim und dem Prinzen Leopold fanden im Februar des Jahres 1870 statt. Auf eine vertrauliche Anfrage, welche Prinz Leopold an seinen Souverain, den König Wilhelm, richtete, um zu erfahren, wie derselbe über die ihm angetragene Throncandidatur denke, erhielt derselbe eine ihm von der Annahme des spanischen Thrones abrathende Antwort, worauf der Prinz auf die ihm zugedachte Ehre verzichtete. Später ließ sich jedoch Prinz Leopold durch die Vorstellung, daß Spanien, wenn es länger des Königs entbehre, unzweifelhaft neuen revolutionairen Stürmen entgegen gehen würde, zur Annahme der Candidatur bewegen und zeigte diesen seinen Entschluß dem Könige an, nicht um dessen Erlaubniß einzuholen, deren er ja nicht bedurfte, sondern, wie Salazar sich ausdrückt, como acto de cortesia, — als einfachen Act der Höflichkeit.

Wenn also auch König Wilhelm von den zwischen Prim und dem Prinzen Leopold gepflogenen Unterhandlungen, die zu einem vom Könige, wie wir gesehen, keineswegs gewünschten Abschlusse geführt, durch den Prinzen officiell unterrichtet war, so betrachtete er doch die ganze Angelegenheit, mit vollem Rechte, als eine die preußische Regierung nicht berührende Privatangelegenheit des Prinzen Leopold.

Nach dem Seitens Le Sourd's bei dem Staatssekretair von Thile gethanen Schritte brachte die Nord.-Allg.-Zeitung, das Organ des Grafen Bismarck, folgende Mittheilung:

„Das Auswärtige Amt hat den Vertretern des Bundes in Deutschland die Mittheilung zugehen lassen, daß die verbündeten Regierungen und insbesondere die königlich preußische sich jeder Einwirkung auf die spanische Königswahl und auf deren eventuelle Annahme oder Ablehnung durch einen der zu Wählenden bisher enthalten habe und auch ferner enthalten werde, indem sie diese Angelegenheit als eine ausschließlich Spanien und demnächst den gewählten Throncandidaten persönlich angehende jederzeit betrachtet nnd behandelt habe, wie das die Achtung vor der Unabhängigkeit Spaniens von selbst bedingt. Vorstehendes sei der kaiserlich französischen Regierung bekannt, wenn auch eingehendere und vertrauliche Erörterungen durch den Ton verhindert worden seien, in welchem diese Angelegenheit von Haus aus durch französische Minister öffentlich besprochen worden."

*) Prinz Leopold ist nemlich ein Enkel sowol der Großherzogin Stephanie von Baden, als auch einer Prinzessin Murat.

in welcher die preußische Regierung jede Solidarität mit der Throncandidatur des Prinzen Leopold entschieden von der Hand wies.

Abgesehen davon, daß heute die Geschichte der Völker nicht mehr durch dynastische Interessen bestimmt werden, — was hat z. B. dem Könige von Hannover seine Verwandtschaft mit der Königin von England genutzt? — so erhellt schon aus dem Verwandtschaftsgrade des Prinzen Leopold mit dem preußischen Königshause, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit unmöglich um ein dynastisches Interesse dieses Letzteren handeln konnte. Der Hinweis Gramont's auf die Monarchie Karl V., der so viele Kronen auf seinem Haupte vereinigte, war einfach lächerlich, denn da der Prinz Leopold, oder seine Nachkommen, in Bezug auf den preußischen Thron keine Successionsrechte besaß, so konnte schon aus diesem einen Grunde eine Vereinigung der preußischen und der spanischen Krone auf einem Haupte niemals statt finden.

Wie erwähnt, man begriff in Preußen die Aufregung nicht, in welche die Thronkandidatur des Prinzen Leopold die Pariser versetzte, noch weniger begriff man, daß die französische Regierung Preußen in dieser Angelegenheit behelligte. War das spanische Volk nicht eben so souverain, wie das französische, und mithin, gleich diesem, berechtigt, sich nach seinem Gefallen einen König zu wählen? Unter allen Menschen in der Welt war Napoleon III., der nur auf der Volkssouverainität fußte und im Jahre 1861 feierlich das Nichtinterventionsprincip als Richtschnur seiner Politik verkündigt hatte, am wenigsten berechtigt, die Ausübung dieses Rechtes den Spaniern streitig zu machen. Und wenn die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern ihm für seine Interessen bedrohlich erschien, warum wandte er sich an Preußen, statt an die beiden Betheiligten, den Prinzen Leopold, oder die spanische Regierung? Frankreichs Einfluß in Spanien war groß genug, daß der leiseste auf die spanische Regierung ausgeübte diplomatische Druck genügt haben würde, dieselbe zum Fallenlassen eines Napoleon mißfälligen Candidaten zu bewegen. Aber was konnte der König von Preußen thun, die Annahme der Krone Seitens des Prinzen von Hohenzollern, falls, wie doch noch zweifelhaft, die Wahl der Cortes ja auf ihn fiel, zu

Digitized by Google

verhindern? Weder seine Eigenschaft als Souverain, noch seine Eigenschaft als Chef des preußischen Königshauses, dem der Prinz nicht angehört, dessen Hausgesetzen er mithin auch nicht unterworfen ist, gaben dem Könige von Preußen das Recht, dem Prinzen Leopold die Annahme der spanischen Krone zu verbieten. Der Prinz war preußischer Staatsangehöriger und volljährig und hatte mithin das Recht eines jeden andern Preußen, sein Heil in Spanien zu versuchen, wenn dies ihm anders convenirte. Der einzige Mensch, der, kraft der Fürstlich Hohenzollernschen Hausgesetze, deren Aufrechthaltung der Art. 13 des Vertrages vom 7ten December 1849, in welchem die Hohenzollernschen Fürsten ihre Souverainitätsrechte auf Preußen übertrugen, ausdrücklich garantirte, das Recht gehabt haben würde, dem Prinzen Leopold die Annahme der spanischen Krone zu verbieten, das war, in seiner Eigenschaft als Chef des Hauses Hohenzollern-Sigmaringen, der Vater des Prinzen.

Indem also Napoleon sich mit seinen Beschwerden an die der ganzen Angelegenheit fern stehende preußische Regierung wandte, zeigte er, daß es ihm um einen Conflict mit Letzterer zu thuen sei, wozu die Thronkandidatur des Prinzen ihm einen jeden Falles willkommenen Vorwand geboten.

In Deutschland giebt es nicht, wie in Frankreich, eine Kriegsparthei: Jedermann wollte und verlangte den Frieden und sträubte sich darum, an die Möglichkeit einer Störung desselben zu denken. Daher war man hier weit entfernt, die in der Situation liegende Gefahr in ihrer ganzen Größe zu begreifen: nur Wenige erkannten, daß Frankreichs ganzes Verfahren direct auf Provocation eines Krieges hinaus laufe.

Auch im Auslande betrachtete man die Situation noch keineswegs als eine für den Frieden bedrohliche. „Observer" nannte die in der Candidaturfrage Seitens der preußischen Regierung beobachtete Haltung eine durchaus correcte und unangreifbare. „Daily News" meinte, der Prinz von Hohenzollern sei wirklich ein so guter Candidat, wie ihn die Spanier in so später Stunde nur immer zu erlangen hoffen könnten, und er werde, ohne Zweifel, einen ganz guten König abgeben. Zwar deuteten bereits Anzeigen darauf hin, daß diese Wahl in Paris keinen Beifall finden werde, aber Napoleon werde es wahrscheinlich für das

Digitized by Google

Beste halten, sich vor vollendeten Thatsachen zu beugen und sich in das Unvermeidliche zu fügen. Unter keinen Umständen werde ein Vordringen der Franzosen über die spanische oder preußische Grenze eine Folge der Candidatur sein: — selbst wenn, in Folge derselben, in Spanien ein Bürgerkrieg ausbrechen sollte, werde man Mittel finden, dem übrigen Europa den Frieden zu erhalten. Auch die „Times“ erklärte, daß man den Spaniern das Recht, sich nach Belieben einen König zu wählen, nicht streitig machen könne und daß ein wegen der Candidatur des Prinzen Leopold von Paris aus erhobener und mit Kriegsdrohungen begleiteter Einspruch nicht zu rechtfertigen sein würde.

VI.

König Wilhelm in Ems; der Krieg.

Während dieser Vorgänge befand sich König Wilhelm von Preußen seit dem 20sten Juni zur Badekur in Ems. Da der König, unbehelligt von Staatsgeschäften, nur seiner Kur zu leben gedachte, so hatte ihn auch keiner der Minister nach Ems begleitet; nur der Geheimrath Abecken befand sich in seinem Gefolge.

Am 5ten Juli, also an demselben Tage, an welchem Cochery seine auf die spanische Thronfrage bezügliche Interpellation in der Legislativen einbrachte, trat der preußische Gesandte am Pariser Hofe, von Werther, eine längst projectirte Urlaubsreise an. Vor der Abreise hatte Herr von Werther, in Beisein Ollivier's, noch eine Unterredung mit dem Herzoge von Gramont, worin Letzterer den preußischen Gesandten aufforderte, seinen Monarchen in Ems persönlich von dem Eindrucke zu unterrichten, den die Throncandidatur des Prinzen Leopold in den leitenden Pariser Kreisen hervorgebracht.

Als Herr von Werther die Versicherung abgegeben, daß die preußische Regierung der Throncandidatur des Prinzen Leopold vollständig fern stehe, und daß der König, wenn er ja von derselben unterrichtet sei, die Angelegenheit lediglich als eine Familienangelegenheit betrachtet habe, erklärte Gramont: „Es stehe in der

Macht des Königs von Preußen, einen Beweis der Aufrichtigkeit seiner Wünsche für die Erhaltung des Friedens zu geben, wenn er den Prinzen Leopold veranlasse, die ihm angetragene Krone Spaniens auszuschlagen, und ihm anempfehle, Deutschland vorläufig nicht zu verlassen. Sollte jedoch, der sehnlichsten Hoffnung Frankreichs zuwider, der König in seiner Weisheit anders beschließen, so könne die Gefahr einer Katastrophe nicht verhehlt werden.

Hierauf erwiederte Herr von Werther, daß es ihm wünschenswerth sei, den oben gehörten Worten jeden Schein der Unbestimmtheit zu nehmen, weshalb er frage, ob die französische Regierung unter dem Worte „Katastrophe" eine Kriegsdrohung verstehe.

Bei dieser Frage erhob sich Ollivier, der bisher bei der zwischen Gramont und von Werther geführten Unterredung einen schweigsamen Zuhörer abgegeben, und erklärte, daß er diese Frage im Namen des Kaisers und seiner Regierung allerdings bejahen müsse; in der Weigerung des Königs, dem Verlangen Frankreichs zu entsprechen, läge allerdings die Gefahr eines Krieges.

Man muß gestehen, daß es dieser Erklärung an Deutlichkeit nicht gebrach. Selbstverständlich blieb indessen der Inhalt der oben erwähnten Unterredung zunächst das Geheimniß der Betheiligten und ihrer betreffenden Kabinete; ein Bekanntwerden derselben würde allein schon genügt haben, allen auf Erhaltung des Friedens gerichteten Hoffnungen den Boden auszuschlagen.

Herr von Werther langte am 6ten Juli in Ems an und wurde sofort vom Könige empfangen. Am 8ten Juli fand auch der schon erwähnte französische Gesandte in Berlin, Benedetti, in Ems sich ein und hatte am folgenden Tage bei dem Könige Audienz.

Die Aufgabe Benedetti's war, das durch Herrn von Werther bereits übermittelte Verlangen der französischen Regierung bei dem Könige zu unterstützen.

Abgesehen davon daß eine derartige Zumuthung gegenüber dem Souverain eines mächtigen Nachbarstaates an und für sich, namentlich nach der aufreizenden Erklärung des Herzogs von Gramont in der Legislative, eine Unverschämtheit enthielt, so haben wir bereits darauf hingewiesen, daß der König weder in seiner Eigenschaft als Souverain, noch in seiner Eigenschaft als Chef

Digitized by Google

des preußisch-hohenzollernschen Hauses berechtigt gewesen wäre, einen derartigen Druck auf die Entschlüsse des Prinzen Leopold auszuüben. Daher konnte König Wilhelm nicht umhin, das von Benedetti, Namens seiner Regierung, an ihn gestellte Verlangen, dem Prinzen Leopold die Annahme der spanischen Krone zu verbieten, von der Hand zu weisen.

Aber obgleich der König von der ihm französischer Seits gemachten Zumuthung mit Recht beleidigt sein konnte, so ließ er es doch, um seinem Volke den diesem so nöthigen Frieden zu erhalten, an Aufmerksamkeit gegen den französischen Gesandten nicht fehlen und lud ihn, die Person von der durch dieselbe vertretenen Sache trennend, mit dem Freiherrn von Werther zur Tafel.

Unterdessen erfuhr man auf telegraphischem Wege, daß schon am 9ten Juli in Toulon der Befehl zur sofortigen Instandsetzung sämmtlicher Transportschiffe erlassen worden sei, um neun Infanterie-Regimenter — darunter die Zuaven, die Turcos und die Zephirs — und sieben Cavallerie-Regimenter von Algier nach Frankreich überzuführen; die Beurlaubten der letzten Altersklasse waren einberufen worden und die neu zu Beurlaubenden erhielten Befehl, bei ihren Regimentern zu bleiben. Außerdem war die Verstärkung des Lagers von Chalons um zwei Infanterie-Divisionen angeordnet und die Ostbahn bedeutet worden, vom 10ten Juli ab alles Material für Truppenbeförderungen bereit zu halten. Die Gendarmerie erhielt Befehl, ihre Pferde an die Artillerie und Cavallerie abzugeben.

Außerdem meldeten die Zeitungen, daß alle in Paris, Versailles und der Umgegend garnisonirenden Truppentheile vollständig marschbereit, und daß über mehre derselben bereits Inspection abgehalten worden sei.

Angesichts dieser Thatsachen konnte man sich auch in Deutschland der Erkenntniß nicht mehr verschließen, daß die Situation sehr ernst geworden und der Frieden bedrohet sei.

Am 11ten Juli brachte die Berliner Nationalzeitung zuerst einen den Kriegsbefürchtungen offen Ausdruck gebenden und darum nicht wenig alarmirenden Artikel:

Die durch die spanische Thronfrage hervorgerufene Verwickelung nimmt einen immer ernsteren Character an. Das Auftreten der französischen Diplomatie widerspricht allen herkömmlichen Formen und scheint fast geradezu

darauf berechnet, sich der Handhabe, die sich wider Erwarten gefunden, unter allen Umständen zu bedienen. Herr Ollivier erweist sich als ein zerfahrener Dilettant, der den phantastischen Plänen Napoleon's III. sich weit bereitwilliger anschmiegt, als selbst Rouher; er, der angebliche Friedensminister, scheint sich vollständig der in den Tuilerien schon lange so mächtigen Kriegspartei in die Arme geworfen zu haben, nachdem er im Innern statt des verheißenen constitutionellen Regiments nur das Plebiscit geschaffen. So gleichgültig uns an sich die spanische Thronfrage sein mag, muß man sich darauf gefaßt machen, wenn der böse Nachbar denn durchaus in unser Haus brechen will, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, und trotz der unsäglichen Prahlereien, die uns aus dem Pariser Narrenhause zuschallen, glauben wir dafür vollkommen in der Lage zu sein.

und das „Neue Wiener Tageblatt" wandte sich in einem beredten Artikel an den Prinzen Leopold, um denselben aufzufordern, einer Krone zu entsagen, deren Annahme drei Länder, Frankreich, Spanien und Deutschland, in einen unseligen Krieg zu verwickeln und den Namen des Prinzen zum Fluche der Welt zu machen drohe.

Am 11. Juli fand in Berlin unter dem Vorsitze des Kriegsministers von Roon eine Ministersitzung statt, um zu berathen, ob nicht, angesichts der drohenden Haltung Frankreichs, eine Mobilmachung geboten erscheine.

Im Vertrauen auf die treffliche Organisation der Norddeutschen Armee verneinte der Ministerrath, um die ohnehin gespannte Situation nicht noch mehr zu verwickeln und Frankreich durch Kriegsrüstungen einen vielleicht sehr willkommenen Vorwand zum Friedensbruche zu geben, diese Frage.

Hatte die Legislative sich am 6. Juli mit der Throncandidatur des Prinzen Leopold beschäftigt, so griff am 8. der Senat diese Frage auf, indem Baron Brenier der Regierung Glück wünschte, die Politik des früheren Ministeriums zurück zu weisen, und versicherte, daß die ministerielle Erklärung, die Fahne des Landes hoch halten zu wollen, in den Herzen aller Söhne des Landes den lebhaftesten Anklang gefunden. — Hubert Delisle kündigte betreffs der in Bezug auf die spanische Thronfrage statt gefundenen diplomatischen Verhandlungen eine Interpellation an, und forderte namentlich zu wissen, ob die spanische Krone dem Prinzen Leopold durch den Marschall Prim, oder durch die spanische Regierung angeboten, und in welcher Form dem Baron Mercier de l'Ostende, französischem Gesandten in Madrid, von diesem Factum Mittheilung gemacht worden sei.

Digitized by Google

Ollivier beantwortete diese Interpellation dahin, daß die Regierung außer Stande sei, so wichtige Fragen, wie die angeregten, in überstürzter Weise zu discutiren. Die Regierung könne versichern, daß es ihr heißester Wunsch sei, unter Wahrung der nationalen Ehre, alles für Aufrechthaltung des Friedens zu thun. Schließlich forderte der Minister den Senat auf, die angeregte Interpellation auf acht Tage zu vertagen, und Letzterer entsprach diesem Verlangen.

Auch im englischen Parlament kam die spanische Thronfrage zur Sprache.

„Am 5. Juli" — beantwortete Lord Granville eine auf dieselbe bezügliche Interpellation im Oberhause — „erfuhr ich telegraphisch, daß die provisorische Regierung Spaniens den Prinzen Leopold von Hohenzollern zur Annahme der Throncandidatur veranlaßt habe. Tags darauf empfing ich den Besuch des französischen Botschafters am hiesigen Orte des Marquis von Lavalette, der mir den Entschluß der französischen Regierung, die Verwirklichung dieser Candidatur zu verhindern, mittheilte. Ich erwiederte dem Gesandten, daß die Neuigkeit mich sowol, wie meine Collegen, überrascht habe. Ich müßte jedoch mein Urtheil zurückhalten, da ich unbekannt sei mit der Art und Weise, in welcher die Throncandidatur eingeleitet worden sei. Jedenfalls müßte ich die scharfen Ausdrücke, deren sich die französischen Minister bei dieser Gelegenheit in der Legislativen bedient, bedauren; dieselben hätten um so mehr vermieden werden müssen, als das französische Volk für nationale Aufregung so leicht empfänglich sei. Mein Bemühen wird dahin gehen, ohne Anmaßung und unbeschadet der Würde anderer Länder und Regierungen Europa's, die Nothwendigkeit einer gemeinsamen Erörterung dieser Frage dringend vorzustellen, und ich hoffe hierbei durch die Mäßigung der Fürsten und Staatsmänner zur Verhütung weiterer Verwicklungen unterstützt zu werden."

Und im Unterhause erklärte Gladstone, speciell über den Antheil der preußischen Regierung an der Throncandidatur des Prinzen Leopold befragt, daß ihm durchaus nicht bekannt sei, daß Preußen sich in dieser Angelegenheit in irgend einer Weise engagirt habe.

Digitized by Google

Während die officielle Welt sich in dieser Weise mit der spanischen Thronfrage beschäftigte, schürten die Pariser Journale, die officieusen Blätter voran, das Kriegsfeuer.

Am 10. Juli brachte der „Constitutionnel" folgenden Artikel:

„Zum Sonntag Abend oder zum Montag Früh wird die Antwort erwartet, die Benedetti in Ems erwirken soll. Fällt dieselbe nicht befriedigend aus, so werden die erforderlichen Maaßregeln, um die Rechte Frankreichs nöthigen Falles durch die Waffen zu wahren, sofort getroffen werden. Schon jetzt hat die Wachsamkeit der Regierung diesen möglichen Fall in das Auge gefaßt."

Der „Centre gauche" forderte bereits Beschleunigung der Operationen und den unverweilten Einmarsch der französischen Truppen in Deutschland: „denn man kann sich die ungeheure Aufregung des Landes vorstellen, wenn das Unglück es wollte, daß der Zusammenstoß „zu nahe" der französischen Grenze statt finden sollte."

Und Girardin predigte in der „Liberté" mit einer man weiß nicht ob mehr naiven, oder mehr cynischen Offenheit:

„Preußen muß in einen Krieg gegen Frankreich nicht wegen einer deutschen, sondern wegen einer ausschließlich preußischen Frage verwickelt werden. Beschäftigen wir uns nicht mit Spanien, denken wir nur daran, den Krieg ausschließlich zwischen Preußen und Frankreich zu lokalisiren. Aber Preußen wird lieber verweigern, sich zu schlagen, als das Werk des Herrn von Bismarck zu compromittiren.

Und dann? — Nun dann, werden wir die Preußen mit Kolbenstößen in den Rücken, zwingen, über den Rhein zu gehen und das linke Ufer zu räumen."

während die „Patrie" bereits auf ein Bündniß mit Dänemark hinwies und die Kriegslustigen mit der Sensationsnachricht erfreuete, die Besatzung von Viborg und die dänische Flotte hätten bei der Nachricht eines zwischen Frankreich und Preußen bevorstehenden Krieges illuminirt.

Letztere Sensationsnachricht war natürlich rein aus der Luft gegriffen; die dänische Regierung, welche freilich den Vorzug besaß, nicht aus einem Staatsstreiche hervorgegangen zu sein, bewahrte, bei aller Antipathie gegen Preußen, doch zu viel politischen Tact, um ihrer Armee und Flotte derartige demonstrative Kundgebungen zu gestatten.

Digitized by Google

„Das Caudinische Joch — sagt das Pays — ist bereit, die Preußen werden sich darunter beugen, besiegt ohne Kampf und entwaffnet, wenn sie nicht wagen einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausfall nicht zweifelhaft ist. Unser Kriegsgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben. Die Echos des deutschen Rhein's sind noch stumm. — Hätte Preußen die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, so wären wir schon lange unterwegs."

und der Moniteur, das Organ des Friedensministers Ollivier, sprach bereits von einer Erweiterung der Frage:

„Nachdem die preußische Regierung vier Jahre lang mit unserer Geduld und der Geduld ganz Europa's Mißbrauch getrieben, hat sie nun alle Grenzen überschritten. Wenn unsere Politik Spanien gegenüber eine gemäßigte sein muß, so stehen wir Preußen gegenüber ganz anders. Diese durch ihre ersten Erfolge in Selbsttäuschung versetzte Macht scheint sich das Uebergewicht und die Herrschaft in Europa anmaßen zu wollen. Es ist Zeit, solchem Anspruche ein Ziel zu setzen."

„Die Frage muß erweitert werden, und heute ist die Entsagung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr ausreichend, denn dies würde Seitens des Grafen Bismarck nur ein geschicktes Verfahren sein, um uns zu entwaffnen, mit dem Vorbehalt, später eine bessere diplomatische Stellung einzunehmen und uns, nachdem er seine militärischen Streitkräfte und die öffentliche Meinung in Deutschland vorbereitet, in neue und ernstere Verlegenheiten zu verwickeln. Man würde immer von vorn anfangen müssen. Das Wenigste, was wir verlangen müssen, und was uns heute befriedigen kann, wäre die formelle Bekräftigung und die absolute Ausführung des Prager Friedens seinem Wortlaute und Geiste nach, d. h. die Freiheit der Süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehört, das Aufgeben eines jeden militärischen Einflusses jenseit des Main's und die Regulirung des Artikels V. mit Dänemark. Dies sind die einzigen Garantien, welche uns befriedigen könnten, und wenn man sie uns nicht gewährt, so können unsere Forderungen nur um so größer werden."

Allerdings stießen nicht alle Pariser Journale in die Kriegstrompete, und die Gerechtigkeit fordert, auch jener Blätter zu gedenken, welche sich Objectivität genug bewahrt, die Frage mit Ruhe zu betrachten.

„Das Datum des 6ten Juli 1870," — sprach der Temps sich aus — „muß jedenfalls im Gedächtniß behalten werden. Dasselbe wird historisch werden. Es ist vielleicht der Beginn eines unheilvollen Krieges, sei es gegen unsere Freiheit, sei es gegen unsere politische Stellung; aber es ist gewiß der Tag, an welchem eine dünkelhafte Regierung das volle Maß ihrer Unfähigkeit gegeben haben wird. Nachdem der Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine vorher im Ministerrath erwogene Note vorge-

lesen hatte, welche in den Augen jedes verständigen Menschen den Frieden im höchsten Grade in Gefahr bringt, kam der Justizminister, um seine leidenschaftliche Friedensliebe zu bekunden. Und doch ist diese Note in der That eine öffentliche Herausforderung Preußens und Spaniens und versetzte diese beiden Mächte beinahe in die Unmöglichkeit, ohne Schande zurückzuweichen, wenn sie in der Sache auch nur ein wenig ernstlich vorgegangen sind. Seit dem ersten Auftreten dieser Angelegenheit kann man nicht in Abrede stellen, daß die Haltung der Regierung von einer Art Raserei bezeichnet wird. Seit dieser Notiz überstürzen sich die Ereignisse mit beispielloser Hast. Wir fragen, ob das die Art ist, in welcher gesetzte Männer handeln, Männer, die Frankreichs Angelegenheiten besorgen! Ein solches Auftreten ist Alles, Ueberstürzung, Blindheit, aber keine Politik."

„Die Ereignisse" — äußert sich Siècle, — „gehen mit unglaublicher Geschwindigkeit ihren Gang. Der gesetzgebende Körper weiß noch nichts von dem, was vorgeht. Wir stehen vielleicht am Vorabend einer Kriegserklärung an Preußen! Und weshalb? Weil ein spanischer General einen Preußischen Prinzen auf den Thron Spaniens bringen möchte. Bevor noch Spanien um die Wahl des ihm vorgeschlagenen Monarchen befragt worden, sollen zwei Völker über einander herfallen, Hunderttausende von Staatsbürgern, deren Aufgabe es ist, durch ihren Fleiß den Boden fruchtbar zu machen, die als Familienväter, als Bürger und Staatsbürger Interessen zu vertheidigen haben, sich gegenseitig ohne Gnade und Erbarmen niedermetzeln? Wir können nicht glauben, daß der Wille Einiger genügen dürfte, uns in die Schrecken und Verwüstungen des Krieges zu stürzen. Ja, wenn unsere Nationallehre bedroht wäre! Ganz Frankreich würde aufstehen und für den ihm angethanen Schimpf Genugthuung fordern. Aber nein! Wir wollen nicht, daß Prinz Leopold König von Spanien sein soll, und wir wissen noch nicht einmal, ob Spanien ihn auch zum Könige haben will. Alle historischen Ueberlieferungen der Pyrenäischen Halbinsel beweisen uns im Gegentheil, daß sie den Prinzen zurückweisen werden, wie wir ihn zurückweisen. Und wir sollten aus einem so wenig stichhaltigen Beweggrunde uns den Chancen des Schlachtfeldes aussetzen? Was würde es uns nützen, wenn wir den Sieg davon trügen? Würden wir mächtiger

sein, denn zuvor? Würden wir nicht fortan auf das Leidenschaftlichste gehaßt werden? Und wenn wir nun besiegt würden? Doch wir wollen den möglichen Fall nicht einmal ins Auge fassen. Mögen Diejenigen, deren Entschlüsse in diesem Augenblicke so entscheidenden Ernst haben können, der furchtbaren Verantwortung eingedenk sein, die auf ihnen lastet. Noch einmal: von dem beleidigten Frankreich kann man alle erdenklichen Opfer fordern. Aber wo ist hier die Beleidigung?"

Auch das „Journal des Debats" sprach sich sehr vernünftig über die ganze Lage aus und meinte, daß es bei der Nachricht von der Throncandidatur des deutschen Prinzen viel mehr an den Effect gedacht habe, welchen derselbe in Spanien, als den er in Frankreich machen würde, und wir fragten uns, ob dieser neue Candidat, der in seinem Blute der französischen Kaiserfamilie noch näher steht, als dem preußischen Königshause, nicht napoleonischer Herkunft verdächtigt werden würde. Und nun ist es, im Gegentheil, Frankreich, welches Feuer fängt. Solchen Irrthum wollen wir nicht aufmuntern, und, was man auch sagen möge, Frankreich wird Preußen nicht den Krieg erklären, weil auf dem spanischen Throne ein Prinz säße, von dem Niemand sagen kann, ob er mehr Deutscher, oder Franzose, mehr Hohenzoller, oder Bonaparte ist.

Auch sämmtliche Organe der sogenannten Unversöhnlichen, — äußerste Linke — der „Rappel", „Reveil", die „Cloche" und die „Marseillaise" zogen mit aller Entschiedenheit gegen das wüthende Kriegsgeschrei der Chauvins zu Felde und sprachen sich einmüthig für Erhaltung des Friedens aus.

Am 11ten Juli forderte und erhielt Benedetti vom König Wilhelm eine neue Audienz. Er erneuerte, in Rücksicht auf die in Folge der Throncandidatur des Prinzen Leopold in Paris herrschende Aufregung, die eine Beseitigung dieser Candidatur unerläßlich mache, noch dringender sein früheres Verlangen, der König möge dem Prinzen die Annahme der spanischen Krone definitiv untersagen.

Der König erwiederte, daß die Throncandidatur des Prinzen Leopold eine Privatangelegenheit dieses Letzteren sei, die weder den preußischen Staat, noch den Norddeutschen Bund berühre. Er — der König — habe dem Prinzen die Annahme der spani-

Digitized by Google

schen Krone nicht befahlen und könne ihm dieselbe mithin auch nicht verbieten. Was nun die Aufregung in Paris betreffe, so sei dieselbe nicht eine Folge der Thronkandidatur des Prinzen Leopold, sondern eine Folge der gelegentlich derselben Seitens des Herzogs von Gramont in der Legislativen abgegebenen aufreizenden Erklärung und der Haltung der officieusen Presse. Wenn das französische Ministerium das französische Volk über den wahren Sachverhalt aufklären würde, so werde die Aufregung sich legen.

Am gleichen Tage — dem 11ten Juli — kehrte von Werther nach Paris zurück, während gleichzeitig, angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Lage, Graf Bismarck vom Könige telegraphisch aus Varzin nach Ems berufen wurde.

An demselben Tage fand auch in der Legislative eine Verhandlung über die schwebende Frage statt. Gramont lehnte es nemlich ab, der Kammer über den Stand derselben irgend welche Mittheilung zu machen, da eben noch nichts Definitives vorliege. Die Regierung erwarte von Ems eine Antwort, von deren Ausfall dieselbe ihre Entschlüsse abhängig mache. Was das Ausland betreffe, so scheine es, als wenn alle fremden Regierungen die Gerechtigkeit der von Frankreich erhobenen Beschwerden anerkennten.

Darauf forderte Emanuel Arago, der bekanntlich im Jahre 1848 Gesandter der französischen Republik in Berlin gewesen, zu wissen, ob sich die an Preußen gerichteten französischen Forderungen nur auf die Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern, oder auch noch auf andere Dinge bezögen.

Im ersteren Falle sei eine friedliche Beilegung des Conflictes zu erwarten; treffe indessen die letztere Voraussetzung zu, so könne man darin nur den Beweis erblicken, daß es der Regierung um den Krieg zu thun, und daß sie denselben systematisch provocire.

Die Kammer ersparte Gramont eine Antwort auf diese Frage, indem sie den Schluß der Discussion votirte.

Da gewann die ganze Angelegenheit durch einen vom Prinzen Leopold von Hohenzollern ausgehenden Schritt eine andere Gestalt.

Digitized by Google

Am 12ten Juli brachte der Telegraph aus Sigmaringen die überraschende Nachricht:

„Prinz Leopold von Hohenzollern hat der Candidatur für den spanischen Thron entsagt, um der spanischen Regierung die Freiheit der Initiative zurückzugeben. Er ist fest entschlossen, eine untergeordnete Familienfrage nicht zum Vorwande für den Krieg heranreifen zu lassen."

und aus Paris vom andern Tage:

„Der spanische Botschafter Olozaga hat heute Mittag dem Herzog von Gramont amtlich mitgetheilt, daß der Prinz von Hohenzollern auf seine Throncandidatur verzichte."

Um nicht Veranlassung zu einem blutigen Kriege zu werden, hatte der Prinz Leopold von Hohenzollern mit einer Hochherzigkeit, der wir unsere Anerkennung nicht versagen können, sich entschlossen, auf die ihm angetragene Candidatur zu verzichten und diesen Entschluß zunächst dem Marschall Prim mitgetheilt, und gleichzeitig seinen Vater gebeten, denselben auf telegraphischem Wege der spanischen Regierung anzuzeigen. Prinz Anton von Hohenzollern-Sigmaringen unterzog sich dieser Mission und setzte sowol die spanische Regierung in Madrid, wie auch Herrn Olozaga, den spanischen Gesandten in Paris, von dem Entschlusse seines Sohnes telegraphisch in Kenntniß.*)

Nach dem Verzicht des Prinzen von Hohenzollern hielt Jederman den drohenden Conflict für beseitigt und die Erhaltung des Friedens für gesichert; alle Welt athmete hoch auf und nicht am mindesten die Pariser Börse, welche die Verzichtleistung des Prinzen Leopold durch eine Hausse der dreiprocentigen Rente um 2 Francs 50 Centimes begrüßte.

---

*) Das an Olozaga gerichtete Telegramm lautete:

„Ich mache es mir zur Pflicht, Ihnen die wörtliche Copie eines Telegrammes zugehen zu lassen, welches ich so eben an den Marschall Prim nach Madrid gesandt: „Gegenüber den Verwicklungen, welche durch die Candidatur meines Sohnes, Leopold, entstanden sind, Verwicklungen, die nothwendiger Weise einen gewissen Einfluß auf die Cortes ausüben müssen, so daß ein Votum derselben nicht wol ohne die Mitwirkung von Elementen möglich wäre, welche der Person, um welche es sich handelt, durchaus fremd sind, trete ich im Namen meines Sohnes von der Candidatur auf den spanischen Thron zurück."

Schloß Sigmaringen 12. Juli 11 Uhr 28 Minuten.

Anton von Hohenzollern.

Digitized by Google

Graf Bismarck war am 12ten von Varzin aus in Berlin angelangt, wo er sofort mit dem Kriegsminister und dem Minister des Innern eine Berathung hatte. Entschlossen am andern Morgen, dem 13ten Juli, seine Reise nach Ems zum Könige fort zu setzen, sah sich Graf Bismarck jedoch, in Folge der unterdessen eingetroffenen Nachricht von der Verzichtleistung des Prinzen Leopold den Conflict für beendigt haltend, veranlaßt, in Berlin zu bleiben; statt seiner ging der Minister des Innern, Graf Eulenburg, nach Ems zum Könige.

Da alle Telegramme von politischer Bedeutung, welche die französischen Telegraphenlinien passiren, dem Kaiser vorgelegt werden, so wurde die Verzichtleistung des Prinzen Leopold Napoleon III. früher bekannt, als der spanischen Regierung, an welche die auf dieselbe bezügliche Mittheilung des Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen gerichtet war.

Als am 12ten Juli, kurz nach zwei Uhr, Ollivier in der Legislativen erschien, war die Nachricht des Rücktrittes des Prinzen schon der Mehrzahl der Kammermitglieder bekannt. Von einigen seiner politischen Freunde darum befragt, bestätigte Ollivier privatim die Richtigkeit der Thatsache und erklärte: „Wir haben nie etwas anderes verlangt, als die Zurückziehung der Candidatur des Prinzen von Hohenzollern! Auf die Bedingungen des Prager Friedens haben sich unsere Mittheilungen an Preußen nie erstreckt! Mit der Candidatur fällt also auch der Streit, der sich zwischen uns und Preußen erhoben hatte, und der Zwischenfall ist erledigt."

Am andern Tage brachte der Constitutionnel einen Artikel, welcher, an die von Gramont am 6ten Juli in der Legislativen abgegebene Erklärung anknüpfend, sagte:

Die Regierung hat Wort gehalten. Die Candidatur eines deutschen Prinzen auf den spanischen Thron ist beseitigt, und der Friede Europa's wird nicht gestört werden. Die kaiserlichen Minister haben laut und fest gesprochen, wie es sich geziemt, wenn man die Ehre hat, ein großes Land zu regieren. Sie sind gehört worden; man hat ihrer gerechten Forderung entsprochen. Wir sind zufrieden gestellt. Der Prinz Leopold von Hohenzollern hatte die spanische Krone angenommen. Frankreich erklärte, daß es sich einer politischen Combination, oder einem Familien-Uebereinkommen widersetzen würde, in denen es eine Bedrohung seiner Interessen erblickte, und die Candidatur wird zurückgezogen. Der Prinz von Hohenzol-

lern wird nicht in Spanien regieren. Wir haben nicht mehr verlangt und mit Stolz nehmen wir von dieser friedlichen Lösung Akt. — Dieselbe ist ein großer Sieg, der nicht eine Thräne, nicht einen Tropfen Blut gekostet."

Auch die officieuse „Patrie" versicherte, daß man sich in den Kreisen der Regierung durch das erreichte Resultat befriedigt fühle, da man von vornherein nichts anderes verlangt habe; — ingleichen erblickte die „France" in der Verzichtleistung des Prinzen Leopold das Mittel des Ausgleichs.

Am 13ten Juli äußerte sich zum ersten Male die preußische Provinzial-Correspondenz über die spanische Thronfrage, und ihr Artikel ist, weil den Standpunkt der preußischen Regierung zu derselben charakterisirend, von Wichtigkeit, weshalb derselbe hier folgen möge:

„Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die Behandlung, welche die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron in Frankreich erfahren hat, auf eine schwere Probe gestellt worden; aber so groß die Geduld war, so tief ist auch die gerechte Entrüstung über den beleidigenden, selbst drohenden Ton, der jenseits des Rheins bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist. Wenn man der Tagespresse in Zeiten der Erregung eine schroffe und verletzende Sprache allenfalls zu gute hält, so dürfte man doch von einem Manne, wie dem Herzog von Gramont, welcher, als der auswärtige Minister eines großen Landes, die Gewohnheit oder die Fähigkeit haben sollte, schwierige politische Fragen mit Schonung zu behandeln, erwarten, daß er auch im gegenwärtigen Falle die Sache mit größerer internationaler Vorsicht und Rücksichtsnahme angefaßt hätte.

Wäre wirklich ein überwiegendes französisches Interesse durch die Kandidatur des hohenzollernschen Prinzen verletzt worden, so wäre bis zum 6. Juli für Frankreich nichts leichter gewesen, als die guten Dienste irgend einer befreundeten Macht, vielleicht gerade Preußens, in vertraulicher Weise in Anspruch zu nehmen, um den Versuch zu machen, die thatsächlichen Verhältnisse mit den Interessen Frankreichs womöglich in Einklang zu bringen. Der Weg dagegen, welchen der Herzog von Gramont eingeschlagen hat, die im diplomatischen Verkehr und im Munde eines auswärtigen Ministers unerhörte Färbung der von ihm beliebten Sprache müssen in den Gefühlen des deutschen Volkes eine tiefe und ernste Verstimmung begründen.

Man hat in Deutschland bis zum letzten Augenblicke an eine ernste Kriegsgefahr nicht glauben mögen, weil in der That die Frage dazu nicht angethan schien. Man durfte bei uns zunächst der Meinung sein, daß der Prinz von Hohenzollern, der ein naher Verwandter des französischen Kaiserhauses ist, während er mit dem preußischen Königshause nur eine Namenverwandtschaft hat, daß namentlich sein Vater, welcher mit dem Kaiser der Franzosen von alter Zeit her in engen persönlichen Beziehungen stand, wol

Digitized by Google

wissen mußte, wie Frankreich sich zu der Candidatur stellen würde, — daß ferner die spanische Regierung, welche die Sache vor Allem anging, sich der Auffassung Frankreichs versichert haben würde.

Die preußische Regierung als solche, ist, wie auch den Vertretern in Deutschland mitgetheilt worden, der ganzen Angelegenheit vollständig fremd geblieben; selbst Se. Majestät der König ist nach den Hausgesetzen nicht in der Lage, den Mitgliedern des fürstlich hohenzollernschen Hauses zur Annahme einer fremden Krone die Erlaubniß zu ertheilen, oder zu versagen. Der preußische Staat und der König haben daher mit der Sache selbst nichts zu schaffen gehabt: alle Entscheidung und Verantwortung ruhte von vorn herein ausschließlich bei der spanischen Regierung und bei dem Prinzen von Hohenzollern selbst.

Es war daher eine völlig ungereimte Zumuthung von französischer Seite, daß der König, oder vollends die preußische Regierung, dem Prinzen von Hohenzollern die Annahme der spanischen Krone untersagen sollte. Beide hatten dazu kein Recht, da Prinz Leopold, welcher 35 Jahre zählt, großjährig ist, und sich aller Rechte persönlicher Selbstständigkeit erfreut, welche die Verfassung ihm so gut, wie jedem anderen Staatsangehörigen, gewährleistet. Der König konnte mithin gar nicht in die Versuchung kommen, dem von französischer Seite an ihn erhobenen Anspruche zu genügen.

Wenn inzwischen von Madrid über Paris die Nachricht eingetroffen ist, daß der Fürst von Hohenzollern, der Vater des Erbprinzen Leopold, der spanischen Regierung die Mittheilung von der Verzichtleistung desselben auf die Thronbewerbung gemacht habe, so hat der Prinz bei dieser Ablehnung ebenso innerhalb seiner selbstständigen persönlichen Berechtigung gehandelt, wie bei der vorherigen Annahme. Welche Erwägungen ihn dabei geleitet haben, das entzieht sich für jetzt der näheren Kenntniß und Betrachtung.

Ob die französische Erregung gegen Preußen durch diese Entschließung des Prinzen, welcher, so hochgestellt er ist, doch eben nur ein Privatmann ist, beschwichtigt sein wird, daß muß der weitere Erfolg lehren. Deutschland ist, glücklicher Weise, in der Lage, diesen Erfolg ruhig abwarten und den Entschließungen jedes seiner Nachbarn, wer es auch sei, ohne sonderliche Besorgniß entgegensehen zu können.

Sollte aber auch in Paris die bisherige Aufwallung einer ruhigeren Auffassung Platz machen, so wird doch in Deutschland auf lange Zeit der Eindruck nicht zu verwischen sein, den diese plötzliche drohende und beleidigende Haltung unserer Nachbarn hinterlassen hat. Es wird schwer sein, das Vertrauen auf gute nachbarliche Verhältnisse und den Glauben an den guten Willen der jetzigen französischen Regierung auf Erhaltung des Friedens wiederherzustellen, nachdem die Versicherungen, welche diese Regierung am 30. Juni dieses Jahres gegeben, daß der Friede niemals gesicherter gewesen, als gerade jetzt, nach kaum 8 Tagen in so auffälliger und befremdlicher Weise verleugnet worden sind. Es kann nicht fehlen, daß alle die beunruhigenden Gerüchte, welche den Eintritt des Herzogs von Gramont ins Ministerium

begleiteten, mit einem starken Anspruch auf Glaubwürdigkeit wieder aufleben; der Schaden aber, welchen die Wohlfahrt friedlicher Bevölkerungen durch solche Anwandlungen, wie die der letzten Woche erleidet, kann leider so schnell nicht verwachsen, wie er bereitet wird."

Führen wir hier schließlich noch die Auslassungen zweier Blätter an, die eine besondere Bedeutung in Anspruch nehmen, da das eine — die Norddeutsche Allg. Zeitung — das Organ des Grafen Bismarck, das andere — die Kreuz-Zeitung — das in der Regel sehr gut unterrichtete Organ einer bekannten zwar „kleinen aber mächtigen Parthei" ist.

„Wenn wir auch, wie gesagt, wenig auf die Provocation der französischen chauvinistischen Presse geben, so bleiben doch immer die Erklärungen des Französischen Herrn Ministers des Auswärtigen übrig, welche in einer Weise gegeben wurden, die viel eher einer Provocation ähnlich sah, als den kühlen Worten eines Staatsmannes, der über eine bestimmte Frage sein Urtheil abzugeben hat.

Der Herzog von Gramont müßte sehr schlecht von seinem Gesandten in Madrid informirt gewesen sein, wenn er nicht gewußt hätte, daß Preußen nichts zu der Wahl der spanischen Regierung gethan hat, und wenn der Herr Herzog das gewußt hat, so wird er daraus mit eben solcher Sicherheit entnehmen können, daß wir nichts dagegen thun werden, weil wir es nicht könnten, ohne uns zu erniedrigen.

Preußen hat nicht die mindeste Berechtigung und selbstverständlich auch keine Verpflichtung zu den ihm angesonnenen Diensten für Frankreich in Madrid, und seine Befugniß, den Prinzen Leopold in Ausführung eines etwaigen Entschlusses zu hindern, auf einen Ruf der Cortes einzugehen und Spanier zu werden, ist wenigstens in hohem Grade zweifelhaft. Es heißt die Welt auf den Kopf stellen, wenn man dergleichen von einem Staate wie Preußen verlangt, und noch dazu in diesem brüsken Tone; — es heißt Händel suchen, wo keine von selbst erwachsen wollen; und wenn dies die Absicht des Herzogs von Gramont ist, so möge er „zweimal zusehen."

Die Kreuzzeitung recapitulirt die Frage in folgender Weise:

„Was verlangt Frankreich von uns? König Wilhelm soll den Prinzen Leopold zwingen, die ihm angetragene Candidatur zurückzuweisen; Frankreich verlangt also, daß Deutschland seine neutrale Stellung aufgebe und Partei nehme. Und warum? Weil Frankreich den Prinzen Leopold nicht auf dem Spanischen Thron sehen will, sondern einen Candidaten seiner Wahl. Frankreich begehrt also von uns, die Begehung eines Unrechts in seinem Interesse. So gestellt — und nur so — kann die Spanische Thronfrage eine Deutsche werden und muß es werden; denn nimmermehr kann Deutschland einwilligen, der Diener Französischer Interessen zu werden. So gestellt aber, wird die Frage nicht blos eine Deutsche, sondern eine — Europäische. Das zweite Kaiserthum nimmt die Tradition des ersten Kaiserthums wieder auf; es erhebt wie jenes den Anspruch: daß das Interesse Frankreichs das Gesetz En-

Digitized by Google

ropas sein müsse. Sollte Europa wohl vergessen haben, was Unsägliches es unter solchen Prätensionen gelitten und auf welche Weise es sich von dem Alpdrucke solcher Prätension endlich befreit hat? — Sollte Europa es aber doch vergessen haben, so leistet ihm jedenfalls die französische Presse den Dienst, seine Erinnerungen zu schärfen; sie nimmt keinen Anstand, zu bekennen, daß für Frankreich die Spanische Thronfrage nur das Mittel ist, um an Preußen heranzukommen. Man will Preußen einen Krieg aufzwingen. Ganz wie damals, braucht auch das zweite Kaiserthum nur — Vorwände. Die Hauptsache ist ihm — der Krieg."

* * *

Die Friedenhoffnung war leider nur von kurzer Dauer.

Als Ollivier im Vestibüle der Kammer die Versicherung abgab, daß der Conflict beseitigt, hatte er voreilig gehandelt, denn noch kannte er die Ansichten Napoleons, seines Herrn und Meisters, nicht.

Gleich nachdem die Depesche des Fürsten Anton von Hohenzollern in Paris bekannt geworden, so fand unter dem Vorsitze Napoleons, der deshalb von Saint Cloud nach Paris gekommen, ein Ministerrath statt, über welchen allerdings bis jetzt nur der officiellen Bestätigung noch ermangelnde Nachrichten in das Publikum gedrungen sind. Die Mehrzahl der Minister soll sich in demselben dahin ausgesprochen haben, daß man sich mit der Beseitigung der Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern für befriedigt erkläre und den Streit fallen lasse. Nur Marschall Leboeuf sei anderer Ansicht gewesen.*) Auf die Bemerkung des Kaisers: — „Aber sind Sie denn auch hinreichend gerüstet, um es mit der ersten Militairmacht Europa's aufzunehmen?" sei Leboeuf aufgesprungen und habe mit Leidenschaft ausgerufen: „Ob wir gerüstet sind? Wir sind gerüstet, wie Frankreich es nie war und es nie wieder sein wird!"

Auf diese Versicherung hin, warf der Kaiser den Gedanken hin, man müsse von Preußen Garantieen für die Zukunft fordern.

Damit war die Parole gegeben. Man wollte vom Könige von Preußen Garantieen verlangen, von denen man sehr gut wußte, daß derselbe sie verweigern würde, weil er sie ehrenhalber

*) Nach anderen Nachrichten stimmten, außer Leboeuf, auch noch Gramont und Rigault de Genouilly für den Krieg.

nicht bewilligen durfte, und dadurch den Krieg mit den Haaren herbei ziehen.

Freiherr von Werther langte am 12ten in Paris an und hatte noch an demselben Tage eine Unterredung mit dem Herzoge von Gramont, über welche uns der eigene Bericht des Gesandten vorliegt, der, als ein für die Zeitgeschichte hochwichtiges Aktenstück, hier folgen möge.

Paris, 12. Juli 1870.

Allerdurchlauchtigster ꝛc.

„Heute Vormittag um 10 Uhr eingetroffen, in Gesellschaft eines französischen Couriers des Grafen Benedetti, des Attaché, Baron Bourquency, hat der Herzog von Gramont sehr bald seinen Cabinet-Chef, Grafen Faverney, zu mir geschickt, um mich fragen zu lassen, ob ich im Stande wäre, dem Minister heute meinen Besuch zu machen. Ich habe mich gleich dazu bereit erklärt und wurde vom Herzog von Gramont in der gewohnten freundlichen Weise, wie es zwischen alten Bekannten üblich, empfangen. Ehe ich über unsere Unterredung berichte, möchte ich bemerken, daß dieselbe durch Anmeldung des spanischen Botschafters, der eine officielle Mittheilung zu machen hatte, unterbrochen wurde. Diese Mittheilung bestand in einem Telegramm des Fürsten Anton von Hohenzollern, worin derselbe anzeigte, daß sein Sohn, der Erbprinz, bei der Verwickelung, die seine Throncandidatur hervorrufe, dem spanischen Throne entsage und an den Marschall Prim diese Nachricht direct habe gelangen lassen"

Unsere vom Herzog von Gramont eingeleitete Unterredung rollte hauptsächlich auf dem vom Grafen Benedetti angezeigten Gegenstand, daß Ew. Königliche Majestät durch die für die Hohenzollernsche Throncandidatur gegebene Autorisation, ohne sich vorher darüber in irgend einer Weise mit der Kaiserlich französischen Regierung ins Benehmen zu setzen, sich nicht bewußt wären, dadurch Frankreich verletzt zu haben.

Er fragte mich, ob sich dieses wirklich so verhalte. — Ich entwickelte ihm darauf, daß Ew. Königliche Majestät diese Autorisation formell nicht hätten versagen können, nachdem der Prinz von Hohenzollern zur Annahme der ihm angebotenen Krone einen Beruf gefühlt habe, und haben Allerhöchstdieselben, bei den verwandtschaftlichen Verhältnissen des Prinzen zum Kaiser gar nicht glauben können, daß diese Thron-Candidatur in Frankreich übel aufgenommen werden würde."

Der Herzog von Gramont citirte darauf die Beispiele des Herzogs von Nemours für den belgischen Thron und des Prinzen Alfred für den griechischen Thron als Fälle, wo eine solche Autorisation versagt worden wäre. Ich bestritt die Analogie mit dem gegenwärtigen Falle.

Der Herzog von Gramont führte alsdann an, es liege doch nahe, daß Frankreich, als der nächste Nachbar Spaniens, über die Thronbesetzung letzteren Landes ein reges Interesse haben müsse. Das Geheimniß, welches über die Hohenzollerschen Verhandlungen bewahrt, hätte hier nur sehr verletzen kön-

Digitized by Google

nen, und dies um so mehr, als der kaiserliche Hof in allen politischen Fragen stets die größten Rücksichten für unsere Regierung bewiesen habe. Dies Verfahren habe in ganz Frankreich tief verletzt und finde den Ausdruck in der Stimmung der Kammer, die zur Erschwerung der Frage leider gegenwärtig vereinigt wäre."

„Der Herzog von Gramont fügte hinzu, er sehe die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern auf den Spanischen Thron als Nebensache an; denn die Französische Regierung hätte doch niemals seine Thronbesteigung zugelassen, aber er fürchte, daß aus unserm Verfahren eine bleibende Verstimmung zwischen unsern beiden Ländern fortdauern würde. Der Keim dazu müsse vertilgt werden, und er ging dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß wir in unserm Verfahren gegen Frankreich kein freundliches Procédé beobachtet, wie dies auch seines Wissens von allen Großmächten anerkannt würde. Er möchte, aufrichtig gesagt, keinen Krieg, sondern freundliche und gute Beziehungen mit Preußen, und von mir wisse er, daß ich nach demselben Ziele trachte; wir müßten daher zusammen überlegen, ob es ein Mittel gebe, hierin eine befriedigende Einwirkung auszuüben, und er stelle meiner Erwägung anheim, ob dazu nicht ein Brief des Königs an den Kaiser der richtige Ausweg wäre. Er appellire dabei an das ritterliche Herz Eurer Königlichen Majestät, welches dabei gewiß die richtige Eingebung verleihen würde.

Es könne darin nur gesagt werden, daß Eure Königliche Majestät, indem Allerhöchstderselbe den Prinzen Leopold von Hohenzollern zur Annahme der Krone Spaniens ermächtigt hätten, nicht hätte glauben können, weder den Interessen noch der Würde der Französischen Nation zu nahe zu treten; der König schlösse sich der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern an, und zwar mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen unseren beiden Regierungen nunmehr verschwunden sein würde. Solche und ähnliche Worte, die im Allgemeinen durch Publicität zur Beschwichtigung der allgemeinen Volksstimmung beitragen könnten, dürfte dieser Brief enthalten; doch möchte er bevorworten, daß von den verwandschaftlichen Beziehungen zum Kaiser nicht die Rede sein. Dieses Argument verletzte hier eigenthümlicher Weise. —

Ich habe dem Herzog von Gramont bemerkt, daß ein solcher Schritt ungemein durch seine am 6. d. M. in der Deputirtenkammer gegebene Erklärung erschwert würde; es lämen da Andeutungen vor, die Eure Königliche Majestät hätten tief beleidigen müssen. Er wollte das bestreiten, hob hervor, daß Preußen gar nicht genannt und seine Rede zur Beruhigung der aufgeregten Kammer damals dringend nothwendig gewesen wäre. Unterdessen kam der Justizminister, Hr. Ollivier, zu unserer Unterredung, über die ihn der Herzog von Gramont in Kenntniß setzte. Herr Ollivier hob dringend die heilsame und im Interesse des Friedens nothwendige Wirkung hervor und bat mich inständigst, den Gedanken eines solchen Briefes Eurer Königlichen Majestät gegenüber auszusprechen. Beide sagten, wenn ich es nicht glaubte übernehmen zu können, so würden sie sich genöthigt sehen, mit der Anregung dieser Frage den Grafen Benedetti zu beauftragen. Indem die beiden Minister hervorhoben, daß sie einen solchen Ausgleich zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther für ihre ministerielle Stellung bedürften, fügten sie hinzu, daß ein solcher Brief sie berechtigen würde, bei nicht ausbleibenden

Angriffen gegen Eure Königliche Majestät als Vertheidiger aufzutreten. Beide bemerkten mir schließlich, sie könnten mir nicht verhehlen, daß unser Verfahren in der Hohenzollern-Spanischen Angelegenheit viel mehr die Französische Nation aufgeregt, als den Kaiser beschäftigt habe.

In unserem Gespräch ließ der Herzog von Gramont die Bemerkung fallen, wie er glaube, daß der Prinz von Hohenzollern auf Eurer Königlichen Majestät Veranlassung entsagt habe; doch bestritt ich das und bezeichnete die Renunciation als gewiß nur auf eigener Initative des Hohenzollerschen Prinzen beruhend."

„Bei dem eiligen Drängen der beiden Minister, wünschten sie, daß ich die Sache telegraphisch anregen sollte; doch dazu fand ich keine Veranlassung.

In tiefster Ehrfurcht etc" Werther.

Also Napoleon um Entschuldigung bitten, sollte der König von Preußen, daß er den Prinzen von Hohenzollern zur Annahme der ihm Seitens der spanischen Regierung angetragenen Throncandidatur autorisirt habe, während er kein Recht gehabt haben würde, ihm dieselbe zu verbieten! Wahrlich eine solche Zumuthung, gerichtet an den Fürsten eines mächtigen Nachbarstaates, war eine selbst in den Annalen der so arroganten französischen Diplomatie bis dahin beispiellose Unverschämtheit, die nicht nur das stolze Herz Desjenigen empören mußte, gegen welchen dieselbe persönlich gerichtet war.

Auch ohne das in dem oben mitgetheilten Actenstücke ausgedrückte Geständniß des Herzogs von Gramont, daß die Throncandidatur des Prinzen von Hohenzollern, dessen Thronbesteigung Frankreich ohnedies nicht geduldet haben würde, für Letzteres nur ein Vorwand gewesen sei, begreift Jedermann, daß es Napoleon, in der Absicht dadurch einen Krieg zu provociren, auf eine Demüthigung, eine Beschimpfung Preußens in der Person seines Oberhauptes abgesehen hatte. Ein solch frevelhaftes Unterfangen mußte natürlich nicht nur jedes preußische, nein jedes deutsche Herz mit einem Schrei sittlichster Entrüstung beantworten.

Bemerkenswerth ist auch die Aeußerung Gramonts, daß eine Erwähnung der Verwandschaft des Prinzen Leopold mit dem Kaiser in den Tuilerien in eigenthümlicher Weise verletzend wirke, und doch war es gerade der Herzog von Gramont gewesen, der dieser Verwandschaft in dem bekannten auf Seite 122 citirten Alarmartikel des Constitutionnel zuerst Erwähnung gethan.

Da von Werther sich begreiflicher Weise nicht dazu hergeben konnte, die unverschämte Forderung Frankreichs bei seinem

Digitized by Google

Souveraine zu vertreten, wenn es auch seine Pflicht war, Letzteren davon in Kenntniß zu setzen, so wurde Benedetti in Ems Seitens des französischen Ministeriums beauftragt, sich direkt mit König Wilhelm in das Vernehmen zu setzen, und man muß dem Grafen Benedetti die Gerechtigkeit wiederfahren lassen, daß er sich des ihm gewordenen Auftrages in möglichst tactloser und provocirender Weise entledigte.

Am 13ten Juli Vormittags befand sich der König, vom diensthuenden Adjudanten, Graf Lehndorff, begleitet, in Ems auf der Badepromenade. Da kam Benedetti daher und der König reichte dem Gesandten bei der Begegnung in leutseliger Weise die Hand zum Gruße, worauf Benedetti, ohne weitere Vorbereitung, anfing, den König von der brennenden Frage des Tages, von der Throncandidatur des Prinzen Leopold, zu unterhalten.

Ueber den Verlauf der Unterredung des Königs mit dem Gesandten cursiren verschiedene Versionen; wir geben die im Publicum verbreitetste unter gleichzeitiger Mittheilung der beiden im „Staats-Anzeiger" in dieser Angelegenheit veröffentlichten Aktenstücke.

Als der Gesandte die Throncandidatur des Prinzen Leopold erwähnte, reichte ihm der König ein ihm eben selbst erst zugegangenes Extra-Blatt der Kölner Zeitung; mit dem bereits erwähnten die Verzichtleistung des Prinzen ausdrückenden Telegramm des Fürsten Anton von Hohenzollern.

„Hier lesen Sie selbst!" sagte der König. „Ich habe noch keine weitere Nachricht; vielleicht, daß heute ein Brief aus Sigmaringen für mich ankommt."

„Die Nachricht, die Ew. Majestät mir mittheilen," erwiederte Benedetti, „ist mir bereits gestern von Paris zugegangen und ich erblicke darin den ersten Schritt zur Beseitigung der Differenzen."

Bei dieser Antwort stutzte der König und erwiederte: — „Der erste Schritt zur Beseitigung der Differenzen? Ich dächte dieselben wären beseitigt!"

„Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hegt das Verlangen, daß Ew. Majestät die Verzichtleistung des Prinzen Leopold bestätigen."

„Ich verstehe den Sinn des Verlangens nicht. Der Prinz

Leopold ist, wie früher bei der Annahme der spanischen Throncandidatur, so auch jetzt bei seiner Verzichtleistung auf dieselbe lediglich nur seiner eigenen Eingebung gefolgt."

„Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers — versetzte Benedetti — wird sich erst vollkommen beruhigt fühlen, wenn Ew. Majestät sich entschließen werden, die bestimmte Versicherung auszusprechen, daß die Wiederkehr einer ähnlichen Verwickelung nicht eintreten werde und daß Eure Majestät sich niemals wieder zur Einwilligung bereit finden würden, falls man etwa später wieder auf diese Candidatur zurückkommen wollte. Wollten Ew. Majestät mich vorläufig autorisiren, daß ich das Versprechen dieser Zusage nach Paris telegraphiren darf?"

„Die Herren in Paris" — erwiederte der König — „sind mit unannehmbaren Forderungen sehr rasch bei der Hand. Ich habe Ihnen bereits früher gesagt, daß ich die Throncandidatur des Prinzen Leopold nur als eine weder den preußischen Staat, noch den Norddeutschen Bund berührende Familienangelegenheit des Hohenzollernschen Hauses betrachtet habe. Und in diesem Sinne approbire ich die Verzichtleistung des Prinzen. Aber als Träger der Krone Preußens muß ich Ihnen sagen, daß sich Preußen weder in dem von Ihnen angedeuteten, noch in irgend einem anderen Falle in der Freiheit seines Entschlusses und der jedesmaligen Zuratheziehung der Umstände beschränken lassen wird! Doch jetzt lassen wir den Gegenstand ruhn! Wenn die französische Regierung sich durch diese meine Erklärung nicht befriedigt fühlt, so mag sie sich an meine Minister wenden."

„Von der Regierung des Kaisers dazu beauftragt," — versetzte Benedetti — „kann ich leider nicht anders, als mich an Ew. Majestät selbst zu wenden."

„Jedenfalls" — fiel ihm der König hier indas Wort — „ist die öffentliche Promenade doch nicht der Ort zu derartigen Verhandlungen."

„Da" — erwiederte Benedetti — „mir die kaiserliche Regierung die schleunige Erledigung der Angelegenheit zur Pflicht gemacht hat, so muß ich auf die Gefahr hin — — —"

Bei diesen Worten wandte der König dem Gesandten mit den an den Adjudanten gerichteten laut gesprochenen Worten:

Digitized by Google

„Sagen Sie doch diesem Herrn, daß ich ihm nichts weiter mitzutheilen habe!"

den Rücken. Graf Lehndorff schritt auf den französischen Diplomaten zu; dieser aber hatte die Erklärung des Königs bereits deutlich genug vernommen und verbeugte sich vor dem Flügeladjudanten, ohne dessen Mittheilung entgegen zu nehmen. Graf Lehndorff erwiderte diese Verbeugung und folgte dem Könige, der den Weg nach seinem Hotel eingeschlagen.

Am Nachmittag hatte Graf Benedetti die Dreistigkeit, vom Könige eine neue Audienz zu verlangen, da er vom Herzog von Gramont eine Depesche empfangen habe, welche neue Argumente und für ihn die Weisung enthalte, dieselben dem König persönlich vorzutragen. Der König ließ dem Grafen durch den Adjudanten von Radziwill antworten, daß er nach der am Morgen abgegebenen Entscheidung nichts mehr zu sagen habe, und daß er wegen alles Weiteren den Gesandten an den Grafen Bismarck verweisen müsse.

Da Benedetti in Erfahrung gebracht, daß der König am andern Tage nach Berlin zurückzukehren gedenke, so hoffe er die neuen Argumente des Herzogs von Gramont dem Könige in einer Abschiedsaudienz vortragen zu können und ließ um diese bitten. Der König schlug auch diese Bitte ab, gestattete jedoch dem Gesandten, sich auf dem Bahnhofe einzufinden, wo der König ihn bei der Abreise grüßen wolle.

Ueber diese Vorgänge in Ems hat der preußische „Staats-Anzeiger" zwei Actenstücke veröffentlicht, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen.

Das erste Aktenstück ist unter direkter Approbation des Königs redigirt.

„Der Graf Benedetti beantragte am 9. d. M. in Ems eine Audienz beim Könige, die ihm sofort bewilligt ward. In derselben verlangte er, der König solle dem Erbprinzen von Hohenzollern den Befehl ertheilen, seine Annahme der spanischen Krone zurückzunehmen. Der König entgegnete, daß, da er in der ganzen Angelegenheit nur als Familienhaupt und niemals als König von Preußen begrüßt worden sei, und daher keinen Befehl zur Annahme der Thronkandidatur ertheilt habe, ebenso wenig einen Befehl zur Zurücknahme ertheilen könne. Am 11. erbat und erhielt der französische Gesandte eine zweite Audienz, in welcher er eine Pression auf den König auszuüben versuchte, damit derselbe in den Prinzen dringe, der Krone zu entsagen. Der König erwiderte, der Prinz sei vollkommen frei in seinen Entschlüssen; übrigens wisse

er selbst nicht einmal, wo der Prinz, der eine Alpenreise machen wolle, sich in diesem Augenblicke befinde. Auf der Brunnenpromenade am 13. morgens gab der König dem Botschafter ein ihm selbst soeben zugestelltes Extrablatt der Kölnischen Zeitung mit einem Privattelegramm aus Sigmaringen über den Verzicht des Prinzen mit der Bemerkung, daß er selbst, der König, noch kein Schreiben aus Sigmaringen erhalten habe, ein solches aber wol heute, erwarten könne. Graf Benedetti erwähnte, daß er schon gestern Abend die Nachricht vom Verzicht aus Paris erhalten habe, und als der König hiermit die Sache als erledigt ansah, verlangte der Botschafter nunmehr ganz unerwartet vom Könige, er solle die bestimmte Versicherung aussprechen, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben werde, wenn die qu. Kronencandidatur etwa wieder aufleben solle. Der König lehnte eine solche Zumuthung bestimmt ab und blieb bei diesem Ausspruche, als Graf Benedetti wiederholt und immer dringender auf seinen Antrag zurückkam. Dessenungeachtet verlangte Graf Benedetti nach einigen Stunden eine dritte Audienz. Auf Befragen, welcher Gegenstand zu besprechen sei, ließ er erwiedern, daß er den am Morgen besprochenen zu wiederholen verlange. Der König wies aus diesem Grunde eine neue Audienz zurück, da er keine andere Antwort, als die gegebene, habe, übrigens auch von nun an alle Verhandlungen durch die Ministerien zu gehen hätten. Den Wunsch des Grafen Benedetti, sich beim Könige bei seiner Abreise zu verabschieden, gewährte derselbe, indem er ihn bei einer Fahrt nach Coblenz auf dem Bahnhofe am 14. im Vorübergehen begrüßte. Hiernach hat also der Botschafter drei Audienzen beim Könige gehabt, die stets den Character von Privatgesprächen trugen, da Graf Benedetti niemals als Beauftragter oder Unterhändler sich girirte."

Das zweite Aktenstück ist ein vom Flügeladjudanten von Radziwill über die Ausführung der ihm vom Könige ertheilten Befehle erstatteter Bericht:

„Se. Maj. der König, infolge einer Unterredung mit dem Grafen Benedetti am 13. Juli früh auf der Brunnenpromenade, hatte die Gnade, mich gegen 2 Uhr Nachmittags mit folgendem Auftrage zu dem Grafen zu schicken: Se. Maj. hätte vor einer Stunde durch schriftliche Mittheilung des Fürsten zu Hohenzollern aus Sigmaringen die vollkommene Bestätigung dessen erhalten, was ihm der Graf des Morgens in Betreff der Verzichtleistung des Prinzen Leopold, als direct aus Paris erfahren, mitgetheilt hätte. Se. Maj. sähe hiermit die Angelegenheit als abgemacht an. Graf Benedetti, nachdem ich ihm diesen Auftrag ausgerichtet, äußerte, er hätte seit seiner Unterredung mit dem Könige eine neue Depesche des Herrn von Gramont erhalten, in der er beauftragt würde, sich eine Audienz von Sr. Maj. zu erbitten und nochmals Sr. Maj. den Wunsch des französischen Gouvernements nahe zu legen: 1) die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern zu approbiren und 2) die Versicherung zu ertheilen, daß auch in Zukunft diese Candidatur nicht wieder aufgenommen werden würde. Hierauf ließ Se. Maj. dem Grafen durch mich erwidern, daß Se. Maj. die Verzichtleistung des Prinzen Leopold in demselben Umfange approbirten, in dem Se. Maj. dies vorher mit der Annahme dieser

Digitized by Google

Candidatur gethan hätten. Die schriftliche Mittheilung der Verzichtleistung hätte Se. Maj. von dem Fürsten Anton zu Hohenzollern erhalten, höchstwelcher hierzu vom Prinzen Leopold autorisirt worden sei. Im Betreff des zweiten Punktes, der Versicherung für die Zukunft, könne sich Se. Maj. nur auf das berufen, was allerhöchstderselbe dem Grafen des Morgens selbst erwidert hätte. Graf Benedetti nahm diese Rückäußerung Sr. Maj. dankbar entgegen und äußerte, er würde dieselbe, wie er hierzu autorisirt sei, seinem Gouvernement zurückmelden. In Betreff des zweiten Punkts müsse er aber, weil er durch die letzte Depesche des Herrn von Gramont die ausdrückliche Anweisung hiezu hätte, seine Bitte um eine nochmalige Unterredung mit Sr. Maj. aufrecht erhalten, und wäre es auch nur, um dieselben Worte Sr. Maj. wieder zu vernehmen, um so mehr, als sich in dieser letzten Depesche neue Argumente vorfänden, die er Sr. Maj. unterbreiten möchte. Hierauf ließ Se. Maj. dem Grafen Benedetti zum dritten male nach Tische, etwa um 5½ Uhr, erwiedern, Se. Maj. müsse es entschieden ablehnen, in Betreff dieses letzten Punktes (bindende Versicherungen für die Zukunft) sich in weitere Discussionen einzulassen. Was er heute Morgen gesagt, wäre allerhöchst sein letztes Wort in dieser Sache, und er könne sich lediglich darauf berufen. Auf die Versicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächsten Tag bestimmt nicht zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung Sr. Maj. des Königs beruhigen zu wollen."

Ems, 13. Juli 1870.

A. Radziwill, Oberstlieutenant und Flügeladjutant
Sr. Maj. des Königs.

Nachstehendes, noch am selben Abend durch ein Extrablatt der Norddeutschen Allg. Ztng. veröffentlichtes Telegramm:

„Nachdem die Nachricht von der Verzichtleistung des Erbprinzen von Hohenzollern von der spanischen Regierung der französischen amtlich mitgetheilt worden, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, nach Paris zu telegraphiren, daß der König für alle Zukunft sich verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn wieder auf die Hohenzollernsche Candidatur zurückgekommen werden sollte. Der König hat darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjudanten vom Dienst sagen lassen, daß der König dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe."

trug die Kunde der Vorfälle in Ems mit Blitzesschnelle in die Welt hinaus.

Digitized by Google

Fortan zweifelte Niemand mehr am nahen Ausbruche des Krieges.

Aber obgleich es in Deutschland keine Kriegspartei gab, Jederman vielmehr den Frieden aufrichtig wünschte, so erzeugte diese Nachricht doch überall eine gehobene Stimmung.

Niemand hatte begriffen, wie Frankeich, statt der spanischen Regierung, die den Prinzen Leopold officiell als Throncandidaten proclamirt, Preußen für ein Ereigniß verantwortlich machen konnte, dem sowol die preußische Regierung, wie das preußische Volk vollständig fern stand; jetzt, wo die fragliche Candidatur durch die Verzichtleistung des Prinzen Leopold beseitigt worden war, begriff man aus Frankreichs erneuerten Forderungen um so besser, daß es unserem westlichen Nachbar nur um einem Vorwand zum Kriege zu thun sei.

Und man war entschlossen, diesen uns aufgedrungenen Krieg zu führen mit ganzer Kraft, um nicht nur Deutschland, nein ganz Europa, welches das immerwährende Kriegsgeschrei an der Seine fortdauernd in unruhiger Spannung versetzt und zu der drückenden Last eines bewaffneten Friedens verurtheilt hatte, einen hoffentlich dauernden Frieden zu erkämpfen und den Uebermuth unserer gallischen Nachbarn auf immer in seine Schranken zurück zu weisen.

Das in allen Schichten der preußischen Bevölkerung lebendige Gefühl der Anhänglichkeit an die Person des greisen Königs steigerte sich zum Enthusiasmus, als man erfuhr, in welch' energischer Weise derselbe die unverschämte, auf die Demüthigung des gesammten preußischen Volkes in der Person seines Oberhauptes berechneten Forderungen Frankreichs von der Hand gewiesen.

Am 14ten empfing der König erst den von Berlin eingetroffenen Finanz-Minister Camphausen, fuhr dann nach Coblenz, wo die Königin weilte und kehrte Abends nach Ems zurück, um von dort am anderen Morgen, früh acht Uhr, mit einem Extrazuge die Reise nach Berlin anzutreten.

Unter der Zahl der Einheimischen und Fremden, welche sich, den scheidenden Monarchen zu begrüßen, auf dem Bahnhofe eingefunden, befand sich auch Graf Benedetti; der König würdigte ihn keines Blickes.

Digitized by Google

Wohl mochten auf der Fahrt von Ems nach Berlin ernste Gedanken den greisen König beschäftigen. Weniger als irgend Jemand in der Welt konnte der König in Zweifel darüber sein, daß der Krieg nach der Art und Weise, wie er die unverschämte Zumuthung Frankreichs zurück gewiesen, sie ehrenhalber zurück weisen mußte, unvermeidlich geworden.

Wie würden die neuen Provinzen diese Nachricht aufnehmen? Mußte die Kunde dieses Ereignisses nicht die Hoffnungen der Partikularisten beleben? Und welche Haltung würden die süddeutschen Staaten einnehmen? Würden sie den von einem großen Theile der Bevölkerung ohnedies perrhorescirten Allianzverträgen treu bleiben, oder nicht vielmehr die günstige Gelegenheit benutzen, sich von denselben für immer frei, wenn nicht gar mit dem Feinde gemeinschaftliche Sache zu machen? — Diese und ähnliche Erwägungen mochten dem Geist des Königs mit einer gerechten Besorgniß erfüllen.

Obgleich die Nachricht von der bevorstehenden Durchreise des Königs erst am Abend vorher an der Bahnlinie bekannt geworden war, so hatten sich doch auf fast allen Stationen zahlreiche Menschenmassen oft aus mehrstündiger Entfernung eingefunden, die den vorbeisausenden Zug mit lautem Hurrah! empfingen, in welches ab und zu der Ruf: „Auf nach Frankreich!" „Vorwärts gegen Frankreich!" sich mischte. Diese Kundgebungen mochten dem Könige zeigen, daß das Volk entschlossen war, ihm zur Seite zu stehen und freudig Gut und Blut zu opfern im Kampfe für die Integrität des deutschen Bodens.

So geschah es in Gießen, Marburg. In Cassel wurde der König inmitten einer nach Tausenden zählenden, den Bahnhof füllenden Menge von den Spitzen der Civil- und Militairbehörden und dem Oberbürgermeister Nebelthau empfangen, der dem Könige, Namens der Stadt, eine Ergebenheitsadresse überreichte.

Der König dankte sichtbar bewegt. „Sie sehen mich, meine Herren," — äußerte er — „so eben auf der Rückreise begriffen, um mit dem Ministerium zu berathen und zu beschließen, was zu thun sein wird, wenn das Vaterland angegriffen werden wird. Aber daß Sie mir hier einen solchen Empfang bereiten und mir hier, in der Hauptstadt einer neuen Provinz, eine so patriotische Gesinnung entgegen bringen, thuet meinem Herzen wol und be-

Digitized by Google

weist mir, daß ich auf Sie und" — damit wandte sich der König zu den versammelten Generälen des 11ten Armeecorps — „auf Sie, meine Herren, zählen kann."

Nicht minder enthusiastisch war der Empfang in Göttingen, in Börsum, wo namentlich viele Braunschweiger sich zur Begrüßung des Königs eingefunden, in Burg, wo ein Sängerchor ihn mit der „Wacht am Rhein empfing;" — die Reise gestaltete sich mehr und mehr zu einem wahren Triumpfzuge!

In Brandenburg traf der König den Kroprinzen und die Minister Bismarck und Roon, nebst dem General Moltke, die ihm mit Expreßtrain bis dahin entgegengefahren waren und nun mit dem Könige nach Berlin zurück kehrten.

Um neun Uhr Abends langte der Zug in Berlin auf dem von einer unabsehbaren Menschenmenge umwogten Potsdamer-Bahnhofe an, wo der General von Etzel dem Könige ein zwei Stunden früher eingetroffenes Telegramm überreichte:

Paris, Freitag den 15ten Juli 1 Uhr 30 Minuten Mittags. Das Bureau „Havas" meldet: Heute Mittag 1 Uhr erfolgte gleichzeitig im Senat und in der Legislativen die Mittheilung der Regierung über die Lage. Das Exposé schließt mit der Mittheilung, daß Frankreich den Krieg an Preußen erklärt hat."*)

*) Die formelle Uebergabe der Kriegserklärung erfolgte — merkwürdiger Weise — erst am 19. Juli. — Wir lassen dieselbe hier in deutscher Uebersetzung folgen:

„Der unterzeichnete Geschäftsträger hat in Ausführung der Befehle, die er von seiner Regierung erhalten, die Ehre, folgende Mittheilung zur Kenntniß Sr. Excellenz des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Majestät des Königs von Preußen zu bringen:

Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen indem sie den Plan, einen preußischen Prinzen auf den Thron von Spanien zu erheben, nur als ein gegen die territoriale Sicherheit Frankreichs gerichtetes Unternehmen betrachten kann, hat sich in die Nothwendigkeit versetzt gefunden, von Sr. Majestät dem Könige von Preußen die Versicherung zu erlangen, daß eine solche Kombination sich nicht mit seiner Zustimmung verwirklichen könnte.

Da Se. Majestät der König von Preußen sich geweigert, diese Zusicherung zu ertheilen, und im Gegentheil dem Botschafter Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen bezeugt hat, daß er sich die Möglichkeit vorzubehal-

Digitized by Google

Obgleich er diese Nachricht erwartet haben mochte, so wurde der König nach der Lectüre des Telegrammes doch sehr ernst; auch sprach er zu den Anwesenden nur noch wenig Worte, sondern stieg, zur Fahrt nach dem Schlosse, in den seiner harrenden Wagen.

Lassen wir hier über den Empfang, welcher dem Könige in Berlin zu Theil wurde, einen Correspondenden der „Magdeburger Zeitung" reden:

„Die Nachricht, daß der König bestimmt heute Abend hier eintreffen werde, belebte schon Nachmittags die Lindenpromenade ganz außerordentlich: kaum aber verbreitete sich die Nachricht, die Kriegserklärung Frankreichs sei hier eingetroffen, so strömten die Menschenmassen nur so zu von allen Seiten. Schnell bedeckten sich die Häuser mit Flaggenschmuck und Anstalten zur Illumination wurden in aller Eile getroffen. Je mehr sich der Tag senkte, je mehr schwoll die Menge an und gegen 8½ Uhr stockte die Passage in dem östlichen Theile der Linden vollständig. Alles unterhielt sich vom Kriege in freudiger Siegeszuversicht, alles erwartete die Ankunft des Königs, um ihm einen Gruß für sein männlich kühnes Auftreten darzubringen. Den Glanzpunkt der Ovation bildete der Empfang auf dem Bahnhofe, welcher von Tausenden von Menschen dicht besetzt war. Die äußere Front desselben war mit Fahnen in den Preußischen Farben und Kränzen geschmückt. Auf dem Perron war der Salon für den Hof mit Gruppen von Topfgewächsen decorirt und der Vorbau mit reichen Guirlanden und Kränzen geziert. Hunderte von Männern

---

ten gedenke, die Umstände zu Rathe zu ziehen, so hat die Kaiserliche Regierung in dieser Erklärung des Königs einen Frankreich eben so wie das allgemeine europäische Gleichgewicht bedrohenden Hintergedanken erblicken müssen.

Diese Erklärung ist noch verschlimmert worden durch die den Kabinetten zugegangene Anzeige von der Weigerung, den Botschafter des Kaisers zu empfangen und auf irgend eine neue Auseinandersetzung mit ihm einzugehen.

In Folge dessen hat die französische Regierung die Verpflichtung zu haben geglaubt, unverzüglich für die Vertheidigung ihrer Ehre und ihrer verletzten Interessen zu sorgen, und, entschlossen, zu diesem Entzweck alle durch die ihr geschaffene Lage gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt an als im Kriegszustande mit Preußen.

Der Unterzeichnete hat die Ehre, Sr. Excellenz u. s. w. die Versicherung seiner hochachtungsvollen Ergebenheit auszudrücken."

(unterzeichn.) Le Sourd.

jedes Alters und jeder Berufsklasse, Greise, Frauen, Kinder hatten sich auch hier eingefunden und harrten der Ankunft des Monarchen. Bald nach 8 Uhr erschienen von den hier anwesenden Ministern die Herren Delbrück, Camphausen, Graf Itzenplitz, Unterstaatssekretär v. Thiele, ferner der Herzog Wilhelm von Mecklenburg, Feldmarschall Graf Wrangel, mehrere Generale und, als die Spitzen der städtischen Behörden, Oberbürgermeister Seydel, Bürgermeister Hedemann, Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Winckelmann und das älteste Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, Amtmann Seidel, der stellvertretende Polizeipräsident Geheime Rath Lüdemann ꝛc. Um 8¾ Uhr traf der Zug mit dem Könige und seinem Gefolge in dem Perron ein, mit stürmischem Hurrah von der Menge empfangen. In das nicht enden wollende Hurrah mischte sich abwechselnd der stürmische Ruf: „Nieder mit Frankreich!“ Der König grüßte freundlichst nach allen Seiten, nahm von mehreren jungen Damen Blumenbouquets entgegen und betrat dann den Wartesalon, wo er die Begrüßung der städtischen Corporationen empfing und einige dem Berichterstatter unverständlich gebliebene Worte erwiederte. Dann bestieg der Monarch den vor dem Bahnhofe harrenden Wagen. Die Fahrt, welche mehr dem Triumphzuge des Siegers, als der Heimkehr des tief beleidigten Landesvaters glich, bewegte sich unter dem steten tausendstimmigen Zurufe der Massen durch die Link- und Königgrätzer Straße, durch das Brandenburger Thor, wo ein Militärmusikcorps aufgestellt war, die Linden hinunter zum Palais, wo die staunende Menschenmenge für den Einzelnen fast lebensgefährlich wurde. Als Se. Majestät aus dem Wagen stieg, trat er dicht an die von Officieren aller Waffengattungen besetzte Rampe heran, augenscheinlich in der Absicht, eine kurze Ansprache zu halten. Der steigende Jubel, die sich durchkreuzenden Gesänge des Preußenliedes und der Siegeshymne, die Lebehochs und Hurrahrufe ließen ihn jedoch nicht zu Worte kommen und Se. Majestät mußte sich mit huldvollen Verbeugungen nach allen Seiten hin begnügen. — War der Empfang bei der Rückkehr vom Schlachtfelde von Königgrätz ein tief aus dem Herzen kommender, so war er heute ein enthusiastischer Ausbruch des reinsten Patriotismus. Unter den Linden wurden sofort nach dem Einzuge des Königs Tische aufgestellt, behufs Unterzeichnung einer

Digitized by Google

Adresse, die morgen Sr. Majestät überreicht werden soll. Dieselben bedeckten sich schnell mit Tausenden von Unterschriften.*)

Als gegen 11 Uhr Abends der General Moltke nach dem Schlosse sich verfügte, hätte die Menge den schweigsamen „Denker der Schlachten" fast auf den Schultern in das Palais getragen.

Bis um 11 Uhr war die Bewegung der vor dem Schlosse versammelten Menge im Steigen; da mischten sich Schutzmänner unter dieselbe und benachrichtigten sie, daß der König Ruhe wünschte, weil er in der Nacht noch mit dem Ministerium zu arbeiten habe. Diese Mahnung genügte; sofort zerstreute sich mit einem bewunderungswürdigen Tacte die erregte Menge, und bald lagerte sich die Stille der Nacht über den Schloßplatz, während die Aufregung wirklich in den übrigen Theilen der Stadt erst am Morgen sich legte.

In den Zimmern des Königs aber wurde in dieser Nacht der erste Kriegsrath gehalten.

---

*) Als erster und unmittelbarster Ausdruck der Stimmung der Bevölkerung möge diese Adresse hier ihre Stelle finden.

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!

Allergnädigster König und Schutzherr des Norddeutschen Bundes!

Ew. Königl. Majestät in diesen Tagen der Gefahr — wo Deutschlands, Preußens Ehre von französischem Uebermuthe dreist beleidigt, wo Frieden und Sicherheit ohne jeden Anlaß frevelnd bedrohet sind, — unsere unverbrüchliche Treue, die allgemeine Begeisterung für den Kampf auszusprechen, drängt es das Volk.

Wie 1813—15 zu Ew. Majestät erhabenem Vater, wird jeder Preuße mit Gut und Blut zu seinem glorreichen Kriegsherren stehen, und Ew. Majestät getreues Volk bittet nur Eines: — Nicht zu ruhen, bis dieser französische Uebermuth für alle Zukunft gedemüthigt und Deutschland in seiner alten Größe hergestellt und gesichert ist.

Wir haben nur ein Wort in dieser Zeit: Mit Gott für König und Vaterland! Hurrah drauf!

In Treue, in Ehrfurcht, in voller Zuversicht

Männer des Preußischen Volkes."

Digitized by Google

Digitized by Google

Beurtheilungen der Deutsch-Französischen Kriegs-Chronik Seitens der Presse.

Zellner's (Wiener) Blätter. Unter den zahlreichen Schriften, welche noch vor dem Ende dieses über die Zukunft Deutschlands und ganz Europa's entscheidenden Krieges von allen Seiten in die Welt geschleudert werden, wird die vorliegende weniger durch äußere Ausstattung, als durch gewissenhafte Quellenbenutzung und übersichtliche Zusammenstellung einen ehrenvollen Platz einnehmen.

Sorauer Zeitung. Der Verfasser zeigt sich in diesem Werke als gründlicher Historiker; wir finden in der uns vorliegenden ersten Lieferung die Ursache des heiligen Krieges, den wir eben mit erleben, mit tiefem, historischen Scharfblicke verfolgt, insofern der Verfasser das Jahr 1866 und die durch dasselbe geschaffenen Zustände, ferner die Vergangenheit Louis Buonepartes und die französischen Verhältnisse einer eingehenden Betrachtung unterzieht, was leider bei den allermeisten ähnlichen Kriegsgeschichten übersehen ist. Die Sprache ist, wie dies bei dem Verfasser nicht anders zu erwarten ist, eine schwungvolle und edle, kein trockner Katheder ton ist darin zu finden. Der Verfasser hat sich der Mitwirkung militairischer Schriftsteller versichert, so daß das Werk eine nach allen Seiten erschöpfende Geschichte der großen Gegenwart zu werden verspricht und einem Jeden aufs Wärmste empfohlen werden kann, welcher sich ein Erinnerungsbuch an diese historischen Tage anschaffen will.

Deutsche Allg. Zeitung. Wir fanden das Material selten so sorgfältig gesichtet, wie hier; mit einer sehr ins einzelne gehenden Kenntniß der diplomatischen und militairischen Vorgänge paart sich ein den großen Gang der Ereignisse patriotisch zusammenfassender Blick.

Nord. Blätter. Der deutsch-französische Krieg hat bereits eine Unmasse von literarischen Productionen hervorgerufen, welche meist, auf die Schaulust der Menge speculirend, eine Anzahl längst vorräthiger und vielleicht schon als Schlacht bei Magenta oder bei Sadowa verwendeter Bilder mit mühsam aus Zeitungen zusammengestoppeltem, unzusammenhängendem Text bieten. Von solcher Fabrikarbeit zeichnet sich das vorliegende Werk rühmlich aus. Wem es nicht um Bilder zu thun ist, wer Aufklärung über die Triebfedern der großen Ereignisse dieser Tage, über das Wesen und die Kräfte der streitenden Parteien sucht, der wird in diesem Buche eine Quelle reicher Belehrung finden, über welcher er lediglich für das Auge berechnete Werke gern bei Seite legen wird.

Wissenschaftliche Beilage der Leipz. Ztng. Diese Chronik, die auch mit Karten und Plänen ausgestattet werden wird und sich der Unterstützung militairisch gebildeter Mitarbeiter erfreuet, verspricht nach den davon vorliegenden Heften sich zu einem lebendig und anziehend geschriebenen Gedenkbuche zu gestalten, welches nicht blos oberflächlich, sondern mit Wahrnehmung des innern Zusammenhanges der Dinge seine Aufgabe zu lösen bestrebt ist und sich viele Freunde erwerben wird.

Plötz'sche Buchdruckerei in Halle.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google